

PREUSSENDÄMMERUNG DIE ABDANKUNG DER HOHENZOLLERN UND DAS ENDE PREUSSENS

HG. VON THOMAS BISKUP, TRUC VU MINH
UND JÜRGEN LUH (KULTGER – COLLOQUIEN, 8)

Preußendämmerung

Die Abdankung der Hohenzollern
und das Ende Preußens

Thomas Biskup / Truc Vu Minh / Jürgen Luh (Hrsg.)

Preußendämmerung

Die Abdankung der Hohenzollern
und das Ende Preußens

Beiträge des achten Colloquiums in der Reihe »Kulturgeschichte Preußens – Colloquien« vom 26. bis 27. Oktober 2018

Kulturgeschichte Preußens – Colloquien
Vol. 8 (2019)

Die Reihe Kulturgeschichte Preußens - Colloquien erscheint bei [perspectivia.net](https://www.perspectivia.net)
<https://www.perspectivia.net/publikationen/kultgep-colloquien>



[perspectivia.net](https://www.perspectivia.net)
Die Publikationsplattform
der Max Weber Stiftung



RESEARCH CENTER SANSSOUCI
FÜR WISSEN UND GESELLSCHAFT

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist unter der Creative Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht. Die Umschlaggestaltung unterliegt der Creative-Commons-Lizenz CC BY-ND 4.0.



FACHINFORMATIONSDIENST KUNST · FOTOGRAFIE · DESIGN

Publiziert bei [arthistoricum.net](https://www.arthistoricum.net),
Universitätsbibliothek Heidelberg 2019.

Die Online-Version dieser Publikation ist auf <https://www.arthistoricum.net> dauerhaft frei verfügbar (Open Access).

URN: [urn:nbn:de:bsz:16-ahn-artbook-544-3](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:16-ahn-artbook-544-3)

DOI: <https://doi.org/10.11588/arthistoricum.544>

Text © 2019. Das Copyright liegt bei den Autoren.

Umschlagabbildung: Julius Burchard. Foto: Berliner Schloss, Kriegsschaden, außen, Copyright: SPSG, Fotoinv.-Nr. F0003185. Das Bild wurde grafisch bearbeitet.

ISBN 978-3-947449-88-0 (Softcover)

ISBN 978-3-947449-87-3 (PDF)

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----|
| Vorwort | 7 |
| Thomas Biskup, Truc Vu Minh, Jürgen Luh | |
| Einleitung | 9 |
| Alexander Gallus | |
| Eine kontinuieritätsgebremste Revolution | 23 |
| Deutschland an der Wegscheide zwischen Monarchie und Demokratie | |
| Benjamin Hasselhorn | |
| Nach dem Königstod | 39 |
| Zum Umgang Wilhelms II. mit seinem Erbe nach 1918 | |
| Truc Vu Minh | |
| Die Hofbediensteten in Preußen nach 1918 | 53 |
| Karina Urbach | |
| Nützliche Idioten | 65 |
| Die Hohenzollern und Hitler | |
| Jürgen Luh | |
| Die Historiographie über die Hohenzollern nach der Abdankung Wilhelms II. 1918 bis zur Auflösung Preußens 1947 | 95 |
| John Zimmermann | |
| »Seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland« | 107 |
| Das Bild von Preußen nach dem Zweiten Weltkrieg | |
| Samuel Wittwer | |
| Sterbesessel und Hundezimmer | 127 |
| Von der Schwierigkeit, den Hohenzollern in den Schlössern nach 1918 zu begegnen | |
| Ulrike Höroldt, Hartmut Dorgerloh, Bernhard Schulz und Thomas Biskup | |
| Preußen und seine Herrscher heute: Wie umgehen mit dem Erbe? | 141 |
| Gespräch und Diskussion (Videoaufzeichnung) | |

Vorwort

Es ist etwas Gutes, Neues! Wir freuen uns sehr, dass erstmals die achte Ausgabe, der achte »Band« der Reihe Kulturgeschichte Preußens – Colloquien, in der seit 2014 online bei perspectivia.net Konferenzen und Tagungen zu Themen der brandenburgisch-preußischen Geschichte, Kunst- und Kulturgeschichte erscheinen, nicht nur dort, sondern zusätzlich und auch in gedruckter Form bei arthistoricum.net – ART-Books erscheinen kann. Als Katrin Neumann, die Leiterin von perspectivia.net, der Publikationsplattform der Max Weber Stiftung, anrief und die Möglichkeit einer Buchausgabe eröffnete und vorschlug, diese wahrzunehmen, war die Freude auf unserer Seite groß. Ermöglicht hat dies die sehr gute Zusammenarbeit von perspectivia.net und der Max Weber Stiftung mit der Universitätsbibliothek Heidelberg und arthistoricum.net, von der wir nun profitieren. In unglaublich kurzer Zeit konnte durch das Engagement, die Hilfe und Mühe aller Beteiligten aus der online-Publikation auch eine Buchveröffentlichung werden. Dafür und überhaupt für die seit Jahren so wunderbare, vertrauensvolle Zusammenarbeit möchten wir uns sehr herzlich bedanken, allen voran bei Katrin Neumann und ihren Mitarbeitern Alexander Gerber und Pascal Stumpf von perspectivia.net, die uns so gut und sorgend betreuen, bei Maria Effinger und dem arthistoricum.net-Team der Universitätsbibliothek Heidelberg, die die achte Ausgabe von KultGeP mit Begeisterung aufgenommen und zur Welt gebracht haben. Herzlichen Dank!

Unser großer Dank gilt zudem dem Museum Barberini in Potsdam – Ortrud Westheider, Michael Philipp mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere Frau Ines Wenzel-Hirschfeld und Herr Clemens Wachs –, in dessen großartigen Räumen die Tagung stattfinden konnte und das die Teilnehmer rundum hervorragend betreut hat. Großer Dank gilt auch der Stiftung Preußische Seehandlung, die zum wiederholten Male Vertrauen in unsere Ideen setzte und uns hilfreich unterstützte. Und last but not least danken wir unseren Referentinnen und Referenten für die anregenden Beiträge und die engagierte Diskussion.

Wir hoffen, dass dieser Band bei seinen Lesern mit Gewinn und Freude aufgenommen werden wird!

Thomas Biskup, Truc Vu Minh und Jürgen Luh
Potsdam, im September 2019

Einleitung

Thomas Biskup, Truc Vu Minh, Jürgen Luh

I.

Am 9. November 1918, einem Samstag, zwei Tage vor Unterzeichnung des Waffenstillstands, der den Ersten Weltkrieg beendete, verkündete Reichskanzler Prinz Max von Baden die Abdankung Wilhelms II. Am 28. November unterzeichnete der ehemalige Kaiser – bereits seit Wochen im Exil in den Niederlanden – dann auch tatsächlich die Abdankungsurkunde. In dieser Urkunde verzichtete er sowohl auf die Kaiserwürde als auch auf die preußische Krone. Zudem entband er alle Angehörigen des Heers sowie die Beamten von dem ihm geleisteten Treueeid und forderte sie auf, die neuen Inhaber der politischen Macht bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Sicherstellung der Versorgung mit Lebensmitteln zu unterstützen. Am 1. Dezember erklärte auch sein Sohn, Kronprinz Wilhelm, seinen Verzicht auf den deutschen und preußischen Thron. Das Ende der preußischen Monarchie war damit besiegelt.

Harry Graf Kessler hat in seinem bekannten Tagebucheintrag den Eindruck festgehalten, den der Rückzug des Kaisers am 9. November in den Straßen machte: »An der Ecke der Königgrätzer- und Schöneberger Strasse wurden Extrablätter verkauft ›Abdankung des Kaisers.‹ Mir griff es doch an die Gurgel, dieses Ende des Hohenzollernhauses; so kläglich, so nebensächlich, nicht einmal Mittelpunkt der Ereignisse. ›Längst überholt.‹¹ Über die Person des Kaisers, notierte Kessler am folgenden Tag, »wurde mit Verachtung gesprochen«: Wilhelm II. habe das Preußentum verschandelt und dadurch zugrunde gerichtet.² Sowohl der Kaiser als auch die Kaiserin hätten keine Beziehung zu ihrer Zeit entwickelt, das habe selbst eine Freundin der Kronprinzessin Cecilie »nachdrücklich« bestätigt. »Noch während des Krieges hätte ›die gute Kaiserin‹ keine Ahnung gehabt, was ein Sozialdemokrat ist; es habe Mühe gekostet, ihr klarzumachen, dass Sozialdemokraten ›nicht kleine Kinder fressen.‹«³

1 Harry Graf Kessler: Das Tagebuch 1880-1937, hg. v. Roland S. Kamzelak, Ulrich Ott, Bd. 6: 1916-1918, hg. v. Günter Rieder unter Mitarbeit v. Christoph Hilde, Stuttgart 2006, 624.

2 Kessler: Tagebuch (wie Anm. 1), 629.

3 Kessler: Tagebuch (wie Anm. 1), 714.

Über seine Besichtigung des Berliner Schlosses nach den Kampfhandlungen und Plünderungen dort bemerkte Kessler unter dem 28. Dezember, der öffentlichen Meinung beipflichtend: »Die Nippes Schränke des Kaisers sind leer, die Glasscheiben zerschlagen. [...] Die Privaträume, Möbel, Gebrauchsgegenstände, übriggebliebene Andenken und Kunstobjekte der Kaiserin und des Kaisers sind aber so spießbürgerlich nüchtern und geschmacklos, dass man keine grosse Entrüstung gegen die Plünderer aufbringt; nur Staunen, dass die armen, verschreckten, phantasielosen Wesen, die diesen Plunder bevorzugten, im kostbaren Gehäuse des Schlosses zwischen Lakaien und schemenhaften Schranzen nichtig dahinlebend weltgeschichtlich wirken konnten.« Aus dieser »kitschigen, kleinlichen, mit lauter falschen Werten sich und andere betragenden Scheinwelt«, fuhr er fort, stammten des Kaisers Urteile, Pläne, Kombinationen und Entschlüsse. »Jetzt liegt diese nichtige Seele hier herumgestreut als sinnloser Kram. Ich empfinde kein Mitleid, nur, wenn ich nachdenke, Grauen und ein Gefühl der Mitschuld, dass diese Welt nicht schon längst zerstört war.«⁴ Kessler, so scheint es, rückte radikal ab von den Hohenzollern und ihrem Staat und hin zu einer radikalen Veränderung; die Regierung Ebert, gab er öffentlich zu verstehen, müsse man unbedingt stützen.⁵

Kesslers Urteil über die Zeitgemäßheit einer Hohenzollernherrschaft fiel eindeutig aus – und ebenso seine Antwort auf die Frage, wie es nach der Abdankung des Kaisers weitergehen solle. Dass der Kaiser gehen musste, war auch allgemeine Überzeugung. »Infolge seines Schwadronierens in Friedenszeiten galt er der Welt außerhalb Deutschlands als der Anstifter des Krieges, und daß man mit Wilhelm keinen Frieden schließen würde, hatte auch [der US-Präsident] Wilson mit hinreichender Deutlichkeit erklärt.«⁶ Zwar bemühten sich während der Revolutionstage noch selbst Teile der sozialdemokratischen Führung, die Monarchie als Staatsform zu bewahren, aber Varianten wie ein Regentschaftsmodell waren nicht mehr durchsetzbar. »Die Dynastien waren das augenfälligste Glied der alten Ordnung gewesen, sie erwiesen sich aber auch als deren schwächstes.«⁷ Die Folge war eine »fast lautlose Implosion« der Monarchie in Deutschland,⁸ und tatsächlich hatte bereits Theodor Wolff, Chefredakteur des Berliner Tageblatts, die Novemberrevolution noch während ihres Vollzuges bereits am 10. November »die größte aller Revolutionen« genannt, da sie »wie ein plötzlich losbrechender Sturmwind das kaiserliche Regime mit allem, was oben und unten dazu gehörte, gestürzt« habe und eine »so fest gebaute, mit soliden Mauern umgebene Bastille so

4 Kessler: Tagebuch (wie Anm. 1), 711f.

5 Kessler: Tagebuch (wie Anm. 1), 714.

6 Helmut Heiber: Die Republik von Weimar, 17. Aufl., München 1986, 17.

7 Heiber: Republik (wie Anm. 6), 18.

8 Lothar Machtan: Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen, Berlin 2008 und zuletzt auch Lothar Machtan: Kaisersturz. Vom Scheitern im Herzen der Macht 1918, Darmstadt 2018.

in einem Anlauf genommen« worden sei – »ohne etwas zu zerbrechen«.⁹ Auch wenn jüngst gerade dieser vermeintlich gewaltlose Charakter des Umbruchs von 1918 von der Forschung in Frage gestellt worden und vielmehr die wichtige Rolle militärischer und physischer Gewaltanwendung betont worden ist: Die ehemaligen Monarchen und ihre Familien kamen weitestgehend ohne Erleiden physischer Gewalt oder auch nur erheblicher Entbehrungen durch die Revolution.¹⁰ Dem Kaiser wurde in den Niederlanden Exil gewährt, zunächst in Amerongen, dann in Doorn, und dem Kronprinzen auf der niederländischen Insel Wieringen, bevor er wieder nach Deutschland zurückkehren durfte. Die anderen ehemaligen Monarchen zogen nach der Abdankung zu meist einfach aus ihren Stadtschlössern in ihre Landsitze um, einige mit Umweg über Österreich, das sich selbst in einer Revolution befand, sich aber seit dem 19. Jahrhundert als eine Art Exilsitz für abgedankte europäische Monarchen eingebürgert hatte.¹¹

Nach den Revolutionswochen und -monaten Ende 1918/Anfang 1919, den ersten freien Nachkriegswahlen, der Ausarbeitung und Verabschiedung der neuen republikanischen Verfassung und dem Friedensschluss von Versailles verlor sich die einstige Hohenzollernherrlichkeit während der Weimarer Republik rasch, und die Nationalsozialisten hatten keinerlei Interesse an einer Restauration der Monarchie oder der Hohenzollern. Die bis 1918 von den Medien immer wieder beschworene Anhänglichkeit der Deutschen an ihre Herrscherhäuser – und gerade der Preußen an das Haus Hohenzollern – ist in jüngerer Zeit von Historikern nicht zuletzt auch als mediales Konstrukt gelesen worden, und spätestens mit dem Ende des Weltkriegs und der Revolution weitgehend verschwunden.¹² Im April 1921 verfolgten zwar 200.000 Menschen die Beisetzung der letzten Kaiserin Auguste Viktoria in Potsdam, aber als stumme Demonstration von »Anhängern der Monarchie« lässt sich diese Menschenmenge wohl ebenso wenig werten wie die Zahl der Schaulustigen bei vielen anderen dynastischen Großereignissen.¹³ Als politische Bewegung erwies sich der Monarchismus während der Weimarer Republik als schwach, zersplittert und – mangels geeigneter Thronkandidaten – letztlich ziellos, allerdings trugen seine fortwährenden Angriffe auf die neue republikanische Ordnung und Bündnisse mit der völkischen Rechten zum Untergang

9 Berliner Tageblatt, 10. November 1918, zitiert in: Robert Gerwarth: Die größte aller Revolutionen: November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit, Berlin 1918, 10.

10 Mark Jones: *Founding Weimar. Violence and the German Revolution 1918-1919*, Cambridge 2016.

11 Philip Mansel und Torsten Riotte (Hg.): *Monarchy and Exile. The Politics of Legitimacy from Marie de Médicis to Wilhelm II.*, Basingstoke 2011.

12 Zur Logik der medialen Kommunikation monarchischer Herrschaft im Kaiserreich, siehe Martin Kohlrausch: *Der Monarch im Skandal. Die Logik der Massenmedien und die Transformation der wilhelminischen Monarchie*, Berlin 2005. Zu »Loyalität« und preußischer Monarchie im 18. und 19. Jahrhundert, siehe Eva Giloi: *Monarchy, Myth, and Material Culture in Germany 1750-1950*, Cambridge 2011.

13 Frank-Lothar Kroll: *Die Hohenzollern*, München 2008, 112.

der ersten deutschen Demokratie bei.¹⁴ Spätestens mit dem Tod Hindenburgs 1934 »war [...] die Ära der Illusionen über eine monarchische Restauration [definitiv] zu Ende«. ¹⁵

II.

2018 wurde das hundertjährige Jubiläum der Revolution von 1918 mit einer Vielzahl an Publikationen, öffentlicher Veranstaltungen und wissenschaftlicher Tagungen begangen, auch wenn die öffentlichen wie wissenschaftlichen Debatten bemerkenswerterweise weniger erregt und zugespitzt ausfielen als jene, die 2014 die hundertjährige Wiederkehr des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs markierten. Die Bedeutung der Revolution für die Gliedstaaten des Deutschen Reiches hingegen stand durchweg im Schatten der nationalen wie der lokalen Ebene, obwohl sie als teilweise Träger der Souveränität zentral waren, und erst die Abdankung bzw. Absetzung der deutschen Bundesfürsten ab der ersten Novemberwoche 1918 der Berliner Revolution den entscheidenden Schub gab. Im Mittelpunkt stand durchgehend die Interpretation der Revolution als eines deutschen Ereignisses, denn das Ende der Monarchie, die Gründung einer deutschen Republik und der Weg zur Weimarer Verfassung waren zentrale Wegweisungen für den Weg der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. Die berühmte Überschrift des »Vorwärts« vom 9. November 1918 lautete ja auch: »Der Kaiser hat abgedankt«, und erst in der abgedruckten Erklärung des Reichskanzlers zum Thronverzicht des Kaisers und Königs scheint auch die verfassungspolitisch doch so wichtige preußische Ebene auf.

Vergleichsweise wenig Beachtung gefunden in den Publikationen hat die Frage, was die Revolution von 1918 eigentlich für Preußen als das mit Abstand größte Land des Deutschen Reiches bedeutete. Tatsächlich erscheint 1918 immer wieder in einer Reihe mit anderen Daten, wenn es darum geht, die Frage nach dem »Ende Preußens« zu beantworten, die nur auf den ersten Blick eine klare Antwort erlaubt. Denn die Auflösung Preußens durch einen Beschluss des Alliierten Kontrollrats 1947 vollzog das längst sichtbare Ende preußischer Staatlichkeit nur nach, war Preußen doch mit der deutschen Kapitulation 1945, der Besetzung durch alliierte Truppen, der Einverleibung der östlich von Oder und Neiße gelegenen preußischen Provinzen durch Polen und die Sowjetunion und spätestens die Schaffung neuer Länder auf preußischem Territorium in den Jahren 1945-46 bereits vor dem Alliierten Kontrollratsbeschluss als politische Einheit wie verwaltungsrechtlicher Rahmen irrelevant geworden.

14 Arne Hofmann: »Wir sind das alte Deutschland, das Deutschland wie es war ...«. Der »Bund der Aufrechten« und der Monarchismus in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1998.

15 Karl Dietrich Bracher: Das Ende Preußens, in: Preußen. Seine Wirkung auf die deutsche Geschichte, Stuttgart 1985, 282-307, 284.

Die nach 1945 auf dem Boden Preußens geschaffenen neuen Länder (der Bundesrepublik wie der DDR) suchten in ihren kulturpolitischen Unternehmungen häufig andere, nichtpreußische Wurzeln stark zu machen, aber auch die polnische Regierung und polnische Gemeinden in den ehemals preußischen Gebieten östlich von Oder und Neiße waren herausgefordert, einen eigenen Umgang mit den baulichen, nomenklatorischen und anderen kulturellen Hinterlassenschaften von Jahrhunderten preußischer Geschichte zu finden, der von Verleugnung bis zu differenzierter Aneignung reichte. Die Kapitulation von 1945 war nun allerdings zweifelsfrei eine Angelegenheit der deutschen Wehrmacht, auch wenn nicht nur im Ausland deutsche Kriegspolitik und »preußischer Militarismus« immer wieder in enger Verknüpfung gesehen wurden. (Siehe dazu den Beitrag von John Zimmermann in dieser Edition.)

Als auf der europäischen Bühne eigenständig operierender Staat war Preußen seit der Reichsgründung 1871 aus der Politik ausgeschieden, auch wenn die deutschen Monarchen (und damit ihre Staaten) weiterhin Träger der Souveränität blieben, die preußische Staatsangehörigkeit erst 1913 von einer deutschen ersetzt wurde und die preußische Armee bis zum Ende des Ersten Weltkrieges weiterbestand. Tatsächlich datierte Wilhelm I. das Ende Preußens gerade auf das Datum von Preußens größtem Triumph, nämlich die Kaiserproklamation in Versailles am 18. Januar 1871, die man auf den Jahrestag der einzigen beiden preußischen Königskrönungen gelegt hatte: jener Friedrichs III. zum ersten preußischen König 1701, und jener Wilhelms I. 1861, die der ersten auf Ort und Monatstag genau gefolgt war. Genau dieser Wilhelm nun leistete Bismarcks Kaiserplänen bis zum Schluss hinhaltenden Widerstand und bemerkte am Vorabend der Kaiserproklamation: »Morgen ist der unglücklichste Tag meines Lebens. Dann tragen wir das preußische Königtum zu Grabe.«¹⁶ Konservativ-preußisch denkende Adlige wie Ernst Ludwig von Gerlach hatten bereits die preußischen Annexionen und die Auflösung des Deutschen Bundes im Gefolge des preußisch-österreichischen Krieges von 1866 als Ende »ihres« alten Preußens gedeutet, das nunmehr als »Raubstaat« vor Europa dastehe.¹⁷ Auch wenn Wilhelms Äußerung wohl weniger einer klaren politischen Analyse geschuldet war als einer emotionalen Aufwallung des alten Königs, dem der Bestand der preußischen Monarchie stets als wichtigste politische Aufgabe vor Augen gestanden hatte, ist das Datum der Reichsgründung immer wieder angeführt worden, wenn es um das Ende Preußens ging.¹⁸ Die 2014 publizierte preußische Geschichte des Historikers Ernst Hinrichs endet denn auch mit dem Akt von Versailles.¹⁹

16 Michael Epkenhans, Gerhard P. Groß, Burkhard Köster: Preußen. Aufstieg und Fall einer Großmacht, Stuttgart 2011, 107.

17 Ernst Hinrichs: Staat ohne Nation. Brandenburg und Preußen unter den Hohenzollern (1415-1871), Bielefeld 2014, 478.

18 Rudolf von Thadden: Fragen an Preußen. Zur Geschichte eines aufgehobenen Staates, München 1981, 23f.

19 Hinrichs: Staat ohne Nation (wie Anm. 17), 460.

Allerdings bestand der preußische Staat im »Deutsches Reich« genannten neuen Bundesstaat weiter und dominierte in dessen Institutionen bis 1918: Der preußische König trug qua Amt den Titel des Deutschen Kaisers, der preußische Ministerpräsident war fast die gesamte Dauer des Kaiserreichs hindurch Reichskanzler, die preußische Armee stellte den mit Abstand größten Teil der deutschen Truppen, die im Kriegsfall allesamt unter preußisches Kommando kamen, preußische Abgeordnete waren im Reichstag in der Mehrheit, und im Bundesrat besaß Preußen eine Sperrminorität. Das Deutsche Reich hatte einen »preußischen hegemonialen Charakter«, der von der Reichs- und Kaiseridee geradezu »verschleiert« wurde.²⁰

Gordon A. Craig, der dem Ende Preußens ein Buch gewidmet hat, stellte prägnant fest, dass von den üblicherweise vier vorgeschlagenen Daten, wann denn nun Preußens Ende zu datieren sei, die ersten drei (1871, 1918/19 und 1932) als verfrüht und das letzte (1947) als verspätet erscheinen.²¹ Ihm zufolge ist das Ende Preußens nicht mit einem Ereignis in Bezug zu setzen, sondern als Prozess zu sehen, den er bereits 1806 einsetzen lässt. Mit Christopher Clark sieht auch ein weiterer englischsprachiger Historiker das Ende Preußens als längeren Prozess: er setzt den Anfang vom Ende in seinem bezeichnenderweise mit »endings« überschriebenen Schlusskapitel mit der Revolution von 1918 an, um dann mit der Wiedererrichtung des Landes Brandenburg 1990 zu enden.²² Für Clark ging die 1918 begonnene »Preußendämmerung« damit in den Sonnenaufgang eines neuen Bundeslandes über.

Jedenfalls stellte 1918 nicht das Ende Preußens dar. Mit dem Ende der Monarchie, der Trennung von preußischem Staat und deutschem Heer (Reichswehr) wie preußischem Herrscherhaus und protestantischer Kirche fielen zentrale Bereiche des alten Preußen fort. Trotzdem blieb gerade das »alte Preußen« auch in den 1920er und 1930er Jahren ein wichtiger Bezugspunkt nicht nur der politischen Kultur, sondern auch der Medien und Kulturszene (»Fridericus Rex«-Filme). Im Ausland wurde »Preußen« weiterhin und zum Teil bis weit über das Ende des Zweiten Weltkriegs hinaus als zentraler Bestandteil deutscher Identität und vermeintlich deutscher Aggressionen wahrgenommen und gefürchtet.

Anders als etwa bei den von Preußen 1866 annektierten deutschen Staaten Hannover, Kurhessen und Nassau, bei denen die Absetzung der Dynastien und das Ende der Staatlichkeit in eins fielen, war dies 1918 bei den (meisten) deutschen Staaten nicht der Fall, und bei den stets republikanisch verfassten Stadtstaaten schon gar nicht. Thüringen wurde 1920 als »Einheitsstaat« an Stelle der zahlreichen kleinen thüringischen Fürstentümer neu gebildet, hier bedeutete die Revolution tatsächlich das Ende der jahrhundertealten Klein-Staatlichkeit. Die anderen Bundesstaaten des Kaiserreiches

20 Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1800-1918*, München 1998, Bd. 2, 82.

21 Gordon A. Craig: *The End of Prussia*, Madison 1984, 4.

22 Christopher Clark: *Iron Kingdom. The rise and downfall of Prussia 1600-1947*, London 2006, 609-688.

bestanden weiter, nunmehr aber in republikanischer Gestalt und mit demokratischen Verfassungen. Parallel zum gesamtdeutschen Weimarer Verfassungsprozess wurde auch in Preußen im Januar 1919 eine verfassungsgebende Landesversammlung gewählt, die bis 1920 eine neue preußische Verfassung ausarbeitete.

Dabei war die Frage nach dem Weiterbestand des übermächtigen Preußen zunächst tatsächlich umstritten gewesen: Bereits im Revolutionswinter 1918/19 gab es erste Abspaltungsversuche, nicht nur in den polnischsprachigen Gebieten Preußens, sondern auch in Schlesien und dem Rheinland. Bereits im Januar 1919 hatte Otto Landsberg, Mitglied des Rats der Volksbeauftragten und damit der provisorischen Reichsregierung in den Revolutionswochen, das Ende Preußens beschworen: »Preußen hat seine Stellung mit dem Schwert erobert, und dieses Schwert ist zerbrochen. Wenn Deutschland leben soll, muss Preußen in der bisherigen Gestalt sterben!«²³ In den Weimarer Verfassungsdiskussionen wurde nicht zuletzt von Hugo Preuß als dem wesentlichen Autor der Verfassung vorgeschlagen, Preußen ebenso wie die anderen Länder aufzulösen und einen deutschen Einheitsstaat zu schaffen. Zudem war Preußen auch das einzige deutsche Land, das im Frieden von Versailles Gebietsabtretungen hinnehmen musste, denn alle deutschen Landverluste gingen (abgesehen vom Sonderfall Elsaß-Lothringen) auf das Konto Preußens: Westpreußen, Danzig, Eupen und Malmédy, Teile Schlesiens, den Norden Schleswig-Holsteins und das sogenannte Hultschiner Ländchen. 1923 wurde das Memelland von Litauen annektiert.

Zu einer Auflösung Preußens kam es jedoch nicht, sondern vielmehr zur Verabschiedung einer neuen preußischen Verfassung, die den Verfassungen der deutschen Bundesländer nach 1945 in vielem mehr ähnelte als der alten monarchischen Verfassung: Das alte Zweikammersystem mit Herrenhaus und Abgeordnetenhaus wurde aufgehoben, und anders als in anderen deutschen Ländern wurde darauf verzichtet, das Amt eines Staatspräsidenten – gleichsam an Stelle des abgedankten Monarchen – einzurichten. Stattdessen wurden die Befugnisse des *Ministerpräsidenten* gestärkt, der direkt von einem ebenfalls gestärkten Landtag gewählt wurde.²⁴

Innerhalb dieses dual strukturierten Verfassungsrahmens begann nach 1918 noch einmal ein neues, 14 Jahre lang währendes Kapitel preußischer Geschichte, das seit Hagen Schulzes bahnbrechendem Buch *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung* zumeist positiv bewertet worden ist, stellte doch das durchweg von einer sozialdemokratisch geführten Koalition regierte Preußen einen Hort demokratischer Stabilität in einem politisch unruhigen Reich dar, bis die Regierung Papen dieser Stabilität 1932 ein Ende setzte.²⁵ Die Dämmerung des monarchischen Preußen machte damit

23 Zitiert in Epkenhans: Preußen (wie Anm. 16), 93.

24 Dazu weiterhin, siehe Sibylle Gurt: Die Entstehung der preußischen Verfassung vom 30. November 1920, Berlin, 1983.

25 Hagen Schulze: *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie*, Frankfurt am Main 1977.

den November 1918 zum »verpassten Frühling des 20. Jahrhunderts«. ²⁶ Paul Hirsch, sozialdemokratischer Ministerpräsident Preußens in den Revolutionsmonaten, hatte bereits im März 1919 bei der Eröffnung der preußischen verfassungsgebenden Landesversammlung gesagt: »Preußens Aufgaben sind noch nicht erfüllt. Auf den Geist der Freiheit, der Ordnung und der Arbeit gestützt, soll es noch einmal der deutschen Nation und ihrer künftigen friedlichen Größe dienen. Preußens beste Eigenschaften, Arbeitsamkeit und Pflichttreue, braucht auch das Deutsche Reich zum Wiederaufbau. [...] Das alte Preußen ist tot, es lebe das neue Preußen!« ²⁷ Nach 1920 wurde Preußen tatsächlich durch Otto Braun und seinen langjährigen Innenminister Carl Severing zu einem »Bollwerk der Demokratie« ausgebaut: Der öffentliche Dienst wurde durch Einstellung explizit republikanisch gesinnter Beamter gestärkt, eine neue Polizeieinheit (Schutztruppe) sollte die Republik verteidigen, wichtige Bereiche von Wirtschaft und Bildungswesen wurden umgestaltet: Die 12.000 Gutsbezirke, in denen die Gutsherren weiterhin die Polizeigewalt innehatten, wurden bis 1927 abgeschafft, das altpreußische Abitur durch Eröffnung des zweiten Bildungswegs ergänzt. Auch ein Konkordat wurde 1929 zwischen Preußen und dem Vatikan geschlossen.

Beendet wurde diese Periode preußischer Geschichte mit dem »Preußenschlag« der Reichsregierung Franz von Papens am 20. Juli 1932, mit dem Preußen als eigenständiger politischer Faktor ausgeschaltet wurde. Im Ausnahmezustand wurde die vollziehende Gewalt in Preußens Kernprovinz der Reichswehr übertragen, die Berliner Polizeipräsidenten und Polizeikommandeure inhaftiert, und die preußische Regierung aufgelöst. Der Staatsgerichtshof des Reiches bestätigte im Oktober die Rechtmäßigkeit der Notverordnung, ein Reichskommissar übernahm die Ausübung der preußischen Regierungsgewalt. Damit waren die Macht- und Finanzmittel Preußens in den Händen der Reichsregierung, und Preußen war bei der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler im Januar 1933 als eigenständiger Machtfaktor ausgeschaltet – nicht zuletzt war die Polizei des mit Abstand größten deutschen Teilstaats der Kontrolle der jeweiligen Reichsregierung unterworfen.

Nach 1933 führte das gleichgeschaltete Preußen wie auch die anderen Länder des Reiches nunmehr eine Schattenexistenz. Preußischer Ministerpräsident wurde Hermann Göring, der seine Machtposition im Gefüge des Dritten Reiches freilich aus seiner Nähe zu Hitler und seinen militärischen Funktionen und nicht aus seinem Amt als preußischer Regierungschef bezog. Preußen als Idee wurde jedoch immer wieder von den Führern des Dritten Reiches in Anspruch genommen: Die Eröffnung des Reichstags am »Tag von Potsdam« im März 1933 sollte die enge Verbindung von »altem Preußen« und »neuem Reich« symbolisieren, die Wehrmacht stellte sich explizit in die Tradition der preußischen Armee, und bereits vor 1933 wurden als »preußische

²⁶ Klaus Gietinger: November 1918. Der verpasste Frühling des 20. Jahrhunderts, Hamburg 2018.

²⁷ Zitiert in: Epkenhans: Preußen (wie Anm. 16), 93.

Tugenden« hervorgehobene Normen wie Pflichterfüllung und Gehorsam bis 1945 für militärische Aggressionspolitik und das Funktionieren des nationalsozialistischen Unterdrückungs- und Mordapparats in Dienst genommen.

So gut erforscht diese politischen Entwicklungen zwischen preußischem Landtag und preußischer Regierung, Reichsregierung und Drittem Reich inzwischen sind, so wenig jedoch wissen wir über andere Fragen jenseits offizieller Regierungsarbeit. Denn auch wenn 1918 nicht das Ende Preußens als (Bundes-)Staat bedeutete, bedeutete 1918 das Ende der preußischen Monarchie, mit langfristigen wie kurzfristigen Folgen. Zu nennen sind hier vor allem Differenzierungsprozesse auf zwei Ebenen: Erstens die Trennung von Staat und Dynastie und zweitens die Trennung von Preußen und dem Reich. Denn Preußen wurde 1918 seines monarchischen Elementes entkleidet, das bis dahin für das preußische Selbstverständnis so zentral gewesen und noch 1915 in Otto Hintzes *Vaterländischer Geschichte* aktualisiert worden war.²⁸ Die zentrale Rolle der Dynastie als staats-stiftender Kraft und Klammer eines territorial, religiös und ökonomisch zersplitterten Staates ist immer wieder hervorgehoben worden.

Die Revolution führte zunächst einmal, und erstmalig, zur Trennung Preußens und des Reiches, die ja bis 1918 vielfältig institutionell verknüpft waren, über die demographische, wirtschaftliche und politische Dominanz des mit Abstand größten Bundesstaates hinaus. Während der Revolutionstage Anfang November wurde noch kurzfristig mit dem Gedanken gespielt, Wilhelm II. könne als Kaiser abdanken, seine preußische Krone jedoch retten – ein angesichts der politischen Situation wie der verfassungsrechtlichen Verflechtung von Preußen und Reich abenteuerlicher Gedanke, der ebenso wenig ernsthaft verfolgt wurde wie andere Versuche, die Monarchie etwa durch eine Regentschaft zu retten oder ihre »Ehre« durch den Tod Wilhelms an der Front zu retten. (Zur Frage des »Königstods« aus anderer Perspektive siehe den Beitrag von Benjamin Hasselhorn in dieser Edition.)

Die konsequente Trennung von Reichs- und Landesebene brachte dabei nicht zuletzt für die Reichsregierung neue Herausforderungen mit sich. Das Reich hatte neue Aufgaben anzunehmen, waren doch etwa wichtige Repräsentationsaufgaben des Reiches bis 1918 gleichsam nebenher von der preußischen Krone und dem preußischen Hof wahrgenommen worden, der ja gerade deshalb (und der tatsächlichen Verfassungswirklichkeit zuwider) allgemein als »Kaiserhof« betrachtet wurde. Die preußischen Schlossbauten (darunter das Berliner Schloss) waren nach 1918 weiterhin im Besitz des preußischen Staates, nicht des Reiches, waren sie doch der gängigen Terminologie entgegen bis 1918 nur »königliche Schlösser« gewesen. In der Folge aber standen der Weimarer Republik bei der Bewältigung repräsentativer Aufgaben wie etwa auswärtiger Staatsbesuche kaum eigene repräsentative Baulichkeiten für den zeremoniellen Empfang und die standesgemäße Unterbringung z. B. des afghanischen

28 Otto Hintze: Die Hohenzollern und ihr Werk: Fünfhundert Jahre vaterländischer Geschichte, Berlin 1915.

Königs 1928 zur Verfügung, da die Schlossbauten Berlins und seiner Umgebung nach 1919 entweder an den preußischen Staat oder das vormalige Königshaus gefallen waren. Die Reichsregierung behalf sich daher bei repräsentativen Verpflichtungen mit der Anmietung ehemals königlich-preußischer Palais von der preußischen Regierung oder gar vom selben Hohenzollernhaus, mit denen es Auseinandersetzungen um Vermögensfragen gab.²⁹ Für herausragende Fest- und Gedenkveranstaltungen der Weimarer Republik machte der hierfür verantwortliche Reichskunstwart Edwin Redslob den Reichstag zur zentralen Bühne.³⁰

Das brachte auch auf der finanziell wie kulturell wichtigen Ebene der materiellen Hinterlassenschaften der Monarchie die Notwendigkeit von Neuregelungen mit sich. Da eine umfassende Enteignung der ehemaligen Herrscherhäuser spätestens mit dem Scheitern des Volksentscheids zur »Fürstenenteignung« 1926 vom Tisch war, mussten auch in Preußen Regelungen getroffen werden, welche Güter als Staatsbesitz und welche als Privatbesitz des Hauses Hohenzollern anzusehen seien. Damit wurde unter politisch neuen Vorzeichen an einen Ausdifferenzierungsprozess angeknüpft, der bereits im 19. Jahrhundert mit der Unterscheidung von Staats- und fürstlichem Privatvermögen (»Schatullgut«) begonnen hatte, bis zur Revolution 1918 jedoch nicht konsequent durchgeführt worden war. An Komplexität gewann dieser Differenzierungsprozess, da ab dem 19. Jahrhundert die königlichen Schlösser und Sammlungen zudem zunehmend als kultureller Schatz der Gesellschaft überhaupt aufgefasst wurden, die nicht mehr nur als dem Herrscher und seiner Familie zugehörig, sondern als nationale Kulturgüter betrachtet wurden. Bereits im 19. Jahrhundert wurden große Sammlungsbestände in die Königlichen Museen überführt, die Wilhelm von Bode sehr bewusst als öffentliche Museen ausgestaltete. Wichtige Sammlungsteile verblieben jedoch bis heute in den königlichen Schlössern, die auch selbst zunehmend Besuchern zugänglich gemacht wurden.³¹

Der hier angesprochene Differenzierungsprozess betraf jedoch nicht nur Schlösser und Sammlungen, Vermögensgegenstände und Landbesitz, und er betraf nicht nur die Angehörigen des ehemaligen Herrscherhauses, sondern auch die anderen Angehörigen der preußischen Höfe. Denn mit der Auflösung des königlich-preußischen Hofes und der Höfe der anderen Prinzen verlor eine Vielzahl von Hofbediensteten ihre Stellung, für die sich weder der preußische Staat noch das ehemalige Herrscherhaus verantwort-

29 Thomas Biskup: Von Friedrich I. zu Aman Ullah. Zeremonielle Bewegungen im urbanen Raum Berlins, 1701-1928, in: Ein öffentlicher Ort. Berliner Schloss – Palast der Republik – Humboldt Forum. Beiträge des fünften Colloquiums in der Reihe »Kulturgeschichte Preußens – Colloquien« vom 3. und 4. November 2016, hg. v. Jürgen Luh (KultGeP - Colloquien, 5, 2017).

30 Gisbert Laube: Der Reichskunstwart. Geschichte einer Kulturbehörde 1919-1933, Frankfurt am Main 1997.

31 Tilmann von Stockhausen: Gemäldegalerie Berlin. Die Geschichte ihrer Erwerbungs politik 1830-1914, Berlin 2000.

lich fühlten. (Siehe hierzu der Beitrag von Truc Vu Minh in dieser Edition) Die nach 1919 getroffenen vermögensrechtlichen Regelungen haben bis heute ihre Gültigkeit behalten, sind aber durch die Jahrzehnte von NS-Diktatur und DDR-Herrschaft noch einmal verkompliziert worden: Wie andere Großgrundbesitzer und Vermögende, wurde auch das ehemals preußische Herrscherhaus in der Sowjetisch Besetzten Zone bzw. der DDR nach 1945 enteignet, und die im Zuge der deutschen Wiedervereinigung 1990 getroffenen Regelungen sahen ausdrücklich von einer Restitution enteigneten Grundbesitzes ab. Die Möglichkeit einer Entschädigung für 1945 enteignete andere materielle Güter steht hingegen unter dem Vorbehalt des Verhaltens der ehemaligen Herrscherfamilie während des Dritten Reiches. (Siehe hierzu den Beitrag von Karina Urbach). Sowohl die Revolution von 1918 als auch das ehemalige Königshaus rücken damit einhundert Jahre nach der Novemberrevolution wieder ins Zentrum öffentlicher Debatten und zeigen, wie wichtig gerade die Frage nach der Rolle Preußens vor und nach 1918 ist.

100 Jahre nach der Revolution ist die preußische Monarchie in ihrer historischen Einordnung wie juristischen Bewertung alles andere als abgeschlossen. Stand bei der Betrachtung der Revolution von 1918 in den meisten Untersuchungen der vergangenen Jahrzehnte die Frage nach den Transformationsprozessen hin zur Weimarer Republik im Mittelpunkt, und wurde die Abdankung der deutschen Fürsten eher als kuriose Randnotiz abgehandelt, so stellen sich aktuell gerade vermehrt Fragen nach der Bedeutung und dem »Erbe« der Monarchie.³²

Für die Bundesländer Brandenburg und Berlin ist diese Aufgabe heute von besonderer Aktualität, stellen doch die Hinterlassenschaften preußischer Geschichte in diesen »Zentralprovinzen« des ehemaligen Staates einen zentralen Teil der vielfältigen, von regionaler bis globaler Ebene reichenden politisch-kulturellen Schichtungen der Region dar – und einen wesentlichen touristischen Anziehungspunkt und somit auch ökonomischen Faktor, der mit den Wiederaufbau- und Renovierungsprojekten der vergangenen Jahre (Schlossbauten in Berlin und Potsdam, Erneuerungsmaßnahmen der SPSG) eher noch an Bedeutung gewonnen hat.

Die hier versammelten Beiträge der Tagung »Preußendämmerung. Die Abdankung der Hohenzollern und das Ende Preußens« spiegeln den aktuellen Forschungsstand wider und sollen in den derzeitigen gesellschaftlichen Debatten zur Diskussion anregen, informieren und neue Blickwinkel ermöglichen. So bietet Alexander Gallus zunächst einen Überblick über die Geschehnisse im November 1918, die Abdankung und Revolution, und klärt, warum eine *renovatio imperii* der Monarchie zwar möglich schien, jedoch in den sich verschärfenden Konflikten chancenlos blieb.

Die Erneuerung der Monarchie und die Rückkehr auf den Thron waren Gedanken, die durchaus auch den Ex-Kaiser in seinem holländischen Exil beschäftigten.

32 Dazu: Thomas Biskup und Martin Kohlrausch (Hg.): Das Erbe der Monarchie. Nachwirkungen einer deutschen Institution seit 1918, Frankfurt am Main 2008.

Wie Benjamin Hasselhorn herausarbeitet, war Wilhelm II. jedoch ernsthafter darum bemüht, sich von Feigheitsvorwürfen zu befreien und seine Flucht zu rechtfertigen. Die Option eines wahrhaftigen »Königstods«, eines glorreichen Todes des Monarchen an der Front, kam für Wilhelm in mehrfacher Hinsicht nicht in Frage, er wusste den Topos aber geschickt für sich zu nutzen und in Bezug auf seine Flucht umzudeuten.

Der Frage, was mit den Hofbediensteten geschah, die ihre Stellungen nach dem Ende der Monarchie verloren, ist Truc Vu Minh nachgegangen. Es zeigte sich, dass je nach Dienststellung, ob höherer Hofbeamter oder niederer Hofdiener, mehr oder minder Ansprüche auf Pensionen bestanden, die auf sehr unterschiedlichen argumentativen Wegen beim Finanzministerium und dem ehemaligen Hausministerium – teilweise hart – erkämpft werden mussten. Nicht zuletzt führte die Not gelegentlich in die Illegalität, wie das Beispiel des Schlossdieners Kuhbein offenbart.

Ging es bei einigen der ehemaligen Hofbediensteten noch um das blanke Überleben, war den Hohenzollern an nichts Geringerem als der Restauration ihrer Herrschaft gelegen. Hierzu suchten sie die verhängnisvolle Nähe zu den Nationalsozialisten. Wie Karina Urbach anhand dreier US-amerikanischer Nachlässe veranschaulichen kann, haben sich die Hohenzollern aber nicht schlicht von den Nationalsozialisten benutzen lassen. Deutlich sprechen die Quellen auch von ideologischen Schnittmengen einiger Mitglieder der Familie mit den Nazis, wodurch sich in der Folge auch der geringe Widerstandswille des Hauses erklärt.

Dass die Geschichtsschreibung über die Hohenzollern nach der Abdankung Wilhelms II. der alten historiographischen Tradition des »Borussianismus« (Ranke und Droysen) folgte, veranschaulicht Jürgen Luh in seinem Beitrag am Beispiel der Forschungen zur Brandenburgisch-Preußischen Geschichte (FBPG). Zwar ist festzustellen, dass das allgemeine Forschungsinteresse an den Hohenzollern nach 1918 zunächst abnahm (Otto Hintze), anderen Historikern allerdings, allen voran Gustav Bertold Volz, erschien es notwendig, weiterhin – oder vielleicht jetzt er recht – die glorifizierende Fahne des preußischen Herrscherhauses hochzuhalten und die Bedeutung der drei großen preußischen Lichtgestalten – Kurfürst Friedrich Wilhelm, Friedrich Wilhelm I. und natürlich Friedrich II. – für die deutsche und europäische Geschichte hervorzuheben. Ein Geschichtsbild, das auch bis heute weithin prägend geblieben ist.

Wie sich die Bilder von Preußen – besonders aus alliierter, internationaler Perspektive – nach dem Zweiten Weltkrieg darstellten, wandelten und wie diese Bilder argumentativ für die Auflösung des Staates durch das alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 interpretiert wurden, ist Thema der Untersuchung John Zimmermanns. Preußen als »[...]Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland«, ohne den das Übel Hitler gar nicht erst möglich gewesen wäre und den es zu vernichten gelte, stand gegenüber populärkulturellen Bildern vom »guten alten Preußen« und Deutungen, die die Bedeutung des Militärs in Preußen zu marginalisieren versuchten.

Samuel Wittwers Beitrag folgt den Spuren der Hohenzollern in den Schlössern. Wie wurde die Dynastie nach 1918 in ihren ehemaligen Residenzen, bei der Einrichtung der Schlösser, der musealen Vermittlung (re-)präsentiert? Schienen historische Persönlichkeiten der Familie nach der Revolution in den preußischen Schlössern zunächst zu großen Teilen verschwunden oder zumindest kaum thematisiert, änderte sich das durch die zunehmende wissenschaftlich-kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte jener Fürstenfamilie. Die dadurch gewonnene Distanz und Objektivität ermöglichte es den verantwortlichen Kustoden und Kustodinnen sowie Kuratoren und Kuratorinnen, auch wieder historische Personen der Familie in den Vordergrund zu rücken.

Eine kontinuieritätsgebremste Revolution Deutschland an der Wegscheide zwischen Monarchie und Demokratie

Alexander Gallus

Abstract

Der Beitrag wirft einen Blick auf die Geschichte der deutschen Revolution von 1918/19 und skizziert Etappen und Formen des Übergangs zwischen Kaiserreich und Republik. Er geht der Frage nach, ob die Revolution unausweichlich war, oder ob die Monarchie, nach Absetzung Kaiser Wilhelms II. und demokratisch-parlamentarisch reformiert, nicht hätte erhalten werden können. Der Aufsatz erörtert aber ebenso neue politisch-gesellschaftliche, bald durch den Einsatz von Gewalt immer schärfer gezogene Konfliktlinien, die den alten Gegensatz zwischen Monarchisten und Republikanern rasch in den Hintergrund rücken und eine *Renovatio imperii* immer unwahrscheinlicher erscheinen ließen. Am Ende steht die Bilanz einer kontinuieritätsgebremsten Revolution, die das Erbe des Kaiserreichs in seiner ambivalenten Modernität in die Weimarer Republik hineintrug, ohne dass der Monarchismus als politische Bewegung eine tonangebende Rolle spielen sollte.

Einleitung

Der Revolution von 1918/19 wird im Koalitionsvertrag der deutschen Bundesregierung vom März 2018 unter der Rubrik »Gedenken und Erinnern« kein exklusiver erinnerungspolitischer Rang zugestanden.¹ Auch das Deutsche Historische Museum verzichtet auf eine Sonderausstellung den Umbrüchen und ihren Akteuren zu Ehren. Und doch sind seit einiger Zeit deutliche Anzeichen für ein stetig zunehmendes Interesse an jener Periode des Wandels am Ende des Ersten Weltkriegs zu erkennen. Unter den Geschichtsschreibern findet die Demokratie als ganz unterschiedlich umworbene Leitidee während der Zwischenkriegszeit gesteigerte Aufmerksamkeit wie auch die Gewaltgeschichte des sogenannten »Nachkriegs« und die Herausforderungen autoritärer Kehren während der zwanziger und dreißiger Jahre.²

Aufmerksamkeitsökonomisch kündigt sich seit einer Weile mit Blick auf die Novemberrevolution also so etwas wie eine Trendwende an. Aus ihrem Dornröschenschlaf ist die Revolutionsforschung jedoch erst vor kurzem erwacht. Der Forschungsstand präsentierte sich während der vergangenen Jahrzehnte als festgefahren, die öffentliche Würdigung als defizitär.³ Überhaupt hält die 1918er-Revolution gelegentlich als Beleg dafür her, dass den Deutschen Revolutionen grundsätzlich nicht liegen und sie ihnen stets misslingen würden. Fünfzig Jahre nach der Novemberrevolution schrieb Joachim C. Fest 1968, damals noch im »Spiegel«: »Das deutsche Gedächtnis kennt weder geköpfte Könige noch erschlagene Gauleiter, keine Straßenschlachten, keinen Bastillesturm oder siegreich durchgegangenen Verfassungskonflikt. Eher geniert bewahrt es die Erinnerung an einige halbherzige Erhebungen und einen selbstquälerisch wankelmütigen Widerstand, alles in Jammer und Bitternis endend.«⁴

- 1 Ein neuer Aufbruch für Europa – Eine neue Dynamik für Deutschland – Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode, 12. März 2018, 167 f.; URL: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/847984/5/b8bc23590d4cb2892b31c987ad672b7/2018-03-14-koalitionsvertrag-data.pdf?download=1> [Zugriff am 30. November 2018].
- 2 Siehe etwa Robert Gerwarth: Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs, München 2017; Tim B. Müller / Adam Tooze (Hg.): Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2015.
- 3 Vgl. Alexander Gallus (Hg.): Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010; Alexander Gallus: Auf dem Weg zur Reaktualisierung durch Historisierung. Die vergessene Revolution von 1918/19 revisited, in: Andreas Braune / Michael Dreyer (Hg.): Weimar als Herausforderung. Die Weimarer Republik und die Demokratie im 21. Jahrhundert, Stuttgart 2016, 9–22.
- 4 Joachim Fest: »Es gibt hier nichts zu schießen...!« Die Deutschen und die Revolution, in: Der Spiegel vom 4. November 1968, 84.

Das Hundertjahres-Jubiläum lässt indes nicht mehr viel von diesem selbstquälerischen Wankelmut erkennen.⁵ Es scheint die Geschichtsschreiber vielmehr dazu zu drängen, eindeutige Erzählungen vorzulegen und die Geschichte gleichsam zu »streamlinen«. Gesamtdarstellungen neueren Datums – »Am Anfang war Gewalt« oder »Der wahre Beginn unserer Demokratie« – bedienen, wenigstens auf den ersten Blick und dem Titel nach, diesen Wunsch.⁶ Ungeachtet solcher Leitformeln ist es kein leichtes Unterfangen, die historische Situation von ihrer Ambivalenz zu befreien. Schließlich bleibt die Revolution von 1918/19 ein vertracktes Gebilde, weder passend als Musterbeispiel in der deutschen Demokratiegeschichte noch eindeutig zur Abschreckung dienend. Sie präsentiert sich mehrdeutig, als eine Melange aus Altem und Neuem, aus Leistungen und Versäumnissen, deren jeweilige Interpretation regelmäßig für Streit sorgt. Die Novemberrevolution ist insofern hervorragend geeignet, um an ihrem Beispiel unterschiedliche Demokratiekonzepte und politische Ordnungsvorstellungen zu studieren und einiges über Hoffnungen und Ängste einer Gesellschaft zu lernen, die sich mitten in der Krise befand, deren Ausgang sie nicht kannte. In diesem Zusammenhang ist im Übrigen nicht zuletzt jüngst wieder die Frage aufgeworfen worden, ob es im Herbst 1918 die Möglichkeit alternativer Geschichtsverläufe – konkret auch: hin zu einer parlamentarischen Monarchie – gab.⁷

Im Folgenden will ich u. a. diese Frage aufgreifen, zugleich aber auch nochmals eine knappe Bilanz des langen Novembers der Revolution liefern.⁸ Die Formel des langen November fasst meines Erachtens gut den Kernmonat der Revolution ein, vermeidet aber zugleich eine zeitliche Engführung. Diese Weiterung ist umso nötiger, wenn man Vorbedingungen, aber auch Auswirkungen der Revolution mit in Betracht zieht. Ich beginne knapp mit der Krise des Kaiserreichs in den letzten Kriegsjahren, bevor ich der Frage nachgehe, ob die Monarchie durch grundlegende Reformen hätte erhalten

- 5 Der »Spiegel« schloss indes gleichsam an die Deutungstradition wie vor fünfzig Jahren an und diagnostizierte für die Deutschen eine ausgeprägte Revolutionsaversion. So ist die Titelgeschichte vom 13. Oktober 2018 dem Thema »Revolution. Warum die Deutschen so oft scheitern« gewidmet.
- 6 Mark Jones: *Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik*, Berlin 2017; Wolfgang Niess: *Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie*, Berlin u. a. 2017.
- 7 Siehe ebenso exemplarisch wie verdichtet: Lothar Machtan / Peter Brandt: *Zu den Überlebenschancen der Monarchie im Herbst 1918. Zwei kontroverse Positionen*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 63 (2015), 262-272.
- 8 In diesen Passagen stützt sich mein Text zum Teil auf: Alexander Gallus: *Die deutsche Revolution 1918/19*; URL: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/weimarer-republik/275865/revolutionen> [Zugriff am 30. November 2018]. Siehe unter den neueren Gesamtdarstellungen zur Revolution neben Jones und Niess (wie Anm. 6): Robert Gerwarth: *Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit*, München 2018, 27; Lars-Broder Keil / Sven Felix Kellerhoff: *Lob der Revolution. Die Geburt der deutschen Demokratie*, Darmstadt 2018; Joachim Käppner: *1918 – Aufstand für die Freiheit. Die Revolution der Besonnenen*, München 2017.

und die Revolution vermieden werden können. In einem nächsten Schritt gilt es, neue Konfliktlinien – weg vom Spannungsfeld Monarchie versus Republik – zu skizzieren, bevor ich einige abschließende Überlegungen zur Frage nach der Kontinuität zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik anstellen werde.

Krise des Kaiserreichs im Krieg

Die bei Ende des Ersten Weltkrieges durch konservative Militärs in die Welt gesetzte »Dolchstoßthese«, der zufolge die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg wesentlich durch eine unzuverlässige und revoltierende »Heimatfront« herbeigeführt worden sei, war von Anfang an bewusst eingesetzte Propaganda. Bei Lichte betrachtet waren die deutschen Truppen mit anhaltender Kriegsdauer den materiellen und personellen Ressourcen der Entente-Mächte unterlegen. So wenig also die deutsche Revolution von 1918/19 die Niederlage verursacht hatte, so war sie doch untrennbar mit dem Krieg verbunden: Sie zielte zunächst auf Frieden, eine bessere Ernährungslage und die Abschaffung autoritärer Befehlsstrukturen. Ab dem Jahr 1916 kündigten Hungerrevolten, die im Januar 1918 bei Massenprotesten ihren Höhepunkt erreichten, eine Systemkrise der monarchischen Ordnung an. Die Enttäuschung und Frustration gegenüber den Repräsentanten des Kaiserreichs waren Ende September 1918 umso größer, als die Oberste Heeresleitung – nach dem Friedensschluss von Brest-Litowsk mit Sowjetrußland – mit der Westoffensive im Sommer 1918 nochmals die Siegeserwartungen innerhalb der Gesellschaft genährt hatte. Vor diesem Hintergrund war der Schock der Niederlage besonders groß.

Vom gemeinschaftsstiftenden nationalen Aufbruch des Jahres 1914 war vier Jahre später im deutlichen Angesicht der Niederlage ab dem Spätsommer 1918 kaum noch etwas zu spüren. Der Druck auf den Monarchen und die im Verlauf des Krieges zunehmend dominante Militärführung Paul von Hindenburgs und Erich Ludendorffs wuchs nicht nur von innen angesichts offen ausbrechender sozialer Spannungen und neuer Partizipationsansprüche, sondern auch von außen. Insbesondere US-Präsident Woodrow Wilson war nicht länger bereit, mit einem autokratischen Herrscher und autoritären Militärs über Waffenstillstand und Frieden zu verhandeln. Er verlangte eine demokratisch legitimierte Regierung als Gegenüber.⁹

9 Vgl. zum Kontext Manfred Berg: *Woodrow Wilson. Amerika und die Neuordnung der Welt*, München 2017; Erez Manela: *The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*, Oxford 2007.

Reform statt Revolution – möglicher Erhalt der Monarchie?

Anfang Oktober 1918 kam es zur Umbildung der Reichsregierung, die nun vom liberal gestimmten, gleichwohl dem monarchischen Prinzip verhafteten Prinz Max von Baden angeführt wurde¹⁰ und an der die Mehrheitsfraktionen des Deutschen Reichstags (die liberale Fortschrittliche Volkspartei, das katholische Zentrum und nicht zuletzt die SPD) mitwirkten. Diese Mehrheitsfraktionen hatten sich bereits ab Juli 1917 in einem Interfraktionellen Ausschuss zusammengefunden und ihre Politik koordiniert. Für einiges Aufsehen sorgte die »Friedensresolution« für einen Verständigungsfrieden, die der Ausschuss entworfen hatte und die vom Reichstag am 19. Juli 1917 mehrheitlich befürwortet wurde.

Dies waren klare Anzeichen für einen Parlamentarismus, der stetig weiter Einfluss einforderte und hinzugewann. Am 28. Oktober wurde mit den sog. Oktoberreformen schließlich eine Verfassungsrevision vollzogen, die einen politischen Systemwechsel von der konstitutionellen hin zu einer parlamentarischen Monarchie markierte und die in der Tradition einer während des Kaiserreichs schrittweisen evolutionären Modernisierung stand. So grundlegend dieser Wandel der Staatsform sich nämlich ausnahm, erfolgte er doch im Rahmen der geltenden Verfassungsordnung. Er war daher in staatsrechtlicher Hinsicht keine Revolution.¹¹ Ein Bruch mit der Staats- und Rechtsordnung des Kaiserreichs blieb aus. Gleichwohl wurde die Stellung des Monarchen darin stark abgewandelt. Der Kaiser blieb zwar das Staatsoberhaupt, er verlor aber viel von seiner machtvollen Position: Fortan konnte nicht mehr er, sondern nur noch der Reichstag Reichskanzler und Regierung entlassen.

In den Augen der ebenso erschöpften wie erbosten Arbeiter und Soldaten vermittelte dieser Schritt, ein legaler Verfassungswandel in Papierform, jedoch keine Durch- und Aufbruchsstimmung. So gelang es durch diese Verfassungsreformen nicht, eine revolutionäre Massenbewegung von unten zu verhindern, die damals weder im Interesse der alten Eliten des Kaiserreichs noch der staats-, ordnungs- und reformorientierten Sozialdemokratie unter Friedrich Eberts und Philipp Scheidemanns Führung lag. Ebert und Scheidemann drängten keineswegs auf die Beseitigung der monarchischen Staatsform. Noch am 31. Oktober 1918 äußerte Ebert in kleinem Kreise: »Ich bin dafür, dass die deutsche Monarchie bestehen bleibt. Deutschland ist nicht reif für eine

10 Siehe nun umfassend: Lothar Machtan: Der Endzeitkanzler. Prinz Max von Baden und das Ende des Kaiserreichs, Neuausg., Darmstadt 2018.

11 Siehe die rechtshistorische Würdigung von Horst Dreier: Die deutsche Revolution 1918/19 als Festtag der Nation? Von der (Un-)Möglichkeit eines republikanischen Feiertages in der Weimarer Republik, in: Ders.: Staatsrecht in Demokratie und Diktatur. Studien zur Weimarer Republik und zum Nationalsozialismus, hg. von Matthias Jestaedt und Stanley L. Paulson, Tübingen 2016, 1-48.

Republik, und wir Sozialdemokraten, die dies wissen, fürchten den Augenblick, da die Masse, die Straße, unter dem Einfluss der Unabhängigen die Durchführung unsres Parteiprogramms von uns verlangt und eine Republik fordert. Aber damit wir die Monarchie erhalten und eine Republik vermeiden können, muss der jetzige Monarch zurücktreten [...]. [...] Die Firma aber kann und muss erhalten werden. [...] Der jetzige Monarch muss abdanken, um die Monarchie selbst zu retten.«¹²

Wie wir wissen, kam es anders und musste die gesamte »Firma« wenige Tage, nachdem Ebert dies formuliert hatte, Bankrott anmelden. Ein militärischer Befehl zum Auslaufen der Flotte zu einer letzten, selbstmörderischen Schlacht in die Nordsee gegen die Royal Navy war der Funke ins Pulverfass, der zum Ausbruch der alles andere als im Voraus geplanten Revolution als einer von Soldaten und Arbeitern getragenen Massenbewegung »von unten« führte. Sie wollten diesen selbstmörderischen Akt, der wesentlich durch althergebrachte Ehrvorstellungen der Seekriegsleitung (die einer »Apokalypse als Enttäuschungsverarbeitung« glichen) motiviert war, nicht vollziehen.¹³ Es kam zu Befehlsverweigerungen von Matrosen auf den Kriegsschiffen der in Wilhelmshaven konzentrierten deutschen Hochseeflotte. Als diese daraufhin auseinandergezogen wurde, gelangte der Protest der Matrosen nach Kiel und verband sich dort mit einer streikbereiten Arbeiterschaft. Die Revolution begann somit als Matrosenaufstand und Militärstreik und verlief doch anfangs fast unblutig, was angesichts des Ausgangspunkts von diesen bewaffneten Kräften her erstaunlich ist. Die wenigen tödlichen Auseinandersetzungen zwischen Mannschaften und Offizieren Anfang November 1918 in Kiel führten nicht zu einer Eskalation der Gewalt.¹⁴ Das Entfernen von Rangabzeichen und Kokarden, das Schwenken roter Tücher und das Hissen roter Fahnen genügten den Aufständischen, um so das Ende alter Befehlsstrukturen und den lange herbeigesehnten Frieden zu demonstrieren.

Manche dieser Symbole wie auch die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten deuteten in östliche Richtung und folgten – der äußeren Form nach – dem groben Muster der russischen Revolution des Vorjahres. Der Wunsch nach Übernahme einer bolschewistischen Ordnung war damit in den allermeisten Fällen nicht verbunden. Räte zu gründen schien einer allgemeinen Mode zu entsprechen. Mit spöttischem Unterton notierte der Heidelberger Mediävist Karl Hampe am 14. November 1918 in seinem Tagebuch: »Man überbietet sich allenthalben in Gründungen von allen möglichen Räten: Bauernräte, Bürgerräte, geistige Räte, Kunsträte, Theaterräte. Die

12 Zitiert nach Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert 1871-1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006, 98.

13 Sebastian Rojek: Versunkene Hoffnungen. Die Deutsche Marine im Umgang mit Erwartungen und Enttäuschungen 1871-1930, Berlin/Boston 2017, 220.

14 Zur Kieler Entwicklung nun maßgeblich: Martin Rackwitz: Kiel 1918. Revolution – Aufbruch zu Demokratie und Republik, Kiel/Hamburg 2018.

deutsche Vereinsmeierei ist in die Arme der Revolution geflüchtet!«¹⁵ Der Großteil der Räte, die sich als ordnungsstiftende Organe einer Übergangszeit verstanden, sympathisierte indes mit der Sozialdemokratie.

In den Folgetagen breitete sich der Aufstand durch reisende Matrosen und Mundpropaganda von der Küste in weitere Teile des Landes aus.¹⁶ Ein Fürstentum nach dem anderen fiel wie ein Kartenhaus in sich zusammen, ganz ohne Gegenwehr, ohne royalistischen Widerstand zum Erhalt der Monarchie.¹⁷ Noch Anfang November 1918 befasste sich Wilhelm II. allerdings mit einem »Planspiel Bürgerkrieg«, wie es Lothar Machtan treffend genannt hat.¹⁸ Er glaubte für eine kurze Zeit, mit Hilfe der von der Westfront abgezogenen Truppen einen bewaffneten Kampf im Innern des Reiches zur Aufrechterhaltung seiner Monarchie führen zu können. Zornig äußerte er: »Ich marschiere nach Berlin und schieße nötigenfalls mein eigenes Schloss zusammen; alle Verräter einschließlich der Minister werden aufgehängt.«¹⁹ Es war schließlich den zuständigen Militärs zu verdanken, dieses »Planspiel« des Kaisers nicht umzusetzen und seine Befehlsgewalt letztlich zu unterlaufen.

Ebenso wenig ging im übrigen Wilhelms Plan auf, der ihn bis zum 9. November umtrieb, nämlich als Kaiser zurückzutreten, nicht aber als König von Preußen. Dies war wenig durchdacht und widersprach der Bismarck'schen Reichsverfassung, deren elftem Artikel zufolge der König von Preußen zugleich Deutscher Kaiser ist. Im Hauptquartier in Spa haben ernsthafte Beratungen über eine entsprechende Abänderung der Verfassungsordnung nach allem, was wir darüber wissen, indes nicht stattgefunden. Mit solch fixen, ja aberwitzigen Ideen trug Wilhelm am Ende nochmals kräftig zu seiner »Selbstentkrönung« bei.²⁰ Die »Kunst des rechtzeitigen Thronverzichts«, wie es Wolfram Pyta einmal nannte, beherrschte Wilhelm II. jedenfalls nicht.²¹ Ab Mitte Oktober 1918 wunderte sich selbst eine so wohlwollende Beobachterin wie Fürstin Evelyn Blücher von Wahlstatt, wie sehr sich der Kaiser, so heißt es bei ihr, an

15 Karl Hampe: Kriegstagebuch 1914-1919, hg. von Folker Reichert und Eike Wolgast, 2. Aufl., München 2007, 780.

16 Vgl. Sonja Kinzler / Jens Buttgereit: »Sturmvögel der Revolution«. Zur Verbreitung der Revolution durch (Kieler) Matrosen, in: Sonja Kinzler / Doris Tillmann (Hg.): Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918, Darmstadt 2018, 140-149.

17 Maßgeblich dazu: Lothar Machtan: Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen, Berlin 2008.

18 Machtan: Abdankung (wie Anm. 17), 269.

19 Zitiert nach Lothar Machtan: Kaisersturz. Vom Scheitern im Herzen der Macht, Darmstadt 2018, 105.

20 Machtan: Abdankung (wie Anm. 17), 272.

21 Wolfram Pyta: Die Kunst des rechtzeitigen Thronverzichts. Neue Einsichten zur Überlebenschance der parlamentarischen Monarchie in Deutschland im Herbst 1918, in: Patrick Merziger / Rudolf Stöber / Esther-Beate Körber / Jürgen Michael Schulz (Hg.): Geschichte, Öffentlichkeit, Kommunikation. Festschrift für Bernd Sösemann zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2010, 363-381.

»seinen Schattenthron« klammerte.²² Durch dieses Verhalten sollte er auch Chancen auf ein Überleben einer transformierten Monarchie als parlamentarisch strukturiertes Regierungssystem vergeben, wie sie nach Auffassung einiger Autoren zumindest bis in den Frühherbst 1918 hinein noch bestanden haben.

Eine solche Transformation hätte nur gegen, nicht mit Wilhelm II. funktioniert. Denn der nach Spa geflohene Kaiser übte sich in vollständiger Verweigerung. Über den Erhalt des Staatswesens unabhängig von der eigenen Person nachzudenken, diese Fähigkeit besaß er nicht. Hätte aber nicht Max von Baden – unterstützt von den süd-deutschen Bundesfürsten wie von seinem badischen Landsmann Friedrich Ebert – als Reichsverweser fungieren und so einer der preußischen Präsidialmacht entwundene Monarchie retten und erneuern können? Am Ende scheiterte schon der Versuch an der Unentschlossenheit, persönlichen Animositäten, duckmäuserischem Verhalten und mangelnder politischer Urteilskraft der Bundesfürsten. Menschliches Versagen und das schwach ausgeprägte politische Machtbewusstsein des Prinzen Max waren nach Lothar Machtans Lesart wesentliche Gründe dafür, dass die Umwandlung der Monarchie in eine gleichsam demokratische Institution scheiterte.²³

Die Tatsache, dass während der ersten Revolutionszeit kaum Blut floss, ist indirekt ein weiteres Indiz dafür, dass solchen kontrafaktischen Überlegungen eine gewisse Plausibilität nicht abzuspüren ist. Dieser anfangs so friedfertigen Revolution wohnte – wie schon der Politikwissenschaftler Thomas Ellwein vor vielen Jahrzehnten bemerkte – eine »gewisse Liebenswürdigkeit« inne: »In den meisten deutschen Ländern«, hieß es bei ihm leicht süffisant, »bemühte man sich sehr, die Gebote der Höflichkeit zu achten, Fürsten und Revolutionäre verkehrten in einer gewissen Resignation miteinander und in manchen Fällen sprachen die neuen Machthaber den abgedankten Monarchen ihren Dank aus.«²⁴ Wenn es zu Gewalt kam, dann eher zu einer angedrohten statt zu einer tatsächlichen. Die Abdankungen kennzeichnete sowohl auf Seiten der Revolutionäre als auch der Fürsten mithin ein überwiegend »kooperatives Verhalten«, wie es Helmut Neuhaus einmal diagnostiziert hat.²⁵ Beide Seiten – die revolutionäre zumindest so, wie sie durch die Ebert'sche Sozialdemokratie vertreten wurde – seien demnach an einer »möglichst konfliktfreien Beibehaltung der bisherigen staatlichen Ordnung«, nun aber »ohne monarchische Spitze«, interessiert gewesen.²⁶ In einer Reihe von Abdankungsdokumenten wurden zusammen mit dem Thronverzicht die Beamten und Offiziere von ihrem entsprechenden Treueeid entbunden. So geschah es

22 Evelyn Blücher von Wahlstatt: Tagebuch. Mit einem Vorwort von Gebhart Fürst Blücher von Wahlstatt, München 1924, 274.

23 Siehe dazu die verschiedenen genannten Schriften Lothar Machtans (wie Anm. 10, 17 und 19).

24 Thomas Ellwein: Das Erbe der deutschen Monarchie in der deutschen Staatskrise. Zur Geschichte des Verfassungsstaates in Deutschland, München 1954, 7.

25 Helmut Neuhaus: Das Ende der Monarchien in Deutschland 1918, in: Historisches Jahrbuch, 111 (1991), 102136, hier: 124.

26 Ebd.

auch in Wilhelms Falle. Er ermunterte in seinem Thronverzicht vom 28. November 1918 die entpflichteten Beamten, Offiziere und Soldaten, »bis zur Neuordnung des Deutschen Reiches den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland [zu] helfen, das Deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen«. ²⁷

Manch einem Beobachter unter den revolutionären Arbeitern behagte diese Gutmütigkeit nicht, einem erschienen die Novemberereignisse im Rückblick als »fast unblutig, vielleicht zu unblutig«. ²⁸ Mancher Kommentator begrüßte dagegen den unblutigen Charakter, der vielen älteren Revolutionen auch gut angestanden hätte. Theodor Wolff beispielsweise lobte in seinem immer wieder zitierten Artikel über den »Erfolg der Revolution«, erschienen am 10. November in der Morgenausgabe des »Berliner Tageblatts«, nicht nur den Elan und die elementare Wucht der Ereignisse im geschichtsträchtigen Herbst 1918, sondern auch ihren maßvollen und geordneten Charakter, der dieser Revolution erst ihren historischen Rang zuwies, ja sie sogar, wie Wolff schrieb, zur »größten aller Revolutionen« machte. ²⁹

Friedrich Ebert, der ab dem 9. November hauptsächlich die Geschicke des Landes verantwortete, war Wolffs Lob gewiss: Schließlich wisse der neue Reichskanzler, wie sehr »eine Revolution, die fleckenlos dastehen will, dem besieigten Gegner mit Schonung und Menschlichkeit zu begegnen hat«. Schon zu diesem frühen Zeitpunkt betonte der baldige Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), wie wichtig es sei, Vertreter des Bürgertums in den Wandlungsprozess einzubinden. Auch wenn die sich überschlagenden Revolutionstage kein »Schauspiel für Nervenschwache« darboten, war Wolff doch von einem strukturierten, friedlichen und respektvollen Übergang von der alten in die neue Zeit überzeugt. Statt sie zu zerschlagen, seien die Symbole der alten Herrschaft auszuwechseln: »Ein reifes, verständiges Volk schafft sie, ohne etwas zu zerbrechen, fort.« ³⁰

27 Die Abdankungsurkunde Kaiser Wilhelms II., 28.11.1918, in: Gerhard A. Ritter / Susanne Miller (Hg.): Die deutsche Revolution 1918/1919. Dokumente, Neuausg., Frankfurt a. M. 1983, 393.

28 So Alfons Schmollins: Über die Novemberrevolution in Kiel 1917-1918 [Aufzeichnungen aus dem Jahr 1958], in: BArch SgY 30/0830, Bl. 9. Ähnlich auch Toni Sender: Autobiographie einer deutschen Rebellin, hg. von Gisela Brinker-Gabler, Frankfurt a. M. 1981 (englisches Original: New York 1939), 144: Sie stellte dort die rhetorisch anmutende Frage: »Ist die Novemberrevolution zu human gewesen?«

29 Theodor Wolff: Der Erfolg der Revolution, in: Berliner Tageblatt vom 10. November 1918, abgedruckt in: Theodor Wolff: Tagebücher 1914-1919. Der Erste Weltkrieg und die Entstehung der Weimarer Republik in den Tagebüchern, Leitartikeln und Briefen des Chefredakteurs am »Berliner Tageblatt« und Mitbegründers der »Deutschen Demokratischen Partei«. Erster Teil, eingel. und hg. von Bernd Sösemann, Boppard a. Rh. 1984, 814.

30 Wolff: Der Erfolg der Revolution (wie Anm. 29), 816.

Neue Konfliktlinien, politische Grundentscheidungen und Gewalt

Am 9. November schließlich ergriff die Revolution bekanntlich Besitz von Berlin. Die revolutionäre Dynamik war dabei so spontan und rasant, dass die Planungen selbst mancher revolutionärer Akteure mit diesem Tempo nicht Schritt halten konnten. Die führende Sozialdemokratie strebte nach Kontrolle und politischer Führung. Um die Stimmung der aufgebrachtten Massen zu beruhigen, forderte sie ultimativ die Abdankung Kaiser Wilhelms II., in dessen Person sich alle Empörung zu verdichten schien. Am geschichtsträchtigen 9. November 1918 erklärte Prinz Max von Baden – ohne die Autorisierung des Kaisers – öffentlich dessen Abdankung. Außerdem legte der Regierungschef aus dem Hause Baden an jenem Tag seine Reichskanzlerschaft in die Hände des SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert. Allein dieser Akt der Übertragung war in staatsrechtlicher Hinsicht revolutionär, spielte er sich doch außerhalb der geltenden Verfassungsordnung ab. Am Nachmittag des 9. November proklamierte Scheidemann als wortmächtiges Regierungsmitglied von einem Balkon des Reichstagsgebäudes aus die Republik. So sehr diese Szene erst Jahre später geschichtspolitisch aufbereitet und überhöht wurde,³¹ brachte sie doch symbolisch den Führungsanspruch der Sozialdemokratie im weiteren Verlauf der Revolution zum Ausdruck; einer Revolution, die in den Augen der Parteispitze mit der Einführung einer republikanischen Ordnung im Grunde bereits ihr Ziel erreicht hatte. Dabei ist auch dies zu präzisieren. Denn mindestens Ebert wäre nach wie vor mit der Etablierung einer parlamentarischen Monarchie einverstanden gewesen. Die Entscheidung über die Staatsform sollte erst die neu zu wählende Nationalversammlung fällen. Deshalb war Ebert über Scheidemanns Vorgehensweise einer solchen, politisch noch zu legitimierenden Antwort in dieser Frage erzürnt.³²

Doch zu diesem Zeitpunkt ging es schon nicht mehr um den Widerstreit zwischen alter und neuer Ordnung, zwischen Monarchie und Republik: Die radikale Gegenposition zu dieser Republik-Proklamation tat wenige Stunden nach Scheidemann der »Spartakist« Karl Liebknecht in einer Rede vor dem Berliner Stadtschloss kund, als er die »freie sozialistische Republik Deutschland« als Zwischenschritt auf

31 Siehe dazu neuerdings den Streit zwischen Lothar Machtan und Heinrich August Winkler: Lothar Machtan: Und nun geht nach Hause. Am 9. November 1918, heißt es, rief der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann die Republik aus. Tat er das wirklich? Zur Entstehung einer zählebigen Legende, in: Die Zeit vom 5. April 1918, unter: <https://www.zeit.de/2018/15/philipp-scheidemann-sozialdemokrat-republik-ausrufung-1918>, [Zugriff am 1. Dezember 2018]; Heinrich August Winkler: Doch so war es! 9. November 1918: Die Ausrufung der Republik ist keine Legende, in: Die Zeit vom 26. April 2018, unter: <https://www.zeit.de/2018/18/1918-novemberrevolution-weimarer-republik-ausruf> [Zugriff am 1. Dezember 2018].

32 Dazu Mühlhausen: Ebert (wie Anm. 12), 107 f.

dem Weg zur Weltrevolution ausrief. Hier wurde eine neue Achse für fortdauernde Machtkämpfe offensichtlich.³³

Die innerlinken Spannungen waren schon von Anfang der Republik an groß. Zunächst aber taten sich Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) und Unabhängige zusammen und bildeten am 10. November Regierungsorgane der Revolution: neben dem Vollzugsrat an vorderster Stelle den Rat der Volksbeauftragten, quasi als Exekutive und zugleich zur Beaufsichtigung der durch Staatssekretäre verwalteten Ministerressorts der Reichsregierung. Letztere signalisierten im Übrigen ein Kontinuitätsmoment zwischen Kaiserreich und Republik.

Der Rat brachte schon am 12. November eine Reihe von politischen und sozialen Reformen auf den Weg, die in einem Aufruf »An das deutsche Volk!« – für Dittmann die »Magna Charta der Revolution« – verkündet wurden.³⁴ Dazu zählten die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die Aufhebung der Zensur ebenso wie der Gesindeordnung und die Einführung des Wahlrechts für Männer und erstmals auch für Frauen ab dem 20. Lebensjahr.³⁵ Wenige Tage darauf schrieb das zwischen Gewerkschafts- und Industrievertretern geschlossene Stinnes-Legien-Abkommen den Achtstundentag, die Bildung von Arbeiterausschüssen und den Gedanken der Sozialpartnerschaft fest.

Die Frage, wie und wo weitere Grundentscheidungen der politisch-sozialen Transformation getroffen werden sollten, sorgte für Streit. Die federführenden Sozialdemokraten unter Eberts Ägide favorisierten die Bildung einer demokratisch gewählten Verfassungsgebenden Nationalversammlung. Andere Vertreter der Arbeiterbewegung wollten eine Verstetigung und Ausweitung des Räteprinzips. Bekanntlich setzten sich die Mehrheitssozialdemokraten durch und fand die Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 statt.

Bei diesen Wahlen, an denen erstmals in der deutschen Geschichte Frauen wählen und gewählt werden durften, errang die MSPD 37,9 Prozent der Stimmen vor dem Zentrum mit 19,7 und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) mit 18,5 Prozent. Mit einer Dreiviertelmehrheit begründeten diese drei Parteien die sogenannte Weimarer Koalition. Diese Art der Regierungsbildung unterstrich ebenso wie das bald in Kraft tretende neue Verfassungswerk den Grundcharakter der Republikgründung:

33 Vgl. etwa Uli Schöler / Thilo Scholle (Hg.): *Weltkrieg, Spaltung, Revolution. Sozialdemokratie 1916-1922*, Bonn 2018; Walter Mühlhausen: *Zwischen Erwartungen und Zwangslagen. Sozialdemokratie und radikale Linke in der Revolution*, in: Andreas Braune / Michael Dreyer (Hg.): *Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch? Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort*, Stuttgart 2019, 49-67; auch Axel Weipert: *Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920*, Berlin 2015.

34 Wilhelm Dittmann: *Erinnerungen*. Bearb. und eingeleitet von Jürgen Rojahn, Frankfurt a. M./New York 1995, Bd. 2, 571.

35 Aufruf des Rats der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November 1918, in: Ritter / Miller (Hg.): *Deutsche Revolution (wie Anm. 27)*, 103 f.

als Basiskonsens zwischen gemäßigt-sozialdemokratischen und liberal-bürgerlichen Kräften.

Schon im Dezember 1918 und verstärkt ab Januar 1919 zeigte sich indes deutlich, wie groß die Konflikte innerhalb des linken politischen Milieus waren. Das von Anfang an wenig herzliche, aber für einige Zeit funktionstüchtige Bündnis aus MSPD und USPD zerbrach nach den »Weihnatskämpfen« des Jahreswechsels 1918/19. Die USPD jedenfalls nahm die Weihnatsunruhen zum Anlass, um das Regierungsbündnis aufzukündigen. Differenzen über die Durchsetzung einer Militärreform, über Sozialisierungsmaßnahmen und über die Einführung von Rätestrukturen erwiesen sich als unüberbrückbar.

Nach dem – gerade im Schatten eines mörderischen Kriegs – nahezu gewaltfreien November und auch Dezember der Revolution, begann das Jahr 1919 blutig.³⁶ Auch ein Verbalradikalismus heizte die ideologischen Gegensätze auf und beförderte Straßenkämpfe zwischen dem 5. und 12. Januar in Berlin (bekannt als „Spartakusaufstand“). Die Ermordung Luxemburgs³⁷ und Liebknechts am 15. Januar durch Angehörige der Garde-Kavallerie-Schützen-Division unter der Leitung Hauptmann Waldemar Pabsts³⁸ wurde schon zeitgenössisch als eine Zäsur wahrgenommen und galt schnell als Sinnbild für den Ausbruch eines brutalen Gewaltniveaus, das fortan zu dieser bis dahin besonnenen Revolution zählen sollte. Hier kündigte sich auch die Formierung einer neuen völkischen Rechten an, der es nicht so sehr um Restitution der Monarchie und eine *Renovatio imperii* ging, sondern um die konservativ-revolutionäre Wiedererweckung Deutschlands unter einer neuen autoritären, radikal-nationalistischen Führung.³⁹ Insbesondere die Kaiserflucht, das hat Stephan Malinowski vor einigen Jahren genau herausgearbeitet, beförderte eine Abkehr des Adels und konservativer Eliten vom Gedanken einer Restauration der Monarchie. Adolf Hitler nutzte diese Episode im Übrigen für seine Zwecke: In »Mein Kampf« strich er die »jämmerliche Haltung« der Fürsten im November 1918 heraus, um so die alten Autoritäten zu diskreditieren.⁴⁰

36 Vgl. nun grundlegend Jones: Gewalt (wie Anm. 6).

37 Siehe neuerdings Ernst Piper: Rosa Luxemburg. Ein Leben, München 2018, zur Ermordung insbes. 655 ff.

38 Vgl. Klaus Gietinger: Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst. Eine deutsche Karriere, Hamburg 2009.

39 Vgl. Gerwarth: Die Besiegten (wie Anm. 2), insbes. 199-217; Manfred Wichmann: Die Konzeption einer „Weißen Internationale“ bei Waldemar Pabst, in: Daniel Schmidt / *Michael Sturm* / Massimiliano Livi (Hg.): Wegbereiter des Nationalsozialismus. Personen, Organisationen und Netzwerke der extremen Rechten zwischen 1918 und 1933, Essen 2015, 125-140.

40 Stephan Malinowski: Vom König zum Führer. Deutscher Adel und Nationalsozialismus, Taschenbuchausg., Frankfurt a. M. 2004, insbes. 198-258, Hitler-Zitat, ebd., 252; vgl. auch Martin Kohlrausch: Der Kampf als inneres Erlebnis. Hätte Wilhelm II. im November 1918 den Tod an der Front suchen sollen? Die Vorstellung, dass die Tradition ein solches Opfer geboten hätte, ist typisch für die Einbildungen, die das politische Denken der Deutschen im Übergang von der Monarchie zur Republik prägten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. November 2018.

Aber zurück zur Luxemburg-Liebkecht-Ermordung: Durch sie verfestigte sich dauerhaft ein unversöhnlicher Gegensatz innerhalb der politischen Linken. In Berlin eskalierte die Gewalt während der Berliner Märzkämpfe weiter, als der neue Reichswehrminister Gustav Noske den Ausnahmezustand samt Schießbefehl verhängte und Regierungstruppen mit schwerer Artillerie zur Niederwerfung von Aufständen einsetzte. In diesem Klima reiften Bürgerkriegsszenarien und die Ängste vor ihnen heran. Der alte Gegensatz zwischen Monarchisten und Republikanern spielte dabei indes keine Rolle mehr.

Die Gewaltwelle ebte ab dem Sommer 1919 wieder ab und markierte das Ende der Revolution. Für diese Zäsur spricht auch die Verabschiedung der – wenn man so will – äußeren und inneren Grundgesetze der Weimarer Republik zwischen Juni und August 1919: der Versailler Vertrag und die Weimarer Reichsverfassung.⁴¹ Mit Blick auf die Periodisierung des Umbruchs besteht weitgehende Einigkeit darüber, diesen nicht länger als »Novemberrevolution« zeitlich eng zu fassen und ihn stattdessen als »deutsche Revolution 1918/19« zu bezeichnen. In mancher Interpretation wird die politisch-gesellschaftliche Transformationsphase noch weiter gestreckt und zwischen 1916 und 1923 angesiedelt oder sogar auf Zeitschichten zurück bis zur Jahrhundertwende ausgedehnt: Der Übergang zwischen Kaiserreich, Revolution und Weimarer Republik erscheint dann als ein miteinander verbundener Komplex einer krisenhaften Moderne.⁴²

41 Vgl. zu diesen beiden zentralen Rahmenordnungen neuerdings: Jörn Leonhard: *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923*, München 2018; Eckart Conze: *Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt*, München 2018; Horst Dreier / Christian Waldhoff (Hg.): *Das Wagnis der Demokratie. Eine Anatomie der Weimarer Reichsverfassung*, München 2018; Christoph Gusy: *100 Jahre Weimarer Verfassung. Eine gute Verfassung in schlechter Zeit*, Tübingen 2018.

42 Für unterschiedliche Periodisierungsangebote siehe etwa: Detlev Peukert: *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne*, Frankfurt a. M. 1987, 13 f.; Klaus Weinbauer / Anthony McElligott / Kirsten Heinsohn (Hg.): *Germany 1916–23. A Revolution in Context*, Bielefeld 2015.

Schlussbemerkungen zur Kontinuitätsfrage

Mit Periodisierungsfragen sind immer auch verschiedene Deutungsmöglichkeiten⁴³ verbunden. Wer sich beispielsweise auf die letzten drei Monate des Jahres 1918 konzentriert, wird die Gewaltfreiheit der Revolution und die politischen Grundentscheidungen für eine parlamentarisch-demokratische Ordnung hervorheben, die eine erhebliche formgebende Kraft für die weitere Entwicklung der Weimarer Republik besaßen. Dann passt die Revolution in ein vorrangig demokratiegeschichtliches Narrativ. Wer hingegen die Phase der Gewalt und Radikalisierung ab der Jahreswende 1918/19 ins Zentrum der Betrachtung stellt und eine ausgebliebene oder zumindest ungenügende Militärreform als wesentliches Versäumnis der Revolution herausstellt, wird schon am Beginn der neuen Republik Ansätze für ihre spätere autoritäre Wende oder sogar einen »Inkubationsraum für das Dritte Reich« erkennen, wie es der irische Historiker Mark Jones erst in jüngster Zeit formuliert hat.⁴⁴ Diese Sichtweise fügt sich in ein diktaturgeschichtliches Narrativ ein, das auch jene Autoren bevorzugt, die Herausforderungen durch Feinde der Republik an den rechten wie linken Rändern ab der Frühphase der Weimarer Demokratie betonen.

Diese Interpretationen konstruieren unterschiedliche Kontinuitätsannahmen zur Einordnung der Revolution in den weiteren Gang der deutschen Geschichte. Neben der Kritik an einer ganz auf »1933« ausgerichteten Teleologie des Scheiterns ist wiederholt die Frage nach der Kontinuität in die andere Richtung der Zeitachse aufgeworfen worden, also nach der Kontinuität zwischen Kaiserreich und Weimar. Dabei dürfte es mittlerweile Konsens sein, das schon im Kaiserreich erreichte Maß an Modernisierung – in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, aber auch politischer Hinsicht (bei allen Defiziten) – zu betonen.⁴⁵

Dies wird auch als struktureller Grund dafür genannt, dass es 1918/19 nicht zu einer – allerdings häufig beklagten – tief greifenderen Umwälzung gekommen sei. Schon Eduard Bernstein argumentierte in seiner zeitgenössischen Revolutionsinterpretation, die im Jahr 1921 erstmals erschienen ist, folgendermaßen: »Das Stück Demokratie, das in Reich, Staaten und Gemeinden zur Verwirklichung gelangt war,

43 Vgl. Alexander Gallus: Eine mehrfach überschriebene Zäsur. Mit dem 9. November 1918 begann der historisch-politische Deutungskampf über die Revolution. Bis heute will er nicht enden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 12. November 2018; Alexander Gallus: Die umkämpfte Revolution. Die Linken witterten Verrat, die Rechten ein Verbrechen. Lange hat dieser Streit den Blick auf die Leistungen der Revolutionäre von 1918/19 verstellt – und darauf, was ihr Ringen über die Demokratie erzählt, in: ZEIT Geschichte, Nr. 6/2018, 14-20.

44 Jones: Gewalt (wie Anm. 6), 343.

45 Vgl. dazu statt anderer Belege neuerdings: Tim B. Müller / Hedwig Richter: Einführung, Demokratiegeschichten. Deutschland (1800-1933) in transnationaler Perspektive, in: Geschichte und Gesellschaft, 44 (2018), 325-335; Margaret Lavinia Anderson: Ein Demokratiedefizit? Das Deutsche Kaiserreich in vergleichender Perspektive, in: Ebd., 367-398.

hatte sich unter dem Einfluss der in die Gesetzgebungs- und Verwaltungskörper eingedrungenen Arbeitervertreter als ein wirkungsvoller Hebel zur Förderung von Gesetzen und Maßnahmen erwiesen, die auf der Linie des Sozialismus liegen, so dass selbst das kaiserliche Deutschland auf diesen Gebieten mit politisch vorgeschritteneren Ländern sich messen konnte.«⁴⁶

Anders ausgedrückt: Die neu geschaffene demokratische Republik war nicht nur das Resultat eines Traditionsbruchs, sondern entsprang auch und fast zwangsläufig einer nicht unbeträchtlichen Kontinuität. Wie erwähnt, erhärten neuere Forschungen zum Modernitätsgrad von Staat und Gesellschaft des deutschen Kaiserreichs diese Sicht eher, als dass sie sie aufweichen würden. Die parlamentarische Demokratie befand sich demnach – so formulierte es Heinrich August Winkler einmal – »in der Logik der politischen Entwicklung Deutschlands«. In diesem aus den historischen Voraussetzungen zu erklärenden Ausbleiben eines radikaleren Wandels ist für ihn im Übrigen, ganz ohne Anklagehaltung gegenüber diesem oder jenem Akteur der damaligen Zeitläufte, ein Grund dafür zu erkennen, so wörtlich, »dass die deutsche Revolution nicht zu den großen Revolutionen der Weltgeschichte« avancierte – und dies wohl auch nicht konnte.⁴⁷

Der Bruch mit dem Kaiserreich war auch in weiterer Hinsicht nicht so gewaltig, wie es der Staatsformen-Wechsel suggerieren mochte. Das betraf Traditionsüberhänge des Konstitutionalismus aus dem 19. Jahrhundert, die dualistische Struktur der Reichsverfassung mit dem Reichspräsidenten als einer Art republikanischem Monarchen, die hartnäckige Traditionswahrung alter Eliten, zumal in Militär, Justiz und Verwaltung, aber auch ein anachronistisches Parlamentarismusverständnis. So taten sich die Parteien der Weimarer Republik schwer damit, die zentrale Konfliktlinie eines parlamentarischen Systems, die zwischen Regierungsmehrheit und oppositioneller Minderheit verläuft, zu verinnerlichen. Vielmehr klammerten sie sich an die alte Trennlinie der konstitutionellen Monarchie – zwischen der Regierung auf der einen Seite und dem Reichstag auf der anderen.

Obgleich sich der Monarchismus als politische Bewegung während der Weimarer Republik uneinheitlich und schwach präsentierte, so blieb das Erbe des Kaiserreichs in seiner ganzen ambivalenten Modernität doch deutlich spürbar. Dies war auch das Resultat der kontinuierlich gebremsten Revolution von 1918/19.

46 Eduard Bernstein: Die deutsche Revolution von 1918/19. Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik [1921]. Hg. und eingeleitet von Heinrich August Winkler, annotiert von Teresa Löwe, Bonn 1998, 237 f.

47 Heinrich August Winkler: Ein umstrittener Wendepunkt. Die Revolution von 1918 / 19 im Urteil der westdeutschen Geschichtswissenschaft, in: Heinrich August Winkler. (Hg.): Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland. München 2002, 33-42, Zitate: 37 f.

Nach dem Königstod Zum Umgang Wilhelms II. mit seinem Erbe nach 1918

Benjamin Hasselhorn

Abstract

Wie blickte Kaiser Wilhelm II. nach dem Ersten Weltkrieg, vom holländischen Exil aus, auf seine Regentschaft zurück? Dieser Beitrag untersucht sowohl die Umstände des Endes der Monarchie im November 1918 und die spätere Erklärung Wilhelms II. für seine Flucht als auch die weiteren Versuche des Kaisers, seine Regierung und ihre historischen wie verfassungsmäßigen Grundlagen zu rechtfertigen. Besonderes Augenmerk wird auf die Pläne zu einem »Königstod« an der Front gelegt. Es wird die These vertreten, dass ein solcher Schritt sowohl in der Linie des herrschlichen Selbstverständnisses Wilhelms II. gelegen hätte als auch in einem größeren Zusammenhang einer religionsgeschichtlichen Forschung stand, an der sich Wilhelm II. auch selbst beteiligte.

Der Kaiser blickt zurück

Über 22 Jahre seines Lebens verbrachte Kaiser Wilhelm II. in seinem holländischen Exil, vom November 1918 bis zum Juni 1941.¹ Erwartbar gewesen wäre ein verbitterter Ex-Kaiser, der sich von seinem Volk verraten fühlte, oder ein ambitionierter politischer Intrigant, der jede Chance suchte, um den verlorenen Thron wiederzuerlangen. Der Wilhelm II. von Doorn aber war keins von beidem. »O, who would ever want to

1 Dieser Text beruht im Wesentlichen auf zwei Kapiteln aus Benjamin Hasselhorn: Königstod. 1918 und das Ende der Monarchie in Deutschland, Leipzig 2018.

be king?«, heißt es in dem Lied »Viva la Vida« der Band *Coldplay* über einen gestürzten König, von dem im Internet ein Musikvideo kursiert, das zum Text passende Bilder aus dem Leben Wilhelms II. zeigt. Tatsächlich scheint es, als sei durch die Abdankung eine große Last von der Seele des Kaisers abgefallen. In Doorn konnte er zwar immer noch formal an seinem Kaisertum festhalten, aber er war von jeder Verantwortung befreit, führte faktisch die »grandseigneurale Existenz eines Gutsherrn«² und widmete sich seinen persönlichen Interessen, korrespondierte mit Theologen, Historikern, Ethnologen und Schriftstellern, hielt Predigten, aus denen eine schlichte evangelische Frömmigkeit spricht, schrieb Bücher über alle möglichen Themen, von der chinesischen Monarchie bis zum Königtum im alten Mesopotamien, gründete eine kleine kulturhistorische Arbeitsgemeinschaft und beschäftigte sich, in loser Anknüpfung an seine auf Korfu ausgelebten archäologischen Interessen, mit der Frage einer historisch-kulturellen »Brücke«³ zwischen Ost und West.

Verbreitet sind heute die Bilder des holzhackenden Wilhelm, berüchtigt einige antijüdische Ausfälle wie der Ausspruch des Kaisers gegenüber seinem Jugendfreund Poultney Bigelow in Bezug auf eine zu erstrebende Zerstörung von Presse und Judentum: »das Beste wäre wohl Gas«.⁴ Andererseits: Als es am 9. November 1938 in Deutschland zu landesweiten Pogromen gegen Juden kam, erklärte Wilhelm II. seinem Doorner Gefolge: »Es ist ja eine Schande, was da jetzt zu Hause vor sich geht. Jetzt wird es höchste Zeit, daß die Armee eingreift, viel hat sie sich gefallen lassen, dies darf sie unter keinen Umständen mitmachen, da müssen die alten Offiziere und alle anständigen Deutschen protestieren. Aber alle sahen dieses Morden und Brennen – und rührten keinen Finger.«⁵ Und als sein Sohn August Wilhelm den Versuch unternahm, die Pogrome zu rechtfertigen, herrschte Wilhelm ihn an und belehrte ihn, »daß jeder anständige Mensch dieses Vorgehen als Gangstertum bezeichne«⁶. Es spricht daher alles dafür, dass sich an Wilhelms Haltung gegenüber dem Judentum seit dem Ende seiner Herrschaft gar nicht viel geändert hatte; weiterhin hatte er persönlich große Vorbehalte gegen das Judentum, weiterhin war er aber auch der Auffassung, dass menschliche Anstandsregeln und staatlicher Schutz selbstverständlich auch für jüdische Staatsbürger zu gelten hätten. Wilhelms Doorner Ausbrüche gegen Juden gehören in denselben

2 Frank-Lothar Kroll: Wilhelm II. (1888-1918), in: Frank-Lothar Kroll (Hg.): Preußens Herrscher. Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II., München 2000, 290-310, Zitat 308.

3 Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Leipzig und Berlin 1922, 168; Wilhelm II.: Erinnerungen an Korfu, Berlin und Leipzig 1924, 143.

4 Kaiser Wilhelm II. an Poultney Bigelow, 15. August 1927, Nachlass Bigelow, New York Public Library, zit. nach John C. G. Röhl: Wilhelm II. und der deutsche Antisemitismus, in: Wolfgang Benz / Werner Bergmann (Hg.): Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus, Freiburg i. Br. 1997, 252-285, Zitat 283.

5 Sigurd von Ilseman: Der Kaiser in Holland. Aufzeichnungen des letzten Flügeladjutanten Kaiser Wilhelms II. Monarchie und Nationalsozialismus 1924-1941, hg. von Harald von Königswald, München 1968. 313.

6 von Ilseman: Der Kaiser in Holland (wie Anm. 5), 314.

Zusammenhang wie seine Ausbrüche gegen Freimaurer, Demokraten, Katholiken, Franzosen, Engländer und Polen: Je nach Situation gab er einer dieser Gruppen die Schuld am eigenen Scheitern – um diese nur ja nicht bei sich selbst suchen zu müssen.

Öffentlich machte er solche Schuldzuweisungen allerdings nicht. Dabei hätte dies durchaus nahegelegen, denn Wilhelm sah sich in den 1920er Jahren massiven Anschuldigungen ausgesetzt, sei es aus dem Ausland, wo die Forderung nach einem Kriegsverbrecherprozess gegen den Kaiser erhoben wurde, sei es aus Deutschland, wo dem Kaiser Feigheit vor dem Feinde vorgeworfen wurde. Eine gewisse Rolle spielte hierbei auch die Veröffentlichung des dritten Bandes von Bismarcks »Gedanken und Erinnerungen«, in dem dieser Wilhelm scharf angriff.⁷ In seinen eigenen Memoiren zahlte Wilhelm allerdings nicht mit gleicher Münze zurück, sondern legte relativ nüchtern und nicht unzutreffend dar, dass er Bismarck 1890 deshalb entlassen habe, weil dieser für eine Verschärfung der innenpolitischen Konflikte plädiert habe, während Wilhelm selbst den »Weg des Ausgleichs«⁸ habe gehen wollen. Überhaupt schlug Wilhelm einen freundlich-herablassenden Ton gegenüber Bismarck an, dem »Schöpfer des Deutschen Reiches« und einer »der Heroengestalten, die das deutsche Volk zu seiner Aufrichtung braucht.«⁹

Deutlicher nahm Wilhelm dagegen zu dem Vorwurf der Feigheit im November 1918 Stellung. Er erklärte, dass er sich nach langem Ringen zur Flucht entschlossen habe, und zwar nicht aus Feigheit, sondern aus Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk. Eine Rückkehr nach Berlin an der Spitze seiner Truppen, so der Kaiser, hätte den drohenden Bürgerkrieg endgültig entfacht und so hunderttausende Menschen das Leben gekostet. Ein Selbstmord hätte wie ein Schuldeingeständnis gewirkt und sei aufgrund seiner christlichen Überzeugung ohnehin nicht in Frage gekommen. Der Königstod an der Front wiederum hätte den von der Obersten Heeresleitung gewünschten Waffenstillstand unmöglich gemacht. So sei ihm nur als letzte Option die Flucht geblieben, um den Bürgerkrieg zu verhindern und günstige Friedensbedingungen zu ermöglichen. Ob er seine Entscheidung auch im Nachhinein noch für richtig hielt, ließ er offen beziehungsweise ließ sogar Zweifel daran anklingen: »Ich brachte bewußt meine Person und meinen Thron zum Opfer in der Meinung, dadurch den Interessen meines geliebten Vaterlandes am besten zu dienen. Dieses Opfer ist umsonst gewesen.«¹⁰

7 Otto von Bismarck: Gedanken und Erinnerungen, Bd. 3, Stuttgart und Berlin 1919.

8 Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten (wie Anm. 3), 4.

9 Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten (wie Anm. 3), 4-5.

10 Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten (wie Anm. 3), 245.

Das Königsopfer

Der Begriff des Opfers spielte für Wilhelm im Laufe des Doorner Exils eine immer stärkere Rolle. Verantwortlich dafür war vor allem der Ethnologe Leo Frobenius, den Wilhelm schon 1912 kennengelernt hatte, zu dem er aber erst im Exil in ein näheres Verhältnis trat. 1923 hielt Frobenius in Doorn einen Vortrag und besuchte den Kaiser seitdem regelmäßig. Ab 1927 nahmen diese Besuche die Form von Tagungen an, die unter Beteiligung renommierter Fachwissenschaftler bis 1938 stattfanden. Es ging bei diesen Treffen um kultur- und religionsgeschichtliche Fragen, die aber zugleich auch einen klaren politischen Bezug hatten wie etwa das sakrale Königtum.

Wilhelm war ursprünglich von Frobenius' Kulturtheorie fasziniert. Frobenius ging aufgrund seiner Studien afrikanischer Völker davon aus, dass es zwei unterschiedliche, ja gegensätzliche Kulturtypen gebe: die »tellurisch-äthiopisch-patriarchale Kultur«, die durch Ausrichtung auf Ackerbau, Männlichkeit, Mystik und Idealismus geprägt sei, und die »chthonisch-hamitisch-matriarchalische«, eine Jagd- und Stadtkultur, die zu Weiblichkeit, Materialismus und Rationalismus neige.¹¹ Das interessante daran war für Wilhelm, dass Frobenius die westeuropäischen Kulturen dem »weiblichen«, Deutschland aber zusammen mit Mittel- und Osteuropa dem »männlichen« Kulturtypus zuordnete. Damit wiederum ergab sich für Deutschland, allem »Untergang des Abendlandes«¹² zum Trotz, eine optimistische, hoffnungsvolle Perspektive, denn Deutschland war von diesem Untergang nicht betroffen, wenn es gar nicht zum Abendland dazugehörte. Als er diesen Gedanken zum ersten Mal hörte, war Wilhelm geradezu begeistert: »Ich bin wie erlöst! Endlich weiß ich, welche Zukunft wir Deutschen haben, wozu wir noch berufen sind! Die ganzen Jahre nach der Revolution habe ich darüber gegrübelt, jetzt endlich weiß ich es: wir werden Führer des Orients gegen den Okzident!«¹³ Später erklärte Wilhelm in einem seiner Doorner Vorträge, es müsse in Deutschland gelingen, sich vom Einfluss »westlich-dekadenter« Kulturideen zu befreien und eine geistige Erneuerung in Gang zu setzen, die dann auch zu einer

11 Leo Frobenius: Das unbekannte Afrika. Aufhellung der Schicksale eines Erdteils, München 1923, 91 und 109-110. Vgl. auch Leo Frobenius: Kulturgeschichte Afrikas. Prolegomena zu einer historischen Gestaltlehre [1933], Frankfurt a. M. 21998, 190-242. Vgl. zu Frobenius' Kulturtheorie außerdem Christoph Johannes Franzen / Karl-Heinz Kohl / Marie-Luise Recker (Hg.): Der Kaiser und sein Forscher. Der Briefwechsel zwischen Wilhelm II. und Leo Frobenius (1924-1938), Stuttgart 2012, 38-41 sowie Michael Spöttel: Leo Frobenius: Des letzten deutschen Kaisers Ethnologe, in: Stefan Samerski (Hg.): Wilhelm II. und die Religion. Facetten einer Persönlichkeit und ihres Umfelds (= Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, Neue Folge, Beiheft 5), Berlin 2001, 285-314.

12 Oswald Spengler: Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte. 2 Bde., München 1922-23.

13 von Ilseman: Der Kaiser in Holland (wie Anm. 5), 287.

politischen Erneuerung und einer sinnvollen europäischen Einigung unter deutscher Führung beitragen könne.¹⁴

Frobenius war es auch, durch den der Kaiser die Forschungen über den rituellen Königsmord kennenlernte. Frobenius gehörte selbst zu den Pionieren solcher Forschung. 1931 veröffentlichte er das Buch »Erythräa. Länder und Zeiten des heiligen Königsmordes«, dessen Existenz er in Sumer, Indien, Arabien und Afrika nachwies.¹⁵ Das Buch, in dessen Vorwort auch Wilhelm II. dankend erwähnt wurde, war der Ertrag einer Forschungsreise nach Afrika, die Frobenius in den Jahren zwischen 1928 und 1931 unternahm. Während dieser Zeit korrespondierten Wilhelm und Frobenius intensiv über Funde und Interpretationen des Ethnologen. Frobenius hielt den rituellen Königsmord für eine Übernahme aus einem religiösen Vorstellungszusammenhang, nach welchem eine Gottheit sich selbst opfere und dann wieder auferstehe, um den Kosmos zu bewahren.¹⁶ Der König als Verkörperung der Gottheit übernehme in politischen Krisenzeiten dessen Part und opfere sich selbst, um einem neuen König Platz zu machen. In Sumer und im babylonischen Neujahrsfest habe sich eine bereits abgemilderte Form dieses Rituals erhalten: Der König sei in Sumer lediglich geschlagen und an seiner Stelle ein anderes Opfer getötet worden; in Babylon habe man den König nur noch rituell gedemütigt.¹⁷

Wilhelm II. diskutierte die verschiedenen Theorien über das Königsoffer auf erstaunlich sachlich-wissenschaftliche Weise mit und bezeichnete das Phänomen fasziniert als »ein prahistorisches, altheidnisches Oberammergau«.¹⁸

Königstodpläne 1918

Interessanterweise scheint Wilhelm aber niemals die naheliegende Parallele zu sich selbst und zu den »Königstod«-Plänen vom November 1918 gezogen zu haben. Wilhelm Groener, der kurz vor Kriegsende als Nachfolger Erich Ludendorffs in die Oberste Heeresleitung eingesetzt worden war, behauptete Anfang 1919, er habe im November 1918 einen Plan entwickelt, nach welchem der Kaiser am 8. November mit einem

14 Wilhelm II.: Das Wesen der Kultur. Vortrag Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm II. nach einer von Leo Frobenius für Seine Majestät verfaßten vorläufigen Skizze, Leipzig 1931.

15 Leo Frobenius: Erythräa. Länder und Zeiten des heiligen Königsmordes, Berlin 1931.

16 Vgl. Frobenius an Wilhelm II., 23. Mai 1928: Christoph Johannes Franzen / Karl-Heinz Kohl / Marie-Luise Recker (Hg.): Der Kaiser und sein Forscher (wie Anm. 11), Nr. 49, 186-192.

17 Christoph Johannes Franzen / Karl-Heinz Kohl / Marie-Luise Recker (Hg.): Der Kaiser und sein Forscher (wie Anm. 11), Nr. 49, 62 und 89.

18 Christoph Johannes Franzen / Karl-Heinz Kohl / Marie-Luise Recker (Hg.): Der Kaiser und sein Forscher (wie Anm. 11), Nr. 66, 246.

kleinen Freiwilligentrupp einen Frontangriff starten sollte.¹⁹ Bei diesem Angriff sollte der Kaiser fallen, den Heldentod sterben und damit möglicherweise noch die Monarchie retten.²⁰ Allerdings ist unwahrscheinlich, dass dieser Plan dem Kaiser überhaupt vorgetragen wurde. Groener schien zu zögern, weil er als württembergischer – nicht preußischer – General der Falsche schien, um einen solchen Vorschlag zu unterbreiten. Wilhelms Generaladjutant, Generaloberst von Plessen, bat außerdem darum, den Plan aufzugeben, weil es unverantwortlich sei, den Kaiser in Lebensgefahr zu bringen.

Es gab aber noch eine zweite Initiative zum Königstod, und die dürfte bis an das kaiserliche Ohr gedrungen sein: Der ehemalige Reichskanzler Georg Michaelis hatte zusammen mit einer ganzen Reihe pommerscher Adliger im Oktober 1918 eine Konferenz über die politische Lage abgehalten, bei der auch über die Möglichkeit des Königstodes gesprochen wurde.²¹ Michaelis erhoffte sich mit einem Tod des Kaisers an der Front nicht nur eine Rettung der Monarchie, sondern auch eine Solidaritätswelle mit dem Kaiser, eine neue Kampfbereitschaft und somit ein innenpolitisches und militärisches Durchhalten bis zur Aushandlung akzeptabler Waffenstillstandsbedingungen. Michaelis sprach am 28. Oktober bei Kaiserin Auguste Viktoria vor und empfahl eine Abdankung des Kaisers, leitete aber über die Oberhofmeisterin auch die darüber hinausgehende Bitte an die Kaiserin weiter, der Kaiser solle an der Front fallen.²² Beim anschließenden Mittagessen unterrichtete die Oberhofmeisterin den Kaiser anscheinend von dem Plan; jedenfalls brach Wilhelm II. das Gespräch abrupt ab.²³

Die Idee des eigenen Opfergangs scheint den Kaiser in den letzten Tagen der Monarchie existentiell beschäftigt zu haben. Als am Abend des 9. November bereits alles für die kaiserliche Flucht nach Holland organisiert und die Abdankung in seinem Namen bereits erfolgt war, wehrte er sich gegen das Bevorstehende noch einmal mit den Worten: »Und wenn mir auch nur einige mit den Herren meiner Umgebung treu bleiben, mit ihnen kämpfe ich dann bis zum Äußersten, und wenn wir auch alle totgeschlagen werden – vor dem Tode habe ich keine Angst! Nein, ich bleibe hier!«²⁴ Im Rückblick hat der Kaiser den Königstod zwar mit dem Hinweis auf dessen Nutzlosig-

19 Vgl. für das Folgende Siegfried A. Kaehler: Vier quellenkritische Untersuchungen zum Kriegsende 1918, in: ders., Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Aufsätze und Vorträge. Hg. und mit einem Nachwort versehen von Walter Bußmann, Göttingen 1961, 259-305.

20 Vgl. Martin Kohlrausch: Der Monarch im Skandal. Die Logik der Massenmedien und die Transformation der wilhelminischen Monarchie (= Elitenwandel in der Moderne, Bd. 7), Berlin 2005, 362-363.

21 Vgl. Wilhelm Michaelis: Zum Problem des Königstodes am Ende der Hohenzollernmonarchie, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 13 (1962), 695-704, hier 696-697.

22 So die Rekonstruktion des Geschehens bei Martin Kohlrausch: Der Monarch im Skandal (wie Anm. 20), 362-363.

23 Vgl. Siegfried A. Kaehler: Vier quellenkritische Untersuchungen zum Kriegsende 1918 (wie Anm. 19), 259-305, hier 297.

24 von Ilseman: Der Kaiser in Holland (wie Anm. 5), 40.

keit abgelehnt und auf seine christliche Überzeugung verwiesen, die einen Selbstmord ausschließe. Die Vorstellung vom Opfergang aber wirkte bei ihm weiter, da er nun nicht die Königstod-Option, sondern gerade seine Flucht ins holländische Exil als einen solchen deutete.²⁵

Der aus der Jugendbewegung kommende Schriftsteller Hans Blüher, der den Kaiser im Exil besuchte, fügte in seinen eigenen Erinnerungen dieser Erklärung noch hinzu, dass nur das Überleben dem Kaiser die Möglichkeit bot, selbst Rechenschaft über das eigene Tun abzulegen. Feige sei Wilhelm II. sicher nicht gewesen, aber zum Selbstmord unfähig, und zwar aufgrund seiner Persönlichkeitsstruktur sowie seines christlichen Glaubens. Da ein Abrücken von seiner religiösen Überzeugung für Wilhelm II. unmöglich war, so Blüher, musste er zwangsläufig die Erwartung eines Königstodes an der Front enttäuschen: »Man erwartete ein heidnisches Tun, und das wäre der Lage in der Tat mehr gerecht gewesen.«²⁶

Das Stichwort »heidnisch« lieferte Wilhelm dann tatsächlich eine rationale Erklärung, wieso er sich dem naheliegenden Königstod verweigert und stattdessen die Flucht angetreten hatte. In seinem 1938 als Buch veröffentlichten Vortrag über »Das Königtum im alten Mesopotamien« erwähnte Wilhelm II. den rituellen Königsmord und seine abgeschwächte Variation in Babylon, zog aber keinerlei aktuelle politische Konsequenzen und kritisierte stattdessen die bis in die europäische Neuzeit wirksame »Königsvergottung« als unchristlich.²⁷

Zwischen Wissenschaft und Selbstrechtfertigung

Wenn er dann aber in seinen Memoiren die Flucht nach Holland als Opfer interpretierte, dann spricht das doch dafür, dass er Frobenius' Forschungsergebnisse auf die eigene Person übertrug und in seinem Handeln zumindest eine abstrahierte Version des rituellen Königsmordes erkennen wollte. Das Hauptproblem daran war aber, dass das Opfer, wie Wilhelm selbst schrieb, »umsonst«²⁸ gewesen und der Zweck des Königsmordes nicht erreicht worden war. Diesen Zweck beschrieb Frobenius 1933 in seiner »Kulturgeschichte Afrikas« folgendermaßen: »Die Opferung des Königs hatte die Bedeutung der Zeitabschnitte gliedernden Zäsur. Es war ein Tag des Schreckens, der Umkehrung der Verhältnisse, des Rechts auf Gewalttaten für die Einen, der Pflichten der Erduldung für die Anderen. (...) Dem Schrecken und Grauen des Untergangs

25 Kaiser Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten (wie Anm. 3), 245-246.

26 Hans Blüher: Werke und Tage, Geschichte eines Denkers. München 1953, 159.

27 Wilhelm II.: Das Königtum im alten Mesopotamien, Berlin 1938, 7-12 und 24.

28 Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten (wie Anm. 3), 245.

folgte dann ein jubelhaftes Begehen des Einsetzens eines neuen Herrschers und die Wiederkehr in eherner Zucht sich abspielender Ordnung.«²⁹

Frobenius war übrigens keineswegs der einzige, der solche Thesen vertrat. Vielmehr war der rituelle Königsmord in der religionsgeschichtlichen Forschung Ende des 19. Jahrhunderts geradezu ein Modethema geworden. Ausschlaggebend dafür war das Erscheinen von James Frazers »The Golden Bough«, das Ethnologie und Religionswissenschaft stark beeinflusste, aber auch in die Nachbardisziplinen und sogar in die Populärkultur hineinwirkte.³⁰ Selbst Sigmund Freud bezog sich in seiner Theorie vom Urvatermord auf die Königstodtradition älterer Kulturen.³¹ Den verschiedenen Funden zum rituellen Königsmord war dabei die auch von Frobenius vertretene Vorstellung gemeinsam, dass es in vorschriftlicher Zeit eine übliche Praxis gewesen sei, den König nach Ablauf einer bestimmten Frist oder in politischen Krisenzeiten zu töten und durch einen Nachfolger zu ersetzen. Auf diese Weise sollte verhindert werden, dass ein schwacher König den Niedergang des ganzen Königtums herbeiführen würde.

Dieses Konzept war aber nicht problemlos auf Wilhelm II. anwendbar, da es erstens um die Einsetzung eines *neuen* Herrschers ging und da zweitens der Königsmord ja eigentlich den Zweck hatte, ein kraftloses Fortleben des Sakralherrschers zu vermeiden.³² Wilhelms Privatexistenz im Doerner Exil passte in diese Theorie nicht hinein, aber er scheint das zumindest gehaut zu haben, da er ja selbst davon sprach, sein »Opfer« sei umsonst gewesen – und nicht Teil einer Revitalisierung der Monarchie. An eine solche Wiederherstellung glaubte Wilhelm II. nach 1918 natürlich trotzdem. Fraglich ist aber, ob der Kaiser wirklich mit Elan an seiner Rückkehr auf den Thron arbeitete oder nicht. Gerade der Briefwechsel mit Frobenius deutet eher auf letzteres hin. Frobenius jedenfalls hatte Wilhelm im Januar 1928 einen Brief geschrieben, in dem er von einer bevorstehenden geistig-politischen Wende in Deutschland sprach, an der man mit aller Kraft arbeiten müsse.³³ Wilhelms Antwort fiel ernüchternd aus: »Sie bezeichnen sich als Säemann und fühlen den Druck der Verantwortung, und darunter leiden sie[!], und möchten herumtoben[,] um die keimende Saat zu schützen! That ich in meiner Jugend früher auch, man nennt das ›Vorsehung spielen wollen‹. Den Unsinn habe ich schon lange aufgegeben! Ich säe; aber überlasse es unserem Herrgott droben,

29 Leo Frobenius: Kulturgeschichte Afrikas (wie Anm. 11), 33.

30 James George Frazer: Der goldene Zweig. Das Geheimnis von Glauben und Sitten der Völker [1890]. Aus dem Englischen von Helen von Bauer, Reinbek 1989. Vgl. zur zeitgenössischen Forschungsdiskussion über den rituellen Königsmord Karl-Heinz Kohl: Der sakrale Königsmord. Zur Geschichte der Kulturmorphologie, in: Paideuma 45 (1999), 63-82, und Michael Spöttel: Leo Frobenius (wie Anm. 11), 285-314, hier 292-298.

31 Sigmund Freud: Totem und Tabu [1913] (= Gesammelte Werke, Bd. 9), Frankfurt a. M. 1999, 171-174.

32 Vgl. Karl-Heinz Kohl: Der sakrale Königsmord (wie Anm. 30), 63-82, hier 77-78; vgl. Christoph Johannes Franzen / Karl-Heinz Kohl / Marie-Luise Recker (Hg.): Der Kaiser und sein Forscher (wie Anm. 11), 47.

33 Frobenius an Wilhelm II., 5.1.1928: ebd., Nr. 42, S. 155-157.

wie u[.] wann er die Saat aufgehen lassen will, das weiss Er am Besten. Ebenso wie es auf dem Acker auch zugeht; da nutzt es auch nichts, wenn der Gutsherr oder der Inspector um die Feldmark alle Tage herumgaloppieren und schimpfen und wettern über Sonne oder Regen. Die Ernte reift doch trotzdem. Machen Sie es ebenso und üben Sie die Kunst geduldigen Wartens!«³⁴

Aus dieser Antwort sprach nicht gerade großer politischer Tatendrang. Wenn man Wilhelms Adjutanten Sigurd von Ilseman glaubt, dann war es allerdings noch fünf Jahre zuvor Frobenius, der den Kaiser zu Geduld in politischen Dingen ermahnen musste.³⁵ Es ist daher wahrscheinlich, dass Wilhelm II. im Laufe der 1920er Jahre tatsächlich die Hoffnung – und vielleicht auch die Lust – verloren hat, bald auf seinen Thron zurückzukehren. 1923 betonte er jedenfalls, dass es ausschließlich sein Pflichtbewusstsein sei, das ihn an seiner Reinhronisierung arbeiten lasse.³⁶

Es ist aus diesen Gründen fraglich, ob Wilhelm II. wirklich die treibende Kraft bei den – wenigen – konkreten politischen Kontaktaufnahmen³⁷ des Hauses Hohen-

34 Wilhelm II. an Frobenius, 10.1.1928: ebd., Nr. 44, S. 160.

35 Vgl. von Ilseman: Der Kaiser in Holland (wie Anm. 5), 289-290 und 303-304.

36 Vgl. von Ilseman: Der Kaiser in Holland (wie Anm. 5), 303.

37 Willibald Gutsche hat in einem Aufsatz über die »Monarchische Restaurationsstrategie« Wilhelms II. im Exil darauf hingewiesen, dass es bis 1926 gar keine konkreten und planmäßigen Sondierungsversuche gegeben hat, weil die Zersplitterung des rechten politischen Lagers jeden Restaurationsversuch aussichtslos gemacht hätte. Erst danach habe es intensivere Kontakte zu der Dachorganisation »Vereinigte Vaterländische Verbände Deutschlands« gegeben; konkrete Sondierungen unternahm seit 1928 Admiral von Levetzow im Auftrag Wilhelms II., anscheinend aber nur inoffiziell: vgl. Willibald Gutsche: Monarchistische Restaurationsstrategie und Faschismus. Zur Rolle Wilhelms II. im Kampf der nationalistischen und revanchistischen Kräfte um die Beseitigung der Weimarer Republik, in: John C. G. Röhl (Hg.): Der Ort Kaiser Wilhelms II. in der deutschen Geschichte (= Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien, Bd. 17), München 1991, 288-296, hier 288-293. Im Falle des Nationalsozialismus hat es zwei direkte Sondierungsgespräche gegeben, die Wilhelm II. im Januar 1931 und im Mai 1932 mit Hermann Göring führte; die Gespräche verliefen in freundlichem Ton, waren jedoch ergebnislos: vgl. Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen: »Gott helfe unserem Vaterland«. Das Haus Hohenzollern 1918-1945, 2. Aufl., München 2003, 56-60. Der Generalbevollmächtigte des Hauses Hohenzollern, Wilhelm von Dommès, führte noch 1934 weitere Sondierungsgespräche, teilweise mit Hitler persönlich, bis sie ergebnislos eingestellt wurden: Unterlagen bezüglich des Verhältnisses Hitlers und der NSDAP zur Hohenzollernmonarchie: v. Dommès: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin, BPH Rep. 53 Nr. 167. Als Admiral von Levetzow Ende 1932 in die NSDAP eintrat, stellte Wilhelm II. die finanzielle Unterstützung für ihn ein: vgl. Admiral v. Levetzow an Kaiser Wilhelm II. mit Marginalien Wilhelms, Weimar, den 22.12.1932: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin, BPH Rep. 53 Nr. 168.

zollern zu den Rechtsparteien der Weimarer Republik gewesen ist.³⁸ Die Umgebung Wilhelms II. antizipierte zwar dessen Glauben an seine Rückkehr, an der man mit aller Kraft arbeiten müsse, aber das lässt nicht unbedingt Rückschlüsse auf die tatsächlichen Ansichten des Kaisers zu.³⁹ Es kommt hinzu, dass Wilhelms grundsätzliche Bemerkungen über mögliche politische Verbündete stets reaktiv, d. h. Antworten auf entsprechende Anfragen waren. Das gilt sowohl für die Kontaktaufnahmeversuche seitens der DNVP in den 1920er Jahren als auch für die Sondierungsgespräche mit der nationalsozialistischen Führung zwischen 1932 und 1934.

Wichtiger als die Rückerlangung politischen Einflusses waren und blieben für Wilhelm II. seine wissenschaftlichen Interessen, die zugleich untrennbar mit seinem Wunsch nach Selbstrechtfertigung verbunden waren. In diesen Zusammenhang gehört nicht zuletzt Wilhelms Beschäftigung mit dem Königtum in der Geschichte, vor allem mit dem sakralen Königtum. Sein schon erwähntes Buch über »Das Königtum im alten Mesopotamien« verfolgte den Zusammenhang zwischen Monarchie und Gottesbeziehung von der Frühgeschichte bis in die eigene Gegenwart. Laut Wilhelm war das Königtum in den sumerischen Stadtstaaten Mesopotamiens durch zwei Ideen geprägt: die Göttlichkeit des Herrschers und den Universalitätsanspruch seiner Herrschaft. Schon um 2000 v. Chr. aber sei die Göttlichkeit des Herrschers sukzessive abgeschwächt worden zugunsten eines Priesterkönigtums, das aber wenigstens noch an einer besonderen Gottesnähe des Monarchen festhielt. Alexander der Große, die Kaiser des römischen Reiches wie auch die Kaiser und Könige im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation hätten diese Vorstellungen übernommen. Seit der Spätantike seien die entsprechenden Vorstellungszusammenhänge aber wiederum abgeschwächt worden: Das Papsttum habe den geistlichen Anspruch des weltlichen Monarchen massiv in Frage gestellt, und das Landesfürstentum dessen universalen Herrschaftsanspruch. Wilhelm fuhr fort: »Mit Stolz darf ich sagen, daß in der Entwicklung des Landesfürstentums meine Vorfahren, die Hohenzollern, eine hervorragende und erfolgreiche Rolle gespielt haben. Der Gedanke eines ›Gottkönigtums‹ lag ihnen fern; durchdrungen von der christlichen Mahnung: Gebt dem Kaiser was des Kaisers ist, und Gott was Gottes ist – fühlten sie sich lediglich als Diener Gottes, eine Auffassung,

38 Das behauptet vor allem Willibald Gutsche, dessen Kernthese in Bezug auf das Exil Wilhelms II. lautet, dass der Kaiser nichts anderes im Sinn gehabt habe als die Wiederkehr auf den Thron: vgl. Willibald Gutsche: Ein Kaiser im Exil. Der letzte deutsche Kaiser Wilhelm II. in Holland. Eine kritische Biographie, Marburg 1991, 9-10; vgl. Willibald Gutsche: Zur Rolle von Nationalismus und Revanchismus in der Restaurationsstrategie der Hohenzollern 1919 bis 1933, in: ZfG, Heft 34, 1986, 621-632.

39 Hans Blüher, der den Kaiser mehrmals in Holland besuchte, berichtet davon, dass der Hofmarschall in Doorn Blüher bei seinem ersten Besuch dringend gebeten habe, dem Kaiser nichts über die Aussichtslosigkeit einer Wiedererrichtung der Monarchie zu sagen, da Wilhelm von dieser Idee lebe. Blüher weist aber auch darauf hin, dass der Kaiser den Glauben an seine Wiedereinsetzung im Laufe der Exilzeit ohne Zweifel verloren habe: vgl. Hans Blüher: Werke und Tage (wie Anm. 26), 147-148 und 169.

der schon der erste Hohenzoller als Kurfürst von Brandenburg treffenden Ausdruck verlieh, wenn er sich einen ›schlichten Amtmann Gottes an Seinem Werk‹ nannte. An Stelle des Anspruches auf Gott-Ähnlichkeit war das christliche Ethos getreten⁴⁰.

Wilhelm machte also für die preußische Dynastie einen grundsätzlichen Vorbehalt gegen die Sakralität des Königtums geltend. Als Begründung führte er die im Christentum angelegte grundsätzliche Trennung des geistlichen und des weltlichen Bereichs an, außerdem die christliche »Demut und Frömmigkeit«⁴¹, die den Herrscher in besonderer Weise gegenüber Gott in die Pflicht nehme, ohne damit einen Anspruch auf Göttlichkeit zu verbinden. Auch wenn Wilhelm es hier nicht ausdrücklich sagte, so spricht doch alles dafür, dass er mit dem Hinweis auf die Christlichkeit seines Hauses auch den Protestantismus der Hohenzollern betonen wollte. In einer in Doorn gehaltenen Predigt interpretierte Wilhelm das Gottesgnadentum des Herrschers ausdrücklich im evangelischen Sinn, nämlich als Gottesgnadentum aller Gläubigen, denn nicht nur der Herrscher, sondern jeder Christ habe sein spezifisches Amt von Gottes Gnaden erhalten.⁴²

Man versteht diese Äußerungen Wilhelms nur, wenn man sich an die scharfen Debatten über das Gottesgnadentum während seiner Regierungszeit erinnert.⁴³ Wilhelm hatte 1910 zwei Reden gehalten, in denen er ausdrücklich ein Gottesgnadentum für sich in Anspruch genommen hatte. In seinem Amt als preußischer König kam ihm diese Würde zwar tatsächlich zu, als Kaiser aber war er laut Verfassung ja nichts weiter als das »Präsidium des Bundes«. Von der linken und liberalen Presse hagelte es daher Kritik, vor allem, weil man nicht zu Unrecht hinter der Betonung des Gottesgnadentums eine antiparlamentarische und antidemokratische Spitze des Kaisers vermutete. Der wiederum bemühte sich um Schadensbegrenzung und propagierte jenes »monarchische Prinzip«⁴⁴, das tatsächlich im 19. Jahrhundert eine Art Leitvorstellung gewesen war: Gerade die Unabhängigkeit des Monarchen von den Parteien innerhalb von Volk und Parlament versetze ihn in die Lage, überparteilich das Gemeinwohl im Blick zu behalten. Das Gottesgnadentum drücke mit einem traditionellen religiösen

40 Wilhelm II.: Das Königtum im alten Mesopotamien (wie Anm. 27), 42.

41 Wilhelm II.: Das Königtum im alten Mesopotamien (wie Anm. 27), 43.

42 »Ohne mich könnt ihr nichts tun!«. Ansprache Seiner Majestät des Kaisers an die Hausgemeinde zu Haus Doorn am Sonntag Cantate, den 18. Mai 1930: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin, BPH Rep. 53 Nr. 444, 3-5. Auch vorhanden in: Rijksarchief Utrecht, Nr. 255 (Fiche 1513). Wilhelm II. verschickte die Predigt an Verwandte und Bekannte und ließ sie darüber hinaus von der Vaterländischen Verlagsanstalt Berlin drucken: vgl. Rijksarchief Utrecht, Nr. 263 (Fiche 1554).

43 Vgl. Benjamin Hasselhorn: Politische Theologie Wilhelms II. (= Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 44), Berlin 2012, 62-78.

44 Otto Hintze: Das monarchische Prinzip und die konstitutionelle Verfassung [1911], in: Otto Hintze: Staat und Verfassung. Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte. Hg. von Gerhard Oestreich, 2., erweiterte Aufl., Göttingen 1962, 359-389.

Begriff aus, dass der Monarch nicht den Parteien, sondern dem Ganzen gegenüber verantwortlich sei.

An diese Debatte knüpfte Wilhelm im Exil an, wenn er nun ein modernes protestantisches Gottesgnadentum propagierte, dessen Kern die persönliche Verantwortung des Herrschers vor Gott war, das persönliche Einstehen für das Wohlergehen und den Fortbestand seines Volkes und seines Staates. Jedenfalls ließ Wilhelm keinen Zweifel daran, dass das Haus Hohenzollern eine solche Tradition besonderer Verantwortlichkeit des Herrschers kenne. In seiner ebenfalls in der Exilzeit erschienenen Schrift »Meine Vorfahren« gab sich Wilhelm alle Mühe, Frömmigkeit und staatspolitische Verantwortung als durchgehende Charaktermerkmale seiner Dynastie zu präsentieren: »In Folge der festgewurzelten inneren Religiosität betrachteten sich alle [Hohenzollern] (...) als ›schlichter Amtmann Gottes an seinem Werk«, als Gott für ihr Tun und Leisten verantwortlich. Dieses persönliche Verantwortungsverhältnis zu Gott zwang sie automatisch, stets das Wohl des Ganzen im Auge zu behalten und das Prinzip des ›Suum cuique‹ bereits lange vorher in die Tat umzusetzen, ehe Friedrich I. diese Worte auf den Stern des Schwarzen Adlerordens eingravieren ließ.«⁴⁵

Seine Vorfahren beurteilte Wilhelm nach dem Maßstab, ob sie ihrer Verantwortung für das Staatswohl gerecht geworden seien oder nicht. Wilhelm sparte nicht mit Kritik, wenn dies seiner Meinung nach nicht der Fall gewesen war. Vor allem seinem Ur-Ur-Großvater Friedrich Wilhelm II. warf er vor, das Erbe des Vorgängers verspielt und den Niedergang Preußens herbeigeführt zu haben. Aber auch seine Vorbilder, Friedrich Wilhelm IV., Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große, entgingen nicht seiner Detailkritik, vom fehlenden politischen Realismus (Friedrich Wilhelm IV.), der übertrieben zur Schau gestellten Frömmigkeit und dem fehlenden Geschick für Außenpolitik (Friedrich Wilhelm I.) bis zu der in ihren Auswirkungen fatalen Bevorzugung der französischen Kultur gegenüber der deutschen (Friedrich der Große). Ihre jeweiligen Leistungen für Preußen, so Wilhelm II., machten diese Fehler allerdings mehr als wett, und vor allem Friedrich der Große habe sich darüber hinaus Verdienste für die ganze deutsche Nation erworben, habe in aller Deutlichkeit den Grundsatz seines Vaters, als König oberster Diener des Staates zu sein, beherzigt, habe eine in Deutschland seltene geniale Begabung für Politik gehabt und sich durch seine militärischen Erfolge zurecht den Ruf erworben, ein Held zu sein.

Angesichts dieser vom Kaiser selbst erstellten Kriterien für einen guten Herrscher lag es durchaus nahe, einmal zu fragen, wie er demgegenüber selbst denn dastand. Diese Frage allerdings stellte er sich allem Anschein nach nicht. Sein Umgang mit dem eigenen Erbe bestand in Selbstrechtfertigung. Er verwies auf seine guten Absichten und auf die Erfolge seiner Regierungszeit. Beides konnte aber nicht verfangen angesichts des desaströsen Eindrucks, den sein Verhalten in den letzten Kriegstagen hinter-

45 Wilhelm II.: *Meine Vorfahren*, Berlin 1929, 3-4. Das handschriftliche Originalmanuskript befindet sich in: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin, BPH Rep. 53 Nr. 445.

lassen hatte. Selbst die deutschen Monarchisten wünschten sich nicht ernsthaft eine Rückkehr Wilhelms II. auf den Thron. Im Urteil der Weimarer Intellektuellen, auch der rechten, galt der Wilhelminismus als eine Zeit des Verfalls. Und in der deutschen Geschichtsschreibung hat sich nach 1945 sehr lange Zeit eine extreme Negativbewertung Wilhelms II. durchgesetzt, die erst seit einigen Jahren einem entspannteren Urteil weicht. Der letzte Eindruck bleibt eben hängen.

Die Hofbediensteten in Preußen nach 1918

Truc Vu Minh

Abstract

Nach der Abdankung der Hohenzollern und dem Ende der Monarchie in Deutschland standen mit einem Schlag abertausende von ehemaligen Hofbediensteten vor der Arbeitslosigkeit, die nicht selten existenzbedrohend war. Zwar ermöglichten in manchen Fällen Pensionen – insbesondere den höheren Hofchargen – auch nach Dienstende auskömmliche Verhältnisse, doch dies war nur ein Privileg einiger wenige. Der Großteil von ihnen musste seine mal wohl- mal weniger wohlverdienten Ansprüche, Unterstützungen und Beihilfen in der wirren Bürokratie der frühen Weimarer Republik erkämpfen. Im ehemaligen Preußen spielten das Finanzministerium sowie das sog. Hausministerium in den Verhandlungen um die Vermögensrechte der ehemaligen Hofbeamten und -angestellten eine zentrale Rolle.

Am Abend des 27. November 1918 gegen halb acht macht sich ein Tross auf den Weg von der Villa Ingenheim zur Wildparkstation in Potsdam. Ein D-Zug steht bereit, um die letzte deutsche Kaiserin mit ihrem Gefolge, bestehend aus dem Baron Spitzemberg, der Hofdame Gräfin Mathilde von Keller, zwei Garderobenfrauen, einem Kammerdiener und einem Hausmädchen, ins holländische Exil zu bringen. Bei ihrer Ankunft in den Niederlanden wartete bereits Wilhelm II: »An der Brücke stand der Kaiser, ganz allein – ein erschütternder Anblick«, so schildert Gräfin Keller, Hofdame Auguste Victorias, die Szene in Amerongen in ihren 1935 erschienenen Memoiren »Vierzig Jahre im Dienst der Kaiserin«.¹

Die niederländische Regierung und auch die vorerst unsichere finanzielle Lage des Ex-Kaisers verlangten, dass ein Großteil des Dienstpersonals entlassen und wieder

1 Mathilde Gräfin von Keller: Vierzig Jahre im Dienst der Kaiserin. Ein Kulturbild aus den Jahren 1881-1921, Leipzig 1935, 338-340.

nach Deutschland zurückgeschickt würden. Fortan stand dem geflohenen Kaiser und seiner Ehefrau nur noch eine bescheidene Hofhaltung von vierzehn Personen zur Verfügung. Vorbei waren die Zeiten, da es an den preußischen Höfen vor Hofcharen und Dienern nur so wimmelte, dass die preußische Zivilliste in der Öffentlichkeit sarkastisch als »Zuvielliste«² bezeichnet wurde und sich der Publizist und Politiker Hellmut von Gerlach, selbst dem niederen Adel entstammend, entsetzt zeigte ob der schier Masse an Menschen, der zahllosen Silber- und Kammerdiener, Lakaien, Oberlakaien, Frotteure und Bratenspicker, die in Diensten der Hohenzollern standen.³ Kaiser Wilhelms II. inflationäre Hofhaltung hatte sich auch noch in seinen letzten Regierungsjahren weiter aufgebläht.

Darüber, was mit den Hohenzollern nach dem 9. November 1918 geschah, sind wir gut informiert. Was aber wurde aus der nicht gerade kleinen Personengruppe der Hofbediensteten, die mit der Abdankung des Kaisers und dem Systemwechsel plötzlich arbeitslos und – wenn auch nicht alle – in ihrer Existenz bedroht waren?

Dieser Beitrag widmet sich den Hofbediensteten in Preußen und ihrer Versorgung nach den Umwälzungen 1918. Es handelt sich um eine heterogene Personengruppe, grob zu differenzieren in einerseits die höheren Vertreter, die Hofcharen, die selbst dem Adel angehörten und die die wichtigsten Hofämter innehatten, und andererseits die niedrigeren Hofbeamten und Hofdiener, deren Schicksal größtenteils in der Geschichte der allgemeinen Verelendung ganzer Gesellschaftsschichten wie den Arbeitern, Soldaten und Kriegswitwen nach dem Ersten Weltkrieg erzählt wurde. Kurt Heinig, Sozialdemokrat und Politiker – er war unter anderen an den Verhandlungen mit den Hohenzollern zur Trennung des Haus- und Staatsvermögens beteiligt – bezeichnete das Schicksal dieser Personen als »das traurigste und bitterste Kapitel aus der

2 Der Ausdruck »Zuvielliste« ist mindestens seit dem 19. Jahrhundert nachweisbar, satirisch beispielsweise in der »Politische [n] Unterhaltung zweier Holzhacker«, in der auf die Frage, was denn eine Zuvielliste sei, geantwortet wird: »Ja schau, des is a List'n, auf der steht, was die Fürsten vom Volk zu viel krieg'n, schau, und was zu viel is, des is ung'sund, drum sind unsere Fürsten in neuerer Zeit a bisl gar z'hochmüthig worden. [...]«, in: Der Revolutionsteufel oder Vorwärtsmarsch, Nr. 1, München vom 18. November 1848 oder im Kladderadatsch, 2. Jg., No. 15 vom 15. April 1849 – Vgl. ebenso der Sozialdemokrat Adolf Hoffmann in seiner Rede gegen die Anhebung der Zivilliste 1910: »[...] Das Volk nennt die Zivilliste jetzt schon »Zuvielliste«. Ein Arbeiter verdient in zweiundvierzig Jahren nicht soviel, wie die Krone an einem Tag bekommt. [...] Aus den Schlössern sollte man Museen oder Wohnungsstätten machen. Die Erhöhung wird damit begründet, daß sich seit 1889 die Zahl der Prinzen mehr als verdoppelt hat. In Sulzbach antwortete man auf eine solche Forderung einer Arbeiterfrau mit vierzehn Kindern, die Arbeiter müssen sich hüten, so viel [sic!] Kinder in die Welt zu setzen. Das Volk ist doch mindestens ebenso unschuldig an den vielen Kindern der Krone...«, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten im preußischen Landtag vom 7. Juni 1910, Berlin 1911, Sp. 6641ff.

3 Hellmut von Gerlach, zit. nach: John C. G. Röhl: Kaiser, Hof und Staat. Wilhelm II. und die deutsche Politik (Beck'sche Reihe, Bd. 1501), München 1987, 87.

Auflösung des kaiserlich-hohenzollernschen Haushaltes«, das verdiente geschildert zu werden.⁴

Dennoch hat sich die historische Forschung bisher kaum mit dieser sozialen Gruppe befasst; entsprechende Studien dazu fehlen, wirklich belastbare Zahlen etwa lassen sich nicht mit Sicherheit aufstellen. Für Preußen jedoch heißt es in Kurt Heinigs 1921 erschienenem Werk »Hohenzollern. Wilhelm II. und sein Haus. Der Kampf um den Kronbesitz«: »Im Gesamtbereich der Beschlagnahmeverordnung wurden Anfang November 1918 rund dreieinhalbtausend Beamte, Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt.«⁵ Naturgemäß lässt sich der sozialdemokratische Hintergrund Heinigs⁶ und die sarkastisch-linke Färbung seiner Schrift nicht ignorieren. Sie ist in Anbetracht des Mangels an Stimmen zu diesem Thema, allerdings auch nicht zu vernachlässigen. Allgemein ist aber davon auszugehen, dass weit mehr Personen ihren Lebensunterhalt durch die Arbeit für das vormalige Herrscherhaus bestritten und nun vor dem Aus standen.

Es gilt also, einen Eindruck zu vermitteln, was mit den Hofbediensteten in Preußen zwischen 1918 und 1921 geschah, ob und welche Ansprüche sie nach dem Ende der Monarchie hatten und anhand von Beispielen zeigen, welche Strategien sie verfolgten, sich und ihre Angehörigen vor Armut und Elend zu bewahren. Beispiele haben sich im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in den Akten der Rep. 151 des Preußischen Finanzministeriums zu den Vermögensrechten der Hofbeamten und Angestellten gefunden.⁷ Freilich können die folgenden Ausführungen nicht den Anspruch erheben, die Situation für die Hofbediensteten nach 1918 vollständig abzubilden oder daraus allgemeingültige Verläufe abzuleiten. Das ist zum derzeitigen Stand der Forschung und der gewählten Quellengrundlage noch nicht möglich. Es werden hier nur erste Ergebnisse präsentiert, die zu einer weiteren Beschäftigung mit dem Thema anregen sollen. Die Quellenlage dürfte nicht zuletzt im Geheimen Staatsarchiv sehr üppig ausfallen.

Am 13. November 1918, nach der »Bekanntmachung betreffend die Beschlagnahme des Kronfideikommißvermögens«, erschien der preußische Finanzminister Dr. Albert Südekum im königlichen Hausministerium in der Wilhelmstraße und stellte sich dem dortigen Minister August zu Eulenburg vor. Er, Südekum, sei vom gegen-

4 Kurt Heinig: Hohenzollern. Wilhelm II. und sein Haus. Der Kampf um den Kronbesitz, Berlin 1921, 162.

5 Heinig: Hohenzollern (wie Anm. 4), 24-25. John C. Röhl bestätigt diese Zahl anhand des jährlich erscheinenden »Handbuchs über den preußischen Hof und Staat«, vgl. Röhl: Kaiser (wie Anm. 3), 87-93.

6 Vgl. Kurzbiografie zu Kurt Heinig, in: Die deutschsprachige Presse. Ein biographisch-bibliographisches Handbuch, bearb. von Bruno Jahn, Bd. 1 A-L, München 2005, 427.

7 Für den Quellenhinweis sei Jörg Kirschstein von der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg herzlich gedankt. Ebenso danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des GStA PK für ihre freundliche Unterstützung.

wärtigen Staatsministerium beauftragt, sich um den Vermögensbesitz des vormaligen Herrscherhauses zu kümmern. Deutlich forderte Südekum Eulenburg auf, sich dem preußischen Finanzministerium, dem fortan die Verwaltung übertragen war, zur Verfügung zu stellen. Eulenburg erklärte daraufhin, er wolle sich und seine Behörde für eine ordnungsgemäße und ungestörte Fortsetzung der gesamten Verwaltung einsetzen, erwarte aber im Gegenzug bei der Durchführung seiner Geschäfte »keine Schwierigkeiten« zu bekommen.⁸

Dass die undankbare Arbeit dieser beiden für die Fortsetzung der bisherigen Geschäfte und Fortzahlung der Gehalts- und Lohnansprüche tausender Personen verantwortlichen Ministerien »ohne Schwierigkeiten« ablaufen würden, muss ein frommer Wunsch gewesen sein. Zu unterschiedlich waren die Interessen des Hausministeriums einerseits und des Finanzministeriums andererseits. August zu Eulenburg mochte sich zwar der neuen Regierung in den Dienst gestellt haben, setzte sich aber unermüdlich und wohlüberlegt für die Rechte, insbesondere der höheren Hofbeamten ein. So legte er etwa gegen die Verfügung vom 5. Dezember 1918 bei Südekum Widerspruch ein. Diese Verfügung besagte, dass Gehälter an sich im Ausland befindliche Personen – es handelte sich konkret um den vierzehnköpfigen Hofstaat des Ex-Kaisers in Amerongen – ab dem 1. Januar 1919 eingestellt werden sollen. Es erscheine ihm »unbillig, die Bezüge der vorbezeichneten Personen zu sperren, da sie sich nur vorübergehend in Holland befinden und nach wie vor hier ihren Hausstand und, soweit sie verheiratet sind, auch ihre Familie haben.« Er »bitte daher um die Ermächtigung, die Gehaltszahlungen genehmigen und auch die dem Antrage wegen der Besoldung des Hausmarschalls von Gontard stattgeben zu dürfen.«⁹ Südekum entgegnete, dass eine Fortzahlung nicht in Betracht käme. Die genannten Personen ständen zurzeit nicht im Dienst und seien so lange auf Wartegeld zu setzen bis zu dem Zeitpunkt, an dem sie sich wieder »einer Verwendung im Inlande zur Verfügung« stellten.¹⁰

Eine neue Verwendung für die Hofbeamten und -bediensteten zu finden, war das besondere Interesse des Finanzministeriums, denn mit dem Erlass der Hofbeamtenverordnung vom 10. März 1919 über die Versorgung der ehemaligen Hofangestellten und ihrer Hinterbliebenen wurde festgelegt, dass die nunmehr arbeitslos gewordenen Personen auf Wartegeld zu setzen seien und das – sofern sie nicht vorzeitig eine andere Anstellung etwa im Staatsdienst gefunden hatten – für fünf Jahre bei vollen Bezügen plus Teuerungszulagen. Anschließend stand es ihnen frei, in Pension zu gehen.¹¹

8 Heinig: Hohenzollern (wie Anm. 4), 72-73.

9 GStA PK, I. HA. Rep. 151, Finanzministerium I A, Film-Nr. 19564, Nr. 7849; Personalien der Hofbeamten, Der Minister des königlichen Hauses, Oberhofmarschall Sr. Majestät des Kaisers und Königs, Eulenburg, an Finanzminister Albert Südekum, Berlin, den 21. Dezember 1918.

10 GStA PK, I. HA. Rep. 151, Finanzministerium I A, Film-Nr. 19564, Nr. 7849; Personalien der Hofbeamten, Antwort Südekums auf das oben genannte Schreiben Eulenburgs, Das Finanzministerium an das Ministerium des vormals Königlichen Hauses, den 4. Januar 1919.

11 Heinig: Hohenzollern (wie Anm. 4), 63.

Der Vorschlag Kurt Heinigs an Südekum vom 3. April 1919 sah die Einrichtung einer Zentralstelle vor, um die frei gewordenen Arbeitskräfte in neue Stellen zu vermitteln, damit die Staatskasse geschont würde. Ziel müsse es sein, die ehemaligen Hofbeamten möglichst schnell wieder in die Arbeit und raus aus dem Wartegeld-Bezug zu führen. Darüber hinaus erhoffte sich Heinig durch einen möglichen, berufsbedingten Wegzug vieler Hofbeamten aus Berlin und den damit freiwerdenden Dienstwohnungen eine Entspannung des Wohnungsmarktes.¹²

Die Hofbeamtenverordnung vom 10. März 1919 war für die höheren Beamten mit satten Gehältern durchaus befriedigend, beispielsweise für den Oberzeremonienamtssekretär Friedrich Kurzhals, dem ein monatliches Gehalt von 6000 Mark zustand – immerhin war er bereits seit 30 Jahren im Dienst.¹³ Besonders spektakulär und unverständlich erscheint hingegen der Fall einer 23-jährigen Hofdame, der nach erst dreijähriger Dienstzeit ein jährliches Wartegeld von 10000 Mark und danach eine lebenslange Pension von 7500 Mark pro Jahr bewilligt worden war.¹⁴ Für solche Personen schien es nicht zwingend verlockend, sich wieder in Arbeit und dann auch noch in den Staatsdienst zu begeben. Ganz im Gegensatz zu denjenigen, deren Gehälter nicht so üppig ausfielen, die im Gegenteil durch das Auf-Wartegeld-Setzen empfindliche Einbußen ihrer Einnahmen erlitten, da diverse Nebenbezüge wie Dienstwohnungen und freie Verpflegung wegfielen. Diese Personen bemühten sich, rasch wieder in eine neue Dienststellung zu gelangen.

An freien Stellen und einer neuen Verwendung für die Ehemaligen mangelte es denn tatsächlich nicht. Ludwig Justi, der Direktor der Nationalgalerie, wandte sich im Ende Dezember 1919 verzweifelt an den Herrn Finanzminister. Es sei in seinem Museum wegen des Mangels an Aufsichtskräften vermehrt zu Diebstählen gekommen, darunter ein wertvolles Bild des Malers Ludwig Knaus. Man möge ihm doch so bald als möglich geeignete Personen, wie z. B. ehemalige Schlosskastellane, zur Verfügung stellen, um der Situation wieder Herr zu werden.¹⁵

Die Anfrage wurde vom Finanzministerium ins Hausministerium weitergeleitet und kaum vier Wochen später übersandte Eulenburg dem Finanzminister eine Liste der Personen, die sich für den Dienst in der Nationalgalerie bereit erklärt hatten. Entgegen Justis Wunsch war kein ehemaliger Kastellan darunter, aber dafür »der frühere Küchendiener Hohn, der Salonkammerdiener Eisenbach, der Garderobediener Strat-

12 GStA PK, I. HA. Rep. 151, Finanzministerium I A, Film-Nr. 19564, Nr. 7849; Personalien der Hofbeamten, Vorschlag des Beauftragten des Finanzministeriums, Kurt Heinig, zur Unterbringung freiwerdender Hofbeamter an Finanzminister Albert Südekum, vom 3. April [1919].

13 GStA PK, I. HA. Rep. 151, Finanzministerium I A, Film-Nr. 19564, Nr. 7849; Liste derjenigen Angestellten früherer Hofhaltungen, welche anderweitig unterzubringen sind.

14 Heinig: Hohenzollern (wie Anm. 4), 167.

15 GStA PK, I. HA. Rep. 151, Finanzministerium I A, Film-Nr. 19564, Nr. 7849; Der Direktor der National-Galerie, Ludwig Justi, an Finanzminister Albert Südekum, vom 13. Dezember 1919.

mann, die Salonkammerdiener Gehrke, Goßmann und Roth, sowie der Kutscher Ehrcke und der Reitknecht Bambernick«. ¹⁶

Ein ausgesprochen bitteres Schicksal traf die sogenannten Kündigungsbeamten. Ihre Anstellung erfolgte mit einer Kündigungsklausel, die der verantwortlichen Dienststelle, statt ein Disziplinarverfahren einzuleiten, die Möglichkeit bot, Angestellte bei Dienstvergehen schnell und unkompliziert zu kündigen. Nach Bekanntmachung der Hofbeamtenverordnung vom 10. März 1919 erwies sich diese Klausel als unverhofft bequeme Lösung für das Finanzministerium, das den Stellenabbau vorantreiben musste sowie für die Hohenzollern selbst, die ihr Privatvermögen durch die Entlassung von Bediensteten schonen wollten. Diesen Kündigungsbeamten stand die Fortzahlung ihrer Gehälter im Fall ihrer einstweiligen Versetzung in den Ruhestand nur für die Kündigungsfrist von drei Monaten zu. Diese Praxis betraf insbesondere die niedrigeren Hofbeamten wie Gärtner, Schlossdiener, Kutscher etc., denen andernfalls – hätte es den Umsturz nicht gegeben – durchaus ihre wohlverdienenden Pensionen oder eine angemessene Versorgung ihrer Angehörigen zugestanden hätten. ¹⁷

So sahen sie sich nach Ablauf ihrer dreimonatigen Galgenfrist dem Wohlwollen des Staates ausgeliefert, der über die Gewährung von sogenannten Gnadenpensionen verfügte. Die Angestellten des Hoftheaters beispielsweise erhielten aus staatlichen Mitteln Gnadenpensionen pro Jahr von 150 Mark für eine Garderobiere bis 1500 Mark für die Witwe des Oberregisseurs. ¹⁸ Diese Unterstützungen konnten zeitlich begrenzt oder auch als laufende Zahlungen festgelegt sein.

Unterstützungen mussten auf schriftlichem Wege beantragt werden. Hierzu wandten sich die Betroffenen entweder direkt ans Finanzministerium oder an die zuletzt für sie oder für ihren Angehörigen zuständige Dienststelle, das Hausministerium, das Hofmarschallamt oder die Hof- und Vermögensverwaltungen der preußischen Prinzen. In den meisten Fällen wurden die Gesuche wieder zurück ans Finanzministerium gesandt und von ihm beschieden. Die Witwe Marie Ribbe, geborene Schluß, wohnhaft in der Detmolder Straße 52, Wilmersdorf, Frau des im Felde verstorbenen Portiers im Park Babelsberg, musste ihre Hilfesuche gleich an mehrere Stellen richten. Zunächst machte sie ihre Eingaben für die Bewilligung einer laufenden Unterstützung bei der Generalordenskommission, wo ihr ebenfalls gefallener Sohn Adolf Ribbe als Regierungssekretär tätig war. Der Sohn hatte zuletzt auch für den Lebensunterhalt seiner Mutter gesorgt. Beide Gesuche wurden abschlägig beschieden mit dem Hinweis, Marie Ribbe beziehe bereits ein Militärwitwengeld, ein Kriegselterngeld sollte sie in einigen Monaten erhalten. Es seien keine weiteren staatlichen Mittel für sie vorhanden.

16 GStA PK, I. HA. Rep. 151, Finanzministerium I A, Film-Nr. 19564, Nr. 7849; Hausminister August zu Eulenburg an Finanzminister Albert Südekum, Berlin, den 5. Januar 1920.

17 Heinig: Hohenzollern (wie Anm. 4), 162-163.

18 GStA PK, I. HA. Rep. 151, Finanzministerium I A, Film Nr. 19564, Nr. 7846; zum Erlass vom 29. August 1920, Verzeichnis Gnadenpensions-Empfänger und derjenigen Personen, die eine vertragliche aus der Theater-Hauptkasse in Wiesbaden aus Staatsmitteln erhalten.

Man verwies sie an das Hausministerium, der letzten Dienstbehörde ihres Mannes. Dort teilte man ihr mit, dass die Stelle ihres Mannes nicht pensionsberechtigt und mit Hinterbliebenenfürsorge versehen war und für sie keinerlei Ansprüche bestünden. Verzweifelt wandte sich die 65-jährige, alleinstehende und kranke Frau im September 1919 schließlich direkt an Ministerpräsident Paul Hirsch, der das Gesuch wiederum ans Finanzministerium zurückgab.¹⁹

Im Gegensatz zu Marie Ribbe war die Witwe des ehemaligen Dieners im Haushalt des Prinzen Albrecht von Preußen (1809-1872) Partenheimer, wohnhaft in der Berliner Oderbergerstraße, in der glücklichen Situation, neben den 150 Mark Bererdigungskosten für ihren Mann sowie Zahlungen aus der Witwenkasse ab April 1919 noch einen vierteljährlichen Betrag über 56,25 Mark aus der prinzlichen Hofstaatskasse Seiner Hoheit Friedrich Heinrich, dem Enkel des Prinzen Albrecht, zu erhalten. Bei dieser Hofstaatskasse sprach sie noch im gleichen Monat persönlich vor und bat mit Rücksicht auf die Teuerungsverhältnisse um eine weitere Beihilfe. Am 21. April wurden ihr 100 Mark bewilligt und zugestellt. Gewitzt wie sie war, stellte sie das gleiche Gesuch aber auch beim Finanzministerium. Dort gelangte man aber rasch zur Annahme, »ihr sei von anderer Seite nahegelegt worden, sich auch an das Finanzministerium zu wenden, in der Hoffnung gleichzeitig von zwei Stellen bedacht zu werden.« Finanzminister Hermann Lüdemann zögerte daher auch nicht mit dem Hinweis auf die außerordentlich gewährte Unterstützung des Prinzen Friedrich Heinrich und über dessen Vermögensverwaltung der Witwe Partenheimer einen ablehnenden Bescheid zukommen zu lassen.²⁰

Manche Betroffene organisierten ihre Eingaben gemeinschaftlich oder ließen sich von Verbänden und Gewerkschaften beim Verfassen ihrer Gesuche helfen. Der Zentralverband der Hofangestellten, Ortsgruppe Berlin richtete am 29. April 1919 die dringende Bitte an den Reichsarbeitsminister Gustav Bauer, die Kündigung von sechs Reinemachefrauen im Berliner Schloss zurückzunehmen. Die Frauen seien seit mehr als zehn, manche sogar bereits seit 25 Jahren, ohne Beanstandung ihrer Arbeit dort beschäftigt gewesen. Nun sei den meist alleinstehenden und kranken Frauen mündlich die Kündigung mit Aussicht auf Gnadenpension ausgesprochen worden. Die direkte Eingabe der Frauen beim Finanzministerium habe bisher noch zu keiner Antwort geführt, weswegen sich nun der Verband dafür einsetze, dass die Frauen in ihrer Stellung verbleiben können. Sollte dies nicht möglich sein, so solle man doch zumindest die Kündigungen der drei Frauen, die im Ausschuss des Verbands tätig sind, – es waren

19 GStA PK, I. HA Rep. 151, Finanzministerium I A, Film Nr. 19566, Nr. 7873, Akten betreffend: Die Unterstützung der Witwe des Regierungssekretärs und Hilfsarbeiters bei der Generalordenskommission Ribbe in Berlin-Wilmersdorf, Nr. 1,2,7,8,9.

20 GStA PK, I. HA Rep. 151, Finanzministerium I A, Film Nr. 19564, Nr. 7846, Blatt-Nr. 2766, Schreiben des Majors a. D. Suckow an den preußischen Finanzminister Hermann Lüdemann vom 1. Juni 1921, sowie der in Abschrift beiliegende Ablehnungsbescheid an die Witwe Partenheimer.

die Frauen Tiesler, Thiele und Zeidler – rückgängig machen und den anderen dreien schnellstmöglich eine Gnadenpension gewähren.²¹

Die Gewerkschaft der preußischen Verwaltungsbeamten versuchte indes am 18. Oktober 1921 die allgemeine Versorgungsfrage für die ehemaligen Beamten und Bediensteten aus den Hofhaltungen der Nebenlinien grundsätzlich zu klären. Sie machte darauf aufmerksam, dass zwar die Hofbeamtenverordnung von 1919 einigermaßen klare Regelungen für die Beamten des vormals königlichen Hauses geschaffen hätte, jedoch für die Nebenlinien nach wie vor keine zufriedenstellenden Lösungen gefunden seien. Aus eigener Kraft seien die prinziplichen Verwaltungen nicht in der Lage, die Situation der in ihrer Fürsorge stehenden Personen zu lindern. Der Herr Finanzminister möge sich also um die Vereinheitlichung der Entscheidungsprozesse bei der Versorgungsfrage bemühen.²²

Überhaupt kann gerade in diesen ersten Jahren der Republik noch von keiner einheitlichen oder gar stringenten Vorgehensweise in dieser Frage gesprochen werden. Kurt Heinig bezeichnete die Vorgänge in dieser Zeit als »Kampf«, die Schlupflöcher in den Pensions- und Wartegeldbestimmungen zu stopfen, all die Versehen und Mängel rückgängig zu machen und halbwegs funktionierende Abläufe zu etablieren. Die bearbeitenden Referenten des Finanzministeriums waren zunächst angehalten, nach vorhandenen Präzedenzfällen zu suchen, die sich jedoch nicht immer als Entscheidungs- und Bemessungsgrundlagen eigneten. Allzu häufig wich man von diesen wieder ab – nur selten jedoch zu Ungunsten der höheren Beamtenschaft.²³

August zu Eulenburg, der Ende 1918 noch ohne mit der Wimper zu zucken die Fortzahlung der Gehälter des Exil-Hofstaats in Amerongen befürwortete, konnte einem Schlossdiener die magere Gnadenpension von 300 Mark jährlich versagen. War die betroffene Person jedoch krank und wurde diese Erkrankung oder Verletzung durch den Dienst an der kaiserlichen Familie hervorgerufen, so konnte der Hausminister – dann durchaus milde gestimmt – eine positive Empfehlung in Richtung Finanzministerium aussprechen. Der Hausminister zeigte sich also gegenüber den »höheren Beamten« großzügiger als gegenüber den »niederen Hofbediensteten«. Von Solidarität konnte allein durch die Zugehörigkeit zum Hof allein nicht die Rede sein. Vielmehr war für Eulenburg die Standeszugehörigkeit gewichtiger.

Dass die körperliche Verfassung der Antragsteller für die Bemessung der Bedürftigkeit eine wichtige Rolle spielte, wird deutlich, wenn man mehrere Bittgesuche vergleicht. Schnell kristallisiert sich hier ein Muster heraus.

21 GStA PK, I. HA Rep. 151, Finanzministerium IA, Film Nr. 19564, Nr. 7849, Schreiben der Vertreterin der Organisation der Hofangestellten Ortsgruppe Berlin an den Reichsarbeitsminister Gustav Bauer vom 29. April 1919.

22 GStA PK, I. HA Rep. 151, Finanzministerium IA, Film Nr. 19564, Nr. 7846, Schreiben des Vorstands der Gewerkschaft Deutscher Verwaltungsbeamten an den Preußischen Finanzminister vom 18. Oktober 1921.

23 Heinig: Hohenzollern (wie Anm. 4), 164-165.

Beispiele lassen sich in den Akten viele auffinden: Darunter die unverheiratete Marie Zerbel aus der Garde-du-Corpsstraße in Potsdam, ihr Vater diente einst im Marstall, »ist körperlich sehr schwächlich, stark kurzsichtig und kann nur noch kleinere Näharbeiten ausführen«. ²⁴ Die Witwe eines Hilfsheaterdieners in Kassel, der durch eine Kopfverletzung im Krieg verstarb, ist mit ihren 43 Jahren nicht mehr arbeitsfähig, weil sie unterernährt ist und sich ein Lungenleiden eingestellt hat. ²⁵

Ebenfalls tragisch schildert sich das Gesuch der Bittstellerin Henriette Gleim, die als Garderobenfrau der letzten hessischen Kurfürstin arbeitete und die sich im hohen Alter von 75 Jahren noch um ihre Tochter Philippine kümmern musste. Die Tochter stand in den 1890er Jahren im Dienst der Kaiserin, versorgte dort »aufopferungsvoll« den Prinzen Joachim und die Prinzessin Viktoria Luise, u. a. auch während der Keuchhustenerkrankung der beiden. Durch die vielen Nachtwachen und die Überanstrengung hatte sich bei Philippine eine veritable Lungenschwindsucht entwickelt, die sie außer Stande setze, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. ²⁶

Ein weiteres Beispiel liefert der Eisenbahnsekretär Neumann, der für seine Mutter, ehemalige Kochfrau in der Küche des Prinzen Joachim Albrecht, um eine Erhöhung der Unterstützung um 100 Mark bittet. Zwar erhalte die Mutter bereits eine monatliche Rente von 80 Mark sowie eine freie Wohnung. Diese Wohnung sei aber so kalt und zugig, dass ihre Gesundheit angeschlagen sei. Ferner würde das Haus bald für den Bau eines Bürogebäudes abgerissen und die gebrechliche Frau müsse zu ihrer Schwester nach Blankenburg ziehen. Der drängende Ton des Eisenbahnsekretärs vermochte es jedoch nicht, den Vorgang zu beschleunigen. Die Mutter starb einen Monat später, worüber Neumann das Finanzministerium in Kenntnis setzte, er wolle von seiner vorangegangenen Bitte absehen, nicht jedoch von einer nun fälligen Beihilfe für die Bestattung. ²⁷

Sicherlich sind es nur einige wenige Beispiele, die zeigen, wie argumentiert wurde, um mögliche Ansprüche erfolgreich durchzusetzen. Zwar war die körperliche Verfasstheit als Begründung nicht immer erfolgreich, ihre Erwähnung schadete aber auch nicht, um die eigene Bedürftigkeit zu betonen.

24 GStA PK, I. HA Rep. 151, Finanzministerium IA, Film Nr. 19566, Nr. 7873, Nr. 244, Bitte der Marie Zerbel an das Finanzministerium um Gewährung einer Leibhilfe, Potsdam, den 21. August 1920 sowie Nr. 250: Bericht des Potsdamer Polizei-Präsidenten über die Verhältnisse der unverehelichten Marie Zerbel vom 21. September 1920.

25 GStA PK, I. HA Rep. 151, Finanzministerium I A, Film Nr. 19566, Nr. 7873, Nr. 270, Notiz der Generalverwaltung der Staatstheater an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Berlin, den 6. Oktober 1920.

26 I. HA Rep. 151, Finanzministerium I A, Film Nr. 19564, Nr. 7846, Schreiben des Deutschen Rentenbunds e. V. Ortsgruppe Kassel an das ehemalige Kaiserliche Hofmarschallamt, betreffend die Bittstellerin Henriette Gleim, Kassel, den 17. Juni 1921.

27 I. HA Rep. 151, Finanzministerium I A, Film Nr. 19564, Nr. 7846, Schreiben des Eisenbahn-Sekretärs Neumann an das Finanzministerium, betreffend seine Mutter Wilhelmine Neumann, Berlin, den 19. August 1922 und 23. September 1922.

Nun möchte ich noch einen kuriosen Fall schildern, der eine dicke Akte im preußischen Finanzministerium hinterlassen hat. Es ist der Fall eines Hofbediensteten, der sein Wohl nicht dem Gutdünken der Ministerien überlassen wollte, sondern die Gunst der wirren Revolutionsstunden nutzte und sein Schicksal gleich selbst in die Hand nahm. Es ist der Fall des Schlosstdieners Karl Kuhbein. Kuhbein trat am 12. Mai 1891 in den Dienst der Hohenzollern, zunächst arbeitete er in der Schlosstischlerei, dann probeweise als Hausdiener und Heizer im Bereich der kaiserlichen Wohnräume im Berliner Schloss. Am 1. Juli 1894 erfolgte schließlich seine Anstellung als Hausdiener mit einem jährlichen Gehalt von 1000 Mark sowie 240 Mark Wohngeldzuschuss. Er verrichtete seine Arbeit gewissenhaft und vorbildlich, Disziplinarstrafen musste er keine erleiden. Ab dem 1. April 1917 bezog er schließlich ein Jahresgehalt von 1800 Mark. Zwei Jahre später, im April 1919 wurde er vom Dienst suspendiert. Was war geschehen?

Der Schlosstdiener Kuhbein hatte seine genaue Ortskenntnis des Schlosses dazu genutzt, während der Weihnachtskämpfe in und an der Berliner Residenz kaiserlichen Besitz an sich zu bringen. Das tat er mit solchem Geschick, dass es einige Zeit bedurfte, ehe ihm andere Bedienstete des Schlosses auf die Schliche kamen. Er schien dabei keinerlei Vorliebe für bestimmte Objekte gehabt zu haben – eine nicht enden wollende Auflistung bei Heinig zeigt eine beeindruckende Fülle und Bandbreite des Diebesguts.²⁸ Hingegen besagt der Bericht über das Dienstleben des Karl Kuhbein, der dem Finanzministerium vorlag, dass er lediglich für den Diebstahl einer kleinen russischen Medaille aus dem Jahre 1910, eines allgemeinen und eines braunschweigischen Ehrenzeichens sowie eines österreichischen silbernen Verdienstkreuzes angeklagt wurde.²⁹ Am 9. September 1919 erging das Urteil der II. Ferienstrafkammer des Landgerichts I in Berlin: Kuhbein wurde eine Strafe wegen einfachen Diebstahls von einem Jahr Gefängnis und der Verlust seiner bürgerlichen Ehrenrechte für drei Jahre auferlegt. Dadurch wurde eine – sonst für Hofbeamte übliche – Disziplinaruntersuchung hinfällig; Kuhbein wurde mit sofortiger Wirkung aus dem Dienst entlassen und verlor all seine Pensionsansprüche. Doch kampfflos wollte sich Kuhbein diesem Urteil nicht beugen und ließ bereits im Dezember 1919 über seinen Anwalt Rosenkampff ein Bittgesuch für die Gewährung einer Gnadenpension stellen, die ihm aber nach einiger Diskussion zwischen dem Justiz- und Finanzministerium im Juni 1920 endgültig verwehrt wurde.³⁰

Die Diskrepanz zwischen dem bei Heinig aufgelisteten und dem in der Anklageschrift aufgeführten Diebesgut ist nicht genau zu erklären. Heinig vermutete dahinter

28 Heinig: Hohenzollern (wie Anm. 4), 118-120.

29 GStA PK, I. HA. Rep. 151, Finanzministerium I A, Film-Nr. 19564, Nr. 7849; Bericht über das Dienstleben des Hausdieners Karl Kuhbein in Berlin vom 30. Januar 1920.

30 GStA PK, I. HA. Rep. 151, Finanzministerium I A, Film Nr. 19564, Nr. 7849; Staatssekretär im Staatsministerium, Paul Göhre, an den Anwalt Karl Kuhbeins, Dr. Horst Rosenkampff, vom 17. Juni 1920.

allerdings einen antirevolutionären Propagandastreich, mit dem man den während der Unruhen im Schloss untergebrachten Matrosen – von denen sich Kuhbein angeblich zu seinen Taten habe inspirieren lassen – die Schuld für die Plünderungen in die Schuhe schieben wollte. Sicherlich wird nicht mehr genau festzustellen sein, auf welches Ausmaß sich die Plünderungen in den gesamten preußischen Schlössern beliefen, ob nicht das ein oder andere Geschenk, das man behauptete, von den kaiserlichen Hoheiten für seine Dienste erhalten zu haben, nicht doch auf einem anderen Wege in den eigenen Besitz gelangt ist. Oder umgekehrt, ob nicht das ein oder andere verloren geglaubte Objekt nicht doch auf dem legalen Wege in Privatbesitz gekommen ist.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass sich die preußischen Hofbediensteten nach dem Umbruch 1918 und dem damit verbundenen Abbau der kolossalen kaiserlichen Hofhaltung mit existenziellen Problemen konfrontiert sahen. Den niedrigeren Beamten und Bediensteten stellte sich die Frage nach ihrer und ihrer Angehörigen Versorgung weit dringlicher als den Personen in den höheren Hofämtern, die meist allein durch ihre Herkunft über Vermögen und Zugang zu diesen Ämtern verfügten und dadurch wesentlich höhere Gehälter und Pensionen bezogen. Ihre Sorgen drehten sich vielmehr um die standesgemäße Versorgung der ihnen nachfolgenden Generationen und nicht um die eigene.

Die für den Abbau der Hofhaltung hauptverantwortlichen Ministerien waren das preußische Finanz- sowie das Hausministerium, deren Vertreter zwischen 1918 und 1920 Albert Südekum und August zu Eulenburg waren. Zwei markante Persönlichkeiten aus der Anfangszeit der Weimarer Republik, die bei ihrer Arbeit nicht zuletzt auch wegen ihrer unterschiedlichen Sozialisation oft auseinanderdriftende Entscheidungen trafen.

Insbesondere die Hofbeamtenverordnung vom 10. März 1919 zog eine Kündigungswelle nach sich. Ausgesprochen hart traf es die sogenannten Kündigungsbeamten, derer man sich nach der Verordnung auf beiden Seiten, der des Staats und der der Hohenzollern, schnell und unkompliziert entledigte. Sie standen nach einer kurzen Galgenfrist von drei Monaten, in denen ihnen Wartegeld gewährt wurde, vor einer existenziellen Notlage. Niedrig besoldete Hofbedienstete waren aber auch ohne Kündigungsklausel nicht vor Verarmung gefeit. Einzig die höheren Beamten und Hofämter konnten der Verordnung entspannt entgegentreten. Sie erwartete bei Ausscheiden aus dem Dienst Wartegelder in Höhe der vollen Bezüge für fünf Jahre und danach, wenn gewollt, die Pensionierung bei zumindest 75 % der Bezüge.

Um die Staatskasse durch die vielen Wartegeldempfänger nicht allzu sehr zu strapazieren, suchte man für die ausgeschiedenen Hofbediensteten eine neue Verwendung im Staatsdienst.

Denjenigen, für die keine neue Position gefunden werden konnte und die nicht in einer finanziell privilegierten Lage waren, blieb nichts Anderes übrig, als ihre Pensionsansprüche, Gnaden- und Beihilfegesuche schriftlich bei den Ministerien zu stellen. Hierzu organisierten sich einige Gruppen in Gewerkschaften oder zogen die

Hilfe von Interessensverbänden hinzu. Trotz dieser Hilfen und einer wohlüberlegten Argumentationsstrategie, die darauf abzielte, den Dienst für das vormalige Herrscherhaus sowie die eigene Bedürftigkeit hervorzuheben, wurden nicht alle Eingaben positiv beschieden. Nach bisheriger Auswertung der Quellen ist für die Zeit von 1918-1921 noch keine klare Linie in der Entscheidungspraxis der für die Versorgung der Hofbediensteten verantwortlichen Ministerien zu erkennen. Möglicherweise, und dies würde weitere Forschung erfordern, änderte sich das aber im Verlauf der 1920er Jahre.

Nützliche Idioten

Die Hohenzollern und Hitler

Karina Urbach

Abstract

Für die Nationalsozialisten war die Unterstützung der Hohenzollern auf zwei Ebenen wichtig – auf der nationalen und der internationalen. Während die nationale Ebene teilweise erforscht ist, gibt es über die internationale Hilfe bisher keine Informationen. Der Beitrag zeigt, welche internationalen Kontakte die Hohenzollern hatten und warum sie diese Kontakte den Nationalsozialisten zur Verfügung stellten. Die Nachlässe von Poultney Bigelow (1855-1954), Henry Ford (1863-1947) und Franklin D. Roosevelt (1882-1945) bieten hierzu neue Erkenntnisse. Alle drei Nachlässe helfen uns, die ideologische Ausrichtung der Hohenzollern besser zu verstehen.

Eine Restauration zu erreichen, war für mehrere Hohenzollern seit 1918 das entscheidende Motiv ihres Handelns. Aber Opportunismus war nicht der einzige Grund, warum sie sich für die Nationalsozialisten engagierten. Es gab auch viele ideologische Gemeinsamkeiten – Antiparlamentarismus, Antisemitismus, Antikommunismus und später die aufrichtige Bewunderung für Hitlers Eroberungskriege.

Für die Nationalsozialisten wiederum war der Eifer der Hohenzollern ein hochwillkommenes Geschenk. Sie sahen die Familie als nützliche Idioten, die man bei der Machtergreifung und unmittelbar danach benutzte – und später getrost fallen lassen konnte.¹

Wenn man die Hohenzollern und ihre Beziehung zum Nationalsozialismus entschlüsseln will, dann fühlt man sich gelegentlich in Kurosavas Filmklassiker *Rashomon* versetzt. In *Rashomon* wird ein Ereignis aus multiperspektivischer Sicht erzählt. Alle Beteiligten haben ihre eigene Version des Geschehens, und am Ende widersprechen sich

1 Ich danke Paul Hoser (München) sowie Uta Nitschke-Joseph und Marcia Tucker (IAS, Princeton) für ihre Hinweise.

alle Versionen. Es ist ein Sammelsurium aus Schutzbehauptungen und »alternativen Fakten«. Die Lage wird dadurch nicht leichter, dass im Fall Hohenzollern die *dramatis personae* noch zahlreicher sind als bei *Rashomon*. Die Untersuchungsgruppe dieses Beitrags behandelt drei Generationen: Im Mittelpunkt der ersten Generation stehen der Ex-Kaiser Wilhelm II. (1859-1941) und seine zweite Ehefrau Hermine (1887-1947); in der zweiten Generation Kronprinz Wilhelm (1882-1951), seine Frau Cecilie (1886-1954) und seine Schwester Victoria Luise, Herzogin von Braunschweig (1892-1980). Die dritte – ebenfalls für die Fragestellung relevante Generation – wird hier anhand des Kaiserenkels, Louis Ferdinand (1907-1994) untersucht.

Einige der beteiligten Personen haben ihr Verhalten nach dem Ende der Monarchie in Memoiren dargestellt. Wie im Folgenden gezeigt werden wird, sind diese Erinnerungen selektiv und irreführend. Aber auch das »Rohmaterial«, also die Quellenlage, stellt ein Problem dar.² Trotzdem ist die Situation nicht aussichtslos. Als Historiker ist man es gewohnt, mit Gegen- und Nebenüberlieferungen zu arbeiten. Mit Hilfe neuer Quellenfunde soll daher im Folgenden die Frage beantwortet werden: Wieviel Hitler steckte in den Hohenzollern?

Historiker sind keine Juristen, aber diese Frage ist auch für das seit Jahrzehnten schwebende Restitutionsverfahren entscheidend, das Louis Ferdinand Prinz von Preußen nach der Wiedervereinigung anstrengte und das – aufgrund neuer Enthüllungen

2 In einer 1985 veröffentlichten Dissertation über seine Familie schöpfte Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen aus einem Aktenbestand mit dem Titel: Archiv der Generalverwaltung des vormals regierenden preußischen Königshauses in *Bremen*. Siehe hierzu Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen: »Gott helfe unserem Vaterland«. Das Haus Hohenzollern 1918-1945, München 1985. Im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK) befinden sich Trümmer der Akten der Generalverwaltung des vormals regierenden Königshauses, die ohne Genehmigung der Familie nicht einsehbar sind. Sie sind über Rheinsberg nach Merseburg gekommen und dadurch nicht auf natürliche Weise ins GStA PK gelangt. Das Archiv der Generalverwaltung befindet sich wohl im Burgarchiv (Hechingen), ebenso Teile des Nachlasses des Ex-Kronprinzen Wilhelm. Am 13. August 2019 teilte Stefan Schimmel, der Kurator des vormals regierenden Preußischen Königshauses mit, dass der Nachlass des Kronprinzen einsehbar sei. Der Anwalt der Familie Hohenzollern Markus Hennig teilte in der gleichen Angelegenheit am 7. August 2019 mit: »Sie würden nur enttäuscht sein, wie wenig hiervon durch die Kriegswirren noch vorhanden ist.« Zur Archivlage siehe auch John Röhl: Dieser Röhl durfte nicht mehr rein, in: Frankfurter Rundschau, 28.08.2019, <https://www.fr.de/kultur/hohenzollern-dieser-roehl-durfte-nicht-mehr-rein-12952622.html>. <Zugriff: 28.08.2019>.

des SPIEGEL im Juli 2019 – eine öffentliche Debatte ausgelöst hat.³ Bisher haben wohl mindestens drei Gutachter – für und gegen die Familie – Stellung bezogen.⁴ Eine Klärung der Frage ist entscheidend, da laut dem Ausgleichleistungsgesetz Entschädigungsleistungen in Fällen ausgeschlossen sind, in denen der Berechtigte oder seine Erben »dem nationalsozialistischen oder dem kommunistischen System in der sowjetisch besetzten Zone oder in der Deutschen Demokratischen Republik erheblichen Vorschub geleistet« haben.

Für Juristen ausschlaggebend ist das Verhalten der Chefs des Hauses im Nationalsozialismus, d. h. bis 1941 die Aktionen des Ex-Kaisers Wilhelm II. und dann seiner Erben Kronprinz Wilhelm und Prinz Louis Ferdinand. Doch auch die Nebenrollen

- 3 Im Juli 2019 wurde bekannt, dass sich die Forderungen der Hohenzollern in der Zwischenzeit erhöht haben. Siehe Klaus Wiegrefe, *Vom Stamme Nimm*, SPIEGEL 29/2019, Stephan Malinowski, *Die Selbstversenkung*, FAZ, 22.7.2019 und *Wir Stauffenbergs*, SZ 7.8.2019; Norbert Frei, *Die Hohenzollern deuten ihre Geschichte brachial um*, SZ 18.8.2019. Sowie Andreas Kilb, *Die Hohenzollern wollen in eines ihrer Schlösser zurück*, FAZ 24.7.2019. Siehe hierzu auch das Interview mit Winfried Süß, *Historiker: Entschädigung für die Preußen-Familie wäre moralisch schwer begründbar*, RND, 12. August 2019.

Forderungen dieser Art haben eine lange Tradition. Schon 1920 schrieb Kurt Tucholsky ein Gedicht über den Anwalt von Ex-Kaiser Wilhelm II. mit dem Titel: »Wilhelm von Abfundien«: Und der Rechtsanwalt rollt in die Reichshauptstadt.

Ganz Deutschland hört ihn handeln.

Mit der Instruktion, die er bei sich hat,
will er Schloß und Land und Gut und Stadt
in Privateigentum verwandeln.

Und sieh! es gelingt! Denn die Republik
ist doof im Prozessieren.

Gewiß, ER war etwas schuldig am Krieg –
aber das kann jedem passieren...

Nimm hin! Nimm hin! Es geht uns schlecht!
Es hungert der Ohnebein.

Du bist aus armem Burggrafengeschlecht –
du sollst unser Kaiser sein!...

Und es liegt ein Land in tiefster Not
in Blut und Tränen und Schmerz.

Doch im Portemonnaie, das schwarz-weiß-rot,
ruht Kaiser Wilhelms Herz.

Kurt Tucholsky (unter dem Pseudonym Kaspar Hauser), in: *Die Weltbühne*, 11.03.1920, Nr. 11, 335.

- 4 Christopher Clark war 2014 der Gutachter für die Hohenzollern-Familie, Stephan Malinowski und Peter Brandt für die Gegenseite. Die Gutachten sind nicht öffentlich und konnten für diesen Beitrag nicht eingesehen werden. Siehe zu den Gutachten auch Klaus Wiegrefe, *Prinz mit Schuss. Verhalf Kronprinz Wilhelm 1933 Hitler an die Macht?* SPIEGEL 37/2014. Siehe auch Stephan Malinowski, *Der braune Kronprinz*, DIE ZEIT, 30.8.2015. Ein unkritischer Blick auf die historischen Leistungen der Hohenzollern nach 1918 findet sich in einem Interview mit dem heutigen Chef des Hauses: Patrick Bahners/Jan Brachmann, *Georg Friedrich Prinz von Preussen: »Wir wollen nicht mehr scheinen, als wir sind«*, 9. November 2018, FAZ, 9.

in dieser Geschichte sind einen Blick wert: Wenn man sich mit den familieninternen Mechanismen des Hochadels beschäftigt, erkennt man schnell, dass nach außen hin zwar der Chef des Hauses entscheidet, dass aber innerhalb des Hauses – hinter den Kulissen – die Einflussphären komplexer verlaufen können. Geschwister oder Ehefrauen können also ebenfalls Entscheidungen forcieren oder blockieren, auch wenn sie laut der Hausgesetze keine Entscheidungsmacht innehaben.⁵ Da innerhalb der Hohenzollern-Familie verschiedene »Höfe« existierten, die miteinander rivalisierten, ist eine größere Blende besonders wichtig, um Schärfentiefe zu erlangen.

Vater-Sohn-Rivalitäten hatten bei den Hohenzollern eine lange Tradition. Bereits Kaiser Friedrich III. pflegte eine bekannt schlechte Beziehung zu seinem Sohn, dem späteren Kaiser Wilhelm II.⁶ Der wiederholte dieses Muster bei seinem ältesten Sohn, dem Kronprinzen Wilhelm, der es dann wiederum in der dritten Generation fortsetzte. Es existierte in der Familie daher ein Verhaltensmuster, das durch den Machtverlust 1918 noch einmal verschärft wurde. In den 20er Jahren agierten sie nicht als eine Solidargemeinschaft. Ihr Konkurrenzdenken machte es den Nationalsozialisten sehr viel leichter, sie für sich zu gewinnen.

Anfang der 30er Jahre war für die Nationalsozialisten die Unterstützung durch die Hohenzollern auf zwei Ebenen wichtig – auf der nationalen und der internationalen. Während Stephan Malinowski die nationale Ebene ausgezeichnet erforscht hat,⁷ gibt es über die internationale Hilfe bisher keine Informationen. Im Folgenden soll gezeigt werden, welche internationalen Kontakte die Hohenzollern hatten und warum sie diese Kontakte den Nationalsozialisten zur Verfügung stellten. Die Nachlässe von Poultney Bigelow (1855-1954), Henry Ford (1863-1947) sowie Franklin D. Roosevelt (1882-1945) bieten hierzu neue Erkenntnisse.⁸ Alle drei Nachlässe helfen uns auch, die ideologische Ausrichtung der Hohenzollern besser zu verstehen. Dass es entschei-

5 Siehe hierzu Karina Urbach: *Hitlers heimliche Helfer. Der Adel im Dienst der Macht*, Darmstadt 2016, 40ff. (Englisches Original: *Go-Betweens for Hitler*, Oxford 2015.)

6 Siehe hierzu Frank Lorenz Müller: *Der 99-Tage-Kaiser. Friedrich III. von Preußen - Prinz, Monarch, Mythos*, Berlin 2013.

7 Siehe die preisgekrönte Studie von Stephan Malinowski: *Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat*, Berlin 2003 und die Standardwerke über Wilhelm II. von John Röhl: *Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund*, Band III, München 2008 und Röhl, *The Unicorn in Winter: Kaiser Wilhelm II. in Exile in the Netherlands, 1918-1941*, in: Philip Mansel/Torsten Rlotte, *Monarchy and Exile. The Politics of Legitimacy from Marie de Medici to Wilhelm II.*, London 2011. Siehe auch Lothar Machtan: *Der Kaisersohn bei Hitler*, Hamburg 2006 und Jürgen Luh, Alexandra Nina Bauer: *Cecilie und die Dynastie während der Weimarer Republik und dem Dritten Reich*, in: Generaldirektion der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (Hg.), *Cecilie. Deutschlands letzte Kronprinzessin*, Potsdam 2004, 47-61. Sowie darin Jörg Kirschstein: *Kronprinzessin Cecilie von Preußen – eine Biographie*, 9-25.

8 Bigelows Nachlass befindet sich in der New York Public Library, der Henry Fords im Benson Ford Research Center in Dearborn, FDRs Papiere im Franklin D. Roosevelt Presidential Library and Museum, Hyde Park, New York.

dende Schnittstellen mit den Nationalsozialisten gab, zeigt an erster Stelle der Nachlass Poultney Bigelows.⁹

Bigelow stammte aus einer der besten Familien der USA: Sein wohlhabender Vater war Diplomat und Miteigentümer der New York Evening Post.¹⁰ Poultney besuchte ab 1870 eine Schule in Potsdam, wo er den späteren Kaiser Wilhelm II. und seinen Bruder Heinrich kennenlernte. Obwohl Bigelow vier Jahre älter war als Wilhelm, wurden sie Freunde. Die Hohenzollern-Kinder nannten Poultney Bigelow den »Indianer«, weil er gerne Pfeile abschoß (eine Kunst, die er im Laufe seines Lebens auch auf anderen Gebieten perfektionierte). Nach einem Studium in Yale wurde Bigelow Weltreisender, Journalist und Buchautor. Er publizierte eine schmeichelhafte Biographie über seinen Jugendfreund Wilhelm II. Zwar entzweiten sich die beiden Männer während des Ersten Weltkrieges, doch nach dem Sturz der Monarchie fanden sie wieder zusammen. Ein Grund hierfür waren ihre gemeinsamen ideologischen Überzeugungen. Bigelow und der Ex-Kaiser fürchteten nach 1918 drei Dinge: den Bolschewismus, die Juden und die »schwarze Rasse«.

Bigelow war ein überzeugter Antisemit, der auch seine Kinder und Enkel in diesem Sinne erzog. Sein Freund Ernst Hanfstaengl schrieb ihm 1933 anerkennend: »I had such a lovely time [...] with your two grandsons Tom and Peter. Peter is just a marvel and a perfect anti-semite.«¹¹ Der Kaiser stand Bigelows Enkel in nichts nach. Wie John Röhl, der Doyen der Kaiserforschung, detailliert gezeigt hat, war Wilhelm II. nach seiner Flucht zu einem fanatischen Judenhasser geworden.¹² 1920 argumentierte er, Deutschland könne keinen Frieden finden, bevor man nicht alle »Juden totgeschlagen habe«. Er befürwortete dafür u. a. ein Pogrom und hatte 1929 eine besonders »prophetische Idee«: »Juden und Mücken sind eine Pest, von der sich die Menschheit so oder so befreien muss. Ich glaube das Beste wäre Gas.«¹³ (Es ist daher eine überraschende Wende, dass – mit Hilfe der Hohenzollernfamilie – am 22. März 1982 in Haifa ein Kaiserobelisk für Wilhelm II. eingeweiht wurde. Bei der Enthüllung erklärte

9 An Bigelow schrieben: Wilhelm II., Wilhelms Frau Hermine, Wilhelms Schwiegertochter Cecilie und seine Enkel Louis Ferdinand und Friedrich. Der Kronprinz hatte keinen Kontakt zu Bigelow. Als loyaler Freund des Kaisers wollte Bigelow nichts mit dessen Sohn zu tun haben.

10 Sein Vater John Bigelow (1817-1911) wurde 1865 Botschafter in Paris. In den 1870er Jahren wurde er ein Freund Otto von Bismarcks und lebte mit seiner Familie zeitweise in Potsdam. Später war John Bigelow ein Mitbegründer der New York Public Library, vor der heute ein Platz nach ihm benannt ist.

11 Ernst Hanfstaengl an Poultney Bigelow, 27.9.1933, Bigelow Papers, Box 34A, New York Public Library.

12 John Röhl: Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund und Unicorn (Anm. 7).

13 John Röhl: Wilhelm II.: »Das Beste wäre Gas!« 25.11.1994, Die Zeit Nr. 48/1994. Röhl zeigt, wie der Kaiser sich vom Salonantisemiten im Laufe der Jahrzehnte zum Vernichtungsentisemiten entwickelte. Röhl, Unicorn (Anm. 7), 346f.

der Kaiserenkel Louis Ferdinand: »Israel ist das einzige Land der Welt, das meinem so arg verkannten und ungerecht behandelten Großvater ein Denkmal errichtet hat.«¹⁴

Auch nachdem die ersten KZs errichtet worden waren, blieb Wilhelms II. Einstellung gegenüber Juden unverändert: »Parliamentarism has ruined us, it was a mine which Bismarck himself was forced to place under the newly created Reich. It was exploded by Jewish radicalism during the World War behind the backs of the army...«¹⁵ Der Ex-Kaiser prophezeite auch, dass ein baldiger Rassenkrieg die Welt erschüttern werde. An seinen amerikanischen Freund schrieb er im Sommer 1935: »The whole of the coloured world – yellow, black – have been aroused and are forming against White.«¹⁶

Als Mussolini im Oktober 1935 Abessinien angriff, sah Wilhelm II. den Kriegsverlauf als Beleg seiner Prognose:

»News have reached us here that about 1500 American Negroes have arrived secretly in Abyssinia. They have diplomas as surgeons, doctors, engineers, chemists, flyers etc. from their Universities and are occupied in organizing hospitals, homes for sick and convalescents, road building, drug stores, flying camps and do their work quickly and well. All the coloured people are sympathetic with Abyssinia. In the harbours of the South African Republic the Negro workmen have refused to load the steamers destined to bring provisions to the Italian army. [...] The whole of the population of Africa is in commotion and openly showing their sympathy for the Black Empire which they all are proud of.«¹⁷

Dass Mussolini einen stellvertretenden ›Rassenkrieg‹ in Abessinien führte, war nicht der einzige Grund, warum die Hohenzollern Interesse am Duce entwickelten. Interessant war für sie auch die Zusammenarbeit der italienischen Monarchie mit Mussolini. Der italienische König Viktor Emanuel III. hatte eine entscheidende Rolle dabei gespielt, Mussolini 1922 an die Macht zu verhelfen und konnte damit auch seinen Thron stabilisieren (1936 machte Mussolini ihn zum Kaiser von Abessinien und

14 Zitiert in: Louis Ferdinand: Im Strom der Geschichte, München 1987, 465.

15 Brief Wilhelms II. an Bigelow, 18.11.35. Bigelow papers, Box 34A.

16 Brief an Bigelow, 10.8.35. Bigelow papers, Box 34A. Auch der Kaiserenkel Friedrich von Hohenzollern teilte diese Ansicht. Er hatte schon nach einer Amerikareise 1933 an Bigelow geschrieben: »Lauern nicht die Schwarzen und Farbigen schon lange auf den Augenblick, wo sie Rache nehmen können an der ihr so verhassten weißen Rasse?« Friedrich sah Amerika auch als einen »Nährboden für den Kommunismus«, Brief Friedrich von Hohenzollern an Bigelow, 18.10.33. Bigelow papers, Box 34A.

17 Brief an Bigelow, 18.11.35. Bigelow papers, Box 34A. Bigelow war sich »dieser Gefahr« ebenfalls bewusst und schrieb an seinen Freund Präsident Franklin D. Roosevelt: »Is it not odd that our papers appear to copy those of England in saying unfriendly things about Mussolini and encouraging negro hopes of ultimate success? I hope that Italy may annex all of that Black nation much as England has taken successively Basuto and Zululand and Rhodesia and made them fit for white habitation. Should the Negroes win, it would be the first victory of black over white on a large scale.« Brief Bigelows and Präsident Roosevelt, 2.12.1935, PSF Poultey Bigelow, FDR Library.

1939 zum König von Albanien). Dieses Arrangement eines Monarchen mit einem Diktator schien in den Augen des Kronprinzen gewinnbringend zu sein.¹⁸ Die Wiener Neue Freie Presse berichtete 1928 unter der Überschrift: *Der deutsche Kronprinz bewundert Mussolini. Südtirol ist ihm gleichgültig* über die italienischen Kontakte des Kronprinzen.¹⁹ Tatsächlich besuchte der Kronprinz Mussolini regelmäßig und glaubte, dass »nur ein Diktator den Karren aus dem Dreck ziehen [könnte]«. ²⁰ Im Sommer 1933 war auch Louis Ferdinand bei einem dieser Treffen anwesend, er konnte sich jedoch in seinen Memoiren nur noch an Anekdotisches erinnern:

»Da ich wusste, daß er [Kronprinz Wilhelm] immer, wenn er in Rom war, Mussolini einen Besuch abstattete, bat ich ihn, meinen Bruder Hubertus und mich zu seiner Audienz mitzunehmen.«²¹

Louis Ferdinand erwähnte hier nicht, dass sein Vater den italienischen Faschismus bereits im Mai 1928 als eine »fabelhafte Einrichtung« bezeichnet hatte: »Sozialismus, Kommunismus, Demokratie und Freimaurerei sind ausgerottet, und zwar mit Stumpf und Stiel; eine geniale Brutalität hat dies zuwege gebracht.«²²

Mussolinis Brutalität interessierte Bigelow und Wilhelm II., da sie die kommunistische Gefahr als eine *internationale* Bedrohung wahrnahmen. Die Entwicklungen in Spanien waren für sie ein Beleg für diese Bedrohung:

Die Hohenzollern hatten – trotz der konfessionellen Unterschiede – eine enge Beziehung zum spanischen Königshaus.²³ Wie der italienische König, so konnte sich auch der spanische König Alfons XIII. mit Hilfe eines autoritären Führers an der Macht halten. Seit 1923 regierte er mit Miguel Primo de Rivera, dessen Leitspruch lautete: »Heimat, Religion, Monarchie«. Diese Werte entsprachen auch denen der Hohenzollern. Die Symbiose eines Monarchen mit einer autoritären Führerfigur schien also sowohl in Italien wie auch in Spanien vorteilhaft für die Institution der Monarchie zu sein.

18 Der Kronprinz war Mitglied der Gesellschaft des Studiums des Faschismus, einer Vereinigung, welcher der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha vorstand und die regelmäßige Studienfahrten nach Italien unternahm. Die Verwandten der Hohenzollern, die Häuser Coburg und Hessen, erkannten früh das Potential des italienischen Faschismus und halfen Hitler, Kontakte mit Mussolini aufzubauen. Siehe hierzu Urbach: Hitlers heimliche Helfer (Anm. 5), 216ff.

19 *Der deutsche Kronprinz bewundert Mussolini: Südtirol ist ihm gleichgültig*, Neue Freie Presse, Wien, 3.9.1928.

20 Zitiert in: Malinowski: Vom König (Anm. 7), 508f.

21 Louis Ferdinand: Im Strom der Geschichte (Anm. 14), 262.

22 Kronprinz an Wilhelm II. Rom 7.5.28. Zitiert in Willibald Gutsche: Ein Kaiser im Exil: Der letzte deutsche Kaiser Wilhelm II. in Holland, Marburg 1991, 100. Der Kaiser stimmte seinem Sohn zu und äußerte sich bewundernd über Mussolini in einem Interview des Londoner Evening Standard. Siehe Urbach: Heimliche Helfer (Anm. 5), 216.

23 Wilhelm II. war mit dem spanischen König Alfons XIII. befreundet und hoffte im Ersten Weltkrieg auf eine Friedensinitiative Spaniens. Siehe Urbach: Heimliche Helfer (Anm. 5), 101ff. Alfons war auch der Patenonkel des Kaiserenkels Louis Ferdinand.

1925 finanzierte Ex-Kaiser Wilhelm II. seinem Enkel Louis Ferdinand eine Abiturreise nach Spanien, um dieses Arrangement genauer zu studieren. In seiner Autobiographie kommt Louis Ferdinand zu einem ausgesprochen milden Urteil über Miguel Primo de Rivera:

Seine »freundlichen blauen Augen verrieten, daß er Humor hatte. [...] Unser Gespräch, dem [König Alfons] wenn auch scherzhaft, eine Spur von politischer Note gab, wurde von dem General immer wieder auf rein Menschliches zurückgeführt. Primo de Rivera, den seine Kritiker mit einem Wortspiel auch Primo de Mussolini nannten, was so viel heißt wie »Mussolinis Narr«, wird heute kaum noch als Diktator klassifiziert werden können.«²⁴

Diese Interpretation ist schwer nachvollziehbar. Primo di Riveras Sohn setzte die Ideen seines Vaters fort und begründete die faschistische Partei Spaniens. Ohne die Vorreiterrolle der zwei Primo di Riveras wäre Francos Bewegung nicht möglich gewesen.

Laut den Erinnerungen von Louis Ferdinand erklärte König Alfons seine Unterstützung Miguel Primo de Riveras so: »Ich hatte die Wahl zwischen Primo de Rivera und dem Chaos. Das Chaos hätte den Bürgerkrieg bedeutet. [...] Was Primo de Rivera tatsächlich fertiggebracht hat, siehst du hier.« Louis Ferdinand und der König fuhren während dieser Unterredung auf einer neuen spanischen Autobahn und der Kaiserenkel stellte daher anerkennend fest: »Wir fuhren neunzig Kilometer, die Straße war prächtig.«²⁵

Nach dem Tod von Miguel Primo di Rivera 1930 konnte sich auch König Alfons nicht mehr lange an der Macht halten und floh 1932 ins Exil. Für Monarchisten war dies ein Schock. Als der Bürgerkrieg ausbrach, schrieb Wilhelm II. an seinen Freund Bigelow:

»The Bolshevist system in Spain will I hope soon be smashed and arson and wholesale murder punished by the army and loyal Spaniards. May this be an eye opener to all so-called statesmen who up to now underrated the danger of Moscow inspired vandalism, and help to combine the powers for a common action for the destruction of this World Pest!«²⁶

Diktatoren wie Franco und Mussolini erfüllten in den 30er Jahren die außenpolitischen Wünsche von Wilhelm II. und Bigelow. Auch Hermine, seit 1922 die zweite Ehefrau Kaiser Wilhelms II., nahm an den politischen Diskussionen der Herren regen

24 Louis Ferdinand: Im Strom der Geschichte (Anm. 14), 114. Tatsächlich hat Primo zwei Bedeutungen: Cousin und Trottel. Beides passte perfekt, denn Louis Ferdinand versäumt den Kontext dieses Wortspiels zu erklären: Mussolinis »Cousin« (und Trottel) Miguel Primo de Rivera war 1923 durch einen den italienischen Faschisten nachgeahmten Coup an die Macht gekommen.

25 Louis Ferdinand: Im Strom der Geschichte (Anm. 14), 115.

26 Brief an Bigelow, 5.8.1936. Bigelow Papers Box 34A. Zu den Bolschewismusängsten der Zwischenkriegszeit siehe demnächst: Jonathan Haslam: The Spectre of War. International Communism and the Origins of World War II, [erscheint vorauss. Princeton 2020].

Anteil. Sie interessierte sich seit 1926 für die NSDAP.²⁷ Damals hatte der »Führer« sich aus taktischen Gründen gegen eine Fürstenenteignung ausgesprochen.²⁸ Hermine war davon begeistert und sorgte unter anderem dafür, dass Göring 1931 nach Doorn eingeladen wurde.

Ihren Enthusiasmus für die neue Bewegung teilte sie mit Bigelow. 1935 schrieb sie dem amerikanischen Freund auf Deutsch: »In Stresa scheint übles gebräut zu werden: Von allen Staatsmännern weiß ich nur einen, von dem ich weiß, dass er, ohne die Ehre seines Vaterlandes dafür dran zu geben, wirklich den Frieden will, das ist Hitler! Ich weiß, dass er bei all seinen übrigen Vorzügen auch staatsmännisch klug ist – vielleicht muss man ihn persönlich kennen, um ihn richtig zu erfassen. Seine Situation ist unerhört schwer, es ist leider deutsche Art, es seinen Führern nicht immer leicht zu machen, das hat der arme Kaiser ja auch stark empfinden müssen. In herzlicher Freundschaft, Ihre Hermine.«²⁹

Hermine bemühte sich um Bigelow, weil sie wusste, wie nützlich ein international gut vernetzter Publizist für die Restaurationsbemühungen ihres Mannes war. Bigelow, der den Kaiser häufig im Exil besuchte, wollte in der Tat alles unternehmen, um die internationale Reputation seines alten Freundes aufzuwerten. Darüber hinaus machte er den Lieblingsenkel des Kaisers – Louis Ferdinand (genannt Lulu) – seit 1929 zu seinem ganz persönlichen »Projekt«. Ziel dieses Projekts war es, mit der Hilfe Louis Ferdinands einflussreichen Amerikanern ein positives Bild der Hohenzollern zu vermitteln. Zu diesem Zweck aktivierte der große Netzwerker Bigelow zwei seiner wichtigsten Kontakte, die gegensätzlicher nicht hätten sein können: Henry Ford und Franklin D. Roosevelt.

Bigelow schätzte Henry Ford als Antisemiten und Antikommunisten. 1929 erklärte er Ford in einem Brief, warum er unbedingt den Kaiserenkel Louis Ferdinand treffen müsse. Es sei der ausdrückliche Wunsch Wilhelms II.:

»The Kaiser attaches more importance to Henry Ford than to anyone else in America.«³⁰ Er erklärte Ford auch die Hohenzollerschen Familienverhältnisse: »This young Hohenzollern [Louis Ferdinand] is 21 years old...His father [der Kronprinz] I have

27 »Sie hatte sich bereits Ende der 1920er Jahre in Doorn, München und Berlin als Brückenbauerin zwischen Willhelm II. und den Nationalsozialisten versucht.« Malinowski, Vom König (Anm. 7), 507.

28 Hitler sagte damals: »Wir dulden nicht, dass ihnen genommen wird, was ihnen gehört, denn wir stehen auf dem Standpunkt des Rechtes und geben nicht einem jüdischen Ausbeutungssystem einen Rechtsvorwand, unser Volk bis aufs letzte auszuplündern.« Zitiert in Machtan, Der Kaisersohn (Anm. 7), 149.

29 Brief der Ex-Kaiserin Hermine an Bigelow, 18. April 1935. Bigelow papers. Hermine hoffte auch auf ein Treffen zwischen Hitler und Bigelow. 1934 schrieb sie dem Amerikaner: »It is such a shame that it was not possible for you to meet the great Führer, whose personality would have given you the right impression of him, which nobody else could bring you.« 27.6.1934 Hermine an Bigelow. Bigelow papers, box 34.

30 22.3.1929, Bigelow to Henry Ford, Acc 285, Box 1011.

had nothing to do with, but the Kaiser has been a trusted friend since 1870. The Jew press hates the House of Hohenzollern and persistently retails defamatory tales about him. Emil Ludwig (whose name is Cohen) is at it all the time.«³¹

Dieser geschickte Appell an Fords Antisemitismus wirkte – Louis Ferdinand wurde eingeladen. Aus der Einladung entwickelte sich ein Anstellungsverhältnis und später eine Freundschaft zwischen Henry Ford und dem fast vierzig Jahre jüngeren Hohenzollern.

Louis Ferdinand gilt bis heute als das unbelastete Familienmitglied der Hohenzollern. Das liegt an seiner Freundschaft mit Otto John,³² an der hagiographischen Dissertation seines Sohnes³³ und an seiner eigenen Autobiographie, die er mehrmals adaptierte und neu auflegte.³⁴ Die deutsche und die amerikanische Version unterscheiden sich in mehreren wichtigen Punkten. Die letzte deutsche Version mit dem Titel ›Im Strom der Geschichte‹ ist als Motto zu verstehen. Louis Ferdinand beschreibt sich darin als passiv, ein naiver Schwimmer, der ständig von gefährlichen Stromschnellen überrascht wird.

Um dieses Bild zu unterstreichen, nützt er in seiner Autobiographie die Methode der Auslassung und lenkt den Leser mit amüsanten ineinanderfließenden Anekdoten ab. In diesem steten Strom geht jedoch die Tatsache unter, dass Louis Ferdinand anfangs – ähnlich wie sein Vater Kronprinz Wilhelm – keine Berührungsgängste mit den Nationalsozialisten hatte. Ganz im Gegenteil. 1933 erklärte er Roosevelt seine Begeis-

31 Bigelow an Ford, 15.3.1929, Ford Papers, Acc 285, box 1011. Emil Ludwig hatte 1925 die Biographie ›Wilhelm der Zweite‹ veröffentlicht, die sich im Tenor stark von Bigelows Würdigungen des Kaisers unterschied. Bereits Emil Ludwigs Vater hatte den Familiennamen Cohn in Ludwig geändert.

32 Otto John arbeitete mit monarchischen Widerstandskreisen zusammen. Er ist jedoch ein problematischer Zeuge, der sich häufig in Widersprüche verstrickt. In seiner Autobiographie erwähnt John mehrere Treffen, die Louis Ferdinand mit Widerstandskreisen hatte. Am Ende entschied sich Louis Ferdinand jedoch – auf Anraten seines Vaters – gegen eine aktive Rolle im Widerstand. Diese Entscheidung wird von John nicht mehr erwähnt. Otto John: Falsch und zu spät. Der 20. Juli 1944, Berlin 1984, 150. Siehe zu Otto Johns wechselhaftem Leben zwischen Ost und West: Benjamin Carter Hett, Michael Wala: Otto John. Patriot oder Verräter. Eine deutsche Biographie, Hamburg 2019, 19ff. und 22.

33 Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen: »Gott helfe unserem Vaterland« (Anm. 2). Ebenfalls frei von kritischer Quellenanalyse ist das Kapitel über Louis Ferdinand in Frank Millards: The Palace and the Bunker. Royal Resistance to Hitler, London 2012.

34 Louis Ferdinands Memoiren erschienen anfangs unter dem Titel: Als Kaiserenkel durch die Welt, Berlin 1952. (Zeitgleich auch erschienen als The Rebel Prince: Memoirs of Prince Louis Ferdinand of Prussia. Diese amerikanische Version enthielt ein enthusiastisches Vorwort des amerikanischen AP-Journalisten Louis Lochner, der seit den 1930er Jahren eine Hohenzollern-Restaurationsbetriebe betrieb). Eine weitere deutsche Version erschien 1969 unter dem Titel Louis Ferdinand: Die Geschichte meines Lebens, und dann 1983 mit dem neuen Titel: Im Strom der Geschichte. Dieser letzte Titel ist fast identisch mit den sehr erfolgreichen Memoiren von Louis Ferdinands Tante, der Kaisertochter Victoria Luise: Viktoria Luise. Im Strom der Zeit, Göttingen 1977.

terung für die neue Bewegung und hoffte darüber hinaus – für seinen Mentor Ford – Geschäfte mit den Nationalsozialisten machen zu können.

Als zweiter Sohn des Kronprinzen Wilhelm spielte Louis Ferdinand anfangs keine wichtige Rolle für die Restaurationspläne seiner Familie. Die Hoffnungen seiner Eltern ruhten bis 1933 auf seinem älteren Bruder Wilhelm.³⁵ Louis Ferdinand konnte daher seinen Neigungen nachgehen und nach seiner Promotion in Nord- und Südamerika arbeiten. In dieser Zeit wurde Bigelow sein »amerikanischer Großvater«, den er über alle Ereignisse im Leben seines »deutschen« Großvaters, Kaiser Wilhelm II., unterrichtete.

Unter anderem reichte er an Bigelow einen Brief weiter, den er 1932 von Wilhelm II. erhalten hatte. Der Kaiser erklärte darin Louis Ferdinand seine Sicht auf die Nationalsozialisten:

»Du fragst mich nach meiner Ansicht über die Vorgänge im Fernen Osten und über Hitler. [...] Er ist der Führer einer starken, nationalen Bewegung, gleichgültig, ob uns diese Bewegung in allen Einzelheiten gefällt oder nicht. Das, was er führt, verkörpert nationale Energie. Was einmal daraus werden wird, das wissen wir nicht, aber wir wissen, dass nur nationale Energien uns Deutsche wieder aufwärts führen werden. Das ist auch der Grund warum ich Deinen Onkels Auwi und Oskar innerhalb der nationalen Bewegung, der Nationalsozialistischen- bzw. Deutschnationalen Partei, freigegeben habe, und warum ich hier von dem Grundsatz der Zurückhaltung von Mitgliedern unseres Hauses in politischen Dingen ausnahmsweise einmal abgegangen bin. Besondere Zeiten und Umstände erheischen besondere Maßnahmen.«³⁶

Nach dem Krieg erinnerte sich Louis Ferdinand nicht mehr an diese besonderen Maßnahmen. 1993 beschrieb er die Situation anders:

»Wir alle haben ihn [Auwi] nicht besonders ernst genommen, er war ein künstlerischer Mensch; er hat hübsch gemalt. Er wurde von seinen Brüdern immer furchtbar zugedeckelt. Mein Großvater hat ihn aufgefordert, aus der Nazi- und Mord-Partei auszutreten.«³⁷

35 Nachdem Wilhelm 1933 unter Stand heiratete, verlor er seinen Platz in der Erbfolge, und Louis Ferdinand rückte nach. Laut Louis Ferdinand wollte sein älterer Bruder die neue Situation nicht anerkennen: »Kurz nach seiner Heirat hatte die Familie in einer Pressenotiz bekanntgegeben, dass er alle seine Rechte auf die Erbfolge verwirkt habe; mein Bruder aber hielt immer an der Auffassung fest, dass er nur hinsichtlich des Familienvermögens auf seine Erbschaft verzichtet habe.« Louis Ferdinand, *Im Strom der Geschichte* (Anm. 14), 291.

36 Abschrift eines Briefes Wilhelm II. vom 23.2.1932 an seinen Enkel Louis Ferdinand. Bigelow Papers, Box 34A.

37 Siehe hierzu das SPIEGEL-Interview von 1993, <http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecial/d-52535769.html>.

Tatsächlich änderte sich Wilhelms II. Einstellung zu den Nationalsozialisten mehrfach. Sie hing davon ab, ob sich seine Restaurationschancen erhöht oder gesenkt hatten. Nach einem Hoch 1933 und einer Phase der Enttäuschung 1934 versöhnte ihn dann wieder die Tatsache, dass Hitlers Kriege seine eigenen außenpolitischen Träume erfüllten.

Nicht nur Wilhelm II., auch Henry Ford wurde von Louis Ferdinand nach dem Krieg in ein helles Licht getaucht. Die Briefe, die Prinz Louis Ferdinand an Ford und dessen engsten Zirkel schrieb, liegen heute im Henry Ford Archiv in Dearborn.³⁸ Sie reichen vom ersten Kennenlernen 1929 bis zur Bitte des Prinzen 1946, noch einmal von Ford eingestellt zu werden.³⁹ Die Briefe zeigen Louis Ferdinand als einen Mann, der Ford um jeden Preis gefallen will und daher »von der Pike«⁴⁰ auf das Autogeschäft erlernen möchte.

Schon der erste Dankesbrief macht dies deutlich:

»I am not exaggerating if I dare say that I never in my whole life will be able to forget these five days in Dearborn-Detroit. I had a rather rough youth-time, and I am sorry to say that its characteristic is a lack of love and kindness. Therefore, it seemed almost impossible that I could be so exceedingly nice treated as you did it with me [...] I hope at least I shall be able later on to do something which would please you. I dared say in a conversation that the world would be a wonderful place if only the other important men would be like Mr. Henry Ford.«⁴¹

Louis Ferdinand hoffte, in Ford einen Ersatzvater und Geldgeber zu finden, um sich von der Hohenzollernfamilie zu befreien.⁴² Ironischerweise würde er 20 Jahre später selbst ein strenger Chef des Hauses Hohenzollern werden, der auf der Einhaltung der Hausgesetze bestand.

E.G. Liebold, Henry Fords einflussreicher Privatsekretär, hätte diese Entwicklung kaum erahnen können. Er informierte einen Ford-Kollegen 1929 über die Probleme Louis Ferdinands mit seiner Familie:

38 Henry Fords Antwortbriefe an Louis Ferdinand sind bisher nicht bekannt.

39 Louis Ferdinand an Henry Ford, 6.5.1946: »I have been discussing future plans with my wife, and we thought that possibly the Ford Motor Company may be looking for people with a good knowledge of Germany and its economy to reorganise the Ford business over here. Perhaps I could be of some assistance to the Ford Motor company, either in all of Germany or in the American Zone [...] All through these years I have kept a very happy and grateful recollection of the time I was connected with the Ford Motor Company.« Acc 1 Box 56. Ford papers.

40 Ob er dabei sehr erfolgreich war bleibt offen. J. Griffith informierte Fords Privatsekretär E.G. Liebold über Louis Ferdinands Fähigkeiten: »While I cannot say that he was the best workman we had in the plant, due to the work accomplished, I will say that he was studious and tried to the best of his ability, while working in the factory, to hold up his end.« J. Griffith an E.G. Liebold, 22.8.1930, Acc.285 Box 1346. Ford Papers.

41 Undatierter Brief, ca. 1929. Louis Ferdinand an Henry Ford, Acc. 1 Box 56/ Ford Archive. Im Laufe der Jahre schrieb Louis Ferdinand ein sehr viel besseres Englisch. Neben zeitgenössischen Presseberichten existiert auch eine Filmsequenz mit Louis Ferdinand und Ford von 1929, siehe: <https://www.pond5.com/stock-footage/88104516/us-henry-ford-and-prince-louis-ferdinand-prussia-outside-bui.html>.

42 Von Anfang an verhielt sich Ford ausgesprochen großzügig gegenüber Louis Ferdinand. Schon 1930 ordnete sein Sekretär Liebold an: »[Louis Ferdinand] will possibly be in Germany two or three months and it is Mr. Ford's wish that during his stay at home, you place a Ford car at his disposal«. E.G. Liebold an Mr. Heine, Ford Motor Company Berlin. 28.11.1930: Acc. 285 Box 1346. Ford Archive.

»[Louis Ferdinand] is receiving an income of about \$ 5000 per year from the former German Emperor. With this payment, however, they have been expecting Dr Ferdinand to conform with certain traditional practices laid down by the Imperial Family, with which the young man is not in sympathy. He has asked us to employ him and stated his willingness to commence from the bottom. [...] For the purpose of pursuing his own ideas and to isolate himself from his family, he has requested that we assume this annuity, so that he might not be in need.«⁴³

Louis Ferdinand freundete sich im Laufe der Jahre mit E.G. Liebold an und führte einen intensiven Briefwechsel mit ihm. Liebold war ein überzeugter Antisemit, der den Aufstieg der Nationalsozialisten begrüßte.⁴⁴ In seiner Autobiographie erwähnt Louis Ferdinand die enge Beziehung zu Liebold nicht. Da sich jedoch Nachkriegsleser an Fords Antisemitismus erinnern könnten, erklärt Louis Ferdinand gleich zu Anfang, dass es sich dabei um ein Missverständnis gehandelt habe. Er zitiert den Ford-Mitarbeiter Ben Donaldson,⁴⁵ der ihn über die wahren Hintergründe aufgeklärt habe. Donaldson habe ihm gesagt, »es würde zwar behauptet Henry Ford führe einen Feldzug gegen die Juden, doch tatsächlich habe [Ford] persönlich nichts gegen die Juden und hätte viele jüdische Mitarbeiter«.⁴⁶

Das Problem sei allein Fords Loyalität gegenüber William J. Cameron. Cameron habe ständig im Dearborn Independent Artikel über die Juden veröffentlicht. Aus diesem Grund habe es einen Prozess gegeben, in dem auch Henry Ford persönlich auftreten musste. Aber – so zitiert Louis Ferdinand seinen Gesprächspartner Donaldson weiter – »Mr. Ford hat Cameron die Sache nicht nachgetragen. Cameron ist sein engster Propagandist und wichtigster Berater«.⁴⁷

Die Geschichte ist so unlogisch wie unwahrscheinlich. Cameron publizierte seine antisemitischen Artikel in einer Zeitung, die von Ford finanziert wurde und platzierte sie auf einer Seite, die die Überschrift trug: »Mr. Ford's Page«. Darüber hinaus veröffentlichte Henry Ford später Camerons Artikel – zusammen mit Beiträgen anderer

43 E.G. Liebold an Mr. FF Griffith, Ford Motor Company Buenos Aires, 2.10.1929. Ford papers, Acc 1. Box 56.

44 Nicht nur Louis Ferdinand, sondern auch Bigelow bemühten sich sehr um den gesellschaftlichen Kontakt zu Liebold. 1936 z. B. lud Bigelow den einflussreichen Liebold zur Enthüllung einer Büste Friedrichs des Großen auf seinem Anwesen ein. Er versprach »angemessene« Unterhaltung: »Of course I expect one of the Kaiser's grandsons and the German ambassador, but no jews nor politicians.« Bigelow an Liebold, Juli 1936 Acc 285 Box 1928. Ford papers. Liebold informierte Louis Ferdinand auch über seine Reisen nach Deutschland, siehe z. B. 21. August 1930, Acc 285 box 1346, Ford papers.

45 Ben Donaldson kam 1919 zu Ford und arbeitete sich schnell nach oben. Als er Louis Ferdinand 1929 kennenlernte, war er bereits Chef der Ford Werbe- und Verkaufsabteilung. Donaldson arbeitete selbst zeitweise im Dearborn Independent, einer Zeitung, die von Ford finanziert wurde.

46 Louis Ferdinand, Im Strom der Geschichte (Anm. 14), 158.

47 Louis Ferdinand, Im Strom der Geschichte (Anm. 14), 158f.

antisemitischer Autoren – in Buchform unter dem Titel ›Der internationale Jude‹. Die Bände wurden in den USA und in Deutschland Bestseller und hatten affirmativen Einfluss auf die NS-Führung. Rudolf Heß entwickelte nach der Lektüre Fords 1923 die Idee, »unter den [deutschen] Arbeitern einen Auszug [Fords] Buches zu verbreiten«. ⁴⁸ Baldur von Schirach behauptete, durch die Lektüre dieses Buches als 17jähriger zum Antisemiten geworden zu sein. ⁴⁹

Auch in seinen Memoiren ›My Life and Work‹ zeigte sich Ford als überzeugter Antisemit. ⁵⁰ Wie gut er Fords Publikationen kannte, erwähnte Louis Ferdinand nach dem Krieg nicht. Bigelow teilte er jedoch 1930 begeistert mit: »I just finished reading Mr. Fords books. [...] I am deeply impressed by these great ideas, which not only have been pronounced, but also carried out by this wonderful old gentleman.« ⁵¹

Der Antisemitismus der Nationalsozialisten stellte also kein Problem für Louis Ferdinand dar, aber was hielt er von der Machtübernahme 1933? In einem Fernsehinterview antwortete er 1987 auf die Frage »Ging das Haus Hohenzollern einen Pakt mit den Nazis ein?«: »Das kann ich schwer beurteilen, weil ich ja damals in Amerika war.« ⁵² Tatsächlich kam Louis Ferdinand nach einem längeren Aufenthalt in Amerika im Winter 1932/33 in Deutschland an und nahm regen Anteil an den Ereignissen.

Am 30. Januar 1933 besuchte er die Hochzeit des SA-Mannes Prinz Wilhelm von Hessen. Als er während des Festes von der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler hörte, zeigte er sich laut seiner Memoiren schockiert: »Mit dieser plötzlichen Entwicklung hatte niemand gerechnet. Wir waren alle bestürzt, nur die Braunhemden draußen brachen in wilde Heil-Rufe aus.« ⁵³

Die Frage stellt sich jedoch, ob nicht auch drinnen ein paar Heil-Rufe erklangen. Louis Ferdinands Enthusiasmus scheint damals größer gewesen zu sein, als er rückblickend wahrhaben wollte. Einen Hinweis hierfür findet man in Roosevelts Nachlass.

48 Rudolf Heß an Ilse Pröhl 19.9.1923 in: Wolf Rüdiger Heß (Hg.): Rudolf Heß. Briefe 1908-1933, München 1987, 305.

49 Siehe Johannes Reiling: Eine transatlantische Irrfahrt: Zur deutschen Geschichte der Unternehmungen Henry Fords von 1924 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Michael Wala (Hg.): Gesellschaft und Diplomatie im transatlantischen Kontext, Stuttgart 1999, 150. Sowie Stefan Link: Rethinking the Ford-Nazi Connection, GHI conference report, Februar 2014, 135.

50 Henry Ford (mit Samuel Crowther): My Life and Work, Garden City 1923. Siehe hierzu auch: Christiane Eifert, Antisemit und Autokönig. Henry Fords Autobiographie und ihre deutsche Rezeption in den 1920er Jahren, Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Heft 2/2009.

51 Louis Ferdinand an Bigelow, 14.2.1930. Bigelow papers, Box 34A. Davon informierte er nicht nur Bigelow. Auch an Liebold schrieb er 1930: »I read Mr. Fords book My Life and Work. [...] I got a Spanish translation of the International Jew but I prefer to read it in English.« (Zu dieser Zeit war Louis Ferdinand gerade in Buenos Aires). 2.2.1930, Acc 285 Box 1346.

52 TV-Interview Zeugen des Jahrhunderts: Louis Ferdinand von Preußen im Gespräch mit Friedrich Müller, 18. November 1987, <https://www.youtube.com/watch?v=y5eveUVrOgM>

53 Louis Ferdinand, Strom der Zeit (Anm. 14), 242.

Gleich nach seiner Rückkehr in die USA im Sommer 1933 schrieb Louis Ferdinand an den Präsidenten:

»I just got to Germany in time to watch as a close spectator the great developments which have inaugurated a new era in the Fatherland. Germany is also having her New Deal. It was one of the greatest satisfactions of my whole life, when I witnessed the historical speech of Hitler in the Reichstag, when he could grasp the powerful hand which Your Excellency in the name of your great Nation had stretched out in order to help restore the confidence and peace of the world.«⁵⁴

Kurz bevor er diesen Brief schrieb, hatte Louis Ferdinand eine Privataudienz bei Hitler erhalten. Ermöglicht wurde ihm dieses Treffen durch seinen Freund Ernst Hanfstaengl. Hanfstaengl schrieb darüber voller Stolz an Bigelow: »It was entirely due to my intervention that Herr Hitler received [Louis Ferdinand] on the eve of his departure for Detroit. [...] I hope the day is not far when we all sit around the table again and empty our glasses to Adolf Hitler and all who love him.«⁵⁵

Louis Ferdinand wusste, dass Henry Ford und sein engster Mitarbeiterkreis sich für Hitler interessierten (für Fords einflussreichen Sekretär Liebold hatte er bereits 1931 ein NSDAP-Programm organisiert)⁵⁶ und dass ein Gespräch mit dem Führer karrierefördernd war. Ihm war jedoch zu diesem Zeitpunkt noch nicht klar, dass Hitler nie ein amerikanisches Auto gekauft hätte. Die Liebe des Führers galt Mercedes Benz, einer Firma, die ihn schon in seinen Münchner Anfangsjahren unterstützt hatte.⁵⁷

In seiner Autobiographie erwähnte Louis Ferdinand das Gespräch mit Hitler und räumte ein: »Es wäre nicht aufrichtig, wollte ich nicht zugeben, dass ich von dieser ersten und einzigen, wenn auch recht einseitigen ›Unterredung‹ keinen ganz ungünstigen Eindruck mitnahm.« Der »Führer« habe Ford ausrichten lassen: »Sagen Sie Herrn Ford, dass ich ihn bewundere. Ich werde alles tun, seine Ideen auch in Deutschland in die Praxis umzusetzen, wo die Motorisierung noch weit zurück ist.«⁵⁸

54 Louis Ferdinand an Roosevelt, 13.8.33, PSF Germany 1933-38, FDR Library.

55 Ernst Hanfstaengl an Bigelow, Auslandspresseamt, Verbindungsstab der NSDAP, 27.9.1933. Bigelow Papers, Box 35A. Zu der Gruppe der Liebenden gehörte auch die amerikanische Mutter von Baldur von Schirach. An Bigelow schrieb sie 1941, nach der Ernennung ihres Sohnes zum Gauleiter der »Ostmark«: »My son was so charmed with your theory regarding Pharaoh and the Jews. [...] Yes, I am mighty proud of my boy, and he has his head and hands full, [...] a huge amount he has to do. He wants to make Vienna the leading city in culture, music etc. etc. and it seems to have started well.« Emma Middleton von Schirach, 27 April 1941. Bigelow Papers, Box 35A. Baldur von Schirachs wichtigste »Kulturmaßnahme« bestand daraus, Wiener Juden zu deportieren. Allerdings schickte er sie nicht nur – wie Pharaoh – in die Wüste, sondern in Vernichtungslager.

56 Louis Ferdinand an Mr. Liebold, Acc 385 Box 1346, Ford papers.

57 Hitler konnte selbst nicht Auto fahren, aber er informierte sich ständig über neue Modelle und ihre technischen Details. 1942 äußerte er, die glücklichsten Momente seines Lebens verdanke er Autos. Siehe hierzu Volker Ullrich: Adolf Hitler. Biographie. Die Jahre des Aufstiegs 1889–1939, Frankfurt am Main 2013, 450f.

58 Louis Ferdinand, Im Strom der Geschichte (Anm. 14), 267.

Der ausländischen Presse entging diese Annäherung nicht. Im Sommer 1933 schrieben amerikanische Zeitungen, dass Louis Ferdinand eine besondere Rolle in Fords Beziehungen zu den Nationalsozialisten spiele. Sie berichteten, er habe Ford-Geld für die Finanzierung der NSDAP weitergegeben.⁵⁹ Diese Behauptungen konnten jedoch bis heute nicht belegt werden.

In seiner Autobiographie erwähnt Louis Ferdinand nicht, dass er nach einer erneuten Rückkehr nach Deutschland 1934 für Ford weiterarbeitete. Er wurde Vertreter für Ford in Deutschland und hoffte, seine Stellung auszubauen. In einem Brief an Bigelow, erklärt er, wie einflussreich er mittlerweile im Ford-Imperium war:

»Our Generalmanager for Germany [...] will do anything I tell him, because he knows, that I am the only person willing and able to save his skin against the brutal procedures of his British masters, who would kill me if they could, because I told Henry Ford the truth about their beastly machinations.«⁶⁰

Unterschrieben war der Privatbrief an Bigelow mit einem schwungvollen »Heil Hitler«. Louis Ferdinand hoffte weiterhin, seine Nazikontakte für Ford nutzen zu können und verfasste auch einen Artikel über Henry Ford, der in der NS-Presse veröffentlicht wurde.⁶¹

Nachdem Hitler einen Ausbau der Kölner Ford-Fabrik abgelehnt hatte,⁶² versuchte Louis Ferdinand, Hamburg als neuen Standort zu propagieren. Zu diesem Zweck intrigierte er gegen Fords Sachwalter in Deutschland, Heinrich F. Albert. In der Weimarer Republik war Albert Staatssekretär unter den Sozialdemokraten gewesen, und Louis Ferdinand schrieb daher an einen Ford-Kollegen 1934: »[Albert] belongs to the passed regime. [...] His system will certainly not return.«⁶³

Die Intrige misslang, Albert wurde vom Ford-Chef für Auslandsoperationen unterstützt und konnte seine Stellung behalten. Louis Ferdinand wechselte daraufhin zur

59 John Steele, *Charges name Finance Kings*, Chicago Daily Tribune, 22. Juli 1933 und LA Times, 23 Juli 1933. Der Autor war in einigen Details überraschend gut informiert, u. a. wusste er von Louis Ferdinands Vergnügungsreise mit seinem jüngeren Bruder durch Amerika. Sie war von Henry Ford mitfinanziert worden. Die Schlussfolgerung des Autors, dass Louis Ferdinand und Schacht, die einander tatsächlich gut kannten, gemeinsam amerikanische Gelder für Hitler gesammelt hatten, ist jedoch bis heute nicht belegbar.

60 Louis Ferdinand an Bigelow 26.2.1934, Box 34A, Bigelow papers.

61 Dazu Bigelow an Henry Ford: »Alas I read with much pleasure Prince Louis Ferdinand's article about you in a German magazine.« Brief Bigelows an Ford, 27 März 1934, Acc. 285 box 1528, Ford Archives.

62 Die Kölner Anlage blieb jedoch wichtig, da sie Teile nach Lateinamerika und Japan lieferte. Nach Kriegsausbruch versorgte Ford die Wehrmacht mit Lastwagen. Ein Drittel der von den Nationalsozialisten eingesetzten Lastwagen bestand 1942 aus der Produktion von Ford.

63 Louis Ferdinand an Sorensen, 26.4.1934, Zitiert in: Johannes Reiling: *Eine transatlantische Irrfahrt: Zur deutschen Geschichte der Unternehmungen Henry Fords*, (Anm. 49), 152f.

Lufthansa.⁶⁴ Die Lufthansa war zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr eine harmlose kommerzielle Fluglinie, wie Lutz Budrass in seiner Unternehmensgeschichte gezeigt hat. Lufthansa unterstützte den Aufstieg des NS-Regimes und hatte enge personelle Anbindungen an Göring.⁶⁵ Göring förderte auch Louis Ferdinand. Die *Detroit Free Press* berichtete 1937: »[In 1936] Louis Ferdinand was enlisted by [...] Goering as a liaison officer of the German air force with foreign diplomats in Berlin. Last December at Athens he assisted in the opening ceremony of a commercial airline between Germany and Greece.«⁶⁶

Die *Detroit Free Press* war insofern gut informiert, als Louis Ferdinand weiterhin Kontakt mit Ford und dessen innerstem Kreis in Detroit hielt. Fords Vertrauter Liebold schrieb Ende 1934 an Louis Ferdinand: »I hope everything is going well with you and that Mr. Hitler is continuing the good work he seems to have started.«⁶⁷ 1935 stiftete Henry Ford auf Bitten Louis Ferdinands dem Ex-Kaiser zehn Autos. Wilhelm II. wollte sie für eine Expedition seines Lieblingswissenschaftlers Leo Frobenius in Afrika einsetzen.⁶⁸ Darüber hinaus besuchte Louis Ferdinand Detroit 1936 für Gespräche, über deren Inhalt bisher nichts bekannt ist.⁶⁹

Henry Ford wiederum reiste 1938 nach Deutschland, um die Kölner Fabrik zu besichtigen. Ford agierte auch weiterhin in gewohnt großzügiger Manier, als Louis Ferdinand Ende Mai 1938 zur Hochzeitsreise nach Amerika kam.⁷⁰ Bigelow half wieder einmal bei den Reisevorbereitungen.⁷¹ Da man so kurz nach dem »Anschluss« Österreichs befürchtete, Louis Ferdinand könnte beim Andocken seines Schiffes in New York von jüdischen Journalisten belästigt werden, ermahnte Bigelow den Ford-Sekre-

64 Wann genau dieser Wechsel stattfand ist nicht zu ermitteln. Eine *Detroit*er Zeitung berichtete, im August 1934 habe Louis Ferdinand noch für die *Dependance* von Ford in Berlin gearbeitet. *The Detroit Free Press*, 25.12.1937.

65 Die Lufthansa organisierte später Zwangsarbeit auf eigene Initiative. Siehe hierzu Lutz Budrass: *Adler und Kranich. Die Lufthansa und ihre Geschichte 1926-1955*, München 2016.

66 *The Detroit Free Press*, 25.12.1937, 1 und 3.

67 Liebold an Louis Ferdinand, 10.12.1934, Acc 285 Box 1640, Ford Archives.

68 »Telegram from the German Ex-Kaiser, received by Ford Motor – Cologne Branch: Thanks for the ten autos placed gratis at the disposal through intermediary of his grandson – Louis Ferdinand and passed on by him to the Frobenius Expedition in Africa.« Dr. E. Diestel, Ford Motor- Cologne, 18. September 1935, Acc 285 Box 1800 File: Louis Ferdinand, Ford papers.

69 Siehe für eine Zusammenfassung seiner Reiseaktivitäten die *Detroit Free Press*. 25.12.1937, 1 und 3.

70 Louis Ferdinand hatte am 4. Mai 1938 in Doorn die russische Großfürstin Kyra geheiratet und von seinem Großvater als Hochzeitsgeschenk eine Weltreise bekommen. An der Hochzeit in Doorn nahm auch Hitlers frühester Bewunderer im deutschen Hochadel teil, Herzog Carl Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha. Siehe zur Gästeliste: Jutta Angelika Wonschik-Steeger und Wolfgang Stribny: *Ein Vermächtnis. Prinz Louis Ferdinand von Preussen*, Remagen 2007, 264.

71 Bigelow bat Mrs. Ford, mit den schlecht organisierten Flitterwöchlern geduldig zu sein, und setzte hinzu, was er gesellschaftlich plante. »Enclosed is my annual gathering to which no Jews need apply.« Bigelow, an Mrs Ford, 26.5.1938. Acc 1 Ford Papers, Box 56.

tär Liebold, unbedingt ein Ford-Auto mit Chauffeur zur Abholung bereitzustellen: »Prince Louis is trying to dodge a hundred hostile hebrew reporters barking at his heels.«⁷² Henry Ford ging noch einen Schritt weiter und stellte den deutschen Flitterwöchlern an jeder Station ihrer Hochzeitsreise ein Auto zur Verfügung.⁷³

Auch Ford erhielt im Sommer 1938 ein großzügiges Geschenk. An seinem 75. Geburtstag wurde ihm als erstem Amerikaner der *Grand Cross of the German Eagle*, der höchste (von Hitler neu erfundene) NS-Auslandsorden, vom deutschen Konsul verliehen. Zwei Jahre später zeigte Louis Ferdinand seinem väterlichen Freund Ford ebenfalls seine sehr persönliche Anerkennung und machte ihn 1940 zum Patenonkel seines zweiten Sohnes.⁷⁴

Auf seiner Amerikareise 1938 kam es für Louis Ferdinand nicht nur zu einem Wiedersehen mit Henry Ford, sondern auch mit Roosevelt. Wie immer, war auch diesmal Bigelow der Initiator dieses Treffens. Als langjähriger Nachbar der Roosevelts in Hyde Park, New York, war Bigelow ein alter Freund von Sara Roosevelt, der Mutter des Präsidenten. Beide teilten ein Interesse an Deutschland. Sara sprach deutsch und war vor dem Ersten Weltkrieg mit ihrem Sohn FDR häufig in Heidelberg und Baden-Baden gewesen. Bigelow stand zwar der einflussreichen Mutter nahe, seine Beziehung zu FDR war jedoch nie ganz frei von Spannungen. Der Altersunterschied von 30 Jahren spielte dabei *eine*, wenn auch nicht die entscheidende, Rolle. In seinen Briefen an den Präsidenten schlug Bigelow häufig einen spöttischen, überlegenen Ton an. FDR wiederum nahm die »onkelhaften Ratschläge« Bigelows mit Humor und ignorierte auch dessen Nähe zu Henry Ford, der ein erklärter Gegner FDRs war und seine Arbeiter während des Wahlkampfes 1932 angewiesen hatte, Hoover-Anstecknadeln zu tragen.⁷⁵

72 Bigelow an Liebold, 26 Mai 1938, Acc 1, Box 56, Ford Papers.

73 Dankesbrief von Louis Ferdinand an Ford, 25.11.1938: »But we know one thing for certain – that the whole voyage would have been half as nice, or less, if you had not helped us in such a perfect way everywhere we went. [...] In China, Philippine Islands, Sumatra and India we were met by the Ford organization, who helped us in every way possible.« Acc 1 Box 56, Ford papers.

74 Brief Louis Ferdinands an Ford, 28.4.1940: »On May ninth our little baby shall be christened Wilhelm Heinrich. We therefore would be delighted if you would accept to be Godfather.« Acc 285 Box 2345, Ford Papers. Auch die amerikanische Presse berichtete darüber, siehe den Artikel: *Prince Asks Henry Ford to be Godfather to Child*, in: The Detroit Free Press, 10.5.1940, p. 1. Louis Ferdinands Sohn würde den zweiten Vornamen Heinrich später nie führen. Er nannte sich Prinz Michael von Preußen.

75 Laut Kyra waren Bigelow und FDR alte Freunde, die sich trotzdem ständig unhöfliche Bemerkungen an den Kopf warfen: »Poultney Bigelow...and FDR said rude things to each other and were very hearty in their greetings, two good friends of old standing.« Zitiert in: Louis Ferdinand: *The Rebel Prince* (Anm. 34), 146.

Bigelow wurde von Roosevelt nach seinen Deutschlandreisen regelmäßig eingeladen und befragt.⁷⁶ Es war auch Bigelow gewesen, der Louis Ferdinand bei den Roosevelts Ende der 20er Jahre eingeführt hatte. FDR hatte von Anfang an Interesse an dem jungen Hohenzollern gezeigt. Er ließ sich mit Louis Ferdinand fotografieren, um damit die deutschstämmige Wählerschaft in Amerika zu umwerben und wollte von Louis Ferdinand bei seinen Besuchen immer Neuigkeiten aus Deutschland erfahren. Dies entsprach FDRs Methode, die Meinungen von gut vernetzten Privatpersonen aus allen Lagern einzuholen. Es war eine Methode, die er – sehr zum Ärger seines Außenministers Cordell Hull – häufiger anwandte.⁷⁷

Seit Mai 1938 schwelte die Sudetenkrise.⁷⁸ Aufgrund von Bigelows Berichten scheint der Präsident zu der Ansicht gekommen zu sein, Louis Ferdinand hätte in NS-Kreisen gute Kontakte. Laut Louis Ferdinands Erinnerungen habe der Präsident ihn im Sommer 1938 gebeten:

»Ich möchte doch einmal vorsichtig und ganz persönlich bei Ribbentrop erkundigen, wie man ein Treffen des amerikanischen Präsidenten, des Führers, des Duces und des britischen Premiers, etwa auf den Azoren, beurteile. Ribbentrop würde dann wohl mit Hitler sprechen, und je nachdem sehe man, ob es zweckmäßig sei, den Plan auf dem üblichen diplomatischen Weg voranzubringen«. Aus der Zusammenarbeit mit Ribbentrop wurde jedoch nichts und die ganze Geschichte bleibt vage. Roosevelt wendete sich am 26. September 1938 in der Sudetenfrage ganz direkt an Hitler und erhielt auch einen Tag später eine Antwort.⁷⁹

76 Siehe hierzu mehrere Zettel von Roosevelt an Bigelow nach seinen Deutschlandbesuchen: »I am glad you had such a successful trip and I want much to hear about it in more detail.« 18.3.34. Und ein paar Monate später: »Do come to Hyde Park and bring Louis Ferdinand.« 21.8.34, Bigelow papers. Bigelow erklärte dem Präsidenten regelmäßig seine Meinung. Nach dem »Anschluss« Österreichs 1938 schrieb er an Roosevelt: »At the dock in New York some 20 reporters asked me to tell them what the Kaiser thought of Hitler. My answer was obvious. If I answered such a question I would soon have no friend. I offered them Lindbergh's opinion of reporters – but they did not regard that as news.« Bigelow an Roosevelt, 29.4.38, PSF Poultey Bigelow, FDR Library.

77 Siehe dazu Stansfield Turner: *Burn before reading*, New York 2005, 7f.

78 Wie so oft ist Roosevelts Verhalten in dieser Zeit widersprüchlich. Sein Biograph Warren Kimball hat ihn nicht umsonst »the juggler« genannt: »When Neville Chamberlain opted for appeasement, Roosevelt went along, also he commented privately that »if a police chief makes a deal with gangsters that prevents a crime, he will be called a great man«. But if the gangsters break their word, »the Chief of police will go to jail.« Warren F. Kimball: *The Juggler. Franklin Roosevelt as Wartime Statesman*, Princeton 1991, 12. Siehe dazu auch Barbara Rearden Farnham: *Roosevelt and the Munich Crisis*, Princeton 1997.

79 Louis Ferdinand, *Im Strom der Geschichte* (Anm. 14), 322. FDR an Hitler, 27.9.1938, 958; Antwortschreiben Hitlers an FDR, 27.9.1938, 960f., in: *Documents on German Foreign Policy, Germany and Czechoslovakia, Series D 1937-1934*, Bd. II.

Bigelow und Wilhelm II. wussten von Louis Ferdinands Besuch bei FDR. Im März 1939 – kurz vor dem deutschen Einmarsch in Prag – war Bigelow Gast bei Wilhelm II. und schrieb dem amerikanischen Präsidenten aus Doorn:

»His Majesty of Doorn sends you [...] his warm thanks for your kind reception of his grandson Louis Ferdinand. [...] Germany is in good fighting trim, for while our 10 millions of unemployed are highly paid for doing little more than smoking cigarettes, every German is converted into a useful citizen and soldier who handles pick and shovel alternately with ›School of the Soldier‹, at scarce any expense to the tax payer. It is now ›manifest destiny‹ for Germany to include Warsaw and St. Petersburg, no less than Prague and Vienna, as interesting provincial capitals. In ten years Europe will be grateful for that act, much as the world accepted our absorption of California and Texas in 1848 – or Alaska in 1867.«⁸⁰ Bigelows Begeisterung für Hitlers Expansionspläne wurde – wie noch gezeigt werden wird – durchaus von den Hohenzollern geteilt.

Während die Rolle Louis Ferdinands vor Kriegsausbruch bisher keine Aufmerksamkeit erhalten hat, haben sich Historiker ausführlicher mit seinem Vater, dem Kronprinzen, beschäftigt. 1932 unterstützte der Kronprinz im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl Hitler gegen Hindenburg. Wolfram Pyta hat jedoch jüngst argumentiert, der Kronprinz habe mit Schleicher und Strasser 1932/33 eine Ernennung Hitlers verhindern wollen. Pytas Argumentation beruht u. a. darauf, dass Schleicher und der Kronprinz befreundet waren und der Kronprinz Informationen über Papens geheime Verhandlungen mit Hitler an Schleicher weitergab.⁸¹ Interessanterweise benutzte Louis Ferdinand diese – seinen Vater nach dem Krieg entlassende – Argumentation nicht. In seiner Autobiographie schilderte Louis Ferdinand, wie er selbst Reichspräsident Hindenburg kurz vor der Ernennung Hitlers besuchte: »[Hindenburg] muss gewusst haben, dass für diesen verhängnisvollen Entschluss keine Notwendigkeit bestand. [...] Wie 1918 wäre es einer klugen und entschlossenen Persönlichkeit durchaus möglich gewesen, das Verhängnis abzuwenden.«⁸² Seinen Vater, den Kronprinzen, erwähnt Louis Ferdinand hier als eine derart »entschlossene Persönlichkeit« nicht. Tatsächlich könnte es eine sehr viel näherliegende Erklärung für das Verhalten des Kronprinzen geben, die auch seinem Charakter entsprach: Er spielte gerne mit mehreren Karten und wollte sich beide Optionen offenhalten – Hitler und die Alternative Schleicher. Anders als sein ungeliebter Bruder Auwi war er nicht von

80 House Doorn, 11.3.1939, Poultny Bigelow an Roosevelt. FDR private papers, PSF Poultny Bigelow, FDR Library. Und in einem weiteren Brief von 1940 an den Präsidenten: »Germany is invulnerable and irresistible. She is relatively as capable of a long struggle as she was under Frederic the Great.« 17.3.40 Bigelow an FDR. PSF Bigelow file in FDR Archive.

81 Siehe zu Wolfram Pyta: Drei Männer gegen Hitler, Vortrag gehalten am 5. März 2018 in der Katholischen Akademie Bayern, Audio: <https://www.youtube.com/watch?v=EOnoPFomPtA>. Siehe zu den politischen Manövern Hitlers 1932/33 Brendan Simms, *Hitler: Only the World was enough*, London 2019, 168-184.

82 Louis Ferdinand, *Strom der Geschichte* (Anm. 14), 241.

Anfang an ein begeisterter Nationalsozialist gewesen, wechselte jedoch schnell in die Rolle des Hitlermachers.⁸³

1934 erklärte er in einem Brief seinem Freund, dem britischen Zeitungszaren Lord Rothermere,⁸⁴ wie aktiv er selbst Hitler von Anfang an geholfen habe – auch weil Männer wie Schleicher eben nicht tatkräftig genug waren:

»Hitler found his followers not only amongst labourers; every decent German, who had hated and despised the black-red-gold Republic from the innermost of his soul, saw in him the saviour of our people. The more so as even men like General von Seeckt, Stresemann, Bruening and General von Schleicher, all of whom I cannot deny the recognition of their great abilities and best intentions, had never shown the will and the energy, required for really thoroughgoing action. Thus, I also joined Adolf Hitler, already at a time, when wide circles of the Stahlhelm and particularly of the German Nationalist refused to recognize him. May I remind you of our last conversation at Cecilienhof and of the things I had to say then in favour of Hitler? May I summarise it once more: I had tried, repeatedly to induce already Chancellor Bruening to retire voluntarily, and to recommend Hitler as his successor to the Field Marshal. I continued these attempts under the Chancellorship of General von Schleicher. At the presidential elections, I stated publicly that I would vote for Adolf Hitler and against the Field Marshal. I believe to have thus secured for Adolf Hitler about two million votes from my Stahlhelm comrades and from the German Nationalists. I also intervened personally to obtain the cancellation of the interdict against the Nationalist Socialist formations. – At last the old Field Marshal, after the negotiations of Franz von Papen, entrusted Adolf Hitler with the leadership of the Reich, as its Chancellor. All I can say is that on that day indescribable [sic!] jubilation went through the whole German nation. Then came the day of Potsdam, the 21st of March 1933, when Adolf Hitler delivered a speech at the old Garnisonkirche at Potsdam [...], a speech deeper and more moving than any I had ever heard from a German statesman. Only one who has been present on that occasion can realise the sublime mood of the Germans in these hours. Large parts of the nation accepted already then that Adolf Hitler would express on that day the reunion with the monarchy in some form.«⁸⁵

Er fuhr fort zu erklären, wie »befriedigend« die ersten Aktionen der Regierung gewesen seien, das Aufräumen mit den »Roten Bossen«, die Zerstörung der SPD, der Kommunisten und des Zentrums, die Wiederaufrüstung, der Austritt aus dem Völkerbund und die Ankurbelung der Wirtschaft (einschließlich der Autoindustrie,

83 Im Januar 1933 waren Wilhelm II., der Kronprinz und Auwi ausnahmsweise einer Meinung: Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler begeisterte sie. Siehe ausführlicher dazu Machtan, Kaisersohn (Anm. 7), 279.

84 Rothermere unterstützte zu dieser Zeit Oswald Mosley und seine British Union of Fascists.

85 Kronprinz Wilhelm an Lord Rothermere, 20. Juni 1934. Das Original befindet sich im Nachlass einer Freundin des Kronprinzen, Stephanie Hohenlohe, in den Hoover Archives, Stanford.

die ihm und Louis Ferdinand besonders am Herzen lag).⁸⁶ Trotzdem zeigte sich der Kronprinz enttäuscht, dass Hitler nicht Wort gehalten habe und die Restaurationshoffnungen bisher nicht erfüllt worden seien. Er bat Rothermere, aus diesem Grund zu intervenieren, denn es würde Hitlers Stellung in der deutschen Gesellschaft stärken, »if he could bring about a reunion with the monarchy in some form or other«. In den Augen des Kronprinzen bestand sonst die Gefahr, dass das Regime immer mehr nach links »abrutsche«. Als Beispiel hierfür sah er die Hitlerjugend: »The young generation is more and more brought up in the radical spirit of the left.« Verantwortlich für diesen Linksrutsch machte der Kronprinz den schlechten Einfluss von Goebbels auf Hitler.

Tatsächlich handelte es sich hier um einen Fall von »enttäuschter Liebe« zwischen Goebbels und dem Kronprinzen. Kurz zuvor hatten sie noch eng zusammengearbeitet: Anfang und Ende ihrer Beziehung kann man anhand von Goebbels' Tagebucheinträgen gut rekonstruieren. Im Februar 1933 notierte der Propagandaminister über einen »freundlichen Brief« des Kronprinzen noch: »ein Anschmeißer. Brechreiz.«⁸⁷ Einen Monat später traf Goebbels den Kronprinzen bei einer Einladung von Viktoria von Dirksen und fing an, sich für ihn zu interessieren.⁸⁸ Über den Abend notierte der Propagandaminister:

»Dann Dirksens. Ich sitze neben der Kronprinzessin [Cecilie]. Sie ist rührend. Unterhalte mich lange mit dem Kronprinzen. Klug und Filou. Jedenfalls eine Etage höher als Auwi. Doch der hat mehr Charakter.«⁸⁹

Auwi erledigte schon länger In- und Auslandspropaganda für die NSDAP. Auch ein weiteres Kind Wilhelms II., Victoria Luise, wurde von Ribbentrop für Auslandseinsätze genutzt.⁹⁰ In ihren selektiven Erinnerungen spricht Victoria Luise zwar nur

86 »The first actions of the new government were highly satisfying; they showed the determination to penetrate all spheres without any inhibition. They launched their program of work, magnificently and brilliantly. The corruption of the red bosses was thoroughly exterminated. Social Democrats, Communists and the Zentrum were liquidated. The rearmament of the nation was recognized as a necessity. The withdrawal from the League of Nations and from the Disarmament conference announced to the world at large the determination of the new German government, behind which, for the first time the whole nation was concentrated, not to tolerate any longer to be treated as a second class people. At the same time, everything was done to re-start German economy. The motor car industry experienced an unparalleled expansion.« (Anm. 85).

87 Elke Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*. Teil I, Band 2/III Oktober 1932-März 1934, München 2006, 126.

88 Frau von Dirksen arbeitete bereits seit den 20er Jahren für Hitler und brachte die Hohenzollern und die Nazi-Elite regelmäßig zusammen. Ihr Stiefsohn Herbert von Dirksen wurde 1938 Botschafter in London. Auch Louis Ferdinand traf mehrmals Goebbels bei Frau von Dirksen. Siehe hierzu: Wonschik-Steegen, Wolfgang Stribny: *Ein Vermächtnis* (Anm. 70), 176.

89 Goebbels' Tagebuch, 16 März 1933, Fröhlich (Hg.): *Die Tagebücher* (Anm. 87), 148.

90 Sie war mit dem Herzog von Braunschweig, einem begeisterten Anhänger Hitlers, verheiratet. Siehe zu ihren selektiven Erinnerungen, Victoria Luise: *Viktoria Luise, Im Strom der Zeit*, 1977. Insgesamt schrieb – oder sie ließ schreiben – Victoria Luise von 1965-77 sieben Erinnerungsbücher.

von »unseren englischen Bemühungen«,⁹¹ doch tatsächlich führten sie und ihr Mann schon Anfang der 30er Jahre Gespräche mit Luftfahrtminister Lord Londonderry, um ihn für den Nationalsozialismus zu gewinnen. Viktoria Luise vertrat die Ansicht, es sei ihr Mann gewesen, der Ribbentrop die entscheidenden Hinweise für das deutsch-britische Flottenabkommen 1935 gegeben habe.⁹² Ribbentrop nutzte das Paar auch für Werbepurposes seiner Deutsch-Englischen Gesellschaft und der Anglo-German Fellowship in London. Auch bei den Nürnberger Parteitag und den Olympischen Spielen 1936 übernahm Victoria Luise mit Enthusiasmus die Betreuung der britischen Gäste.⁹³

Auwis und Victoria Luisens frühe Propagandaarbeit muss Goebbels auf die Idee gebracht haben, den Kronprinzen ebenfalls für derartige Zwecke zu nutzen. Die Chance dafür kam bereits 1933. In seinem Tagebuch notierte er:

»Greuelpropaganda: Kronprinz hilft mir sehr durch einen offenen Brief an Viereck in New York.«⁹⁴

Der Deutsch-Amerikaner Georg Viereck war ein Bewunderer Wilhelms II. und Hitlers. Er diente Goebbels als eine Art »Fixer«, d. h. er organisierte ihm Pressekontakte in den USA. Viereck schaffte es dann auch tatsächlich, den Artikel des Kronprinzen in der New Yorker *Herald Tribune* zu platzieren. Unter der Überschrift »Warum ist die Welt gegen uns?« wurde den Lesern in Großbuchstaben angekündigt: »Here is the First Expression from Germany's Former Royal Family on Hitler and the Nazi Government: While Foreign Public Opinion Today is Largely Hostile, in Time the Whole Cultured World Will Thank Hitler for Saving Civilization From Bolshevism says former Crown Prince Wilhelm.«

Diese Ankündigung war in keiner Weise übertrieben. Der Kronprinz argumentierte in seinem Artikel, es existiere »a campaign of calumny in order to prevent the German nation, now conscious of its race, from regaining the place which belongs to it by rights. As a result of the insidious propaganda of these international forces, among which Marxism and Jewry must be named as leading factors, foreign countries are getting a picture of present conditions in Germany which in no way corresponds to the facts. [...] The forces which by systematic agitation during the World War gradually sapped the national power of resistance, which were responsible for the loss of the war and the disgrace of the peace terms dictated at Versailles, which afterward for

91 Urbach: Hitlers heimliche Helfer (Anm. 5), 208f.

92 Urbach: Hitlers heimliche Helfer (Anm. 5), 209.

93 Der Mann, der – neben Ribbentrop – Hochadelige als Hitlers Helfer rekrutierte, war Hermann Göring. Er hatte durch seine schwedische Heirat die besten Kontakte in hochadelige Kreise und gewann u. a. die Hessenprinzen (die Verbindungen nach Italien und Großbritannien boten), Prinz Viktor zu Wied und den Herzog von Mecklenburg-Schwerin, der »der großherzogliche Naziagent« genannt wurde. Urbach: Hitlers Heimliche Helfer (Anm. 5), 210ff. Siehe zu den Hessenprinzen Jonathan Petropoulos: *Royals and the Reich: The Princes von Hessen in Nazi Germany*, Oxford 2008.

94 Fröhlich (Hg.): *Die Tagebücher* (Anm. 87), 155.

fourteen years of misdirected economy and corruption, profiteering and ›bonzenism‹, sucked the very life-blood of our nation and tried to exterminate all notions of loyalty, of honor, of the fear of God and of freedom – now these forces suddenly have been divested of their power and defeated. [...] It may be that regrettable mistakes or acts of violence have occurred in individual cases, but that is unavoidable in the course of such an incisive and profound movement as we are experiencing at the present time in Germany. But it would be a supreme fallacy to draw general conclusions from such isolated incidents. [...] The two men who will take the responsibility in history for this development – the President of the Reich, von Hindenburg, and the Chancellor of the Reich, Adolf Hitler – have accomplished a deed for which the German people owe them a debt of everlasting gratitude. [...] I am convinced that the time is not far distant when Europe and the whole cultured world will be thankful to Adolf Hitler for saving not only Germany but the whole fabric of civilization from Bolshevism.«⁹⁵

Dass ein Repräsentant der alten Elite sich so öffentlich hinter Hitler stellte, war für die NS-Auslandspropaganda unbezahlbar. Goebbels hätte sich keinen besseren »Journalisten« als den Kronprinzen erhoffen können. Auch in Großbritannien leistete der Kronprinz in dieser Zeit ›wertvolle‹ nationalsozialistische Aufklärungsarbeit. Seine prominent platzierten Artikel wurden in Lord Rothermeres Zeitungen – der Daily Mail und dem Sunday Despatch – veröffentlicht. Der Sunday Dispatch hatte im Juli 1933 exklusiv die Lebenserinnerungen des Kronprinzen erworben und machte dafür große Werbung. Unterhalb eines Hakenkreuzbildes erklärte der Kronprinz den britischen Lesern, warum er auf der Seite der Nationalsozialisten stehe. Hitler habe es geschafft, die deutsche Seele zu retten. Aufgrund linker Einflüsse verstehe die britische Bevölkerung den Führer leider immer noch völlig falsch. Der Kronprinz zeigte sich jedoch zuversichtlich, dass sich dies bald ändern werde. Mussolini sei ja anfangs ebenfalls verkannt worden.⁹⁶

Gerade wegen seines rastlosen Einsatzes schien der Kronprinz nicht zu verstehen, dass sich seine Hoffnungen auf eine Restauration nach italienischem Vorbild trotzdem noch nicht erfüllt hatten.⁹⁷ Im August 1933 notierte ein enervierter Goebbels:

»Unterredung Kronprinz. Frage Monarchie. Die glauben alle an ihre Restaurierung. Ich habe keinen Hehl gemacht.«⁹⁸

95 27.8.1933, New York Herald Tribune.

96 Sunday Dispatch, 30 Juli 1933. Der Jewish Daily Bulletin fasste im Sommer 1933 die pro-Hitler Berichterstattung in englischen Zeitungen zusammen: *Hitler and Nazi Regime acclaimed in British Press, Goebbels' Attack reprinted*. Jewish Daily Bulletin, 1.8.1933.

97 Für Goebbels blieb der Kronprinz nur ein »nützlicher Idiot«: »Der Kronprinz... klagt über seine Tragödie. Welche Fehler er und der Kaiser gemacht haben. Zu spät! Das kommt nicht wieder.« 31. März 1933, Fröhlich (Hg.): Die Tagebücher (Anm. 87), 159. Im August 1933 notierte Goebbels: »Kronprinz unterhält uns. Alles wanzt sich an.«

98 5. August 1933, Fröhlich (Hg.): Die Tagebücher (Anm. 87), 241.

Goebbels scheint sich nicht klar genug ausgedrückt zu haben. Der Kronprinz hoffte weiter. 1934, einen Monat nach dem Röhmputsch, betrieb er wieder enthusiastische Auslandspropaganda für die Nationalsozialisten. Unter der Überschrift *Magnetischer Hitler. Ein Tribut des Ex-Kronprinzen* druckte die Daily Mail ein Interview nach, dass der Kronprinz dem französischen »Petit Journal« gegeben hatte. Darin betonte Wilhelm noch einmal, dass Ausländer nicht verstünden, wieviel die deutsche Nation Hitler verdanke. Deutschland brauche die unvergleichliche Energie Hitlers.⁹⁹

Dass das Kronprinzenpaar weiterhin auf ein Arrangement hoffte, bestätigte auch die Tochter des amerikanischen Botschafters in Berlin, Martha Dodd. Dodd war eine enge Freundin von Louis Ferdinand. Zwar ist sie in vielerlei Hinsicht eine unzuverlässige Zeugin,¹⁰⁰ aber ihre Beschreibungen des Kronprinzenpaares und deren Erwartungen stimmen mit Goebbels' Kommentaren überein. Dodd vermutete auch, dass Louis Ferdinand wieder nach Deutschland zurückgekommen war, um die Ambitionen der Familie zu unterstützen: »Louis Ferdinand liebte Amerika leidenschaftlich, aber er wurde von seinem Großvater dem Kaiser nachhause berufen, ich glaube in der Annahme, dass Hitler sein Versprechen einhalten würde und ein Mitglied der Familie einsetzen würde.«¹⁰¹

Wieder war es die amerikanische Presse, die 1934 berichtete, eine Restauration stehe bevor. Die North American Review schrieb: »Hitler's repeated, though obscure intimations that a change in the form of government is contemplated for some future date, his friendly relations with the Hohenzollerns, the strengthening of the Reichswehr with monarchist elements, and the reduction in the number of anti-monarchist elements Storm Troops – we are inevitably led to the conclusion that Hitler either is definitely planning a Hohenzollern restoration or is being impelled by force of circumstances to embark upon a course that can have no other outcome.«¹⁰²

99 Magnetic Hitler. Ex-Crown Prince's Tribute, 16.8.1934, Daily Mail.

100 Martha Dodd lebte von 1933 bis 1937 mit ihren Eltern in der amerikanischen Botschaft in Berlin. Nach anfänglicher Bewunderung für die Nationalsozialisten änderte sie nach dem »Röhmputsch« ihre Meinung und lies sich vom NKWD rekrutieren. Es verband sie – wie wir heute wissen – in dieser Zeit nicht nur eine enge Freundschaft mit Ernst Hanfstaengl und Louis Ferdinand, sondern auch mit ihrem NKWD-Betreuer. In ihren 1939 publizierten Erinnerungen ist von all dem verständlicherweise nicht die Rede. Hier beschreibt Dodd jedoch, wie der AP-Korrespondent und enge Freund von Louis Ferdinand L. Lochner 1933 immer wieder die baldige Restauration der Hohenzollern voraussagte. Lochner bemühte sich auch nach 1945 um ein positives Image für die Hohenzollern. Martha Dodd: Through Embassy Eyes, New York 1939, 111f. Martha Dodds facettenreiches Liebesleben mit Gestapochof Rudolf Diels, Louis Ferdinand und ihrem sowjetischen »Handler« spielt auch eine Rolle in: David Mayers: Neither War Nor Peace: FDR's Ambassadors in Embassy Berlin and Policy Toward Germany, 1933–1941, in: Diplomacy & Statecraft, 20-1, 2009, 52f.

101 Dodd, Through Embassy Eyes (Anm. 100), 68.

102 G.E.W. Johnson, Hitler or Hohenzollern? There are indications that Hitler is approaching a choice of monarchs, in: North American Review, Boston 1934, 522.

Da der Kronprinz unbeliebt sei, schien es dem Verfasser bereits klar, wer bei dieser Restauration die Hauptrolle spielen würde – Louis Ferdinand: »It would be a limited monarchy serving purely symbolic function, supreme executive power being retained in the hand of the Chancellor. Hitler would undoubtedly contemplate a relationship between Emperor and Chancellor such as now obtains between King Victor Emmanuel and Mussolini.«¹⁰³

Auch Louis Ferdinands Mutter, Kronprinzessin Cecilie, scheint eine derartige Restauration um jeden Preis favorisiert zu haben. Luh und Bauer haben gezeigt, dass Cecilie sich zwar in ihren Memoiren als politisch inaktiv beschrieb, damit jedoch von Anfang an den wahren Sachverhalt verschleierte.¹⁰⁴ Genau wie ihr Mann hoffte sie auf den Thron und führte zu diesem Zweck seit Ende der 20er Jahre in Berlin ein großes Haus.¹⁰⁵ Nebenher engagierte sie sich auch in vaterländischen Frauenverbänden, u. a. übernahm sie die Schirmherrschaft des 1923 gegründeten Königin Luisebundes,¹⁰⁶ der bald 200.000 Mitglieder umfasste. Der Bund schloss »Jüdinnen und andere Fremdrassige« von der Mitgliedschaft aus, »um die Reinheit der Rasse« zu gewährleisten. Als der Bund 1934 aufgelöst wurde, um im Deutschen Frauenwerk aufzugehen, waren die Führerinnen des Bundes gerne bereit, dieses »Opfer [...] dem Vaterlande [...], seiner Einheit, seiner Größe und seinem Führer« zu bringen.¹⁰⁷

Es war auch Cecilie gewesen, die 1932 ihrem Mann geraten hatte, sich als Präsidentschaftskandidat der Nationalen Front aufstellen zu lassen und das Verbot seines Vaters zu ignorieren. Kaiser Wilhelm hatte dem Kronprinzen gesagt: »Wenn Du diesen Posten übernimmst, so mußt Du den Eid auf die Republik schwören. Tust Du das, hältst ihn, so bist Du für mich erledigt, ich enterbe Dich und schmeiße Dich aus meinem Haus heraus.« Der Kronprinz hörte zwar am Ende auf seinen Vater, gab aber die öffentliche Erklärung ab, er werde Hitler im zweiten Wahlgang wählen.¹⁰⁸

103 Johnson: Hitler (Anm. 102), 523.

104 Cecilie hatte 1930 ihre Memoiren verfasst, in denen sie sich nur auf vier Seiten mit der Revolution 1918 und den Folgen beschäftigt. Sie erwähnt jedoch, dass ihre Schwiegermutter Kaiserin Augusta sie bat, mit ihr ins Exil zu gehen. Cecilie entschied sich bewusst dagegen: »Ich weigerte mich aber, aus Deutschland, ja aus Potsdam fortzugehen, denn ich wollte das Vaterland gerade in seiner schwersten Zeit nicht verlassen. Unsere Kinder sollten deutsch erzogen werden, in der deutschen Heimat aufwachsen und auch unter veränderten Verhältnissen ihrem Volk nicht entfremdet werden.« Kronprinzessin Cecilie, *Erinnerungen*, Leipzig 1930, 217.

105 Louis Ferdinand beschreibt, wie erfolgreich diese gesellschaftlichen Bemühungen seiner Mutter waren: »Endlich, zu Beginn der dreißiger Jahre oder kurz vorher, waren die Botschafter von England, Frankreich, Belgien und den Vereinigten Staaten regelmäßige Hausgäste bei uns geworden.« Louis Ferdinand, *Im Strom der Geschichte* (Anm. 14), 264.

106 Mit vollem Namen: Königin Luise, *Bund deutscher Frauen und Mädchen*.

107 Zitiert in Luh/Bauer, *Cecilie* (Anm. 7), 54.

108 Kirschstein, *Kronprinzessin Cecilie* (Anm. 7). 16. Wolfgang Stribny, *Der Versuch einer Kandidatur des Kronprinzen Wilhelm bei der Reichspräsidentenwahl 1932*, in: Ernst Heinen und Hans Julius Schoeps (Hg.), *Geschichte und Gegenwart. Festschrift für Kurt Kluxen*, Paderborn 1972, 199-210.

Es wäre naheliegend gewesen, dass die ausgebliebene Restauration den Kronprinzen zumindest in die »innere Emigration« getrieben hätte. Doch obwohl er in den nächsten Jahren erkennen mussten, dass er nicht mehr gebraucht wurde, blieb er dem Regime treu. Der Kronprinz und auch sein Vater Wilhelm II. standen hinter Hitlers Eroberungskriegen und begrüßten den Überfall auf Polen. Der Kronprinz bat Hitler auch »für sich selbst und seine Söhne um die aktive Tätigkeit in der Wehrmacht«. ¹⁰⁹ Dieser Wunsch konnte nur für die Söhne erfüllt werden, der Kronprinz selbst musste aus Altersgründen zuhause bleiben. ¹¹⁰ An seinem Enthusiasmus änderte dies wenig. An Adolf von Trotha schrieb er im Mai 1940: »Mit lebhaftem Interesse habe ich die Heldentaten unserer Marine in den vergangenen Kriegsmonaten verfolgt. Gott segne weiter unsere Waffen.« ¹¹¹

Einen Monat später schickte er Hitler ein berühmt gewordenes Telegramm:
»Mein Führer!

Ihrer genialen Führung, der unvergleichlichen Tapferkeit unserer Truppen [...] ist es gelungen, in der unvorstellbar kurzen Zeit von knapp 5 Wochen Holland und Belgien zur Kapitulation zu zwingen, die Trümmer des englischen Expeditionscorps in das Meer zu treiben. [...] Mit dem heutigen Tage ruhen die Waffen im Westen, und der Weg ist frei für eine endgültige Abrechnung mit dem perfiden Albion. In dieser Stunde von grösster historischer Bedeutung möchte ich Ihnen als alter Soldat und Deutscher voller Bewunderung die Hand drücken. Gott schütze Sie und unser deutsches Vaterland!« ¹¹²

Der Kronprinz erwähnt in diesem Telegramm nicht die Lage seines Vaters, der ja im überfallenen Holland lebte. Tatsächlich musste er sich keine Sorgen um ihn machen, der Kaiser befürwortete die Besetzung Hollands. Obwohl der König von England seinem Verwandten Wilhelm II. Asyl angeboten hatte, blieb der Kaiser in Doorn. Lange nach dem Krieg führte Louis Ferdinand als Grund für diese Entscheidung an: »Ein zweites Mal wollte [der Kaiser] nicht gehen.« ¹¹³ Tatsächlich ging es aber nicht um die Frage, ob Wilhelm sich im hohen Alter noch einmal eine »zweite Flucht« zumuten wollte. In Wirklichkeit blieb er aus politischer Überzeugung im besetzten Holland und war über das englische Asyl-Angebot erbost.

Durch einen Höfling ließ er eine Stellungnahme an seinen alten Freund Bigelow schicken: »Für den Fall des Eintritt Hollands in den Krieg hatte Seine Majestät von Anfang an als Richtlinien aufgestellt: 1. Dass er nichts tun werde, was auch bei bös-

109 Siehe hierzu u. a. Luh/Bauer, Cecilie (Anm. 7), 56.

110 Luh/Bauer, Cecilie (Anm. 7), 57f.

111 Wilhelm von Preußen an Adolf von Trotha, 7.5.1940. Dep. 18 A Nr. 262, Niedersächsisches Landesarchiv, Bückeburg.

112 Telegramm von Kronprinz Wilhelm an den Führer und obersten Befehlshaber der Wehrmacht, Führerhauptquartier. 26.6.1940, Bundesarchiv Berlin Lichterfelde NS 10 18.

113 Louis Ferdinand von Preußen im Gespräch mit Friedrich Müller, in der Reihe »Zeugen des Jahrhunderts«, 18. November 1987 (Anm. 52).

willigster Auslegung als Flucht hingestellt werden könnte und 2. Dass er nicht die Gastfreundschaft eines Feindes Deutschlands in Anspruch nehmen wolle. Der schnelle Eintritt des Kriegszustandes machte es dem Kaiser nicht mehr möglich, sich nach Deutschland zu begeben.«¹¹⁴

Hitlers Krieg war in den Augen des Kaisers auch sein Krieg. An Bigelow schrieb er 1940, dass die Erfolge Hitlers auf seiner Vorarbeit beruhten:

»The rest of the war was a succession of miracles! The old Prussian spirit of Frederick Rex surfaced again. The brilliant leading generals in this war came from my school, they fought under my command in the World War as lieutenants, captains and young majors.«¹¹⁵ Der Kaiser erlebte den Überfall auf die Sowjetunion nicht mehr. Dieser Kampf gegen den Bolschewismus hätte all seine Hoffnungen erfüllt.

Bigelow und Henry Ford blieben ebenfalls den alten Idealen treu. Ford war 1940 Mitglied des America First Committees geworden, das sich gegen einen Eintritt der USA in den Krieg engagierte.¹¹⁶

Nur ein Mann enttäuschte Bigelow zutiefst – sein Nachbar Roosevelt. Im Oktober 1940, also lange vor Pearl Harbor, brach er mit dem Präsidenten. In einem offenen Brief an die *Herald Tribune* schrieb Bigelow:

»Hitherto I have supported my honored neighbor and friend, Franklin D. Roosevelt, for many reasons – not the least of which is his incomparable mother. But that support, unimportant as it may seem, I now am forced to withdraw, because he deceived me by pretending neutrality whilst acting as though he desired war against Japan, Germany and Italy.«¹¹⁷

Wir wissen, dass Louis Ferdinand – aufgrund seiner bereits erwähnten Freundschaft mit Otto John – im Krieg Kontakte zu monarchischen Gruppen hatte, die nach dem Sturz Hitlers eine Restauration der Hohenzollern anstrebten. Louis Ferdinand kannte auch Männer des 20. Juli, war aber selbst nicht in die Attentatspläne eingeweiht. Als er seinen Vater, den Kronprinzen, 1943 um Rat fragte, ob er sich in dieser Richtung engagieren sollte, antwortete ihm der Kronprinz, »er habe sich allen derartigen Bewegungen ferngehalten, wolle auch in Zukunft nichts damit zu tun haben und rate mir [Louis Ferdinand], mich nicht auf solche Dinge einzulassen.«¹¹⁸

114 Stellungnahme an Bigelow, Doorn 1940, mit Randvermerk Wilhelms II. Bigelow Papers, Box 34A

115 Wilhelm II. an Bigelow, 14.9.40. Auch 1941 ändert sich nichts an seiner Einstellung, wie Hermine dem treuen Korrespondenzpartner Bigelow versichert: »[Der Kaiser] ist sehr vertrauensvoll für Deutschlands Zukunft. Die Tapferkeit unserer Armee, die Disziplin im Land, die Organisation überall, berechtigen zu diesem Vertrauen.« Hermine an Bigelow am 14.2.1941. Bigelow Papers, Box 35A.

116 Das Komitee wurde im September 1940 an der Universität Yale, Bigelows Alma Mater, gegründet. Charles Lindbergh, ein Bewunderer Nazideutschlands, war der Sprecher der Bewegung.

117 Abschrift in FDR private papers, PSF Poultney Bigelow.

118 Louis Ferdinand, Im Strom der Geschichte (Anm. 14), 376.

Louis Ferdinand gehorchte. Für den monarchischen Widerstand war dies ein schwerer Rückschlag.¹¹⁹

Nach dem Tod seines Vaters 1951 arbeitete Louis Ferdinand wieder an Restaurationsplänen. 1952 ließ er sich als möglicher Bundespräsident handeln, ein entsprechendes Verfassungsgutachten war bereits erstellt.¹²⁰ Aus Amerika erhielt er Hilfe von seinem alten Freund, dem amerikanischen Journalisten Louis Lochner. Doch am Ende scheiterte auch dieser Traum.

Eine Restauration zu erreichen, war für die Hohenzollern das entscheidende Motiv ihres Handels gewesen. Zusammenfassend muss daher festgestellt werden, dass zahlreiche Hohenzollern sich bedenkenlos von den Nationalsozialisten in den 30er Jahren benutzen ließen, um dieses Ziel zu erreichen. Aber Opportunismus war nicht der einzige Grund für ihr enthusiastisches Engagement. Es gab auch viele ideologische Gemeinsamkeiten mit dem Nationalsozialismus – Antiparlamentarismus, Antisemitismus, Antikommunismus und später die aufrichtige Begeisterung für Hitlers Eroberungskriege.

Dieser Mangel an Resistenz gegenüber dem Nationalsozialismus ist besonders frappant, wenn man ihn mit dem Verhalten der Wittelsbacher und Habsburger vergleicht. Otto von Habsburg war ebenfalls ein Mann, der auf eine Restauration hoffte, einen Pakt mit Hitler ging er jedoch nicht ein. Stattdessen arbeitete er in der Emigration gegen Nazideutschland.

Für die Nationalsozialisten war der Eifer der Hohenzollern ein hochwillkommenes Geschenk. Sie sahen die Familie als »nützliche Idioten«, die man *bei* der Machtergreifung und unmittelbar *danach* benutzte – und dann getrost fallen lassen konnte. Ganz nach dem Schillerzitat: »Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.«

119 Gerhard Ritter, ein Mitglied des konservativen Widerstands, schrieb dazu nur resigniert: »Ein Hohenzollernprinz, der den ungeheuren Mut besessen hätte, sich an die Spitze der deutschen Widerstandsbewegung zu stellen [...] hätte jedenfalls die historische Lage der Monarchie in Deutschland mit einem Schlage verändert.« Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1955, 293.

120 Patrick Bahners, Louis Ferdinand hielt sich in Reserve, 5. Mai 2010, FAZ.

Die Historiographie über die Hohenzollern nach der Abdankung Wilhelms II. 1918 bis zur Auflösung Preußens 1947

Jürgen Luh

Abstract

Die Geschichtsschreibung über die Hohenzollern war im deutschen Kaiserreich eng mit der Frage verbunden, was ein Herrscher für das Erstarren Preußens in Deutschland, Europa und schließlich Preußen-Deutschland in der Welt getan habe. Dies führte – vereinfacht gesagt – zu einem »Personenkult« um die »großen Hohenzollern«, zu denen Kurfürst Friedrich Wilhelm, Friedrich Wilhelm I., Friedrich II. und, mit ein paar Abstrichen, Wilhelm I. gezählt wurden. Diese – oft kritiklose – Verehrung nahm nach dem Ende der Monarchie ab. Einige Historiker gaben sie ganz auf und wandten sich anderen Feldern der Geschichtswissenschaft zu; andere jedoch hielten die Hohenzollernfahne hoch. Und da die Borussen von der Kaiserzeit bis in die Zeit der Weimarer Republik Inhalt und Auswahl der Quellenwerke bestimmten und bis zum Ende der Monarchie das Bild von Preußen und den Hohenzollern, ist es notwendig, diese Publikationen vorsichtig, in diesem Wissen, zu verwenden.

Dass die Geschichtsschreibung unser aller Geschichtsbild bestimmt, ist eine Binsenweisheit. Sie tut es nachhaltig und über lange Zeit hinweg. Und natürlich ist diese Weisheit auch im Fall der Herrscher Brandenburg-Preußens gültig. Um eine Aussage zur Historiographie über die Hohenzollern zwischen der Abdankung des letzten Kaisers und der vom Alliierten Kontrollrat beschlossenen Auflösung Preußens treffen zu können, ist also zuerst notwendig, die Geschichtsschreibung über das Herrscherhaus zur Zeit des Kaiserreichs zu betrachten. Dies soll überblicksartig an wenigen Beispielen

geschehen: an wichtigen Werken der Geschichtsschreibung sowie am Exempel des Hohenzollern-Jahrbuchs, der vom zweiten Direktor des Hohenzollern-Museums und Dirigenten der Kunstsammlung der Königlichen Schlösser Paul Seidel herausgegebenen, vom Haus Hohenzollern geförderten wissenschaftlichen Prachtreihe im Folioformat, sowie am Beispiel der für die allgemeine brandenburgisch-preußische Geschichte wichtigsten Wissenschaftszeitschrift, den Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, den FBPG.

Sodann soll betrachtet und dargestellt werden, ob, und wenn ja, wie häufig und mit welchem Forschungsziel die Hohenzollern während der Weimarer Republik und des Dritten Reichs noch Untersuchungsgegenstand waren und welches Bild vom einstigen Herrscherhaus nach dem Ende der Monarchie und des Weltkriegs geblieben ist beziehungsweise geschaffen wurde. Am Ende steht ein Ausblick auf die Darstellung der Hohenzollern bis heute.

Der Borussismus in der Geschichtswissenschaft

Erste Richtung erhielt die brandenburgisch-preußische Geschichtswissenschaft durch Leopold von Ranke, der von 1795 bis 1886 lebte, und den 1808 geborenen und 1884 verstorbenen Johann Gustav Droysen, zu einer Zeit, als in der deutschen Geschichtswissenschaft zuallererst gefragt wurde, ob es denn politisch ein einiges Deutschland geben sollte, und wenn ja, welches Deutschland das dann sein und wer an seiner Spitze stehen sollte und auch ob man als stolzer Preuße überhaupt Deutscher sein wollte – zu einer Zeit also, in der das erste und wichtigste historische Interesse der Staatsbildung und den Staatsbildnern galt.

Leopold von Ranke hat sich als Historiker zunächst ganz allgemein mit der Mächtspolitik und dem Prozess der Staatswerdung im europäischen Rahmen beschäftigt und erst spät Preußen und die Hohenzollern in den Fokus genommen; eindringlicher im Grunde erst nach seiner Ernennung zum »Historiographen des Preußischen Staats« im Jahr 1841. Doch hat er als erster durch seine Arbeiten Preußen und dessen Herrschern ihren »Ort im politischen System Europas zugewiesen«, wie das Wolfgang Neugebauer einmal knapp formuliert hat,¹ und im Zuge dieser Einordnung die Hohenzollern und »ihren« Staat zu einem wesentlichen Bestandteil des europäischen Mächtesystems gemacht. Sehr deutlich wird dies innerhalb der »Neun Bücher Preußischer Geschichte«, die in den Jahren 1847 und 1848 erschienen und deren Aufbau und Gliederung sich an den Regierungszeiten und dem Regierungshandeln der Hohenzollern-Herrscher

1 Wolfgang Neugebauer: Preußen in der Historiographie. Epochen und Forschungsprobleme in der Geschichte, in: Handbuch der Preußischen Geschichte, hg. v. Wolfgang Neugebauer unter Mitarbeit von Frank Kleinhagenbrock, Bd. 1: Das 17. und 18. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Berlin, New York 2009, 3-109, 22.

orientiert. Ranke versuchte darin aufzuzeigen, dass die eigentliche staatsbildende Rolle seit dem 15. Jahrhundert dem, wie er es nennt, »fürstlich-ständischen Regiment« zukam, d. h. der Regierung der Hohenzollern – zunächst im Einvernehmen mit den Landständen, später jedoch, seit dem 17. Jahrhundert und dem »Großen« Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, im Gegensatz zu den Ständen, was schließlich – und in erster Linie – zum Werden des modernen Staates geführt habe. Ausführungen und Werk beschloss er mit dem fortschritts- und sendungsbewussten Satz: »Nur in Preußen war eine große, zugleich deutsche und europäische Selbständigkeit gegründet, welche das volle Gefühl der Unabhängigkeit seit Jahrhunderten zum erstenmal wieder in die Gemüter brachte, durchdrungen von dem Stolge, auch in bezug auf die Weiterbildung der Welt anderen voranzugehen.«²

Während Ranke aufgrund seiner Nähe zum Herrscherhaus – vereinfacht gesagt – aus der Sicht des Herrschers den Staat und sein Werden darstellte, war es bei Johann Gustav Droysen genau umgekehrt. Er schrieb und urteilte aus der Sicht des Staates und seiner Entwicklung – genauer gesagt: seiner Sicht des Staates und dessen Entwicklung – über den jeweiligen Herrscher, und stellte die für sein Urteil grundlegende Frage, was denn der jeweilige Herrscher für einen starken und mächtigen preußischen Staat getan, welchen Anteil er daran habe – oder eben nicht. Auch Droysen übertrug, wie Ranke, die Hauptrolle im Staatsbildungsprozess den Hohenzollern und dem Adel. Darüber hinaus schrieb er aber in seiner vierzehnbändigen, von 1855 bis 1886 erschienenen »Geschichte der preußischen Politik« dem Staat Preußen und seinen Herrschern einen »spezifisch deutschen Beruf« zu, eine »deutsche Mission«. Seit dem Mittelalter verkörpere der brandenburgisch-preußische Staat »die ›geschichtliche Notwendigkeit‹ ..., dem ›nationalen Leben‹ Ausdruck zu geben« und erfülle darin, so Droysen, »seinen ›Beruf‹«, ein mächtiges Deutschland unter seiner Führung zu schaffen.³

Dieses von Droysen entworfene und verbreitete teleologische Geschichtsbild ist als Borussismus – so bezeichneten es die Brandenburg-Preußen-Historiker in der Regel selbst – oder Borussianismus in die Historie eingegangen. Schon 1867 hat der Mainzer Bischof Wilhelm Emanuel von Ketteler versucht, diesen Begriff zu definieren: »Unter Borussianismus«, schrieb Ketteler, »verstehen wir [...] eine fixe Idee über den Beruf Preußens, eine unklare Vorstellung einer Preußen gestellten Weltaufgabe, verbunden mit der Überzeugung, daß dieser Beruf und diese Aufgabe eine absolut notwendige sei, die sich mit derselben Notwendigkeit erfüllen müsse, wie der losgelöste Fels herabrollt, und daß es unstatthaft sei, diesem Weltberufe sich im Namen des Rechts und der Geschichte entgegenzustellen.«⁴

2 Zitiert nach Karl Dietrich Bracher: Das Ende Preußens, in: Preußen. Seine Wirkung auf die deutsche Geschichte, Stuttgart 1985, 282-307, 281.

3 Neugebauer, Preußen (wie Anm. 1), 25.

4 Wolfgang Hardtwig: Von Preußens Aufgabe in Deutschland zu Deutschlands Aufgabe in der Welt. Liberalismus und borussianisches Geschichtsbild zwischen Revolution und Imperialismus, in: Ders.: Geschichtskultur und Wissenschaft, München 1990, 103-160, 103.

Wolfgang Hardtwig hat in seiner 1980 erschienenen Untersuchung »Von Preußens Aufgabe in Deutschland zu Deutschlands Aufgabe in der Welt« – zu einer Zeit also, als Preußen und Preußens Geschichte in damals beiden deutschen Staaten durch die Aufstellung des Friedrich-Denkmal unter den Linden und eine unvermutete Friedrich Biographie sowie eine große Preußen-Ausstellung wieder »chic« wurden – thesenartig das Geschichtsbild des Borussianismus verortet. Dieser habe beigetragen zur Verfestigung der kleindeutschen Staatswerdung im 19. Jahrhundert und die absolute Führungsrolle Preußens im Reich unterstrichen; den Machtstaatsgedanken nach innen und außen verfestigt; einen Superioritätsanspruch Deutschlands in der Welt vorbereitet; den Hang zur Personalisierung von Herrschaft und Politik gefördert und ebenso die irrationale Glorifizierung der Hohenzollern; den Vorrang des Protestantismus im deutschen Nationalstaat verfochten; sowie das Identitätsbewusstsein der Nation im machtsstaatlich-militaristischen Sinn beeinflusst.⁵

Auch gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts hatte man das schon erkannt, aber geglaubt, sich seit Beginn der 1890er Jahre vom Einfluss des borussischen Geschichtsbilds freigemacht zu haben. Friedrich Meinecke beispielsweise, der letzte »Historiograph der Brandenburgischen Geschichte« und Nestor der Geschichtswissenschaft nach 1945,⁶ gab in seinen Erinnerungen freimütig zu, die letzten Bände von Droysens »Geschichte der preußischen Politik« gelesen zu haben, allerdings »noch ohne ihre borussische Tendenz als outriert zu empfinden, denn ich war ja ganz schwarzweiß erzogen und aufgewachsen«.⁷ Schließlich aber, so Meinecke, öffnete Bernhard Erdmannsdörffers Werk über die deutsche Geschichte seit 1648 ihm und vielen anderen jungen und älteren Historikern zu Beginn der 1890er Jahre die Augen. Dieses zweibändige Buch habe – zusammen mit dem zweiten Band der Scharnhorst-Biographie aus der Feder des wieder an Ranke anknüpfenden Max Lehmann – »das [Droysensche] Idealbild der preußisch-deutschen Geschichte umgeworfen und uns, so recht im Zusammenhange mit den natürlicheren Strebungen der neunziger Jahre, von einer herrschenden Konvention befreit«.⁸

Doch war diese Befreiung vom Borussismus aus der Rückschau betrachtet nur eine scheinbare. Zwar löste man sich innerhalb der damals ganz nach Berlin schauenden Historikerzunft von der – mit Ketteler zu sprechen – »fixen Idee von Preußens Beruf« und einige wenige Historiker gaben sogar die Idee der preußischen Führungsrolle im Reich preis. Aber die Sicht Droysens auf die brandenburgisch-preußischen Herrscher, konkreter: seine leitende Frage, ob und wie sehr welcher Herrscher für das Wohl des Staates und seine Machtentwicklung gearbeitet habe, oder, um mit Hardtwig auszudrücken, die »Personalisierung von Herrschaft und Politik« sowie die »irrationale

5 Hardtwig: Preußens Aufgabe (wie Anm. 4), 146-160.

6 Neugebauer, Preußen (wie Anm. 1), 65.

7 Friedrich Meinecke: Erlebtes. 1862-1901, Leipzig 1941, 91.

8 Meinecke: Erlebtes (wie Anm. 7), 117, 147.

Glorifizierung der Hohenzollern« sind auch nach der behaupteten und geglaubten Abkehr vom Borussismus innerhalb der Geschichtswissenschaft und darüber hinaus als Vorgabe der öffentlichen Meinungsbildung gang und gäbe gewesen.

Dass die Abkehr von diesen ja doch wesentlichen, das Geschichtsbild wohl mehr als der »deutsche Beruf Preußens« prägenden Aspekten des Borussismus nur scheinbar war, erweist denn auch gerade Bernhardt Erdmannsdörffers »Deutsche Geschichte«. Denn darin handeln nach dem Westfälischen Frieden innerhalb des Heiligen Römischen Reichs im Grunde nur zwei starke Charaktere durchdacht und nach einem Plan, erfolgreich und konsequent: der »Große Kurfürst« Friedrich Wilhelm von Brandenburg – und dieser gleich mit für seinen Nachfolger – sowie der preußische König Friedrich Wilhelm I. Für die große Sache ihres Staates fegen sie alle Widerstände hinweg und wirken für die Zukunft segensreich.

Friedrich Meinecke und seinen Kollegen, er nennt beispielhaft Otto Krauske und Otto Hintze – alle im doppelten Sinne schwarzweiß aufgewachsen und sozialisiert – scheint das nicht aufgefallen zu sein; jedenfalls haben sie sich darüber, soweit sich das feststellen lässt, keine Rechenschaft gegeben. Denn auch ihre noch heute wichtigen Werke für die brandenburgisch-preußische Geschichte preisen die Leistungen der Hohenzollernherrscher – nun jedoch nicht mehr für den preußischen, sondern für den deutschen Machtstaat, weil sie in einem monarchischen Staat unter der Herrschaft der Hohenzollern lebten und sich – quasi selbstverständlich – zu einem guten Teil mit diesem Staat und dessen Königen und Kaisern identifizierten und daher den Wünschen der Monarchen kaum entziehen konnten oder wollten. Wilhelm II., um ein Beispiel zu nennen, gewann Reinhold Koser, den bedeutenden Biographen König Friedrichs des Großen, Direktor des Berliner Geheimen Staatsarchivs und der königlichen preußischen Staatsarchive wie auch »Historiker des Preußischen Staates«, »Geschichte in für ihn [Wilhelm] günstigem Sinne zu schreiben«, wie der ehemalige Hofmarschall des Kaisers, Robert von Zedlitz-Trützschler, in seinen Memoiren berichtet.⁹

Selbst der kluge und wohl nachdenklichste aller Preußenhistoriker, Otto Hintze, entzog sich nicht. Mit »gemischten Gefühlen« habe er im Vorfeld des Hohenzollernjubiläums 1915 – fünfhundert Jahre Hohenzollernherrschaft – die Aufgabe übernommen, eine große Gesamtdarstellung der brandenburgisch-preußischen Geschichte zu schreiben; dennoch hat er sie übernommen und im Jubeljahr das entlang den Regenten des Hauses entwickelte und geschriebene, deren Leistungen würdigende Buch »Die Hohenzollern und ihr Werk. Fünfhundert Jahre vaterländische Geschichte« geschrieben.¹⁰ Und im Jahr darauf, während des Weltkriegs, hat er in einem Aufsatz über »Die Hohenzollern und die wirtschaftliche Entwicklung ihres Staates« – ungezwungen, aus freiem Willen – noch einmal hervorgehoben, »was wir dem Fürstengeschlecht

9 Robert von Zedlitz-Trützschler: Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof, Stuttgart, Berlin, Leipzig 1925, 246.

10 Neugebauer: Preußen (wie Anm. 1), 51.

verdanken, das vor fünfhundert Jahren auf märkischem Boden Fuß gefaßt und dann in unvergleichlicher weltgeschichtlicher Laufbahn den preußischen Staat geschaffen und endlich das Deutsche Reich gegründet hat«: nämlich aus einem »in der Auflösung begriffenen Landesstaat« mit »eine[m] arme[n] gedrückte[n] Landvolk, das schutzlos der Brandschatzung und Plünderung preisgegeben war in den Fehden der Junker und Prälaten, heute einiges und starkes Deutschland [gemacht zu haben], das einer Welt von Feinden heldenhaft und erfolgreich Widerstand leistet; ein Volk in Waffen mit gleichen Rechten und Pflichten aller Stände und Klasse«. Überall, schrieb Hintze, hätten die Hohenzollern Ordnung und Sicherheit gewährleistet, und unter ihrer Herrschaft seien »Wohlfahrt und Sitte zu einer Blüte gediehen«. ¹¹

Das Hohenzollern-Jahrbuch und die Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte

Dieser Beitrag Hintzes findet sich in dem zwischen 1897 und 1916 erschienenen, eng mit dem Haus verbandelten Hohenzollern-Jahrbuch, das »einen Mittelpunkt für die [...] verstreuten Forschungen über die Geschichte der Hohenzollern und ihrer Tätigkeit für den Staat« bilden sollte, da, wie es begründend hieß, »die Gestalten des Großen Kurfürsten, Friedrichs des Großen, der Königin Luise, Kaiser Wilhelms des Großen und Kaiser Friedrichs Gemeingut des ganzen deutschen Volkes geworden« seien. ¹² Das Jahrbuch wandte sich ganz bewusst nicht nur an Leute vom Fach, sondern auch an ein größeres Publikum; durch diese Zielstellung unterschied es sich deutlich von anderen historischen Zeitschriften. Um einen bis dahin neuen Weg zu gehen und eine breite Leserschaft zu gewinnen, legte das Jahrbuch besonderen Wert auf die Verbindung der »literarischen Darstellung« mit der »Illustrierung nach zeitgenössischen Quellen«. Hauptsächlich machte es sich zur Aufgabe, wie es in einer von Paul Seidel verfassten Bilanz nach dem siebzehnten Band hieß, »in Bezug auf die bildlichen Darstellungen [...] folgende Gebiete ganz besonders zu pflegen«.

Welche diese seien, zählte Seidel akribisch auf:

»die Porträtgalerie des Brandenburgisch-Preußischen Königshauses und Porträtgalerie solcher Männer, die sich um das Haus Hohenzollern und den Brandenburg-Preußischen Staat besonders verdient gemacht haben, [die] zeitgenössischen bildlichen Darstellungen von wichtigen Ereignissen, [darunter] Schlachtendarstellungen und Pläne, Darstellungen von Staatsaktionen usw.,

11 Otto Hintze: Die Hohenzollern und die wirtschaftliche Entwicklung ihres Staates, in Hohenzollern-Jahrbuch 20 (1916), 190-202. 190.

12 Hohenzollern-Jahrbuch, Band 1-17 (1897-1916), Inhaltsangabe, Berlin, Leipzig 1913, 3.

[die] Denkmäler der Hohenzollern,
 die eigenen Leistungen der Hohenzollern auf künstlerischem, literarischem und wissenschaftlichem Gebiete,
 Wahlsprüche der Hohenzollern und Abbildungen besonders bemerkenswerter Urkunden derselben,
 [die] Baugeschichte der königlichen Schlösser und Gärten, mit besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit der Hohenzollern für Kunst und Kunstgewerbe,
 [die] Baugeschichte der Hofkirchen, Fürstengrüfte,
 [die] Geschichte der Musik, der Oper und des Theaters unter den Hohenzollern,
 [sowie die] Heraldik und [die] Medaillenkunde [und die] Geschichte des Jagd- und Marstallwesens«.

Das Jahrbuch enthält aus diesem Grund für die kulturgeschichtliche Forschung nach wie vor sehr wichtige Beiträge, deren dem Hohenzollernhaus liebdienerische Tendenz aber unübersehbar ist. Kriegsbedingt wurde das Jahrbuch 1916/17 eingestellt.

Auch die von dem Wirtschaftshistoriker Gustav Schmoller initiierten »Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte«, zunächst von Reinhold Koser, nach dessen Tod von Otto Hintze, auf diesen folgend von Melle Klinkenberg und schließlich von Johannes Schultze herausgegeben, waren von solcher Tendenz während eines Teils ihres Bestehens nicht ganz frei.¹³ Die Forschungen (abgekürzt FBPG) erschienen zwischen 1888 und 1943/44 regelmäßig in zwei Halbjahresbänden, fünfundfünfzig Jahresbände insgesamt. Vom Dreikaiserjahr 1888 an bis zum Ende der Monarchie 1918 veröffentlichten die Forschungen 166 Aufsätze, die Mitgliedern des Hauses Hohenzollern und deren Leistungen für den brandenburgisch-preußischen Staat gewidmet waren, zeitgemäß ganz überwiegend männliche Angehörige der Dynastie betrachtend, aber auch wenige weibliche Mitglieder ins Zentrum rückend – überraschenderweise Friedrichs des Großen Schwester, Königin Ulrike von Schweden häufiger als die Königin Luise, die eigentliche Ikone des Hohenzollernhauses. Wissenschaftliche Kritik an den Angehörigen des Hauses war in der den Hohenzollern ergebenen Atmosphäre kaum möglich. Diejenigen, die sie – zugegebenermaßen meist sehr polemisch – wagten, Onno Klopp, Max Maurenbrecher, Franz Mehring und höchstens eine Handvoll weitere, standen als Anhänger der Welfen oder Habsburger, Sozialdemokraten oder Kommunisten außerhalb der Zunft. Ihre Ansichten wurden – soweit man ihre Werke rezensierte – abgelehnt oder vehement und mit harschen Worten bekämpft. Für das Hohenzollern-Jahrbuch oder die Forschungen schrieben diese Historiker nie; man schrieb dort, deutlich gesagt, – negativ – über sie.

13 Siehe dazu Johannes Schultze: Meine Erinnerungen. Im Auftrag des Autors hg. v. Gerhard Knoll, Berlin 1976, 35.

Nach der Abdankung Wilhelms II. 1918

Die Forschungen »überlebten« den Weltkrieg und die Abdankung des Kaisers. Aber mit dem Ende der Monarchie »verlor das Thema ›Preußen‹ an wissenschaftspolitischen Gewicht und an politischer Unterstützung«, wie Wolfgang Neugebauer feststellte. »Viele von denen, die vor 1914 mit hoffnungsvollen Erstlingsschriften die Generation nach Hintze erkennbar werden ließen«, seien »seit Langemarck [wo nach dem Mythos junge Rekruten das Deutschlandlied singend ohne auf Ihr Leben Rücksicht zu nehmen gegen die feindlichen Linien stürmten] nicht mehr zurückgekehrt. Krieg und Nachkriegszeit« hätten die »materiellen Grundlagen der preußischen Forschungen« zerstört.¹⁴

An den FBPG ist das allerdings nicht ablesbar, denn Brandenburg und Preußen blieben ihr Thema. Merkwürdig zurück gingen jedoch die Artikel, die sich mit dem Haus Hohenzollern und seinen historisch-politischen Leistungen beschäftigten. Waren es bis 1918 noch knapp sechs Artikel im Jahr, so erschienen mit Nennung der Person nach 1918 bis 1944 nur noch gut drei Aufsätze über die einstigen Herrscher, 86 insgesamt. Und schaut man genau hin, so trugen darunter sehr viele den Namen eines Herrschers nur noch im Titel, so beispielsweise die Beiträge von Hans Saring, die etwa unter der Überschrift »Die Mitglieder des Kammergerichts in Berlin unter dem Großen Kurfürsten« die Leistung der Kammerrichter untersuchten und hervorhoben, auf den Kurfürsten Friedrich Wilhelm nun jedoch weiter nicht eingingen; sein Name diente lediglich als zeitliche Einordnung und Begrenzung der Untersuchung.¹⁵ Das führte zur Versachlichung vieler Themen und einer tieferen Kenntnis der historischen Entwicklungen und Abläufe im brandenburgisch-preußischen und deutschen Staat; eine Glorifizierung der Hohenzollern fand in solchen Artikeln nicht länger statt.

Auch wurden jetzt kritischere Artikel und Bücher über die Hohenzollern und ihren Charakter möglich und Außenseiter der Zunft in den FBPG wahrgenommen und publiziert, so etwa der schon zu Kaiserzeiten kritische Johannes Ziekursch, den man deswegen damals an die Universität Breslau verbannt hatte, an der sich viele »Kritiker« wiederfanden. Das Buch über Friedrich den Großen des linksliberalen Historikers Veit Valentin, Mitglied der DDP und des Reichsbanners, der wegen seiner Ansichten von dem Alldeutschen Georg von Below an der Universität Freiburg zum Verzicht auf die *Venia legendi* gezwungen worden war und in der Folge keinen Ruf an eine deutsche Hochschule erhielt, wurde nun von Hugo Rachel in den FBPG ohne jede Polemik besprochen – und zwar gut: Friedrichs »wirkliches Wesen in allen seinen Ausstrahlungen zu ergründen«, schrieb Rachel, »vermag nur, wer ihn über zeitliche und räumliche Bindungen hinaus auch mit rein geistigen und allgemein menschlichen Maßstäben wertet.

14 Neugebauer: Preußen (wie Anm. 1), 60.

15 Hans Saring: Die Mitglieder des Kammergerichts zu Berlin unter dem Großen Kurfürsten, in FBPG 54 (1943), 69-114 und 217-256.

Dies erstrebt und erreicht das Buch von Valentin, weil es selbst voller Geist ist«. Und: »Es ist natürlich zu spüren, daß der Verfasser kein Altpreuße und kein Monarchist ist, und den Hohenzollernverehrerern wird sehr vieles, wenn nicht alles gegen den Strich gehen. Gekrönte Häupter genießen hier keine besondere Schonung.« Doch tue dies »der strengen inneren Wahrhaftigkeit des Buches keinen Eintrag«. ¹⁶ Vor 1918 wäre die Besprechung eines solchen Werkes aus der Feder eines solchen Autors ganz undenkbar, schlicht nicht möglich gewesen.

Einige Historiker wie etwa Otto Hintze machten nach dem Ende der Monarchie die Hohenzollern nicht wieder zum Thema einer Untersuchung, sondern wandten sich neuen Themen zu. Hintze schrieb in den FBPG bis zu deren Einstellung 1944 nur noch einmal über einen Angehörigen des Hauses, über Friedrich den Großen und dessen militärische Strategie – im Zuge einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Hans Delbrück. Im Übrigen konzentrierte er sich auf Forschungen zur Soziologie, Politik sowie zur historischen und politischen Theorie, schrieb über Max Weber, über soziologische und geschichtliche Staatsauffassung, über die Probleme des Historismus oder über Wirtschaft und Politik im Zeitalter des modernen Kapitalismus. ¹⁷

Andere Historiker aber verteidigten das borussisch-positivistische Geschichtsbild von den Hohenzollernherrschern mit großer Verve weiterhin. So beispielhaft Gustav Berthold Volz, der wie zu der Zeit vor Abdankung Wilhelms II. – freundlich gesagt – zwar materialreiche, aber wenig historisch-kritische Aufsätze vor allem zu Friedrich dem Großen verfasste und darüber hinaus Quellen, wie beispielsweise die zwischen Friedrich und seiner Schwester Wilhelmine gewechselten Briefe, die Gespräche des Königs und drei Foliobände über Friedrich im Spiegel seiner Zeit in tendenziöser Auswahl herausgab.

An Volz kommt man in der Friedrich-Forschung daher nach wie vor nicht vorbei. Der König war und blieb bei ihm eine über Menschen und Zeiten stehende, gottgleiche Heldengestalt ohne jeglichen Makel, die Persönlichkeit, die ganz auf sich gestellt die deutsche und europäische Geschichte maßgeblich prägte. Zehn Artikel publizierte er zwischen 1920 und 1938 allein in den FBPG, fünfundzwanzig in zwei 1922 und 1928 veröffentlichten Aufsatzsammlungen, um darin die, mit Schiller zu sprechen, »Riesenarbeit der Idealisierung an ihm vorzunehmen«. In einem seiner Beiträge beispielsweise verteidigte Volz, merklich emotional, Friedrich »gegen seine sittlichen Ankläger«. ¹⁸

Und gleich Volz hielt auch Georg Küntzel das alte Geschichtsbild mit den Hohenzollern in der Mitte über allen anderen Zeitgenossen thronend aufrecht. »Das rät-

16 Veit Valentin: Friedrich der Große, Berlin 1927. Hugo Rachel: Besprechung: Veit Valentin: Friedrich der Große, Berlin, Erich Reiß-Verlag. 1927. 151 S., in FBPG 41 (1928), 164f.

17 Siehe Otto Hintze: Soziologie und Geschichte. Gesammelte Abhandlungen zur Soziologie, Politik und Theorie der Geschichte, hg. v. Gerhard Oestreich, Göttingen, 2. Aufl. 1964.

18 Gustav Berthold Volz: Friedrich der Große und seine sittlichen Ankläger, in: FBPG 41 (1928), 1-37.

selbste Spiel der Natur«, schrieb Küntzel in seinem für das Sammelwerk »Meister der Politik« bestimmten Beitrag »Die drei großen Hohenzollern und der Aufstieg Preußens im 17. und 18. Jahrhundert«, der im selben Jahr 1922 auch als Buch erschien, habe »dem deutschen Volke kurz hintereinander drei Männer beschert, deren Stärke und gegenseitige Ergänzung keine andere deutsche Fürstenfamilie« aufweise. Sie hätten Wirklichkeitssinn und hohen Idealismus miteinander verbunden und hätten, geschworene Feinde eines genießenden Materialismus, »ihr Leben von Willen, Pflichtgefühl [und] Arbeit in den Dienst großer Ziele« gestellt, »wie sie nur starke Geister sich vornehmen, und [...] ihre Völker unter dem Zeichen geistiger Freiheit und militärischer Macht« gesammelt, »in der sie mit unbeirrbarem Instinkt die Voraussetzung der Sicherheit, Wohlstand und Unabhängigkeit erkannten«. ¹⁹

Die von Küntzel so bezeichneten »drei großen Hohenzollern« waren dann auch diejenigen Angehörigen des Hauses, denen von 1933 bis 1945/47 seitens der Forschung zumindest im Titel der neuen Beiträge Aufmerksamkeit zuteilwurde; über dreißig Aufsätze in den FBPG beschäftigten sich mit ihnen oder, ihre Leben als Zeitangabe nutzend, mit Problemen ihrer Regierungszeit. Mit Abstand an erster Stelle standen – wie seit jeher – Untersuchungen aus den Jahren Friedrichs des Großen, dann solche aus der Zeit seines Vaters Friedrich Wilhelm I, schließlich diejenigen der Epoche Kurfürst Friedrich Wilhelms. Diese drei Persönlichkeiten blieben ein Lieblingsthema der Preußenforscher.

Eine Vereinnahmung dieser Hohenzollern für den nationalsozialistischen Staat lässt sich in den FBPG und der ernsthaften Preußenforschung jedoch nicht feststellen, obwohl es seitens der Nationalsozialisten Versuche gegeben hat, dies mit Friedrich Wilhelm I. und im Zuge des verlorengehenden Krieges auch mit Friedrich II. zu tun. Dagegen versuchte man sich zu verwehren: Der konservative Historiker Fritz Hartung z. B. hat zwar – wie es schon zu Zeiten Wilhelms II. der Fall war – Friedrich Wilhelm I. zu dem in allen Belangen vorbildlichen Begründer des preußischen Staates erhoben, sich aber vorsichtig gegen die Bestrebungen gestellt, ihn der nationalsozialistischen Ideologie dienstbar zu machen. »Unsere Zeit«, schrieb er, »hat [...] den alten Preußengeist Friedrich Wilhelms I., den Gedanken der Hingabe des einzelnen an die Gemeinschaft, wieder zu Ehren gebracht [...] und [scheint] in der autoritären Staatsführung unmittelbar an die Tradition Friedrich Wilhelms anzuknüpfen.« Was ihm nicht unlieb war.

Er fuhr jedoch fort: »Es gibt wohl einige Schriften, die das Werk des Königs gerade unter diesem Gesichtspunkt seiner inneren Verwandtschaft mit dem nationalsozialistischen Staat darstellen. Aber in dem Stile einer längst überlebten höfischen Historiographie nur die erfreulichen Seiten seines Wirkens behandeln und über die unleugbaren Schattenseiten scheu hinweghuschend, bleiben sie uns die Hauptsache

19 Georg Küntzel: Die drei großen Hohenzollern und der Aufstieg Preußens im 17. und 18. Jahrhundert, Stuttgart, Berlin 1922, 169.

schuldig, das volle Bild der eigenartigen und knorrigen Persönlichkeit dieses Königs, der eben nicht bloß tüchtiger Drillmeister seiner Soldaten und ein sparsamer Haushalter in Hof und Staat gewesen ist, sondern ein Mensch voll überschäumender Kraft und stürmischer Leidenschaftlichkeit und damit drückend schwer auf seiner eigenen Familie und dem ganzen Volke gelastet hat.«²⁰ Die Verehrung, die er dem König und »seinem Werk« entgegenbrachte – all seine Aussetzer entschuldigte er mit Friedrich Wilhelms »Leidenschaft« – und die, wie ehemals, sein Geschichtsbild prägte und auch das aller Deutschen seiner Meinung nach prägen sollte, konnte und wollte Hartung trotz aller Bedenken aber nicht verleugnen.

Lässt man am Ende die angestellten Betrachtungen kurz vor dem Hintergrund des Hohenzollernbildes nach 1945 Revue passieren, so zeigt sich, dass die borussische »Glorifizierung der Hohenzollern« bis heute nachwirkt. Denn – um ein Beispiel zu geben – durchgesetzt und in unser Geschichtsbild übernommen und eingegangen ist nicht die kritisch-kluge Biographie Friedrichs des Großen von Veit Valentin, obwohl sie selbst in den im Grunde immer preußisch-konservativ gebliebenen Forschungen gelobt worden ist. Dem Buch fehlte es an Multiplikatoren in Wissenschaft und Öffentlichkeit und solche zu sein, konnten sich dann selbst unvoreingenommene und aufgeschlossene Forscher wie Hugo Rachel nicht durchringen.

Durchgesetzt haben sich und geblieben sind aber die Arbeiten von Gustav Berthold Volz, vor allem die von ihm herausgegebenen und zum Besten der Hohenzollern eingerichteten Quellenwerke, in denen Kritisches oder Kritik Herausforderndes einfach nicht vorkommt. Solches wurde mit Bedacht ausgelassen, um den heroisch-vorbildlichen Eindruck, den der Leser erhalten sollte, nicht zu schmälern. Weil wir aber mit diesen Quellen, da es keine anderen Editionen gibt, noch heute arbeiten müssen, jeder Interessierte dank des Internets leicht Zugang zu ihnen hat und deren Inhalt, weil das Netz bei einem Großteil der Nutzer als kritisch und zuverlässig gilt, für wahrhaftig genommen wird, scheint es nach wie vor schwierig, eine öffentliche Betrachtung der Hohenzollern zu unternehmen, die sich von der gewollten Tendenz dieser Quellen freimachen kann. Nötig aber ist das!

20 Fritz Hartung: König Friedrich Wilhelm I., der Begründer des preußischen Staates, Berlin 1942, 4.

»Seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland« Das Bild von Preußen nach dem Zweiten Weltkrieg

John Zimmermann

Abstract

Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 lösten die vier Mächte der Anti-Hitler-Koalition, die am Ende des Zweiten Weltkrieges die Regierungsgewalt über das besiegte und besetzte Deutsche Reich übernommen hatten, den Staat Preußen auf. »Seit jeher« sei er »Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland« gewesen, lautete die Begründung, um die bis heute – teilweise auch höchst emotional – gestritten wird. Der Vortrag beschreibt die Hintergründe dieses Verdiktes, benennt die Akteure und skizziert die Folgen für das Preußenbild, das sich nach 1945 entwickelte, und den Diskurs, der darum geführt worden ist. Dessen Wandel unterstreicht einmal mehr die Notwendigkeit einer umfassenden sachorientierten Preußenforschung insbesondere in der internationalen Kontextualisierung der entsprechenden Themenfelder.

Einführung

Zu Beginn dieses Jahrtausends stand nicht nur die Fusion der Bundesländer Berlin und Brandenburg zur Debatte, sondern plötzlich auch die Benennung eines solchen Gebildes als »Preußen«. Unabhängig davon, dass die Fusionierung an sich höchst umstritten gewesen ist, löste dieser Vorschlag des damaligen brandenburgischen Sozialmi-

nisters Alwin Ziel 2002 eine emotionale Kontroverse aus.¹ Nach kurzem, aber heftigem Streit, in dem diese Namensgebung mehrheitlich abgelehnt worden ist, versandeten beide Diskussionen. Gleichwohl vermittelten die geäußerten Meinungen die gesamte Bandbreite zu den Bildern, die gemeinhin mit Preußen verknüpft werden. Der inzwischen verstorbene Ralph Giordano brachte die widerstreitenden Argumente dabei seinerzeit auf den Punkt: »Der Name Preußen hat ja einen schauerlichen und zugleich einen fabelhaften Ruf. Preußen steht für Tugenden und aufklärerische Ideen, aber spielt auch in der Geschichte des deutschen Imperialismus eine unrühmliche Rolle. Nicht umsonst ist Preußen 1947 von den Alliierten abgeschafft worden.«²

Hier zeigte sich die sehr unterschiedlich antizipierte Rolle Preußens in der deutschen Geschichte. Auf der einen Seite standen oder stehen vereinfachend gesagt vor allem jene, die mit dem ostpreußischen Historiker Ludwig Dehio argumentierten und das ›Dritte Reich‹ durchaus in der Kontinuität eines preußisch-deutschen Strebens nach Hegemonie in Europa sahen.³ Zugespitzt auf die These von einem ›deutschen Sonderweg‹ durch die Führung der Vormacht Preußen im Zuge des deutschen *nation building* entzündete sich daran erhebliche Kritik allen voran jener, die in Preußen vor allem einen aufgeklärten Staat sehen wollten, gerne mit den so genannten preußischen Tugenden kokettierten und das Streben Berlins nach deutscher Einigung in erster Linie positiv konnotierten.⁴ Auch diese Diskurse sind lange verebbt, insbesondere die ›Sonderwegs-These‹ wurde weitgehend relativiert oder gänzlich verneint.⁵

1 Zur seinerzeitigen Diskussion siehe z. B. »Bundesland Preußen« – Wieso? Weshalb? Warum?, in: DW Kultur, 19.2.2002; <https://www.dw.com/de/bundesland-preu%C3%9Fen-wieso-weshalb-warum/a-445496>, Gesellschaft: Wollen wir unser Preußen wiederhaben?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.2.2002; https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/gesellschaft-wollen-wir-unser-preussen-wiederhaben-149738-p3.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 oder Berlin-Brandenburg: Preußens Comeback?, in: Spiegel Online, 15.2.2002; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/berlin-brandenburg-preussens-comeback-a-182485.html> <alle 16.10.2018>.

2 Zitiert nach: Wollen wir unser Preußen wiederhaben?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.2.2002; <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/gesellschaft-wollen-wir-unser-preussen-wiederhaben-149738.html> <16.10.2018>.

3 Ludwig Dehio: Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte, Krefeld 1948.

4 Zum ›deutschen Sonderweg‹ siehe Jürgen Kocka: German History before Hitler: The Debate about the German Sonderweg, in: Journal of Contemporary History 23 (1988), 3-16. Allen voran beanspruchte der überzeugte Monarchist Hans-Joachim Schoeps neben zahlreichen Arbeiten bereits in der 1950er Jahren vor allem mit seiner Arbeit Preußen. Geschichte eines Staates. Frankfurt a. M. / Berlin 1966 Meinungsführerschaft. Moderater dazu Sebastian Haffner: Preußen ohne Legende, Hamburg 1979, oder Gerd Heinrich: Geschichte Preußens. Staat und Dynastie. Frankfurt a. M. 1981.

5 Siehe z. B. Helga Grebing: Der ›deutsche Sonderweg‹ in Europa 1806-1945. Eine Kritik. Stuttgart u. a. 1986. Zu einem zwischenzeitlichen Versuch einer neuerlichen Diskussion um die Eigenheiten Preußens siehe Hartwin Spenkuch: Vergleichsweise besonders? Politisches System und Strukturen Preußens als Kern des deutschen Sonderwegs, in: Geschichte und Gesellschaft 29 (2003), 262-293.

In der Tat aber unterscheidet sich die Staatswerdung Preußens insofern deutlich von der anderer europäischer Mächte, als das Königreich keine Konsequenz der »geschichtlichen Entwicklung« eines Volkes gewesen ist, sondern Ausdruck des Machtwillens seiner Eliten. Seine Gebiete waren in weiten Teilen Kriegsbeute mit beträchtlichen ethnischen und religiösen Unterschieden, deren territorialer Zusammenhang durch erneute Kriege erst hergestellt werden musste.⁶ Trotz einer Fülle sich daraus ergebender Fragestellungen und Untersuchungsgegenstände haben sich bislang nur wenige Wissenschaftler der Preußenforschung verschrieben und vielen von ihnen war es eine oft allzu spürbare Herzensangelegenheit.⁷ Wesentlich zur Versachlichung der Diskussion beigetragen hat dabei die fulminante Arbeit des australischen Historikers Christopher Clark.⁸

Fragt man sich, welches Bild von Preußen unseren Kindern heute vermittelt wird, dann findet man im *Klexikon*, dem Online-Lexikon für Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren, dafür die folgende Definition: »Viele Menschen haben bis heute eine bestimmte Meinung über Preußen. Die einen sagen, es war ständig auf Kriege aus und hat die Leute unterdrückt. Andere sagen, dass Preußen ein besonders freies und gut regiertes Land war. Beides sind Vorurteile: Preußen war mal so, mal so, genau wie andere Länder auch. Wenn heute jemand sagt, er sei Preuße, dann meint er vielleicht, dass er sehr genau denkt und arbeitet. An Preußen erinnern noch die Namen von Städten wie Preußisch-Oldendorf. Auch die Kleidung der deutschen Fußball-Nationalmannschaft hat mit Preußen zu tun: Die Farben Schwarz und Weiß kommen von der preußischen Flagge.«⁹

6 Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. 8 Bde., Bd. 4: Struktur und Krisen des Kaiserreiches, Stuttgart u. a. 1969, 129. Siehe im Überblick Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Aktueller Begriff: Kolja Bartsch: Auflösung des Staates Preußen durch die Alliierten vor 60 Jahren; <https://www.bundestag.de/blob/506192/a8fd3cacab-28018692d605f670be03b5/aufloesung-des-staates-preussen---data.pdf> <16.10.2018>, Erhardt Bödecker: Preußen und die Wurzeln des Erfolgs, Berlin 2004, Hans Georg Lehmann: Deutschland-Chronik 1945 bis 2000, Bonn 2000, Lothar Meinzer: Das doppelte Ende Preußens: ›Preußenschlag‹ und ›Drittes Reich‹ 1932–1945/47, in: Preußen-Ploetz, hg. v. Manfred Schlenke Freiburg / Köln 2003, 288–294, Johannes Unger: Republik, Nazi-Diktatur und Untergang 1918–1947, in: Wolfgang Ribbe / Hansjürgen Rosenbauer (Hg.): Preußen. Chronik eines deutschen Staates, Berlin 2000, 247275.

7 Lediglich die Erforschung der Aufklärung sowie einzelne Aspekte der preußischen Rechtsgeschichte haben hier eine intensivere Bearbeitung gefunden. Siehe den Tagungsbericht: Das Thema ›Preußen‹ in Wissenschaft und Wissenschaftspolitik vor und nach 1945, 4.11.2010–6.11.2010 Berlin, in: H-Soz-Kult, 24.11.2010, <www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-3399>. <16.10.2018> sowie als Beispiel das Standardwerk von Reinhart Koselleck: Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848, Stuttgart 1987.

8 Christopher Clark: Preußen. Aufstieg und Niedergang. 1600–1947, München 2007.

9 <https://klexikon.zum.de/wiki/Preu%C3%9Fen> <23.10.2018>.

Das scheint alles, was Grundschulkindern heutzutage über Preußen wissen müssen: Ein paar Ortsnamen und das Nationalmannschaftstrikot, ansonsten war es »wie andere Länder auch«. Doch handelt es sich dabei um das Ergebnis der Politik der *déprussification*, wie sie insbesondere in der französischen Besatzungszone umgesetzt worden ist, oder soll man es als Normalisierung im oben skizzierten Kontext verstehen?¹⁰

Obwohl sie sich nie darauf verständigt haben, was genau das meinen sollte, wollten die alliierten Siegermächte »Preußen als ›Gedankenkonstrukt‹ [...] eliminieren und aus der Vorstellungswelt der Deutschen verbannen«, wie Clark in seiner voluminösen Preußengeschichte schreibt.¹¹ Nimmt man das Kinderlexikon als Grundlage, scheint dies vollständig gelungen. In den Köpfen vieler, wenn nicht der meisten Zeitgenossen existierte am Ende des Zweiten Weltkrieges jedoch ein klarer Zusammenhang zwischen Preußentum und Nazismus, den Winston Churchill auf den Punkt brachte, als er den preußischen Militarismus als Wurzel allen Übels und einer »deutschen Krankheit« ausmachte. So lautete auch die Begründung der vier Mächte der Anti-Hitler-Koalition, die am Ende des Zweiten Weltkrieges die Regierungsgewalt über das besiegte Deutsche Reich übernommen hatten, als sie mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 46 am 25. Februar 1947 den Staat Preußen mitsamt seinen nachgeordneten Behörden auflösten.¹² Noch am Kriegsende hatte im Grunde nur Paris eine dezidierte Zerschlagung Preußens gefordert, während es London und Moskau um eine Zerstückelung des Deutschen Reiches ging; als eigenständiges Land konnte man sich dort auch eine Fortexistenz Preußens vorstellen.¹³

Die ›deutsche Frage‹ aber hatte die europäische Außen- und Sicherheitspolitik bis dahin bereits seit nahezu anderthalb Jahrhunderten beschäftigt. Dass sie von den Nationalsozialisten zur vermeintlichen Legitimierung ihrer aggressiven Expansion propagandistisch ausgeschlachtet worden war, spielte in der Entscheidungsphase zum Umgang mit dem besiegten (Groß-)Deutschen Reich ebenso eine Rolle wie der

10 Siegfried Heimann: *Der Preußische Landtag 1899–1947. Eine politische Geschichte*, Berlin 2011, 380f., sowie ausführlich Henning Köhler: *Das Ende Preußens in französischer Sicht (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 53)*, Berlin 1982.

11 Clark: *Preußen*. (wie Anm. 8), 771.

12 Gilbert Gornig: *Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrates in Deutschland über die Auflösung des Staates Preußen*, 25. Februar 1947; https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0231_pre&object=context&l=de <15.10.2018>. Siehe auch Gilbert Gornig: *Der Untergang Preußens unter besonderer Berücksichtigung des Kontrollratsgesetzes Nr. 46 betreffend die Auflösung Preußens vom 25. Februar 1947*, in: *Schriftenreihe des Preußeninstituts 7* (1998), 5–43, sowie grundsätzlich Gerhard Dassow: *Die Auflösung des Staates Preußen*. Frankfurt a. M. u. a. 2016.

13 Heimann: *Der Preußische Landtag* (wie Anm. 10), 381–385.

aufziehende Kalte Krieg mit seiner bipolaren Weltordnung.¹⁴ Endgültig gelöst wurde sie freilich erst mit den völkerrechtlichen Verträgen im Rahmen der deutschen Einheit im Herbst 1990, in denen die Bundesrepublik Deutschland seine bestehenden Grenzen als endgültig anerkannte, worüber auch keine weitergehenden Diskussionen entstanden. Zu selbstverständlich erschien es zwischenzeitlich, obwohl fast zeitgleich die sterblichen Überreste Friedrichs II. (des Großen) nach Potsdam zurückgeholt und dort damit die Auseinandersetzungen um eine etwaige Re-Preußifizierung der Stadt gestartet wurden.¹⁵

Im Folgenden soll deswegen ausgeleuchtet werden, worum es eigentlich ging bei der formalen Auflösung des preußischen Staates, auf welchen Überzeugungen dieser Akt beruhte und welche Folgen er für das Preußenbild zeitigte. Dadurch wird sich auch teilweise die Emotionalität erklären, mit welcher der Preußen-Diskurs teilweise noch heute geführt wird.

Bilder von Preußen

Ein, wenn nicht die Konstituante jeder Beschäftigung mit Preußen nach dem Zweiten Weltkrieg ist der Streit oder doch wenigstens die Kontroverse. Jede Positionierung wird mit einem ›Aber‹ gekontert – schon die Kommentierung des scheinbar einfachen juristischen Auflösungsvorgang: Nicht wenige argumentieren hier mit dem Staats- und Völkerrechtler Gilbert Gornig, demnach man mit dem ›Preußenschlag‹ im Juli 1932 das Land entmündigt, zu einer Verwaltungseinheit degradiert und mit dem Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934, das die Volksvertretungen der Länder aufhob und die Hoheitsrechte auf das Reich übertrug, das Ganze juristisch fixiert habe. ›Aber‹: Ob die deutschen Länder damit tatsächlich »verreichlicht« worden sind, ist staatsrechtlich durchaus umstritten. Vom Ausland her gesehen musste man jedenfalls nicht zwingend einen Unterschied erkennen, zumal Reste des preußischen

14 Zur historischen Tiefendimension der »deutschen Frage« siehe Anselm Doering-Manteuffel: Die deutsche Frage und das europäische Staatensystem 1815-1871, 3., um einen Nachtrag erweiterte Auflage, München 2010, Nicolas Lewkowicz: The German Question and the Origins of the Cold War, Mailand 2008, zusammengefasst bei Manfred Görtemaker: Die deutsche Frage in der internationalen Politik, in: Informationen zur politischen Bildung 2 (2015) (20.10.2015); <http://www.bpb.de/izpb/214100/die-deutsche-frage-in-der-internationalen-politik> <17.10.2018> und im Überblick Dassow, Die Auflösung (wie Anm. 12), 15-32. Zur national-sozialistischen Vorstellung siehe z. B. Joseph Goebbels: Preußen muss wieder preußisch werden, München 1932.

15 Siehe hierzu kritisch Andre Tomczak / Manuel Lutz / Holger Zschoge: Make Potsdam great again, in: sub|urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung 2,3 (2018), 231-244; <http://www.zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/432/627> <15.10.2018>.

Behördenapparates, wie das Finanzministerium oder die Archivverwaltung, bis zum Ende des ›Dritten Reiches‹ fortexistierten.¹⁶

Folgt man Gornigs Interpretationsangebot, nach dessen Worten dem Kontrollratsgesetz nur deklaratorische Bedeutung zuzubilligen sei und die Siegermächte »eher eine Tradition als eine Staatsmacht vernichten [wollten]«, dann wären nicht die Hohen Kommissare Lucius D. Clay, Brian H. Robertson, Pierre Koenig und Vasilij Danilovič Sokolovskij, sondern Paul von Hindenburg, Kurt von Schleicher und Franz von Papen – allesamt Preußen – die Totengräber des Staates gewesen. Dafür spräche außerdem, dass 1947 Schlesien, Ostpreußen, Pommern und Teile Brandenburgs de facto schon von der Sowjetunion und Polen annektiert worden waren, die Briten außerdem in der von ihnen besetzten Zone aus preußischen Westgebieten die Länder Rheinland-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein organisiert hatten. Gornig konstatierte, es sei »wohl die Sowjetunion [gewesen], die den letzten vernichtenden Schlag gegen Preußen führen wollte. Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten beteiligten sich gleichgültig, arglos.«¹⁷

Fortan war jedenfalls alles Preußische diskreditiert, weder die Bundesrepublik noch die DDR fühlten sich als Nachfolger. Ob es aber »[l]etztlich [...] viel Ehre für den längst am Boden liegenden preußischen Staat [war], dass vier Großmächte nach dem Weg von Versailles über Moskau nach Jalta einen längst Verstorbenen nochmals vernichteten«¹⁸, oder ob es sich gar, wie Golo Mann meinte, um einen »Fußtritt« handelte, »den siegreiche Esel einem längst toten Löwen gaben«, steht doch zu hinterfragen. »Sie glaubten«, so der zwischenzeitlich kriegsfreiwillige Wahl-US-Amerikaner, »sie hätten ihn getötet, aber das war ein Irrtum. Sie glaubten, der Nazismus hätte seine Wurzeln im Preußentum gehabt. Das war zu höchstens einem Zehntel richtig und zu gut neun Zehnteln falsch.«¹⁹

Damit manifestierte er ein Bild, das sich beispielsweise in der Sonntagsausgabe der Westfälischen Nachrichten vom 26. Februar 2017 wiederfindet, wo »die Auslöschung Preußens [...] [i]n den Augen der Alliierten [...] eine Notwendigkeit« gewesen sei, da sie »eine direkte Linie von den Preußen zu Hitler [zogen]« – »und [...] damit den Mythen der Nationalsozialisten selbst auf den Leim« gegangen wären. Als Referenz verweist der Artikel auf Manfred Görtemaker, nach dem der zwischenzeitlich sozialdemokratisch regierte Freistaat »ein Hemmschuh für den Nationalsozialismus« ge-

16 Zur juristischen Interpretation siehe Gornig: Gesetz Nr. 46 (wie Anm. 12) sowie Ders.: Der Untergang (wie Anm. 12) und grundsätzlich Preußen zwischen Demokratie und Diktatur. Der Freistaat, das Ende der Weimarer Republik und die Errichtung der NS-Herrschaft, 1932-1934. Hg. v. Lars Lüdicke und Michael C. Bienerth unter Mitarbeit von Leonie Kayser, Berlin 2018.

17 Gornig: Gesetz Nr. 46 (wie Anm. 12), Ders.: Der Untergang (wie Anm. 12).

18 Gornig: Gesetz Nr. 46 (wie Anm. 12) und Ders.: Der Untergang (wie Anm. 12).

19 Golo Mann: Das Ende Preußens, in: Otto Büsch / Wolfgang Neugebauer (Hg.): Moderne preußische Geschichte: 1648-1947 (= Veröffentlichung der Historischen Kommission zu Berlin 52), Berlin / New York 1981 243-261, hier 260f.

wesen sei, »der in München entstanden ist und im Süden, und eben nicht in Preußen und nicht in Berlin. [...] Wenn Preußen tatsächlich weiter existiert hätte, wäre Hitler gar nicht möglich gewesen. Das ist ja eben das Verrückte. [...] Hitler ist sozusagen die Antithese zu Preußen und keine Fortsetzung Preußens.«²⁰

Wie wenig sich die Diskussion über die Jahre verändert hatte, zeigt ein Vergleich mit einer Diskussion im *Spiegel* von 1979, in dem die gerade erschienenen Arbeiten von Sebastian Haffner *Preußen ohne Legende* und Bernt Engelmann *Preußen. Land der unbegrenzten Möglichkeiten* einander gegenübergestellt worden waren.²¹ »Nichtpreußen«, hieß es dort, seien sich »entweder mit Winston Churchill einig, ›daß Preußen die Wurzel des Übels ist‹, oder sie hielten es mit Konrad Adenauer, der am 30. November 1946 in der *Welt* schrieb: ›Wir im Westen lehnen vieles, was gemeinhin ›preußischer Geist‹ genannt wird, ab.« Für Haffner gab es eine goldene Deutung, der zufolge »Deutschlands Einigung immer schon Preußens Sendung war«, und eine schwarze, die »in Preußen nichts als räuberischen Militarismus sehen wollte«. Beide beruhten jedoch, so meinte er, auf Missverständnissen: »Preußen hatte keine deutsche Sendung; im Gegenteil, der Verfall des Reichs war Preußens Aufstieg; und zur unmittelbaren Todesursache Preußens wurde, daß es sich eine deutsche Sendung aufreden ließ.«²²

Nicht gänzlich anders bewertete dies Bernt Engelmann: Für den Ullstein-Urenkel wurzelten die beiden Legenden, nach denen Preußen als »organisierte Kaserne« oder andernfalls »als Europas Hort der Freiheit und der Toleranz« gelte, jedoch keineswegs in Missverständnissen; sie seien lediglich Übertreibungen der Wirklichkeiten. Wo Haffner Preußen als »rauhe[n] Vernunftstaat« begreift, der deswegen nun mal »ein Militärstaat, mehr als andere« sein musste, wollte er aus seinen unverbundenen Landesteilen einen zusammenhängenden Gebietskörper machen, bewertet Engelmann solches Vorgehen als hemmungsloses Hausmachtstreben der Hohenzollern.²³

Bis in unsere Tage wird das Bild von Preußen also von seinem Untergang aus bewertet, respektive durch die Diskussion der Begründungen für seine Auflösung 1947. Angegriffen wird dabei stets, dass die alliierten Siegermächte mit dem Kontrollratsgesetz auch nach Meinung Christopher Clarks gleichsam ihr Urteil über Preußen gesprochen hätten: »Preußen war der Ursprung der deutschen ›Krankheit‹, die Europa ins Unglück gestürzt hatte. Preußen war der Grund, warum Deutschland den Pfad des Friedens und der politischen Moderne verlassen hatte.« Dabei bezog er sich auf die

20 Dpa: 70 Jahre nach Preußen. Schreckgespenst mit Stuck und Lustgärten; Westfälische Nachrichten, 26.2.2017; <https://m.wn.de/Welt/Kultur/2017/02/2715734-70-Jahre-nach-Preussen-Schreckgespenst-mit-Stuck-und-Lustgaerten> <15.10.2018> sowie ähnlich: Das Erbe der Preußen erlebt eine Renaissance, in: Berliner Morgenpost vom 27.2.2017; <https://www.morgenpost.de/berlin/article209753913/Das-Erbe-der-Preussen-erlebt-eine-Renaissance.html> <15.10.2018>

21 Preußen: Die Wurzel allen Übels, in: Der Spiegel 12 (1979) vom 19.3.1979; <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40350225.html> <15.10.2018>.

22 Haffner: Preußen (wie Anm. 4).

23 Eine Zusammenfassung der Zuschreibungen bietet Dassow: Die Auflösung, 9f.

Rede Winston Churchills vor dem britischen Parlament am 21. September 1943: »Das Herz Deutschlands schlägt in Preußen. Hier liegt der Ursprung jener Krankheit, die stets neu ausbricht.«²⁴

Diese Sichtweise nahm 1948 als erster Ludwig Dehio auf: Der Nationalsozialismus sei kein Zufall gewesen, sondern »das akute Symptom eines chronischen (preußischen) Gebrechens« und Hitler in diesem Kontext ein »Wahlpreuße«.²⁵ Mit diesem Gebrechen war ein spezifisch deutscher, vulgo preußischer Militarismus gemeint. Und nach Artikel III der Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom 12. Oktober 1946 waren nicht zuletzt »Militaristen« zu bestrafen. Dabei ist der Preußische Militarismus bekanntlich als Kampfbegriff von den Liberalen während des Ringens um die preußische Verfassung Anfang der 1860er Jahre eingeführt worden und hat eben diese Konnotation nie verloren. Ihren diskursiven Vorteil zog diese Begrifflichkeit immer schon daraus, dass sie für jeden anderes bedeuten konnte, wie Clark resümiert, »weil [sie] eine Vielzahl von Vorurteilen in wechselnder Kombination kanalisierte« und dabei immer »die Aufmerksamkeit auf die strukturellen Verbindungen zwischen dem Militär und dem breiteren sozialen und politischen System, in das es eingebettet war, [lenkte]«.²⁶

So avancierte der Begriff vor allem rund um die Reichsgründung zur massenwirksamen Kampfparole gegen den preußischen Staat und seine Militärinstitution.²⁷ Was genau er in der wissenschaftlichen Phänomenologie umschreiben soll, ist zwar unscharf geblieben,²⁸ gleichwohl wird ihm weitreichende Bedeutung zugeordnet.²⁹ Im *Historischen Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland* beschreiben ihn Werner Conze, Michael Geyer und Reinhard Stumpf als einen der wichtigsten »semantischen

24 Zitiert nach Clark: Preußen (wie Anm. 8), 9.

25 Dehio: Gleichgewicht (wie Anm. 3), 223.

26 Clark: Preußen (wie Anm. 8), 683f.

27 Ludwig Quidde: Der Militarismus im heutigen Deutschen Reich. Eine Anklageschrift, Stuttgart 1893, wiederabgedruckt in: Ders.: Caligula. Schriften über Militarismus und Pazifismus, mit einer Einleitung hg. v. Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt a. M. 1977, 81-130, hier: 84, 99, 109.

28 Michael Salewski: Preußischer Militarismus - Realität oder Mythos? Gedanken zu einem Phantom, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 1 (2001), 19-34, sowie als Quellensammlung Bernd Ulrich / Jakob Vogel / Benjamin Ziemann (Hg.): Untertan in Uniform. Militär und Militarismus im Kaiserreich 1871 bis 1914. Quellen und Dokumente, Frankfurt a. M. 2001. Zum Preußenbild siehe z.B. Otto Büsch / Francis L. Carsten (Hg.): Preussen und das Ausland. Beiträge zum europäischen und amerikanischen Preußenbild am Beispiel von England, den Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, Österreich, Polen und Russland, Berlin 1982 oder Otto Büsch (Hg.): Das Preußenbild in der Geschichte. Protokoll eines Symposiums (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 50), Berlin 1981.

29 Siehe z.B. Andreas Lawaty: Das Ende Preussens in polnischer Sicht: Zur Kontinuität negativer Wirkungen der preußischen Geschichte auf die deutsch-polnischen Beziehungen (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 63), Berlin / New York 1986.

Sammlungspunkte« in der modernen deutschen politischen Kultur.³⁰ Dabei haben andere wiederholt darauf verwiesen – Jürgen Luh beispielsweise bereits vor nunmehr 15 Jahren –, »daß vorgeblich typisch ›preußische‹ oder später ›preußisch-deutsche‹ Phänomene keineswegs immer einzigartig waren«, insbesondere dann, wenn Preußen »nicht für sich allein, sondern [...] im deutschen und darüber hinaus europäischen Kontext betrachtet werden [würde]«. ³¹

Gerne wird in diesem Kontext darauf verwiesen, dass Preußen weniger Kriege geführt habe als beispielsweise Großbritannien, Frankreich und Österreich oder dass »die Briten [...] staatliche Gewalt in einem Maße [tolerierten], wie sie in Preußen undenkbar gewesen wäre«. ³² Dennoch sei im vom Kriegerstaat Preußen dominierten Deutschen Kaiserreich die Einhegung des Militarismus nicht so recht gelungen. ³³ Per definitionem beschreibt Militarismus nach Meinung der Politikwissenschaftler Klaus Schubert und Martina Klein die Dominanz militärischer Wertvorstellungen und Interessen in der Politik und im gesellschaftlichen Leben ³⁴, wohingegen ihr Kollege Wilfried von Bredow damit »die Dominanz des Militärs als Organisation in Staat und Gesellschaft« und erst daraus resultierend »das Vorherrschen militärisch-kriegerischer Denkkategorien in Staat, Gesellschaft und Politik« meint. In einem Modell, das Bredow dezidiert mit einem »deutschen Militarismus« unter Wilhelm II. unterlegt, seien die Streitkräfte selbst »Motor der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung«, gelten als »Schule der Nation« und griffen auch in Friedenszeiten massiv in politische Entscheidungsprozesse ein, weil »[m]ilitärische Werte und soldatische Verhaltensweisen [...] zivile Handlungen und Entscheidungsprozesse [bestimmen]«. ³⁵

Solchen Definierungsangeboten könnte insbesondere nach neueren Forschungsergebnissen zum Beginn des Ersten Weltkrieges viel Kritisches entgegengehalten werden, noch ohne die Begriffe Militär, Militarisation und Militarismus für sich zu hinterfragen. ³⁶ Hierfür mangelt es allerdings noch immer an entsprechenden regional und

30 Werner Conze / Michael Geyer / Reinhard Stumpf: Militarismus, in: Otto Brunner u. a. (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. 8 Bde., Bd. 4, Stuttgart 1972-1997, 1-47.

31 Jürgen Luh: *Bemerkungen zum Preußenbild*, in: Ders. / Vinzenz Czech / Bert Becker (Hg.): *Preussen, Deutschland und Europa 1701-2001*, Groningen 2003, 1-12, hier: 11.

32 Clark: *Preußen* (wie Anm. 8), 534, sowie zu einer Kompilation der Argumente Otto Langels: *Krieg und Kultur. Das schwierige Erbe Preußens*, in: *Deutschlandfunk Kultur*, 21.2.2007; https://www.deutschlandfunkkultur.de/krieg-und-kultur.984.de.html?dram:article_id=153359<16.10.2018>.

33 Wilfried Loth: *Das Kaiserreich. Obrigkeitsstaat und politische Mobilisierung*, München 1996, 204, Ewald Frie: *Das Deutsche Kaiserreich*, Darmstadt 2004, 10 und 119.

34 Klaus Schubert / Martina Klein: *Das Politiklexikon*. 4., aktualisierte Auflage, Bonn 2006.

35 Wilfried von Bredow: *Militär und Demokratie in Deutschland: Eine Einführung*, Wiesbaden 2007, 66 f.

36 Ein sehr kritisches Definitionsangebot bietet Wolfram Wette: *Für eine Belebung der Militarismusforschung*, in: Ders. (Hg.): *Militarismus in Deutschland 1871 bis 1945. Zeitgenössische Analysen und Kritik*. Münster 1999, 13-37, hier: 13f.

international vergleichenden Studien, in die gleichfalls gründlicher zu untersuchende Entwicklungen der Preußenhistoriographie einzuordnen wären.³⁷ Denn was genau der deutsche oder der preußische Militarismus sein soll, ist bis heute ebenso unscharf definiert wie das Bild von Preußen, das damit verknüpft wird. Dabei machte beispielsweise Stig Förster schon vor über 30 Jahren auf ein Spezifikum des preußisch-deutschen Militarismus aufmerksam, nämlich seine weltanschauliche Aufsplitterung in eine eher konservative Strömung und eine bürgerlich-radikalnationalistische Massenbewegung, die sich mit Vorliebe um die kaiserliche Flotte als Symbol imperialer Machtpolitik scharte.³⁸

So scheinen die Bilder von Preußen mehr durch Filme beeinflusst, denn durch wissenschaftliche Forschungen. Jene bieten die genregerechte Mischung aus Mythos, Legende und Ideologie und beschränken sich auf drei kriegerische Epochen – die friderizianische, napoleonische und wilhelminische –, mit ihren vermeintlichen Heldengestalten. Von den 44 Kinofilmen zum Thema Preußen bis 1945 entstanden 27 während der Weimarer Republik, wo das Sujet – und die darin transportierte Sehnsucht nach einem starken Mann – einen regelrechten Boom erlebte. In der Nachkriegszeit dominierten im Westen dann die Nostalgie, im Osten das proletarische Preußen sowie die Versuche, die so genannten Befreiungskriege und ihre Helden für die eigenen Zwecke umzuinterpretieren. Kritische Auseinandersetzungen bot erst 1985 der DDR-Vierteiler *Sachsens Glanz und Preußens Gloria* und zeugte damit nicht nur vom Wandel des Preußenbilds in Ostberlin, sondern zeigte Friedrich den Großen auch in seiner Widersprüchlichkeit.³⁹ Dieses differenzierte Bild des Preußenherrschers wurde in den folgenden Jahrzehnten von der historischen Forschung klar ausformuliert und veränderte damit auch dessen öffentliche Wahrnehmung.⁴⁰ »Die geschichtspolitischen Deutungskämpfe um Friedrich den Großen sind vorbei«, resümierte Eckhard Fuhr

37 Siehe Wolfgang Neugebauer (Hg.): *Das Thema ›Preußen‹ in Wissenschaft und Wissenschaftspolitik des 19. und 20. Jahrhunderts*, Berlin 2006.

38 Siehe Stig Förster: *Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Statusquo-Sicherung und Aggression 1890-1913*, Stuttgart 1985.

39 Heinz Kersten: *Führerkult mit Perücke. Preussenbilder im deutschen Film*, in: *der Freitag*, Das Meinungsmedium, 30.11.2001; <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/fuehrerkult-mit-perucke> <15.10.2018>.

40 Siehe vor allem Peter-Michael Hahn: *Friedrich II. von Preußen. Feldherr, Autokrat und Selbstdarsteller*, Stuttgart 2013, Ewald Frie: *Friedrich II., Reinbek bei Hamburg* 2012, Jürgen Luh: *Der Große. Friedrich II. von Preußen*, München 2011 und Bernd Söseman / Gregor Vogt-Spira (Hg.): *Friedrich der Große in Europa. Geschichte einer wechselvollen Beziehung*, 2 Bde., Stuttgart 2012 sowie die populärwissenschaftlichen Darstellungen von Johannes Kunisch: *Friedrich der Große in seiner Zeit. Essays*, München 2008 und Wolfgang Venohr: *Fridericus Rex. Friedrich der Große - Porträt einer Doppelnatur*, Bergisch Gladbach 2000. Zu wesentlichen Ausstellungen siehe *Friedrich der Große. verehrt. verklärt. verdammt*, Hg. v. Deutschen Historischen Museum, Stuttgart 2012 sowie *Friederisiko – Friedrich der Große. Ausstellungskatalog*, und *Friederisiko – Friedrich der Große. Die Essays*, beide hg. v. der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, München 2012.

2012 in der *Welt*: »Weder führt von ihm ein direkter Weg des preußischen Militarismus über Bismarck und Hitler in die Katastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts, noch strahlt sein Licht als Aufklärer, Modernisierer und Musenfreund bis in unsere zivile, rechtsstaatliche und demokratische Gegenwart.«⁴¹

Die politischen Hintergründe

Dass das besiegte und besetzte Deutsche Reich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges aufgeteilt werden würde, waren ebenso formulierte Kriegsziele der Anti-Hitler-Koalition wie die Wiederherstellung Österreichs als eigenständiger Staat und beträchtliche Gebietsabtretungen im Osten. Nur ein solches »dismemberment«, so Wilfried Loth, schien die Gewähr dafür zu bieten, dass sich ein besiegtes Deutschland nicht wieder zu einem bedrohlichen Machtfaktor entwickelte.⁴² Insbesondere Churchill und Stalin waren sich schon seit den britisch-sowjetischen Bündnisverhandlungen im Herbst 1941 einig, dass darunter auch Preußen fallen würde, uneins blieb man sich allerdings über das Wie.⁴³ Churchills Vorstellungen liefen auf eine Dreiteilung Deutschlands hinaus. Er wollte Preußen nicht zwingend auflösen, wohl aber um das rheinisch-westfälische Industriegebiet im Westen sowie Gebiete im Osten drastisch verkleinern, und die von ihm als friedfertiger eingeschätzten süddeutschen Staatlichkeiten zusammen mit den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie als Gegengewicht zu Preußen installieren.⁴⁴ Ebenso wenig plädierte US-Präsident Roosevelt für eine Auflösung Preußens:

41 Eckhard Fuhr: Der Alte Fritz wäre heute ein monströser Blogger, in: *Welt.de*, 24.1.2012; <https://www.welt.de/kultur/history/article13829711/Der-Alte-Fritz-waere-heute-ein-monstroeser-Blogger.html> <16.10.2018>.

42 Wilfried Loth: Die Deutschlandplanung der Sieger, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Dossier Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg, 29.4.2005; http://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/dossier-nationalsozialismus/39616/deutschland-der-sieger?p=all#footnodeid_1-1 <15.10.2018>.

43 Zu 1941 siehe Brief Molotows an Majskij, 21.11. 1941, in: Jochen P. Laufer / Georgij P. Kynin (Hg.): Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Bd. 1, Berlin 2004, S. 11f., sowie Majskij an Molotow, 5.12.1941, 16-18. Die Diskussion über die Aufteilung im März 1944 zum Abschluss, als die Bildung von sieben Einzelstaaten vorsah: Preußen unter Abtretung von Ostpreußen, Oberschlesien und Schleswig; daneben ein rheinisch-westfälischer Staat sowie ein zweiter Nordstaat aus Hessen-Nassau, Hannover, Oldenburg und Bremen, dazu Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden als eigenständige Staaten. Siehe den Bericht „Zur Behandlung Deutschlands“, 9.3.1944; Laufer / Kynin: Die UdSSR (wie Anm. 45), 333-364. Zu Stalins Verhalten 1945 siehe Britisches Protokoll der Sitzung vom 5.2. 1945, in: Rolf Steininger (Hg.): Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1988, 286-290.

44 So seine Ausführungen auf der Konferenz von Teheran, referiert bei Lothar Kettenacker: Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges, Göttingen 1989, 234.

Auf der Konferenz von Teheran 1943 erklärte er, das Ruhr- und das Saargebiet sowie der Nord-Ostsee-Kanal einschließlich der Städte Hamburg und Kiel sollten auf Dauer unter internationale Verwaltung gestellt werden, aus dem übrigen Gebiet fünf autonome Staaten entstehen, darunter Preußen.⁴⁵

Im Kern ging es also gar nicht um eine formale Auflösung, vielmehr um eine Marginalisierung Preußens. Weder Briten noch US-Amerikaner mochten sich jedoch offiziell auf eine detaillierte Aufteilung festlegen, besaßen bis zur Konferenz von Jalta (4.-11. Februar 1945) auch keinerlei Konzepte dafür und nur auf Drängen Stalins wurde eine Aufteilung zumindest im Grundsatz vereinbart.⁴⁶ Weil sich die Briten dann aber doch weigerten, sich auf eine Aufteilung festzulegen, als die in Jalta eigens dazu eingerichtete die Kommission Anfang März 1945 in London zusammentrat, entschloss sich Stalin am 24. März 1945 kurzerhand zu einer Kehrtwende und bekannte sich zur Erhaltung der deutschen Einheit.⁴⁷ Dahinter stand aber gerade eben nicht die Hoffnung, nach dem erfolgreichen Vorstoß der Roten Armee bis nach Mitteldeutschland das ganze Land unter sowjetische Kontrolle zu bringen – ähnlich Churchill befürchtete er im Gegenteil, Washington könnte seine Truppen zurückziehen, »bevor die Hauptaufgaben der Besatzung – die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands – vollendet« seien.⁴⁸ Noch weniger jedoch wollte er eine Allianz des von ihm so verstandenen US-amerikanischen mit dem deutschen »Imperialismus«. Insofern stellte ein einheitliches Deutschland für ihn die zweitbeste Lösung des deutschen Problems dar und von den Aufteilungsplänen blieb zunächst nur die Abtretung der deutschen Gebiete östlich der Oder.⁴⁹

Was die Neutralisierung der deutschen Gefahr anging, setzte sich dann der ihm von Andreas Hillgruber zugeschriebene Preußen-Komplex Churchills durch, wie er in einer Unterhaltung mit Adenauer am 4. Dezember 1951 in London durchschien.⁵⁰ Hier fragte der britische Premier den westdeutschen Kanzler, ob er Preuße sei, denn die wären seiner Meinung nach »Bösewichter«, er »habe Angst vor ihnen«. Auf die offenbar lachende Antwort Adenauers, er sei es nicht, sein innenpolitischer Widersacher

45 Sitzung vom 1.12.1943, Foreign Relations of the United States (FRUS) 1943 Cairo and Tehran, 600-604. Bei den anderen handelte es sich um Hannover mit weiteren norddeutschen Gebieten, Sachsen, Hessen und Süddeutschland.

46 FRUS (wie Anm. 47), Yalta, 656f. und 978.

47 Siehe Josef Stalin: Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Moskau 1946, 219.

48 So die Formulierung in einem Telegramm des sowjetischen Botschafters in Washington, Nikolai Nowikow, vom 27.9.1946, zitiert nach Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994, 26, siehe auch 17-35.

49 FRUS Yalta (wie Anm. 48), 974.

50 Andreas Hillgruber: Alliierte Pläne für eine „Neutralisierung“ Deutschlands 1945-1955 (= Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften Vorträge G 286), Opladen 1987, 21.

Schumacher aber schon, erwiderte Churchill: »Die Preußen haben aber einen guten kämpferischen Geist.«⁵¹

Die Verfestigung der Bilder

Im Zuge der Auseinandersetzung um die westdeutsche Wiederbewaffnung spielten solche Überlegungen, nämlich welchen Deutschen man Waffen und militärische Macht übergeben wollte, eine durchaus veritable Rolle.⁵² Das galt umso mehr für Frankreich: Willy Brandt berichtete 1976 über einen Besuch als Regierender Bürgermeister Berlins in Paris noch im Juni 1959, bei dem es zu einem Zusammentreffen mit dem just wieder zum Staatspräsident gewählten Charles de Gaulle kam: »Damals [...] überraschte mich de Gaulle durch den Stil der Unterhaltung: [...] Was hat mir der Bürgermeister über den Stand der Dinge in Berlin zu sagen? – Und wie steht es in der Bundesrepublik? – Und was ist mit der Lage in Preußen? Ich brauchte ein paar Sekunden, um zu begreifen: mit ›Preußen‹ war die DDR gemeint. Ich machte dazu eine relativierende Bemerkung, die freilich nur bewirkte, daß de Gaulle bei einer anderen Gelegenheit von ›Preußen und Sachsen‹ sprach. So sagte es ihm sein Verständnis von historischer Kontinuität. Von gesellschaftlichen Systemen und wachsenden staatlichen Gruppierungen hielt er nichts, von Nationen, Völkern und alten Staaten alles. Auch die Sowjets waren für ihn stets ›die Russen‹.«⁵³

Davon legte der im Zweiten Weltkrieg als Führer der freien Franzosen inszenierte General auch wiederholt öffentlich Zeugnis ab, und so war für de Gaulle schon währenddessen Preußen der eigentliche Gegner gewesen, wenn er von Deutschland

51 <https://www.konrad-adenauer.de/dokumente/gespraeche/1951-12-04-gespraech-churchill> <15.10.2018>.

52 Siehe Agilolf Keßelring: Die Organisation Gehlen und die Verteidigung Westdeutschlands. Alte Elitedivisionen und neue Militärstrukturen 1949–1953 (= Studien der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 3), Marburg 2014, Bruno Thoß: NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung. Planung und Aufbau der Bundeswehr unter den Bedingungen einer massiven atomaren Vergeltungsstrategie 1952 bis 1960 (= Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland 1), München 2006 sowie im Überblick Rolf Steininger: Die Alliierten und Deutschland 1945–1948, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament, B 32–33/98 (31.7.1998), 3–12.

53 »Was ist mit Preußen?«, in: Der Spiegel Nr. 25/1976 vom 14.6.1976; <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41170758.html> <15.10.2018>.

sprach.⁵⁴ In seiner Rede am 22. November 1944 vor der Assemblée Consultative Provisoire, des Quasi-Parlamentes des Comité français de la Libération nationale (CFLN), fragte er im Kontext der künftigen Behandlung eines besiegten Deutschlands beispielsweise, was aus den Menschen dort werden sollte, nachdem »die nationalsozialistische Herrschaft und das preußische Übergewicht« – »la domination nationale-socialiste et la prépondérance prussienne« – beseitigt worden sei.⁵⁵ Er unterschied also ganz bewusst zwischen der historischen Landschaft Preußen, die er zwischen Elbe und Oder verortete, und dem politischen Preußen und wollte zurück zu den ›Deutschen‹, ehe sich Preußen an die Spitze zur Beantwortung der deutschen Frage gestellt hatte.⁵⁶ Nur ohne dieses Preußen würde sich seiner Meinung nach Deutschland in ein friedliches Land entwickeln können.⁵⁷ Und eben hier traf er sich mit Churchill, den man seinem deutschen – vielleicht treffender: preußischen – Biographen Christian Graf von Krockow nach als Mann verstehen müsste, dessen Überzeugungen sämtlich auf historischen Erfahrungen basierten.⁵⁸

In dieser historisierenden Herangehensweise waren beide freilich nicht alleine: In einem Artikel für den *Daily Herald* mahnte der britische Arbeits- und ab Sommer 1945 Außenminister Ernest Bevin im November 1941 schließlich, es würde nicht reichen, Hitler, Göring oder andere loszuwerden; was Europa ein für alle Mal abschütteln müsste, sei der preußische Militarismus mit seiner schrecklichen Philosophie. Und im Sommer 1943 warnte Clement Attlee, damals Außen-, ab Sommer 1945 Premierminister, davor, den »Fehler von 1918« zu wiederholen, als man das »eigentliche aggressive Element« der deutschen Gesellschaft, die preußischen Junker, als vermeintliches Bollwerk gegen den Bolschewismus zu brauchen meinte.⁵⁹ Darin war er sich auch mit Roosevelt einig, der am 17. September 1943 vor dem US-Kongress »unmissverständlich« erklärte: »[W]enn Hitler und die Nazis abtreten, dann muss auch die Riege der preußischen Militärs gehen. Wenn wir irgendeine Garantie für einen dauerhaften Frieden wollen, [...] dann müssen die kriegstreiberischen Banden in Deutschland mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden.«⁶⁰

Solch historisierendes Preußenbild hatte man tatsächlich bereits in der Weimarer Republik fleißig genährt, wo das Thema Preußen nicht nur im Kino boomte: So sprach

54 Am 10.11.1959 verkündete de Gaulle z. B.: »Das kommunistische Regime in Rußland, das durch Mittelsmänner über seine Nachbarländer in Europa herrscht, hat Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Jugoslawien, Preußen und Sachsen keineswegs für sich gewonnen.« Zitiert nach De Gaulle: Die Völker der Länder Preußen und Sachsen, in: Die Zeit 3 (1965) vom 15.1.1965; <https://www.zeit.de/1965/03/de-gaulle-die-voelker-der-laender-preussen-und-sachsen> <15.10.2018>.

55 Zitiert nach Köhler: Das Ende (wie Anm. 10), 68.

56 Köhler: Das Ende (wie Anm. 10), 72.

57 Ebd., 75.

58 Christian Graf von Krockow: Churchill. Eine Biographie des 20. Jahrhunderts, Hamburg 1999.

59 Beide zitiert nach Clark: Preußen (wie Anm. 8), 764.

60 Zitiert nach ebd., 764f.

sich beispielsweise schon im Januar 1921 der spätere Friedensnobelpreisträger Gustav Stresemann in einer Rede im ostpreußischen Allenstein energisch für die Erhaltung Preußens aus »als der alleinige Kern, aus dem Deutschland neu erstehen muss. [...] Wir dürfen nicht das Bestehen dieses Staates antasten, der der Kern des Reiches war und bleibt!«⁶¹

Da darf es kaum verwundern, wenn das Bismarckreich im Zentrum des ausländischen Preußenbildes blieb, zumal im französischen. Denn aus der Pariser Perspektive hatte sich Preußen stets nach Westen ausgedehnt, bis es 1867 die Grenzen Frankreichs erreichte, jenes 1870/71 militärisch bezwang, seine Implementierung als – im Verständnis der mehrheitlichen Franzosen nicht Deutsches, sondern Groß-Preußisches Reich – noch dazu auf demütigende Weise im Spiegelsaal von Versailles vollzog und seine weitere Existenz mit der internationalen Ausgrenzung, ja Isolierung Frankreichs absicherte. Nicht nur für die meisten Franzosen galten daher »extremer Nationalismus und preußischer Staat nur als zwei Seiten einer Medaille«, wie es Henning Köhler 1982 zusammenfasste.⁶² Frankreich, Großbritannien und die USA beteiligten sich also keineswegs, wie eingangs von Gornig vermutet, »gleichgültig, arglos« an der Auflösung Preußens, sondern aus ihrer Sicht mit guten Gründen.⁶³ Politisch nahmen sie Deutschland als Preußen wahr und dieses verbanden sie mit militärischem Großmachtstreben.

Wie fest sich dieses Bild verankerte, belegte John C. Kornblum, der nahezu sein gesamtes diplomatisches Leben in oder mit Deutschland verbrachte und dessen Großeltern 1882 selbst aus Ostpreußen in die Vereinigten Staaten ausgewandert waren, in seiner Rede als US-Botschafter vor der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg am 16. März 2000: »Die frühen Jahre unserer Beziehungen waren positiv und von Zusammenarbeit geprägt«, bevor Preußen »[n]ach 1860 [...] in den Augen der Vereinigten Staaten zum Synonym für Nationalismus und Militarismus« geworden sei. »Der zunehmende Nationalismus nach den gescheiterten Revolutionen von 1848 zerstörte langsam die Traditionen der Offenheit, die Preußen stark gemacht hatten. Das Bild Preußens als tolerante und ehrliche Gesellschaft wurde durch das Bild eines Preußens ersetzt, in dem exzessiver Militarismus und Nationalismus Fuß gefasst hatten. [...] Damit wurde Preußen zu einem gemeinsamen Feind, gegen den sich andere – auch

61 Zitiert nach Köhler: *Das Ende* (wie Anm. 10), 75f.

62 Ebd., sowie Elisabeth Fehrenbach: *Preussen-Deutschland als Faktor der französischen Außenpolitik in der Reichsgründungszeit*, in: *Historische Zeitschrift*, Beiheft 6: *Europa und die Reichsgründung. Preussen-Deutschland in der Sicht der großen europäischen Mächte 1860-1880*, hg. v. Eberhard Kolb, München 1980, 109-137. Siehe dazu das Kissinger Diktat Bismarcks von 1877, nach dem das Ziel der deutschen Außenpolitik eine politische Gesamtsituation war, »in welcher alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden«; zitiert nach Otto Pflanze: *Bismarck. 2 Bde., Bd. 2: Der Reichskanzler. Aus dem Englischen von Peter Hahlbrock*, München 2008, 159.

63 Gornig: *Gesetz Nr. 46* (wie Anm. 12) und *Ders.: Der Untergang* (wie Anm. 12).

die Vereinigten Staaten – verbündeten, um ihn zu zerstören. Das dunkle Kapitel der preußischen Geschichte endete so 1947 mit der Auflösung Preußens.«⁶⁴

Folgt man dieser Lesart begibt man sich rasch in die Nähe einer Anhängerschaft zur These eines deutschen Sonderwegs, der vielleicht sogar, so vermutete es jedenfalls Clark, eher preußisch als deutsch rezipiert worden ist. Denn vielen Analysen der neueren deutschen Geschichte – vor wie nach 1945 – lag die Vorstellung zugrunde, dass Deutschland in das liberale, weltoffene und friedfertige West- und Süddeutschland auf der einen Seite und das reaktionäre, militaristische Nordostdeutschland auf der anderen zerfalle. Der US-amerikanische Soziologe Thorstein Veblen vertrat in seiner 1915 veröffentlichten Studie *Imperial Germany and the Industrial Revolution* die Ansicht, in Deutschland habe ein einseitiger Modernisierungsprozess die politische Kultur verzerrt, weil das Gefüge des Staatswesens nur geringfügig verändert worden sei – was er auf den Fortbestand eines im Wesentlichen vormodernen preußischen ›Territorialstaates‹ zurückführte, der durch eine nahezu ununterbrochene Abfolge von Angriffskriegen entstanden sei, wodurch sich wiederum eine extreme Untertanenmentalität ausgeprägt habe.⁶⁵

Damit schließt sich der Kreis zu jenem rein politisch definierten Preußen, das unter diesen Umständen nicht weit davon entfernt zu sein scheint, als »Krankheit« oder »Gebrechen« angesprochen werden zu können. Denn aus ausländischer Sicht änderten sich die Symptome eben nicht einmal nach dem Untergang des Kaiserreiches 1918 – Im Gegenteil: Generalmajor Hans von Seeckt, Chef des Allgemeinen Truppenamtes der Reichswehr, forderte in seinem »Erlass an die Generalstabsoffiziere« vom 18. Oktober 1919 bereits: »Ruft erneut das Schicksal das deutsche Volk zu den Waffen – und unausbleiblich kommt einmal dieser Tag –, dann soll er kein Volk von Schwächlingen, sondern von Männern finden, die kraftvoll zur schnell vertrauten Waffe greifen. Die Form dieser Waffe ist nicht so wichtig, wenn Hände von Stahl und Herzen von Eisen sie führen. Tun wir alles, was wir können, daß der Zukunftstag beide findet, arbeiten

64 <https://de.usembassy.gov/de/amerika-preussen> <15.10.2018>: Preußen und die USA seien beide »Schmelzriegel von Kulturen und Menschen« gewesen, dadurch geformt worden und hätten »durch Gebietseroberungen und die Integration unterschiedlicher Völker immer mehr an Stärke [gewonnen]. Aber während die amerikanische Expansion vor allem durch Einwanderung gelenkt wurde, war die preußische Expansion eher einer durch Gebietsannexion gebildeten ›Patchworkdecke‹ vergleichbar.«

65 Christopher M. Clark: Preußenbilder im Wandel, Verleihung des Preises des Historischen Kollegs am 5. November 2010 in München in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften an Christopher Clark; https://www.badw.de/fileadmin/user_upload/Files/BADW/pressemitteilungen/2010/pm-30-10/Festvortrag_Clark-1.pdf <15.10.2018>, Thorstein Veblen: *Imperial Germany and the Industrial Revolution*, New York 1915.

wir unermüdetlich an der eigenen Wehrhaftmachung von Geist und Körper und an der der Volksgenossen.«⁶⁶

So erscheint es wenig überraschend, wenn für den britischen Außenminister Anthony Eden im Dezember 1939 offensichtlich schien: »Hitler ist im Grunde gar nicht so einzigartig. Er ist nur der jüngste Ausdruck des Eroberungsgeistes des preußischen Militärs.« Edens Rede wurde vom *Daily Telegraph* prompt unter der Überschrift veröffentlicht: »Hitlers Herrschaft in der Tradition der preußischen Tyrannei.«⁶⁷

Zu diesem Zeitpunkt war der seinerzeit und bei weitem nicht nur von Seeckt erhoffte Tag jedenfalls schon gekommen, doch kein Preuße hatte ihn gebracht, sondern ein Österreicher und, obwohl Verehrer Friedrichs des Großen, also absurderweise ein Großdeutscher. Allerdings hatte Seeckt auch vom »deutschen« Volk geredet, was die neuere These stützt, dass eine dezidiert deutsche Identität durch den Ersten Weltkrieg geschaffen worden sei, an dessen Beginn noch eine Kontingentsarmee der deutschen Staaten kämpfte, und an dessen Ende ein deutscher Kaiser abdankte, der sich auch tatsächlich als solcher verstand, während sein Großvater noch hatte gezwungen werden müssen, nicht mehr nur König von Preußen bleiben zu dürfen.

Aber handelt es sich beim Vergleich Wilhelms I. mit dem II. nicht schon wieder um jene Trennung von politischem und organischem Preußen? Für den Großvater – und nicht wenige andere, auf Haffner wurde bereits hingewiesen – ist das »wahre Preußen« mit der Gründung des Kaiserreichs 1871 verschwunden, andere verorten dies wiederum in der Beseitigung der monarchischen Staatsform 1918, wieder andere verbinden es mit dem »Preußenschlag« und der Gleichschaltung der Länder 1932–34, manche Juristen plädieren für einen staatsrechtlichen Fortbestand bis 1945. So ist der Auflösungsbeschluss durch den Alliierten Kontrollrat 1947 vielleicht doch ein notwendiger formaler Akt gewesen, um Diskussionen dieser Art erst gar nicht aufkommen zu lassen. Wenn man die Deutschen schon brauchte, dann sollten sie jedenfalls nicht im so antizipierten preußischen Geist verhaftet bleiben dürfen.

Der Verlauf der preußisch-deutschen Geschichte galt im Übrigen beileibe nicht nur den Siegermächten als eine, wenn nicht die Wurzel der »deutschen Katastrophe«.⁶⁸ Auch in einem Flugblatt der Weißen Rose wurde die »autoritäre preußische Staatsidee« und deren Militarismus »nach dem Sieg Preußens über Frankreich« für die Entwick-

66 Zitiert nach: Offiziere im Bild von Dokumenten aus drei Jahrhunderten. Hg. v. Hans Meier-Welcker (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte 5), Stuttgart 1964, Dok. 73, 220f. Weiterführend siehe Niklaus Meier: Warum Krieg? Die Sinndeutung des Krieges in der deutschen Militärelite 1871 bis 1945 (= Krieg in der Geschichte 73), Paderborn u. a. 2012, bes. 130.

67 Beides zitiert Clark: Preußen (wie Anm. 8), 763f.

68 <http://web.fu-berlin.de/akip/preussenforum/chronik/nachw19451989/index.html> <16.10.2018>.

lung Deutschlands hin zum Nationalsozialismus verantwortlich gemacht und dazu aufgefordert, sich von ihm »für alle Zeit« zu trennen.⁶⁹

Apropos Weiße Rose: Es ist nicht zuletzt auf die veränderte Beurteilung des deutschen Widerstandes im Nationalsozialismus zurückzuführen, dass sich zwischenzeitlich ein differenzierteres Urteil über die preußische Geschichte geformt hat, das sich trotz weiterhin kritischer Akzentuierung doch wesentlich von der einseitigen Betrachtungsweise in den Kriegsfolgengesellschaften unterscheidet.⁷⁰ Im *Spiegel* kommentierte Rolf Schneider schon 1975 den Umstand, dass Stauffenberg dann doch »Freundlichkeit und Sympathie« erfuhr, mit dem süffisanten Hinweis: »Möglicherweise, ich schließe das nicht aus, wirkte gleichermaßen der Umstand mit, daß der romantische Hitler-Attentäter kein Preuße, sondern Schwabe war.«⁷¹

Fazit

Preußen hat zwar weniger Kriege geführt als andere Länder – ein gerne ins Feld geführtes Argument im Übrigen gegen einen dort existierenden Militarismus –, doch ohne Kriege wäre Preußen als politisch gestaltende Macht im Europa seiner Zeit nicht denkbar. Dazu waren seine Kernlande zu unbedeutend und territorial zu peripher. Als wie militaristisch es deswegen heute bewertet werden muss, ob es das vergleichsweise überhaupt gewesen ist, und wie stimmig die hier vorgestellten Preußenbilder letztlich sind, wäre ein Thema für die weiter oben eingeforderten Forschungen, insbesondere im internationalen Vergleich.

Genau genommen ist schon die Staatsbezeichnung ein erobertes Name, indem man der indigenen Bevölkerung der Pruzzen ihr Siedlungsgebiet gewaltsam wegnahm. Lediglich für diesen, in Wirklichkeit sogar nur in diesem, und eben nicht für den eigentlich wichtigeren Landesteil der Mark Brandenburg war es der Dynastie Hohenzollern möglich, die Königskrone zu erwerben. Sie zu behalten, basierte fürderhin absurderweise auf einer gleichzeitigen zurückhaltenden Außenpolitik und der Schaffung eines potenten Stehenden Heeres. Der eher wenig begüterte Staat bedurfte dazu einer drastischen Sparsamkeit und eines ebenso akkuraten wie zentralisierten Beamtenapparats.

69 Klaus Schlichtmann: Wirtschaft, Gesellschaft und Außenpolitik Japans, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 51/2000; <http://www.bpb.de/apuz/25278/wirtschaft-gesellschaft-und-aussenpolitik-japans?p=all#fr-footnodeid2> <10.08.2018>.

70 <http://web.fu-berlin.de/akip/preussenforum/chronik/nachw19451989/index.html> <16.10.2018>.

71 Rolf Schneider: Die DDR und Preußen, in: Der Spiegel 37 (1975) vom 8.9.1975; <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41419759.html> <16.10.2018>.

Auf der Basis eines dadurch wirtschaftlich wie finanziell gesicherten Staatswesens erweiterte Friedrich II. (der Große) das Königreich gewaltsam, führte es dabei aber auch in den Dualismus mit dem Haus Habsburg, der schließlich mit der kleindeutschen Lösung beendet worden ist. Auch die deutsche Einigung diente letztlich zuvorderst den dynastischen Interessen der Hohenzollern, dessen zersplitterter Herrschaftsbereich durch die zwei – letzten Endes als Reichseinigungskriege teleologisch interpretierten – Feldzüge gegen Dänemark sowie Frankreich und einen Bürgerkrieg im Deutschen Bund zusammengeführt werden konnte. Dass Preußen dadurch auch innenpolitisch die Führung übernahm und die eigenen Staatsprinzipien auch im Deutschen Reich durchzusetzen vermochte, nährte die These vom »deutschen Sonderweg« und die Markierung des Kriegerstaates als Wurzel allen Übels.

Nun sind die scheinbaren preußischen Tugenden wie Sparsamkeit, Ordnung, Fleiß und Sauberkeit ebenso wenig von ihrer historischen Kontextualisierung zu trennen wie die kriegerische Machtpolitik. In einem *Spiegel*-Interview von Martin Doerry und Klaus Wiegrefe auf die Debatte um den preußisch-deutschen Sonderweg angesprochen, antwortete Christopher Clark 2007 sehr sinnig: »[S]ie erfüllte einen volkspädagogischen Zweck, denn sie ermöglichte es, verschiedene Problemkomplexe wie Militarismus, Gehorsamkult, Autoritätsgläubigkeit über den Begriff Preußen zusammen mit dem Nationalsozialismus in einen Topf zu werfen. Das hat die Entstehung einer liberalen Bundesrepublik erleichtert. Aber jetzt ist es Zeit, andere Fragen zu stellen und Raum zu schaffen für neue Sichtweisen.«⁷²

Dieser Appell ist nun elf Jahre alt und Preußen ist bis heute ein noch immer mitunter hochemotional umstrittenes Thema nicht nur der deutschen Geschichtswissenschaft geblieben.⁷³ Zu wünschen wäre den aktuellen wie künftigen Diskursen, dass sie weniger nach den preußischen Farben verliefen, die bekanntlich auch unsere Nationalspieler tragen, sondern mehr nach deren durchaus different schattierten Hautfarben und anders als deren momentanes Auftreten, nämlich professionell.

72 Abschied von Preußen. »Ein Bollwerk der Demokratie«. Der australische Historiker und Bestseller-Autor Christopher Clark, 46, über Preußen und den deutschen Sonderweg im Gespräch mit Martin Doerry und Klaus Wiegrefe, in: *Spiegel Spezial Geschichte* 3 (2007), 21.8.2007; <http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecialgeschichte/d-52666780.html> <19.10.2018>.

73 <http://web.fu-berlin.de/akip/preussenforum/chronik/nachw19451989/index.html> <16.10.2018>.

Sterbesessel und Hundezimmer Von der Schwierigkeit, den Hohenzollern in den Schlössern nach 1918 zu begegnen

Samuel Wittwer

Abstract

Beim nachfolgenden Vortragsskript handelt es sich – dem Thema geschuldet – weniger um quellenbasierte historische Forschung, sondern eher um einen »statistisch-interpretativen Strukturierungsversuch«. Dass spätestens nach dem Ende der Vermögensauseinandersetzung zwischen Staat und vormalig regierendem Königshaus 1926 begonnen wurde, in Bezug auf die dem Staat zugefallenen Schlösser, Gärten und Kunstwerke von einem »kulturellen Erbe zu sprechen, legt nahe, dass es die Monarchie war, deren Todesfall einen Erbprozess in Gang gesetzt hatte – nicht aber das dynastische Haus der Hohenzollern. Insofern stellt sich nicht nur die Frage, wie die Republik mit den Schlössern umging¹, sondern auch ganz besonders, wie und wo sie den Vertretern der Dynastie Raum gab, und wie sich dieses Verhältnis in den vergangenen hundert Jahren veränderte.

»Für die Deutschen ist der Fürst, der sie so wenig schmeichelhaft behandelte, heute mehr als je der vorbildliche Held und Staatsmann geworden, an dessen Gedanken sie sich erheben wollen, in diesen Tagen ihrer tiefsten Erniedrigung; und das Ausland, besonders das feindliche, zieht es unwiderstehlich nach den Stätten, an denen der Geist von Potsdam sich entfaltetete, der ihnen so viel zu schaffen machte und den sie nun auf

1 Vgl. dazu: Das Schloss in der Republik. Monument zwischen Repräsentation und Haus der Geschichte, Jahrbuch der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten für das Jahr 2014, Bd. 18, hg. v. Eberhard Paulus, Regensburg 2015, 74-90.

immer besiegt zu haben glauben.«² Dieses Zitat – aus den Zusammenhang gelöst – scheint auf den ersten Blick eine Situationsbeschreibung nach dem Zweiten Weltkrieg zu sein, von Erniedrigung, dem »Geist von Potsdam« und der Suche nach einem Vorbild ist die Rede. In Tat und Wahrheit stammt es aber aus der Feder von Fritz Rumpf, aus einem Beitrag, der 1924 erschien und sich mit den Neueinrichtungen der Potsdamer Schlösser befasst. Der Autor beschreibt den ununterbrochenen Besucherstrom ins Neue Palais seit der Revolution – übrigens im Gegensatz zum Marmorpalais und dem Stadtschloss in Potsdam, die weniger besucht würden – und betont die hohen Summen an Eintrittsgelder, die dem zuständigen Finanzministerium dadurch bereits zufließen.

Für den Andrang hat Rumpf eine einfache Begründung: Es sei nicht die Neugier auf die Privatresidenz Wilhelms II., sondern der Geist Friedrichs des Großen (der im obenstehenden Zitat mit dem Fürsten gemeint ist), der das Neue Palais zum Wallfahrtsort mache, so dass man eigentlich nur noch Staub wischen und weiter viele Karten verkaufen müsse, um das Haus zu unterhalten, und es sei auch nicht die Freude an der Kunst und dass der Besucher die »künstlerische Feinheiten« so besonders hoch eingeschätzt hätte. An diesen ging und geht heute noch die Mehrzahl derer, die es betreten, ziemlich achtlos vorüber. »Seine Anziehungskraft liegt in der Erinnerung an den großen König, die man am deutlichsten ausgeprägt an dem Orte zu finden hofft, der, der allgemeinen Überlieferung nach, dessen Lieblingsaufenthalt und Liebingschöpfung war.«³

Umso mehr sei deshalb die große Leistung von Charles Foerster im Zuge der friderizianischen Rekonstruktion – oder Re-Friderizianisierung – der Ausstattung des 18. Jahrhunderts zu loben, die aus touristischen Gründen aber gar nicht nötig sei, weil doch alle nur der Geschichten wegen kommen. Rumpfs besondere Würdigung und Beschreibung von Foersterns Vorgehen ermöglicht ihm in dem Beitrag zugleich, ein ungnädiges Urteil über die Veränderungen unter Wilhelm II. zu fällen, indem er beschreibt, wie die nach wie vor sichtbaren technischen Neuerungen im Palais vor allem deshalb so unerträglich seien, weil sie im »historischen Gewand« daherkommen. Selbst über den sogenannten Krönchen-Stoff zum Abdecken der Möbel lässt er sich negativ aus – um damit zu enden, dass er dringend riete, die große kaiserzeitliche Terrasse auf der Gartenseite des Palais auch noch wegzureißen.

Doch damit genug. Sechs Jahre nach dem Ende der Monarchie drückte ein kunstsinziger Potsdamer eine Haltung aus, die viele Zeitgenossen geteilt haben dürften: Endlich hemmungslos Friedrich den Großen verehren dürfen und nicht mehr Wilhelm II. würdigen müssen! Aber ist es wirklich so einfach?

2 Fritz Rumpf: Die Wiederherstellung der Potsdamer Schlösser, in: Kunst und Künstler, Nr. 22, 1924, 140-143.

3 Rumpf: Wiederherstellung (wie Anm. 2), 140-143.

Es ist kein großes Geheimnis, dass die Wechselwirkung zwischen Geschichtsschreibung und Volksmund des 19. Jahrhunderts in der Abfolge der regierenden Hohenzollern und ihrer Gattinnen zu als einem sich abwechselndem »Gut« und »Böse« führte. Auf die Verklärung des einen Herrschers folgte die Verdammung des Nachfolgers. Friedrich des Großen Stern, eingefasst vom »sadistischen Soldatenkönig« und dem nachfolgenden »Lüderjahn«, strahlte durch den Kontrast noch heller. Hätte man 1918 eine entsprechende Straßenumfrage gemacht, so wäre wohl herausgekommen, dass viele Befragte durch ihr Wissen aus Schulbüchern, Zeitschriften, Filmen, Literatur und mündlicher Erzählung durchaus etwas Positives zu den drei Charakteren der Spitzengruppe und etwas Negatives zu einigen anderen historischen Gestalten der Hohenzollern zu sagen gewusst hätten. Ob dies dann ein Kommentar zum Kunstsinn dieser Personen gewesen wäre, eine fundierte Aussage zum politischen oder gesellschaftlichen Wirken oder eine Legende, eine Zote – das ist schwer zu beurteilen. Vielleicht überprüft man am besten diese Frage an sich selbst, wenn man sich eingesteht, an was man zuerst denkt, wenn die Namen von Ludwig II., Sisi, Grace Kelly oder Princess Diana zu hören sind.

Das volkstümlich Vertraute, diese vermeintliche Nähe zu historischen Figuren, das ist ohne Zweifel eines der stärksten und wichtigsten Bindeglieder zwischen den Schlössern und einer bestimmten Klientel ihrer Besucher. Aber: Woran kann man die Präsenz und den Umgang mit den Hohenzollern nach dem Ende ihrer Macht in den Schlössern – die sie gebaut und bewohnt hatten – tatsächlich festmachen? Woran erkennt man eine Entwicklung, eine Veränderung im Umgang mit den regierenden Vertretern der Familie Hohenzollern in den Schlössern in den vergangenen 100 Jahren? Was sind die Faktoren, die in den Schlössern einen Einfluss darauf haben, welche Hohenzollern besonders hervorgehoben werden oder wie mit ihrer Präsenz in den materiellen Zeugnissen umgegangen wurde bzw. wird? Fünf Aspekte sind es, anhand derer nachfolgend das Bild der Hohenzollern und seine Entwicklung in den Schlössern untersucht werden soll.

Zunächst geht es um Äußerungen im Zusammenhang mit der Besucherbetreuung, dann um die faktische Präsenz in den Dauerausstellungen, schließlich um die aktive Beeinflussung des Geschichtsbildes in Publikationen und Sonderausstellungen und zum Schluss um öffentlichkeitswirksame Begebenheiten.

Informationen für Besucher vor Ort (mündliche Informationen durch Schlossführer, einführende Informationstafeln in die Schlossgeschichte, Aufsteller in den Innenräumen, Audioguides)

Dieser Aspekt ist schlecht dokumentiert, und daher ist es besonders schwierig zu prüfen, welchen Stellenwert die Hohenzollern hier einnehmen. Vor 1945 existierte diesbezüglich allein die mündliche Führung, und wenn man den wenigen literarischen oder filmischen Zeugnissen glauben darf, so bestand diese in erster Linie in der erklärenden Beschreibung von Objekten sowie der Vermittlung von Künstlernamen und Daten – und Anekdoten. So legt in der 1912 erschienenen Novelle »Rheinsberg« von Kurt Tucholsky der Kastellan Adler besonderen Wert darauf, Claire und Wölfchen die ganz besonderen Sehenswürdigkeiten näher zu bringen: »[...] und dūs hier sei das sogenannte Prinzenzimmer, und in diesem Korbe habe das Windspiel geschlafen«, und dann weiter: »Die Bilder habe der berühmte Kunstmaler Pesne gemalen, und die Bilder seien so vorzüglich gemalen, daß sie den geehrten Besuchern überallhin mit den Augen folgten. Man solle nur einmal die Probe machen!«⁴

Natürlich handelt es sich hier um die Karikatur einer Führung, die aber bekanntlich nur dann als solche wirken kann, wenn sie ein reales Vorbild hat, das sie überzeichnet. Inwieweit die Hohenzollern auf solchen kommentierten Rundgängen über die Nennungen im Zusammenhang mit dem Bau (»Schloss Sanssouci wurde von/für Friedrich den Großen erbaut, dies ist das Schlafzimmer von Friedrich dem Großen«) oder im Zusammenhang mit den Kunstwerken (»Friedrich der Große sammelte Gemälde von Watteau«, »Friedrich der Große spielte Flöte«) in ihrem historischen Denken und Wirken Kontur bekamen und bekommen, lässt sich nur schwer festmachen.

Aber die Person des Schlossführers spielt hier eine wichtige Rolle. Es liegt in der Natur der Führungen, dass Bemerkungen, die offenbar Beachtung beim Publikum finden und Reaktionen auslösen, wiederverwendet und bei fehlender Gegenrede gerne weiter ausgeschmückt werden. Das ist keine Herabsetzung des Schlossführers, sondern liegt in der Natur der repetitiven Erzählung. Diese persönliche Form der Schilderung historischer Personen kann eine eigene Qualität erzeugen, denn wir müssen uns bei der Frage nach der Präsenz der Hohenzollern in den Schlössern nicht nur fragen »wann und wer« dieser Dynastie beim Schlossbesuch in Erscheinung tritt, sondern auch »wie« sie oder er es tut.

Der sogenannte Sterbesessel Friedrichs des Großen, der zwar mit einiger Wahrscheinlichkeit letztlich doch nur der mündlichen Überlieferung nach auch wirklich der Sessel ist, in dem er starb, war nach seinem Tod vom Königshaus verschenkt worden

4 <https://gutenberg.spiegel.de/buch/rheinsberg-1189/3> <08.04.2019>.

und wurde erst 1843 als solcher durch Prinz August für die Hohenzollern zurück erworben und nach Sanssouci gebracht.⁵ Dadurch, dass der Schlossführer diesem Objekt ein konkretes historisches Ereignis zuordnen kann, hat er über die Nennung des damit verbundenen Hohenzollernfürsten hinaus aber alle Möglichkeiten zur Ausschmückung mit Details und kann so der abstrakten Nennung einer historischen Person eine Atmosphäre hinzufügen, die physische Nähe suggeriert. Der Stuhl wird zur Reliquie, und in dieser Reliquie ist der lange tote König auf einmal präsent.

Für eine andere Qualität der Vermittlung der Hohenzollern in den Schlössern steht das sogenannte »Hundezimmer«: Spätestens seit den 1960er Jahren ist die mündliche Weitergabe dieser Bezeichnung für ein kleines Bibliothekskabinett in der Wohnung Friedrichs des Großen im Neuen Palais belegt. Hervorgegangen sein dürfte sie aus einem Zusatz im Inventar von 1895, der jedoch beim benachbarten Raum und nicht beim Kabinett eingetragen ist: »Kleines Speisezimmer Friedrichs des Großen (auch Hundezimmer genannt)«. ⁶ Der Grund für diese Bemerkung ist nicht geklärt. Für unseren Zusammenhang wichtig ist, dass sie noch aus der Kaiserzeit stammt, in mündlicher Tradition überliefert und auf den kleineren Raum neben dem Speisezimmer übertragen wurde. Das ist erstaunlich, wenn man bedenkt, dass der Ausdruck »Hundezimmer« in keinem weiteren Inventar vorkommt, auch in keinem gedruckten Schlossführer genannt wird, und der Raum selbst auch nur bis in die 1930er Jahre hinein bei Führungen (und erst wieder seit 2012) gezeigt wurde.

Trotzdem hielt sich der Name bei den Belegschaften des Schlosses, sowohl in der Zeit des Hofes als auch in der Zeit der Republik. Für denjenigen, der diesen Raum Gästen zeigt, oder auch nur im Speisezimmer auf die verbindende Tapetentür weist, bietet diese Konnotation die Möglichkeit, dem historischen Helden menschliches Profil zu geben, indem sie den »Alten Fritz« so wunderbar kauzig erscheinen lässt, dass er seinen Hunden einen Salon einrichtete. Zahlreiche ähnlicher Geschichten kursieren wohl in allen Schlössern und zu den meisten Hohenzollern. Der Volksmund, der hier nicht auf dem Marktplatz, sondern im historischen Lebensumfeld der Person spricht, sorgt so für eine greifbare Rückkehr von toten Hohenzollern in die Schlösser – dies ist 1918 nicht viel anders als 2018.

Anders verhält es sich mit den Einführungsbereichen zur Schlossgeschichte – einem relativ jungen Phänomen, das bisher nur in denjenigen Schlössern angewendet wird, deren Kontinuität als Museumsschloss durch Zerstörung und Wiederaufbau

5 Diana Zill: Der Sterbesessel Friedrichs II., in: Die Kunst zu Bewahren. Restaurierung in den preußischen Schlössern und Gärten, Jahrbuch der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg 8 (2010), 119-128. Henriette Graf, Der Sterbesessel Friedrichs des Großen im Schloss Sanssouci, in: BildGeschichte #4, 15/08/2016, <https://recs.hypotheses.org/601<08.04.2019>>.

6 Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, Graphische Sammlung, Historische Inventare Nr. 720, Inventarium des Königlichen Neuen Palais bei Potsdam, 1895, Band II b, 181r.

oder Fremdnutzung einen Bruch erlitten hat (z. B. in Schloss Charlottenburg, in den Märkischen Schlössern, in Schloss Cecilienhof und dem Marmorpalais). Hier werden die jeweiligen Hohenzollern als Bauherren und Nutzer genannt, ihr historisches und kulturelles Umfeld beleuchtet und bisweilen ihre Gedankenwelt herangezogen. Aber hier bildet sich zugleich ein anderer wesentlicher Erzählstrang heraus, nämlich die jüngere Geschichte des Schlosses, der Grund für die Zerstörung oder Fremdnutzung, die Geschichte des Wiederaufbaus oder der Rück-Musealisierung, so dass die betreffenden Hohenzollern lediglich eine Facette darstellen. Gemeinsam ist allen diesen Medien, dass die Hohenzollern als Einzelfiguren in Bezug auf das jeweilige Bauwerk und seine Nutzung genannt werden.

Dauerausstellungen bzw. Schlosseinrichtungen

Durch die Musealisierung der Schlösser nach 1918 wurden zwar – wie am Beispiel des Neuen Palais einleitend angedeutet – bisweilen starke Veränderungen an den Einrichtungen vorgenommen, oder Räume mussten aufgrund der Abgaben an die Hohenzollern im Zuge der Vermögensklärung neu möbliert werden. Die Wahrnehmung der Interieurs als ein einmal installiertes Gesamtkunstwerk, das spätere Veränderungen erfahren haben kann, wurde in den Debatten der Denkmaltage – ganz besonders 1924 in Potsdam – diskutiert.⁷ Nicht der gewachsene, veränderte Zustand wurde in der Regel als wichtigstes Zeugnis verstanden, sondern jene Zeitschicht (zumeist die Ersteinrichtung), in der Raumschale und mobile Ausstattung eine nach kunsthistorisch-stilgeschichtlichen Kriterien edle Einheit bilden. Die Referenzgrundlage dafür waren – und sind bis heute – Inventare und Inventarnummern. Damit wurde zwar der Kunsthistoriker zum Akteur, der in einen gewachsenen, überlieferten Zustand eingreift, er tut dies aber als Anwalt desjenigen historischen Fürsten, dessen Gesamtkunstwerk den komfort- und geschmacksbedingten Veränderungen zum Opfer fiel.

Dies hatte zur Folge, dass – um es drastisch auszudrücken – auf einmal die lange verstorbenen Hohenzollern in den Schlössern deutlicher, wahrnehmbarer wurden, als sie es zu Zeiten der Monarchie waren. Das heißt: Waren beispielsweise in den Inventaren vor 1918 die Wohnungen von Schloss Charlottenburg noch nach der Lage im Baukörper benannt, wurden daraus nun historisch personenbezogene Appartements: die Winterkammern Friedrich Wilhelms II., das Schlafzimmer der Königin Luise, das zweite Appartement von Sophie Charlotte etc. Das Etikett mit dem Namen des Erstbenutzers wurde erst mit dem Funktionswechsel vom Wohnhaus zum Museum notwendig und diente der besseren räumlichen und historischen Orientierung.

7 Tilo Eggeling: Königsschlösser, Museumsschlösser. Entstehung, Geschichte und Konzeption der preußischen Schlösserverwaltung, hg. v. d. Generaldirektion der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, Potsdam 1998, 11–15.

Und damit jeder Rundgang noch mehr zu einem Besuch in der Geschichte und einer persönlichen Begegnung mit ihren historischen Köpfen wurde, kamen die Hohenzollern an vielen Orten in Form von Porträts an den Beginn der Rundgänge, und dies nicht etwa als Ahnen, sondern als »Grüß-Gott-Konterfei«, denn damit sollte jeder Besucher auch gleich noch sehen, wie diese Personen aussahen. Besonders drastisch ist diese Entwicklung in einem Raum zu beobachten, der zwar nicht ganz repräsentativ ist, weil er einen besonderen Status genießt, hier aber doch genannt sein soll: im ehemaligen Schlaf- und Arbeitszimmer Friedrichs des Großen in Sanssouci. Er selbst hatte keine Gemälde aufgehängt, und hätte er, dann sicher kein Porträt seiner selbst. Auch wenn sein Nachfolger Friedrich Wilhelm II. die Raumschale veränderte, so hing er doch nur ein Bild, und kein Porträt Friedrichs, auf. Nach der Abschaffung der Monarchie sind im Führer von 1926 aber bereits drei Porträts Friedrichs des Großen und zudem die Bildnisse seiner Eltern darin verzeichnet, heute sind es 8 (!): drei gemalte Porträts, drei Historienbilder mit »dem großen König« und zwei Skulpturen.

Diese, sowohl der allgemeinen Musealisierung als auch der Rückführung der Ausstattungen der Appartements geschuldete, Rückkehr der Hohenzollern und die Zunahme ihrer Bildnisse in den Schlössern ermöglichten nun mehr denn je eine Reise durch die Schlösser als eine Zeitreise durch Epochen anzupreisen. Man könnte es auch als Verwandtentour sehen.

Für die Restaurierung und Musealisierung der Märkischen Schlösser der SPSG nach 1990 gab es zahlreiche verschiedene Gründe, jeder Fall liegt anders. Dass aber mit Oranienburg und Caputh zwei Häuser mit Blüte in der Kurfürstenzeit hinzukamen und damit die dortigen Protagonistinnen Luise Henriette von Nassau-Oranien und Dorothea von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg diese Zeitreise – oder das Familienbild der Hohenzollern – vervollständigen konnten, war eines der Argumente (neben der Sicherung der wertvollen Substanz, der regionalen Entwicklungspolitik u. a.). Es muss ein gewichtiges Argument gewesen sein, wenn man bedenkt, dass diese beiden Schlösser noch zu Zeiten der Monarchie verkauft bzw. nicht mehr als Residenzen genutzt worden waren.

Wie verhält es sich aber beispielsweise mit der Präsenz der Hohenzollern oder ihrer heraldischen Zeichen in den Schlössern zur Zeit der DDR? Natürlich erwartet man rückblickend, dass die DDR der dem Sozialismus eingeschriebenen Fürstenfeindlichkeit nachkam und die Hohenzollern mit ihren Hoheitszeichen aus den preußischen Schlössern verbannte. Als kürzlich eine Kollegin erzählte, dass ihre erste Aufgabe in den Schlössern war, Farbe von den überstrichenen Fliesen an den Innenwänden der Kamine im Neuen Palais zu kratzen, war der erste Gedanke, dass es sich dabei sicherlich um eine Schicht handelte, die zum Überdecken der Initialen und Hoheitszeichen dieser Fliesen in der Zeit der DDR aufgetragen worden war. Und in der Tat bestätigte dies die Bildrecherche: Waren die in der Kaiserzeit angebrachten Villeroy & Boch-Fliesen mit »FR«-Monogramm und preußischem Adler in den Kaminen der Königswohnung vor 1945 noch sichtbar, so waren sie in den 1960er Jahren überstrichen.

Aber so einfach ist Geschichte selten: Erstens wurde die Farbe zum Jubiläum Friedrichs des Großen 1986, also noch zur Zeit der DDR, entfernt, und zweitens waren beispielsweise die Fliesen im Oberen Fürstenquartier gleich nach 1918 überstrichen worden, obwohl sie nur ornamental waren und kein Monogramm des verhassten letzten Kaisers trugen. Der Grund dafür war – wie die zu Beginn zitierten Rumpf und Foerster nahelegen – allein ein ästhetischer, indem die Fliesen, die nicht immer von sensibler Farbigkeit sind und sich ohne Rußschicht optisch in den Vordergrund drängen, zur »Verbesserung« eines friderizianischen Raumeindrucks schlicht übermarmoriert wurden. Betrachtet man nun die ähnlichen Veränderungen in der Königswohnung im Kontext des Wirkens von Willy Kurth⁸, der – leider weitestgehend ohne Dokumentation – radikale »Verschönerungen« ohne erkennbare politische Motivation vornahm, so darf man davon ausgehen, dass auch bei den übermalten Kaminen der Königswohnung lediglich der Gedanke der »Re-Friderizianisierung« der Grund gewesen war.

Betrachtet man die Hängung von Porträts oder die Ausstellungstätigkeit der späten 1980er Jahre (worauf wir noch ausführlicher kommen), so kann man sogar beobachten, dass sich die Potsdamer Schlösserverwaltung tendenziell mehr mit einigen Hohenzollern beschäftigte, als die Westberliner Verwaltung – dies jedoch erst nach dem Preußen-Revival in den frühen 1980er Jahren, das u. a. auch die Replatzierung des Friedrich-Denkmal unter den Linden 1981 zur Folge hatte. Dass im Osten die Mitarbeiter angehalten waren, bei Friedrich die Ordnungszahl »II.« anstelle des Attributs »der Große« zu verwenden, oder dass der Fokus bei Führungen eher auf den Kunstproduzenten (Künstler) als auf den Auftraggebern liegen sollte, kann hier vernachlässigt werden.

Am spannendsten stellt sich die Frage nach der Entwicklung der Hohenzollern in den Schlosseinrichtungen aber für das Hohenzollernmuseum. Dieses 1877 eröffnete Hausmuseum in den Räumen von Schloss Monbijou wurde einzig und allein zum Zweck gegründet, die Dynastie der Hohenzollern und ihre kulturellen Leistungen greifbar zu machen und über die Aura von Gegenständen aus dem Umfeld historischer Personen bis hin zum noch regierenden Kaiser eine persönliche Bezugsebene zu schaffen. Distanz und Vertrautheit, oder anders gesagt Bewunderung und Selbstreferenz waren die Schlüsselbegriffe – indem über einige Kostbarkeiten gestaunt werden konnte, andere Dinge des Alltags aber auch den direkten Vergleich mit dem eigenen Lebensumfeld zuließen.⁹

8 Kurth war Schlösserdirektor in Potsdam von 1946 bis 1963 (ab 1956 Generaldirektor).

9 Zum Hohenzollernmuseum vgl. Thomas Kemper: Schloss Monbijou. Von der königlichen Residenz zum Hohenzollern-Museum, Berlin 2005 und Jürgen Luh: Ruhmreiche und menschliche Monarchen: Die Hohenzollern im Museum, in: Die Kaiser und die Macht der Medien, Ausst. Kat., hg. v. d. Generaldirektion der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, Berlin 2006, 13–19.

Von Robert Dohme¹⁰ wurde dieses bis zur Schließung im Zweiten Weltkrieg stark frequentierte Museum zunächst als Panoptikum von Kontaktreliquien, Zeugnissen von Taten und Beziehungen sowie Belegen des Kunstverstands einzelner Hohenzollern eingerichtet. Das Besondere dabei war, dass jedem Gegenstand ein Name angefügt werden konnte: Es war also nicht ein Stuhl des preußischen Frühklassizismus, sondern der Stuhl von Königin Luise, nicht ein Spazierstock, sondern der Stock Friedrichs des Großen.

Paul Seidel¹¹, der das Museum 1897 übernahm, veränderte die Präsentation dahingehend, dass er nach kunsthistorischen Kriterien ordnete, Räume des ursprünglichen Schlosses Monbijou restaurierte oder auch thematische Raumschalen – wie den »Thronraum Friedrich des Großen« – erfand und dafür kostbare Ausstattungsteile und Kunstwerke aus den anderen Schlössern integrierte. Resultat war, dass zum Einzelding das Atmosphärische des Raumes, die suggerierte Lebenswelt eines Hohenzollern hinzukam. Diese Nähe und der seiner Zeit geschuldete, aus heutiger Sicht reichlich sorglose Umgang mit Inszenierungen und illustrierenden Konstruktionen waren jedoch nach 1918 nicht mehr mit der gebotenen Distanz zur Verherrlichung der Monarchie vereinbar, wenngleich – wie wir sahen – einzelne historische Hohenzollern durchaus immer noch Lieblinge des Volkes waren.

Arnold Hildebrandt¹², der die Museumsleitung 1923 übernahm, versachlichtete weiter, ließ die Originalausstattung von Schloss Monbijou durch Rückbauten und Neueinrichtungen herausarbeiten und sorgte dafür, dass das Haus mehr und mehr zu einem Museum für Kunst und Kunsthandwerk des brandenburgisch-preußischen Hofes wurde. Zwar wurde das »Entbiographieren« nicht so weit vorgenommen, wie in anderen Schlössern der Preußischen Schlösserverwaltung, zu der Monbijou seit ihrer Gründung im April 1927 gehörte, aber auch hier verlagerte sich die emotionale Distanz des Besuchers zu den Hohenzollern vom unmittelbaren, materiell belegten Kontakt zur Auseinandersetzung mit Geschichte und den Geschichten. Oder anders gesagt: Von der physischen Vergegenwärtigung der Dynastie unter Dohme (Reliquien), entwickelte sich das Museum über die atmosphärische Vergegenwärtigung unter Seidel (Lebensräume) hin zur historischen Betrachtung unter Hildebrandt. Auf die Bedeutung des Hohenzollernmuseums und dessen Umgang mit den Hohenzollern ist ganz am Schluss noch einmal zurückzukommen.

10 Direktor 1877 bis 1897.

11 Direktor 1897 bis 1923.

12 Direktor 1923–1945.

Publikationen (Amtliche Führer, Kurzführer, Monografien), oder übergreifende Publikationen (Ausstellungskataloge, Sammlungskataloge, Quelleneditionen, thematische Texte und Überblickswerke)

Bei den gedruckten Führern lässt sich seit den frühen 1920er Jahren eine Kontinuität feststellen, die nicht besonders überraschend ist: Sie informieren in der Einleitung über die Bau- und Nutzungsgeschichte, ähnlich wie die zuvor genannten Einführungsbe- reiche, nur dass durch die Erläuterungen zu den Räumen und Ausstattungen einzelne Hohenzollern auch als Auftraggeber und Sammler – d. h. in ihrem Verhältnis zur Kunst – fassbar werden. Wirklich entscheidende Veränderungen oder Tendenzen in Bezug auf den Umgang mit den Hohenzollern lassen sich beim Lesen von Führern der letzten 100 Jahre kaum ausmachen. Sie folgen einem nahezu gleichbleibenden Schema, wenn man einmal davon absieht, dass in den Schlossführern der DDR die Nennung der Herrschernamen leicht reduziert, ihre Geschichtlichkeit betont und im Gegenzug die Leistungen der am Schloss beteiligten Künstler hervorgehoben werden, oder wenn der Titel der Führer zum Hohenzollernmuseum vor 1918 die Hohenzol- lern, nach 1918 jedoch den Ort, Schloss Monbijou, hervorhebt.

Bei anderen Publikationen der Schlösser, die in ihrer Struktur freier sind als Schlossführer, werden die Hohenzollern als historische Personen gar nicht betrachtet – mit Ausnahme von Ausstellungskatalogen, zu welchen wir noch kommen. Themen der Denkmalpflege, der Gartengeschichte, der Kunst- und Sammlungsgeschichte, der Restaurierung überwiegen, was letztlich auch nicht so sehr überrascht, weil sie meist Resultate von Arbeitsprozessen und des Auftrages der Schlösserverwaltung sind: Ihre Angestellten pflegen, erforschen und verwalten das materielle Erbe der Hohenzollern, und sind nicht Chronisten der Dynastie.

Sonderausstellungen

Am deutlichsten – noch mehr als bei Vermittlung, Einrichtung oder Publikationen – zeigt sich das Verhältnis der Schlösserverwaltungen zu den Hohenzollern bei Son- derausstellungen, einem Phänomen, das besonders in der Nachkriegszeit zu einem wichtigen Instrument der Wissensvermittlung wurde, indem das Format der Sonder- ausstellung erlaubt, Personen, Kunstgattungen, Stilphänomene oder auch historische Ereignisse aus dem Gesamtkosmos der Schlösser zu lösen und isoliert zu würdigen. In

unserem Zusammenhang sind biographische Ausstellungen oder solche zu dynastischen Fragen von besonderem Interesse. Die wenigen Sonderausstellungen der kurzen musealen Vorkriegszeit waren allein kunsthistorischen Themen gewidmet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann die Westberliner Schlösserverwaltung bereits in den frühen 1950er Jahren wieder, Sonderausstellungen durchzuführen, die Kollegen in Potsdam folgten kurz darauf. Gegenstand der biographischen Ausstellungen waren zunächst Künstler (Knobelsdorff, Pesne etc.) und ihre Werke für die Schlösser. Im engeren Sinn biographische Ausstellungen zu einzelnen Hohenzollern gab es zunächst nicht, wohl aber stil- oder sammlungshistorische, wie »Die Kunst Friedrichs II.« 1962. Zwei Ereignisse waren notwendig, um dies zu ändern: Zum einen 1981 die spektakuläre Ausstellung im Gropiusbau »Preußen – Eine Bilanz«, die das Thema Preußen 34 Jahre nach dem Ende des preußischen Staates wieder salonfähig machte und zum andern 1986 der 200. Todestag Friedrichs des Großen. Beide Schlösserverwaltungen führten aus diesem Anlass eine Ausstellung durch. Sowohl im Westen als auch im Osten war es besonders das Mäzenatentum, die Kunstförderung jenes Preußenkönigs, die im Fokus stand, was auch nicht weiter erstaunt, waren und sind doch die Schlösser bis heute die wichtigsten Bewahrer des Kunstnachlasses der Hohenzollern. So hieß es statt »Die Kunst Friedrichs des Großen« nun »Friedrich der Große und die Kunst«. Der Erfolg spornte an, der Schwerpunkt der Ausstellungstätigkeit verlagerte sich auf die Auseinandersetzung mit einzelnen Hohenzollern.¹³ Noch zehn Jahre lang bedeutete dies aber in erster Linie das Verhältnis einzelner Protagonisten zur Kunst, bevor 1995 in Potsdam die Ausstellung zu Friedrich Wilhelm IV. auch teilweise biographische und politische Aspekte illustrierte.¹⁴

In der Folge von Sonderausstellungen wuchs auch in der öffentlichen Wahrnehmung »die Familie« der Hohenzollern: Durch die Ausstellung 2002 »Prinz Heinrich von Preußen – Ein Europäer in Rheinsberg« verlor dieses Schloss sein alleiniges Etikett als Aufenthaltsort von Kronprinz Friedrich, sodass es heute ohne das Wirken des

13 1986: Friedrich II. und die Kunst (Ost); 1986: Friedrich der Große (West); 1988: Der Große Kurfürst. Sammler, Bauherr, Mäzen (Ost); 1990: Der Soldatenkönig als Maler (Ost); 1991: Kaiserlicher Kunstbesitz aus dem Holländischen Exil Huis Doorn; 1993: Prunktabatieren Friedrichs des Großen; 1994: Von Sanssouci nach Europa. Geschenke Friedrichs des Großen an europäische Höfe; 1994: Prinz Heinrich von Preußen in Bildnissen seiner Zeit; 1995: Friedrich Wilhelm IV. Künstler und König; 1997: Friedrich Wilhelm II. und die Künste; 1999: Sophie Charlotte und ihr Schloss; 2001: Auf den Spuren von Kronprinzessin Victoria – Kaiserin Friedrich (1840-1901); 2002: Prinz Heinrich. Ein Europäer in Rheinsberg; 2004: Kronprinzessin Cecilie; 2005: Der Traum vom Orient. Kaiser Wilhelm II. im Osmanischen Reich; 2005: Die Kaiser und die Macht der Medien; 2010: 3 Ausstellungen zu Königin Luise; 2012: Friederisiko. Friedrich der Große; 2015: Frauensache. Wie Brandenburg Preußen wurde.

14 Friedrich Wilhelm IV. – Künstler und König. Zum 200. Geburtstag, 8. Juli bis 9. September 1995, vgl.: Friedrich Wilhelm IV. – Künstler und König. Zum 200. Geburtstag. Ausst. Kat., hg. v. d. Generaldirektion der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, Frankfurt am Main 1995.

Prinzen Heinrich nicht mehr denkbar ist, aber auch die Hohenzollern der Kaiserzeit wurden präsenter¹⁵, und durch »Frauensache« 2015 schließlich gelangten einige Hohenzollerinnen zurück auf die Bühne der Erinnerung.¹⁶

Öffentlichkeitswirksame Begebenheiten

Auch anhand von Konferenzen oder selbst den Kunstankäufen könnte man zeigen, wie die Hohenzollern im Wissenschaftsbetrieb der Schlösser in den letzten Jahrzehnten eine relativ starke Position bekommen haben. An dieser Stelle aber soll die Argumentationslinie mit der inhaltlichen Präsenz der Hohenzollern verlassen werden, um kurz auf deren physische Rückkehr einzugehen: Es war nicht zuletzt einem Besuch von Louis Ferdinand von Preußen 1988 in Sanssouci – und zwar in der leeren Gruft Friedrichs des Großen, mit anschließendem Kaffee in Sanssouci und Konzert – geschuldet, dass 1991 mit der Umbettung des großen Ahnen und dessen Vaters von Hechingen nach Potsdam dem Friedrich-Kult neuer Anschub gegeben wurde. Wie mir der verstorbene damalige Generaldirektor Joachim Giersberg erzählte, war er im Grunde kein Freund dieser Aktion, weil er befürchtete, dass es nun, neben der von den Schlössern zu betreuenden Kunst der Hohenzollern, ein fataler Hurrapatriotismus und politischer Rückwärtstrend sein würde, der die Menschen zum Besuch nach Sanssouci führe. In Anbetracht des damaligen Aufblühens der rechtsradikalen Szene waren diese Sorgen mehr als verständlich. Aber auch außerhalb rechtsstaatsfeindlicher Gesinnung förderte diese neue physische Präsenz »des Alten Fritz« Blüten: Jahrelang war von meinem Schreibtisch aus zu sehen, wie im Januar und August lächerlich kostümierte Menschen mit Trommeln und Kränzen – manchmal mit schwarz-weißen Schleifen und dem Aufdruck »Unserem großen König« – hoch nach Sanssouci stiegen. Da ist das Niederlegen von Kartoffeln, das in ausländischen Reiseführern bisweilen bereits als alter Brauch beschrieben wird, wie mir eine asiatische Besucherin verriet, direkt harmlos.

Viel positiver in der Auswirkung, weil nicht politisch, war im Vergleich dazu eine andere, temporäre und medienwirksame Rückkehr eines Angehörigen des Hauses Hohenzollern nach Sanssouci, nämlich die Hochzeit des Urenkels Wilhelms II., Georg Friedrich Prinz von Preußen, mit Sophie Prinzessin von Isenburg 2011. Die sich hierin

15 Zum Beispiel eine Ausstellung mit umfassenden Beständen aus dem Exilsitz Wilhelms II. in Huis Doorn oder eine Ausstellung zu den Kaisern und den Medien; vgl.: Kaiserlicher Kunstbesitz. Aus dem Holländischen Exil Huis Doorn, Ausst. Kat., hg. v. d. Staatlichen Schlössern und Gärten Berlin, Berlin 1991, und: Die Kaiser und die Macht der Medien, Ausst. Kat., hg. v. d. Generaldirektion der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, Berlin 2006.

16 Vgl. Frauensache. Wie Brandenburg Preußen wurde, Ausst. Kat., hg. v. d. Generaldirektion der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, Dresden 2015.

äußernde breite und wohl auch etwas naive Begeisterung für alles Royale bezog sich aber auf lebende Bürger.

Charlottenburg

Im Obergeschoss von Schloss Charlottenburg wurden im November 2018 vier neu konzipierte Räume der neuen Dauerausstellung eröffnet. Der Bereich, der thematisch in den kommenden Jahren noch erweitert werden wird, ist Teil des gesamten musealen Entwicklungsprogramms »Charlottenburg 2030« und widmet sich in diachron konzipierten Themen der Dynastie und Herrschaftsgestaltung der Hohenzollern. Es ist das erste Mal, dass in Berlin eine permanente Ausstellung diese Familie und ihr Wirken vermittelt. Zum ersten Mal seit dem Ende des – im Detail dann doch anders gelagerten – Museums in Schloss Monbijou sprechen wir dabei gerne von einem integrierten Hohenzollernmuseum. Das liegt bei der seit dem Wiederaufbau gewachsenen Struktur von Charlottenburg, d. h. dem Nebeneinander von Interieurs, musealen Räumen mit Kunstbesitz einzelner Hohenzollern und Sondersammlungen von brandenburg-preussischer Kunst, auf der Hand.

Und die Idee ist nicht neu, sondern stammt sogar von einem Hohenzollern selbst. Kurz vor seinem Regierungsantritt 1888 skizzierte Friedrich (III.) im Entwurf eines Reformtraktats für das Oberhofmarschallamt die folgende Vision¹⁷: Schloss Charlottenburg soll als Residenz aufgegeben und Schloss Monbijou an den Staat verkauft werden, letzteres, weil die benachbarte Museumsinsel den Platz brauchen könne. Als Konsequenz sah er folgendes Szenarium vor: »Aus dem Hohenzollern-Museum sind die hervorragenden kunstgewerblichen Stücke wieder zur Dekoration der Königlichen Residenzen zurück zu nehmen. Der verbleibende Rest ist im Charlottenburger Schloß unterzubringen«, denn »nach Charlottenburg ließe sich auch ohne Schwierigkeit das Hohenzollern-Museum übersiedeln«. ¹⁸ Der Grund für diesen Schritt sah er darin, dass das Schloss für den Hof ungünstig zu nutzen sei. Und: »In den Augen der Bevölkerung der Stadt und darüber hinaus des ganzen Landes ist das Mausoleum zu Charlottenburg zu einer Art dynastisch nationalen Heiligthum geworden«. ¹⁹ Deshalb möchte er weit weg vom Lärm der Großstadt, der um den Dom mit der Gruft kreist, hier einen Campo Santo für die Hohenzollern entwickeln (die Beisetzung seines Vaters in der Erweiterung des Mausoleums war ein erster Schritt) und neben einem »Garde Meuble« und Restaurierungswerkstätten im musealisierten Schloss das Hohenzollernmuseum einrichten. Bedeutende Raumdekorationen der barocken Enfilade, die ihm dafür zu

17 GStA Berlin SPK, BPH, Rep. 113, Nr. 134, fol. 7r-54r.

18 Ebd., fol. 8v.

19 Ebd., fol. 49r.

kosbar erschienen, sollten ausgebaut und inklusive Porzellankabinett ins Berliner Schloss überführt werden.

Mit Friedrich III. werden also die Hohenzollern nun auch noch Konzeptanreger für die museale Entwicklung der Schlösser zu Beginn des 21. Jahrhunderts, wenngleich sich beim Gedanken an eine Überführung von Schlossräumen ins Humboldtforum dann doch der demokratische Geist dem monarchischen Willen widersetzen wird.

Fazit

Die kurze und schlaglichtartige Betrachtung der Präsenz der Hohenzollern in der Vermittlung, den Einrichtungen, der Publikations- und Ausstellungstätigkeit der Schlösser zeigt ein interessantes Phänomen: Nachdem kurz nach der Revolution 1918 nur ein paar wenige, historische Vertreter des Hauses in den Schlössern »präsent« waren, veränderte sich das Verhältnis durch die starke wissenschaftliche Beschäftigung in Zusammenhang mit denkmalpflegerischen Aufgaben, der Sammlungspflege und der Neubewertung von Preußen in der Nachkriegszeit. Je größer die Distanz zur Monarchie wurde, desto mehr konnten historische Hohenzollern in den Vordergrund gerückt und als vermarktungsfähige Personalisierungshilfen von kunsthistorisch rekonstruierten und inszenierten Interieurs eingesetzt werden. Besonders auffällig ist, dass diese Rückkoppelung an dynastische Personengeschichte in der DDR in den letzten Jahren ausgeprägter gewesen zu sein scheint, als in der Bundesrepublik. Hundert Jahre nach dem Ende der Monarchie sind zahlreiche Hohenzollern bildlich und wörtlich zu einem wesentlichen Identifikationsmoment der Schlösser geworden.

Preußen und seine Herrscher heute: Wie umgehen mit dem Erbe? Gespräch und Diskussion (Videoaufzeichnung)

Ulrike Höroldt, Hartmut Dorgerloh, Bernhard Schulz und
Thomas Biskup



© Truc Vu Minh

Videoaufzeichnung der Diskussion im Rahmen der Tagung „Preußendämmerung. Die Abdankung der Hohenzollern und das Ende Preußens“, Museum Barberini Potsdam, 26.10.2018 – 27.10.2018.

Das Video wird Ihnen bereitgestellt von arthistoricum.net Forschungsdaten – ePublishing unter folgendem Link: <https://doi.org/10.11588/heidicon/1140034>

Erschienen in: Thomas Biskup, Truc Vu Minh, Jürgen Luh (Hg.): Preußendämmerung: Die Abdankung der Hohenzollern und das Ende Preußens. Heidelberg: arthistoricum.net, 2019. DOI: <https://doi.org/10.11588/arthistoricum.544>

Am 9. November 1918 verkündete Reichskanzler Max von Baden den doppelten Thronverzicht Wilhelms II. – als Deutscher Kaiser und als König von Preußen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde am 25. Februar 1947 durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 der Staat Preußen vom Alliierten Kontrollrat aufgelöst, weil er, wie es im Wortlaut hieß, »seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland« gewesen sei. Zwischen dem Ende der preußischen Monarchie und der offiziellen und endgültigen Auflösung preußischer Staatlichkeit liegen die knapp zwei Jahrzehnte der »Preußendämmerung«, in denen das mit Abstand größte deutsche Land politisch zunächst neu begründet, ab 1932 aber schrittweise ausgehöhlt wurde. Preußen war in besonderem Maße damit konfrontiert, einen Umgang mit dem Ende der Monarchie zu finden, die in Kulturleben und politischen Auseinandersetzungen weiterhin präsent blieb. Bis heute bleibt Preußen ein wichtiger Teil der deutschen Geschichte, mit dessen Erbe umzugehen auch heute eine Herausforderung ist. Auf die schon bald nach 1918 in Öffentlichkeit und Wissenschaft streitlustig oder in versöhnlicher Absicht gestellten Fragen, wie mit dem preußischen Staat und dem vormaligen Herrscherhaus umzugehen sei, wie mit der Idee und der Konstruktion Preußens, mit den Idealen und Werten, die der Hohenzollernstaat verkörperte, den Erfolgen und Irrungen, der Duldsamkeit und Willkür der Herrscher sowie dem materiellen Erbe von Staat und Herrschaft, werden in diesem Band unaufgeregte wie fundierte, der Gegenwart und auch der Zukunft angemessene Antworten zu geben versucht.